

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 75



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 75 Corona-Plandemie vom 27.11.2023-02.01.2024

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Corona-Plandemie vom 27.11.2023-02.01.2024	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Corona-Plandemie vom 27.11.2023-02.01.2024

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27 November 2023: >>>**Es geht wieder los: Panik-Karl ruft zum Maskentragen an Weihnachten auf!**

Deutschland schnieft und hustet, was für die Jahreszeit nicht ungewöhnlich ist. Man hätte eigentlich darauf wetten können: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit allerbesten Kontakten zur Pharma-Lobby ruft dazu auf, an Weihnachten wieder Maske zu tragen. Außerdem sei es "die richtige Zeit, um sich impfen zu lassen, damit es um die Feiertage wirkt". Der jetzt verfügbare Impfstoff sei "hochwirksam" und werde viel zu wenig verwendet. Offenbar hat da jemand Panik, erneut auf seinen Impfstoff-Paletten sitzen zu bleiben!<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 28. November 2023 (x1.348/...): >>>Prof. Homburg zerlegt im Bundestag die Täuschungen der angeblichen "Corona-Pandemie"

Von *Herbert Ludwig*

Prof. Dr. Stefan Homburg, von 1997 bis 2021 Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen der Leibniz Universität Hannover, ist einer der schärfsten und pointiertesten Kritiker der totalitären Corona-Politik. Seine knappen, klaren Analysen, stets mit Fakten belegt, sind bei den herrschenden Politikern und ihren medialen Knechten gefürchtet.

Entlarvend schrieb der "Tagesspiegel" bereits am 29. Mai 2020: "Homburg nennt solide Zahlen und zieht Schlüsse, die nur schwer zu widerlegen sind - und gerade das macht ihn so gefährlich." Prof. Homburg hat den Satz genüßlich an die Spitze seines Twitter-Kanals gesetzt. Im Corona-Symposium der AfD im Bundestag bringt er die Dinge auf seine gewohnte Weise auf den Punkt. (hl)

Vortrag Prof. Dr. Stefan Homburg im Deutschen Bundestag, 11.11.2023

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dunkle Jahre hinter uns. Zunächst das wichtigste, in fünf Stichpunkten.

Erstens sank die Klinikbelegung im Jahre 2020 bundesweit auf ein Allzeittief. Sagt das Bundesgesundheitsministerium.

Zweitens gab es 2020 und 2021 nicht mehr schwere Atemwegserkrankungen als üblich. Corona kam, die Influenza verschwand. Sagen Sentineldaten des RKI.

Drittens starben 2020 altersstandardisiert nicht mehr Menschen als sonst. Erst seit 2021

nimmt die Sterblichkeit zu. Sagen Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Viertens waren Menschen, die mit oder an Corona starben, im Mittel 83 Jahre alt, die übrigen Verstorbenen 82 Jahre. Sagen RKI und Statistisches Bundesamt.

Fünftens schnitt das masken- und lockdownfreie Schweden besser ab als Deutschland. Sagt die WHO. An den Maßnahmen lag es also nicht.

Zusammenfassend: Klinisch, in Bezug auf echte Krankheiten und Todesfälle, gab es nichts Besonderes. Es war alles normal. Das sind Fakten, und das ist der wichtigste Punkt. Die Vorstellung einer "Pandemie" ergab sich ausschließlich aus neuartigen anlaßlosen Massentests, deren Ergebnisse enorm schwankten und dem Publikum vorgaukelten, es gäbe mehr Kranke und Tote als sonst auch. Was nicht stimmte. Mit einem PCR-Test auf Rhinoviren hätte man ähnliche Illusionen erzeugen können. Und könnte diese Illusionen auch jetzt erzeugen, wenn man wollte.

Wie hat die Politik auf die klinische Normallage reagiert? Sie schloß Kitas, Schulen, Geschäfte, Kirchen und Betriebe monatelang, ließ Alte isolieren und einsam sterben, zerstörte Existenzen. Die Polizei verbot das Buchlesen auf einer Parkbank, machte Jagd auf Jugendliche im Freien und auf Kinder im Schnee, prügelte friedliche Demonstranten nieder. Die Politik grenzte jeden aus, der nach dem Sinn der Maßnahmen fragte. Sie ließ das ZDF verkünden, Kinder seien virenübertragende Ratten und Ungeimpfte seien Blinddärme, die nicht zum Volkskörper gehörten. Eine Sprache, wie wir sie seit 75 Jahren nicht mehr kannten.

Gewöhnlich wird die Macht der Regierung begrenzt durch Gerichte, Medien und Wissenschaft. Diesmal haben sie alle versagt:

- Gerichte prüften die Verhältnismäßigkeit kaum und glaubten nur zwei Zeugen, die dem Gesundheitsminister unterstehen, nämlich RKI und PEI. Auf diese Weise konnte sich die Regierung die Notwendigkeit von Lockdowns und Impfpflichten selbst bescheinigen. Darüber hinaus schickten die Gerichte Ärzte, die ihrem Ethos folgten und Patienten durch Bescheinigungen vor Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit schützten, ins Gefängnis. Fast jeder bekannte Maßnahmenkritiker wurde kriminalisiert, suspendiert, entlassen, festgenommen oder einer Hausdurchsuchung unterzogen. Karlsruhe ließ zynisch verlautbaren, die Grundrechte der Bürger seien nicht weg, dürften aber nicht mehr ausgeübt werden.

- Medien verlasen bis zum Überdruß Testzahlen, ohne zu erwähnen, daß die klinische Lage normal war. Sie folgten unkritisch dem PCR-Narrativ, stilisierten Prof. Püschel, der als erster obduzierte, zum Rassisten, Prof. Bhakdi zum Antisemiten und buchstäblich jeden, der die Maßnahmen hinterfragte, zum Verschwörungstheoretiker und Staatsfeind.

- Fachwissenschaftler, vor allem Epidemiologen und Ärzte für Öffentliche Gesundheit, verschwanden von der Bildfläche. An ihre Stelle traten Physiker, Verkehrsplaner, Mikrobiologen und Militärs, die das Publikum mit immer neuen Fehlprognosen und Modellrechnungen in Atem hielten. Monatelang. Jahrelang.

Eine Aufarbeitung dieser Ereignisse sollte drei Fragenkomplexe klären.

Erstens: Laut Lehrbuch muß die Regierung zu Beginn einer wirklich gefährlichen Pandemie die Bevölkerung beruhigen, um Kollateralschäden zu vermeiden. Warum ließ die Politik statt dessen ein Schockpapier schreiben, das etwa Kindern Angst machte, ihre Großeltern durch Ersticken umzubringen? Warum saß in der Schockpapier-Kommission kein einziger Arzt, wohl aber ein Soziologe und Deutschlehrer?

Warum befeuerte die Politik diese Panikmache jahrelang, während sie jetzt behauptet, nur anfangs und aus Unkenntnis einige Fehler gemacht zu haben?

Zweitens: Im Februar 2020 rieten Lehrbücher und WHO-Richtlinien von Maßnahmen wie Lockdowns oder Schulschließungen ab. Das RKI verkündete damals, Masken würden nichts bringen und Corona sei meist mild. Dies betonte auch Herr Drosten in Interviews und auf der Bundespressekonferenz.

Derselbe Herr Drost erklärte dem heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Talkshow, man würde die Pandemie ohne den PCR-Test gar nicht bemerken. Was führte im März 2020 zur Kehrtwende, obwohl Daten schon zu diesem Zeitpunkt zeigten, daß keine besondere Gefahr drohte? Da das masken- und lockdownfreie Schweden erkennbar besser abschnitt als Deutschland, muß man überdies fragen, ob die Maßnahmen wirklich Ansteckungen verhindern sollten, was sie offensichtlich nicht taten, oder vielmehr dem Ziel dienten, den Impfwiderstand der Bevölkerung zu brechen.

Drittens: Warum hat die Politik die Verabreichung eines experimentellen Impfstoffs nicht nur erlaubt, sondern die Menschen durch 2G/3G und sektorale Impfpflichten faktisch gezwungen, den Stoff zu nehmen? Warum gab es Notzulassungen ohne Not? Warum haben unzählige Impfschäden keine Konsequenzen?

Derzeit, und damit komme ich zum Schluß, erscheinen Bestseller mit deutlichen Titeln, die eine verbreitete Stimmung widerspiegeln: Die "Intensiv-Mafia" von Tom Lausen, das "Staatsverbrechen" von Dr. Frank oder die "Corona-Verschwörung" von Frau Dr. Röhrig. Alle mit satt fünfstelligen Auflagen. Wer sich diesem Diskurs als Politiker verweigert, verliert Vertrauen und entfernt sich von der Wählerschaft. Aufgrund der ungeheuren Dimension dessen, was der Bevölkerung widerfahren ist, wäre ein Untersuchungsausschuß richtig gewesen. Weil der Bundestag ihn nicht wollte, bin ich dankbar, daß wir heute in diesem Rahmen zur Aufklärung beitragen können.

Quellenanhang

1. Allzeittief der Klinikbelegung 2020

"Im betrachteten Zeitraum 2020 gab es in Deutschland seit Beginn der COVID-19-Pandemie Mitte März durchgehend weniger stationäre Fälle, und zwar im Zeitraum bis Ende Mai um ca. -30 % und ab dann - einschließlich des Zeitraums der zweiten Welle - um -10%. Über das Jahr gesehen beläuft sich das Minus auf 13 %, d.h. ohne Berücksichtigung der ersten zehn COVID-19-freien Wochen auf ca. -16%.

Da die durchschnittliche Verweildauer nur minimal stieg, sanken auch die Verweildauertage um -12%. Im Resultat sank die Bettenauslastung auf einen Allzeittiefpunkt von 67,3 % (und 68,6 % auf den Intensivstationen). Dies berücksichtigt bereits die Versorgung der COVID-19-Patienten, für deren stationäre Versorgung im Jahresschnitt unter Berücksichtigung der Überlieger 2 % aller Betten und knapp 4 % der Intensivbetten benötigt wurden, natürlich mit zeitlichen und geographischen Spitzen."

Link (BMG): <https://bitly.ws/32cQN>, Seite 4. Hinweis: Dieses Dokument verwendet abgekürzte Links. In Ihrem Browser erscheint der amtliche Link, in diesem Fall das Bundesgesundheitsministerium.

2. Wenige schwere Atemwegserkrankungen

Spitzen traten im März 2018 und Ende 2022 auf, also vor und nach der angeblichen "Pandemie". In den Jahren dazwischen ist nichts Auffälliges zu erkennen. Die Erkältungsviren wechseln (Influenza, Rhino, RSV, Corona), die klinische Lage kaum.

3. Altersstandardisierte Sterbefälle

Im Jahre 2020 lag die Sterblichkeit zwischen den Werten von 2018 und 2019. Ab dem Impfstart 2021 nahm sie deutlich zu:

4. Hohes Medianalter der "Coronatoten"

Im Mittel waren die PCR-Toten 83 Jahre alt und die übrigen Verstorbenen 82 Jahre. Dies indiziert, daß an oder mit Corona hauptsächlich sehr alte, vorerkrankte Menschen verstarben. In Angst versetzt wurden aber die Jungen, sogar Kinder.

Link (RKI): <https://bitly.ws/32pqh>, Seite 19. Link (BIB mit Zahlen von Destatis): <https://bitly.ws/32cTK>.

5. Deutschland versus Schweden

Schweden hatte laut WHO eine geringere Gesamtsterblichkeit als Deutschland. Es war das einzige europäische Land, das den Lehrbüchern und Leitlinien folgte und auf Lockdowns und Maskenzwang verzichtete.

Link (WHO): <https://bitly.ws/32sSY>

Deutschsprachige Erläuterung vom WDR: <https://bitly.ws/32cU3>

"Interessant ist der Vergleich mit Schweden: Trotz steigender Infektionszahlen gab es dort kaum Beschränkungen. Keine Maskenpflicht, Veranstaltungen fanden regulär statt, Schulen blieben geöffnet. Es gab keine Verbote, lediglich Empfehlungen. Nach kurzer Zeit stieg die Zahl der Todesfälle in Schweden rasant. Doch in der Bilanz der WHO steht das Land heute gut da".

Quelle: <https://www.stefan-homburg.de/images/Bundestagsrede%20Homburg.pdf><<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27545" berichtete am 28. November 2023 (x1.343/...): >>COVID-Impfempfehlung des BAG trotz Übersterblichkeit und laufender Strafanzeige!

Eine Analyse zeigt auf, daß bisher weltweit 17 Millionen Menschen aufgrund der "COVID-19-Impfung" zusätzlich gestorben sind. Die Sterberate stieg in den meisten Ländern erst mit dem Beginn der "Impfkampagne". Warum das Bundesamt für Gesundheit und andere Gesundheitsämter trotz fehlender Gesundheitsdaten an diesem "Impfprogramm" festhalten, ist höchst fragwürdig. ...

Der Schweizer Beat Süess ist selbständiger Berater und Coach für Strategie- und Potentialentwicklung. Er veröffentlichte am 28. September 2023 einen Artikel auf der Homepage von Aletheia unter dem Titel: "Wie das BAG trotz fehlender Sicherheitsdaten die Vulnerablen opfert." Kla.TV veröffentlicht nachfolgend eine gekürzte Version. ...

Das Bundesamt für Gesundheit BAG mit seinen knapp 700 Mitarbeitern befindet sich in fachlich desolatem Zustand, wie zum Beispiel die Impfempfehlung gegen COVID-19 für schwangere Frauen zeigt. Zwar empfiehlt das BAG die "Impfung" nur noch explizit für vorerkrankte Schwangere. Die Impfempfehlung für die gesunden Schwangeren wurde aber keineswegs zurückgezogen. Nein, man hat den Wortlaut lediglich so geändert, daß man eine "Impfung" für diese Zielgruppe weiterhin empfiehlt, wenn der Arzt dies auch für angezeigt hält. In der aktuellen "Impfempfehlung" behauptet man weiterhin, daß die "Impfung" für Schwangere sicher wäre. Die für diese Aussage herangezogene einzige Studie zeigt auf, wie unglaublich inkompetent oder aber dreist das BAG arbeitet. ...

Auch die Behauptung des BAG, daß Schwangere einem erheblich höheren Risiko durch COVID-19 ausgesetzt wären, hielt einer wissenschaftlichen Überprüfung nie stand. ...

Dabei hatte das Expertenkomitee (HMEC), welches Swissmedic bei der Zulassung berät, bereits im Dezember 2020 auf Risiken für Schwangere hingewiesen und entsprechende Warnhinweise empfohlen. Swissmedic hatte jedoch weder Warnhinweise angebracht, noch die entsprechenden Sicherheitsdaten eingefordert. Die Hersteller haben bis heute keine Sicherheitsdaten für Schwangere geliefert. Sie weisen in ihren Fachinformationen weiterhin lediglich auf die mangelnde Datenlage zur Sicherheit bei Schwangeren hin.

Vor 15 Monaten haben dann freigegebene Zulassungsdokumente aus den USA endgültig aufgezeigt, weshalb es bis heute keine weiteren Studien gibt. Pfizer und der Zulassungsbehörde FDA war die hohe Zahl von Schwangerschaftsverlusten aus den Zulassungsstudien bekannt und sie hatten versucht, diese und andere Gesundheitsrisiken per Gerichtsentscheid für 55 Jahre vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Was FDA und Pfizer seit der Zulassung wußten, kommt jetzt durch den markanten Geburtenrückgang und die Zunahme der Totgeburten schmerzhaft ans Licht. ...

In einer Analyse vom März 2023 hatte ich aufgezeigt, daß in der Schweiz bis Ende 2022 fast 18.000 Menschen durch die COVID-19-Maßnahmen und vor allem durch die "COVID-19-

Impfstoffe" gestorben sind. Viele internationale Untersuchungen kamen zu einem vergleichbaren Ergebnis, wie zum Beispiel die neueste umfangreiche Analyse von Professor Denis Rancourt.

Sie bestätigt erneut, was seine vorherigen internationalen Analysen bereits aufgezeigt hatten. Die Sterberate stieg in den meisten Ländern nicht etwa mit COVID-19, sondern erst mit dem Beginn der "Impfkampagne". Die Analyse kommt zum Schluß, daß weltweit bisher 17 Millionen Menschen aufgrund der "COVID-19-Impfung" zusätzlich gestorben sind, was im Bereich der Berechnungen anderer internationaler Studien liegt.

Auch in Australien begann das unerwartete Sterben erst mit der "Impfkampagne". Der Jahresdurchschnitt der Gesamtsterblichkeit (rote Kurve) hat sich innerhalb von zwei Jahren um 18 Prozent oder 29.000 Tote erhöht. Zudem fällt auf, daß 2022 weniger "Impfdosen" (orange Kurve) zu viel mehr Sterblichkeit führten (blaue Kurve). ...

Weshalb gehen die "Impfkationen" in Alters- und Behinderteneinrichtungen immer noch weiter?

Ein durchgesickertes Schreiben des St. Galler Gesundheitsdepartements an Behinderteneinrichtungen zeigt auf, daß das BAG bereits im Sommer über die "Impfempfehlung" für den Herbst informiert hat. Dabei hat das BAG offensichtlich Daten zur Teilnahme und Umfang von "Impfkationen" in Behinderten-, Alters- und Pflegeheimen für diesen Herbst erfragt. Das BAG wollte sich dazu nicht äußern und verwies an den Kanton.

Die St. Galler Gesundheitsdirektorin hat auf eine Anfrage bisher nicht geantwortet. Die aktuelle Fachinformation für sozialmedizinische Einrichtungen empfehlen diesen Einrichtungen weiterhin "... die höchstmögliche Durchimpfung gegen COVID-19 und Influenza sowohl bei den Personen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf wie auch bei den Mitarbeitenden ...".

Aber weshalb macht das BAG und andere Gesundheitsämter gegen besseres Wissen immer noch an diesem in der Geschichte der Menschheit tödlichsten medizinischen Experiment mit? Dieser Frage werden wir in einer separaten Analyse nachgehen, da es den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde. Die aufgezeigten systematischen Manipulationen durch das BAG haben jedoch gezeigt, daß dieser Behörde und den übergeordneten Verantwortlichen nicht mehr vertraut werden kann. So lange nicht, bis in einer unabhängigen Untersuchung die Motive für dieses tödliche Fehlverhalten aufgeklärt und die Mißstände behoben werden. Unterschreiben Sie deshalb die Aufarbeitungsinitiative. ...

Liebe Kla.TV-Zuschauer, machen Sie Ihr Umfeld auf diesen Skandal aufmerksam! Es ist längst erwiesen, daß jede zusätzliche Dosis der "COVID-19-Impfstoffe" nicht schützt, sondern noch größere Schäden anrichtet und noch mehr Tote fordert.

Auch ist befremdend, daß das BAG die Impfung weiterhin empfiehlt, obwohl eine Strafanzeige gegen Swissmedic läuft. Diese wurde im Juli 2022 aufgrund der Zulassung der schädlichen neuartigen "mRNA-Impfstoffe" gegen Corona und den danach eingetretenen schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden eingereicht!

Hier muß die Frage erlaubt sein, ob es ein Anzeichen ist für eine Verfilzung des BAG und der Swissmedic? Beziehungsweise könnte es ein weiteres Zeichen für die Verstrickung des BAG und Swissmedic mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung sein? ...

Kla.TV bleibt für Sie weiterhin am Ball und wird auch beobachten, ob die Staatsanwaltschaft die Strafanzeige gegen Swissmedic so rasch als möglich bearbeitet!<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 30. November 2023 (x1.348/...): >>**Mediziner und Wissenschaftler: "Killt keine Kinder!"**

Von *Herbert Ludwig*

Am 16.11.2022 veranstalteten die "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit Freiheit und Demokratie" (MWGFD) in München eine Pressekonferenz, in der wissenschaftliche Experten fundiert über aktuelle medizinische, statistische und rechtliche Themen der "Corona-

Krise referierten. Es war dies der Auftakt einer Reihe weiterer Informationsveranstaltungen. Schwerpunkt war die ohne Not immer stärker betriebene "Corona-Impfung" der hilflosen Kinder und Säuglinge, die angesichts der weltweit anschwellenden schweren und tödlichen Nebenwirkungen eine besondere Ruchlosigkeit darstellt. Nachfolgend bringen wir einen Bericht von Uwe Kranz. (hl)

Pressemitteilung von *Uwe Kranz*

<https://www.mwgfd.de/>

Mit diesem wuchtigen Motto zierte der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit Freiheit und Demokratie (MWGFD) seine erste Pressekonferenz in der Münchner Eventlocation "Weitblick" am 16.11.2022. Wuchtig auch der Auftritt: Sieben international anerkannte Experten referierten komprimiert und knapp zu ihren Spezialgebieten, beantworteten anschließend über eine Stunde lang geduldig die Fragen der Medien und Gäste, bevor sie sich exklusiven Interviews stellten.

Von solchen gehaltvollen Informationsveranstaltungen wird es künftig mehr geben, auch wenn es durchaus die eine oder andere kritische Stimme zu Plakat (zu "reißerisch") und Aufmacher gab, wonach Kinder vom Verein ebenso instrumentalisiert würden, wie von Impfbefürwortern und zum wissenschaftlich-sachlichen Gehalt der Konferenz im Kontrast stünden. Das wird der MWGFD künftig sicher bedenken, aber: Die drastische Wortwahl entspricht der bisherigen unmenschlichen Absicht, unsere Babys und Kleinkinder dem genterapeutischen Massenexperiment zu opfern, nachdem über zwei Jahre lang mit wissenschaftlicher Sachlichkeit erfolglos gemahnt wurde.

Kernthemen waren: die Verurteilung des Passauer Arztes Dr. Weigl verbunden mit der evidenten Gesinnungsjustiz und der allgemeinen Maskenproblematik; die drohende Empfehlung der Baby- und Kleinkinderimpfung verbunden mit den Erkenntnissen zu (Kinder-)Übersterblichkeit, Impfschäden, Schwangerschaftsproblemen und Geburtenrückgang; die juristischen Dimensionen des Zulassungsverfahrens, der Änderungen des Arzneimittelgesetzes und die Rechtsfolgen der unzureichenden Aufklärung bei der Impfung.

Dr. Weigl nahm eingangs kurz zu seiner Verurteilung vom Vortag Stellung (Bewährungsstrafe von nur noch einem Jahr). Ein Rückzug der Gesinnungsjustiz auf Raten: die vorgeworfenen Fallzahlen schmolzen wie Schnee in der Sonne im Ermittlungsverfahren und in den beiden Instanzen von 1.096 über 75 auf 24 und selbst diese Fälle stehen auf dünnem Eis. Weggefallen sind Berufsverbot und Geldstrafe. Wohl zur politisch-motivierten Gesichtswahrung geblieben ist die rechtsbedenkliche Urteilsbegründung. Dr. Weigl wird das Vorliegen von Revisionsgründen durch seine Verteidiger prüfen lassen.

Prof. Dr. Dr. Martin Haditsch betonte unterstützend die fehlende Evidenz der Maskenpflicht, die epidemiologische Unwirksamkeit und Irrelevanz der untauglichen und nicht zugelassenen Masken. Er konstatierte, daß Masken weder Eigen- noch Fremdschutz bieten, sondern nach vielen wissenschaftlichen Studien eher schaden und durch Mikropartikel zusätzlich toxisch belasten, vor allem Kinder.

Schwerpunkt der Veranstaltung war jedoch die Verhinderung einer Empfehlung durch die STIKO, jetzt auch noch die C- "Impfung" von Babys und Kleinkindern durchzuführen, so wie es die Europäische Medizinagentur (EMA) geraten hatte.

Prof. Dr. Werner Bergholz warnte eindringlich davor, denn jede Impfung müsse das Verhältnis von Nutzen und Risiko sorgfältig abwägen. Während auf der einen Seite feststehe, daß der Nutzen der "COVID-19-Impfung" nahezu bei null liege, liegen unwiderlegbare wissenschaftliche Belege dafür vor, daß die Risiken beträchtlich seien, sowohl im Hinblick auf schwere Nebenwirkungen als auch der Häufigkeit von Sterbefällen, wobei noch nicht einmal das Risiko späterer Schäden einbezogen wird.

Fatal wirke sich aus, daß das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) eine beträchtliche Untererfassung

zulasse und internationale Daten aus England, den USA, Schweden und selbst die Diskrepanz zu den Freigabestudien von Pfizer/BioNTech einfach ignoriert. Mit großem Nachdruck forderte Dr. Bergholz eine umgehende Kurskorrektur nach dem Vorbild von England, Dänemark und Schweden.

Deutlich warnte auch Prof. Dr. Ulrike Kämmerer vor der "Baby- und Kleinkinderimpfung", denn diese zwingen schon die kleinen Körper, das gefährliche Spike-Protein herzustellen. Dieses verbleibe eben nicht an der Einstichstelle, sondern wandere in die Schaltstellen des kindlichen (wachsenden) Immunsystems ein, verteile sich überall im Körper und richte damit mehr Schaden an als eine Virusinfektion, wie Pathologen und Rechtsmediziner regelmäßig und zweifelsfrei in den Geweben von "Impfgeschädigten" nachweisen können.

Die häufig auffällige Immunschwäche wirke sich insbesondere aus auf die Reaktivierung von schlummernden Gürtelrosen oder bei plötzlich aufkommenden Krebserkrankungen. Ihr Fazit: Je mehr solche Lipid/RNA-Injektionen erfolgen, um so nachhaltiger werde das Immunsystem zerstört und um so mehr toxisches Spike könne sich schädigend in die Gewebe einlagern.

Vor diesem Hintergrund betonte Prof. Dr. Andreas Sönnichsen (per Zoom zugeschaltet) die ethische Sicht, die im Hippokratischen Eid, im Genfer Gelöbnis und im Nürnberger Kodex festgelegt ist.

Als Arzt müsse man sich an die Devise halten "Primum nil nocere", daß man also "keinen Schaden zufügen" dürfe. Angesichts der erschreckenden Kinder-Übersterblichkeit, die er in Wissenschaft und Praxis verfolge, warnt auch er vor der "Kinderimpfung", die schädlich, vollkommen sinnlos, unethisch und menschenverachtend sei. Er verlangt kategorisch die "Impfung" gesunder Kinder zu verbieten und forderte streng, den Nürnberger Kodex zu beachten.

In einem Zoom Beitrag wies Prof. Dr. Sucharit Bhakdi darauf hin, daß schon Neugeborene über ein ausgereiftes Immunsystem verfügen. Viele Hunderte von Millionen der Virusgen-Pakete gelangten nach der "Impfung" unweigerlich in die Blutbahn und damit in Zellen, die die Blutgefäße auskleiden. Die Schädigung der Gefäße verursache Thrombosen, die bis zu Herz und Hirn vordringen und zum Zelltod führen können.

Die anklagende Frage von Dr. Bhakdi war, wie die zuständigen Behörden eine solche "Impfung" überhaupt genehmigen konnten, vor allem, weil sie nie im Besitz des Virus gewesen waren und deshalb auch keine Tierversuche für die Schutzwirkung des "Impfstoffes" durchführen konnten. Die direkte Genehmigung der Menschenexperimente wurde von der EMA und des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) sozusagen rechtswidrig "durchgewunken". Das seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an der Menschheit.

In die gleiche Richtung ging der Vortrag von der Fachanwältin Beate Bahner, die die vielfältigen vorsätzlichen Verstöße bei der Zulassung der "C-Impfstoffe" gegen alle nationalen und internationalen Sicherheits-Vorschriften rügte: Befreiung von der Umweltverträglichkeits-Prüfung, Befreiung von der toxikologischen Prüfung, der Prüfung auf krebserregende Wirkungen sowie sämtliche Prüfungen auf weitere Sicherheitsparameter (Fruchtbarkeit, Langzeitschäden).

Das ist angesichts der absoluten Neuartigkeit und Gefährlichkeit der "mRNA-Impfstoffe" und der "inhaltsreichen" Lipid-Stoffe eine ungeheuerliche Verletzung sämtlicher Sicherheitsvorschriften zum Schutze der Menschen, die einst zur Verabschiedung des Arzneimittelgesetzes (AMG) führten.

Darüber hinaus wies die Anwältin auf die ihrer Ansicht nach verfassungswidrige Aushebelung des AMG durch die bereits im Mai 2020 heimlich, still und leise erlassene "Medizinischer-Bedarf-Versorgungs-Sicherstellungs-Verordnung" hin, wonach die "Impfstoffe" auch nach dem Verfallsdatum eingesetzt werden dürfen, die Packungsbeilage entfallen könne (Zusammensetzung, Wirkung, Nebenwirkungen), keine Fachinformationen für Ärzte mehr bereitge-

stellt werden müssen und Informationspflichten, Zertifizierungspflichten bzw. Chargenprüfungen durch das PEI entfallen. Diese Verordnung setzt damit 83 Millionen Bürger einem unabsehbaren Sicherheits- und Gesundheitsrisiko aus.

Die nachfolgende, über einstündige Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Medien und der Gäste bestätigte in vielerlei Hinsicht, daß die Referenten den Nerv der Zeit getroffen hatten. Einzelne Zuhörer schilderten die dramatische Situation von Angehörigen oder Patienten, die unmittelbar nach der Impfung schwere gesundheitliche Schäden erlitten. Dr. Weigl konnte auf das Pilotprojekt seines Vereins hinweisen, das diese "Impf-Opfer" an einen Ärzte- und Therapeutenkreis vermitteln könne, der sich speziell der Patienten mit einem Post-Vac-Syndrom widmen könne.

Die Frage, wie die Entwicklung gestoppt werden könne, wurde ergebnisoffen diskutiert. "Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung" und "Nein sagen" seien die vorrangigsten Ansätze. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die politischen und medizinischen Verantwortlichen seien der zweite Schritt, der konsequent zu gehen sei, nicht nur in der Schweiz und in den USA. Es fehlte nur noch die politische Stoßrichtung, denn ohne eine Änderung der Gesundheitspolitik sind alle Vorstöße zum Scheitern verurteilt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. November 2023 (x1.345/...):

>>**Mit unfaßbarer Arroganz offenbaren Lauterbach und Pistorius ihre Unwissenheit über die Corona-Impfung**

Am Mittwoch wurden Pistorius und Lauterbach zu DNA-Verunreinigungen und der Begründung für die immer noch bestehende Corona-Impfpflicht für Soldaten befragt. Die arroganten Antworten der Minister zeigten vor allem, daß diese keine Ahnung vom Thema hatten.

Larissa Fußer

Am Mittwochnachmittag mußten sich Gesundheitsminister Karl Lauterbach und Verteidigungsminister Boris Pistorius den Fragen der Bundestagsabgeordneten stellen. Die Debatte streifte an mehreren Stellen auch berechtigte Fragen zur Corona-Impfung, die jedoch - man kann es nicht anders sagen - von den Vertretern der Bundesregierung regelrecht herablassend abgebugelt wurden.

Als Karl Lauterbach über die Verunreinigungen von Cannabis sprach, nutzte der AfD-Abgeordnete Martinichert die Gelegenheit, um den Gesundheitsministern auch zu Verunreinigungen der Corona-Impfstoffe zu befragen. Wörtlich sagte der Abgeordnete: "Wir haben die Verunreinigungen auch jetzt bei den Corona-Impfstoffen, wo die DNA-Verunreinigungen festgestellt worden sind, mit Bakterien-DNA, die - sehr gefährlich - in Lipid-Nanopartikel verpackt ist, so daß sie vom Immunsystem nicht erkannt werden und in die Zellen eindringen. Was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Verunreinigungen jetzt zu unternehmen?"

Der genaue Wortlaut der Frage ist entscheidend, wenn man die Antwort Lauterbachs einordnen möchte. Diese antwortete mit einer herablassenden Todesmiene: "Ich kann Ihre Frage nicht beantworten, Sie ist unwissenschaftlich. Sie wiesen auf die Verunreinigungen in der DNA der Impfstoffe hin, die Impfstoffe werden mit RNA hergestellt und nicht mit DNA". Ende der Durchsage.

Nun hatte der AfD-Abgeordnete aber überhaupt nicht von einer Verunreinigung der DNA gesprochen, sondern von einer Verunreinigung der Impfstoffe durch DNA. Diese Verunreinigung der Impfstoffe, die auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen im Herstellungsprozeß der Impfstoffe zurückgeführt werden können, wurden inzwischen sowohl von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), also auch von der kanadischen Gesundheitsbehörde bestätigt (Apollo News berichtete).

Ob die Verunreinigungen gesundheitsgefährdend sind, ist aktuell noch Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Verschiedene renommierte amerikanische Mikrobiologen haben jedoch bereits darauf hingewiesen, daß sich die DNA-Bruchstücke potentiell in das körpereige-

ne Genom des Geimpften einbauen und so möglicherweise Krebserkrankungen verursachen könnten (Apollo News berichtete). Die Frage des AfD-Abgeordneten war also inhaltlich durchaus berechtigt. Zumal bereits bekannt ist, daß die Corona-Impfstoffe vom für die Sicherheitskontrollen zuständigen Paul-Ehrlich-Institut nicht auf DNA-Verunreinigungen geprüft werden - die Behörde verläßt sich ganz auf die Angaben der Impfstoff-Hersteller.

Ein verantwortungsbewußter Gesundheitsminister könnte sich angesichts der Tatsache, daß diese Verunreinigungen nun aber offiziell mehrfach nachgewiesen wurden, durchaus dahinter stellen, daß man nicht nur weiter hofft, daß diese Verunreinigungen keine gesundheitlichen Schäden anrichten. Statt dessen könnte er dafür sorgen, daß diese Frage erforscht wird und dies gegebenenfalls mit Geldern des Bundesgesundheitsministeriums unterstützen - ähnlich wie es bei der Long Covid Forschung bereits der Fall ist. Gerade bei Lauterbach würde der Anstand so ein Engagement eigentlich gebieten - immerhin war er es, der mehrfach behauptete, die Impfung sei "nebenwirkungsfrei".

Die bockige Antwort des Ministers läßt sich auf zwei Weisen interpretieren: Entweder ist Lauterbach die Debatte um Verunreinigungen des Impfstoffes durch DNA überhaupt nicht bekannt und er hat deshalb die Frage so phänomenal falsch verstanden. Oder er wollte sie nicht verstehen. Beides ist des Amtes des Gesundheitsministers unwürdig.

Und nicht nur Karl Lauterbach fiel am Mittwochnachmittag mit erschreckender Unwissenheit auf. Auch Verteidigungsminister Pistorius gab eine irritierende Antwort, als er vom AfD-Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler zu einer aktuellen Risiko-Nutzen-Abwägung befragt wurde, die die bis heute aufrechterhaltene Duldungspflicht der Corona-Impfung für Soldaten der Bundeswehr begründet.

Der Verteidigungsminister entgegnete wörtlich: "Die Covid-19-Impfung ist der beste Schutz vor...", er guckte auf einen Notizzettel, "...schweren Krankheitsverläufen. Der beste Schutz vor Ansteckung ... vor einer Weitergabe der Ansteckung." Das Verteidigungsministerium wiege "sehr sorgfältig und konsequent" das Gemeinwohl, also die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, gegen den Eingriff in Grundrechte von Soldaten durch eine Duldungspflicht ab, erläutert Pistorius. Bei dieser Abwägung komme man "unverändert zu dem Ergebnis, daß die Duldungspflicht gerechtfertigt und notwendig ist."

Daß die Corona-Impfung - je nach Quelle - kaum oder gar nicht vor Ansteckung oder Übertragung schützt, ist inzwischen Mainstream-Wissen. Im Ärzteblatt hieß es beispielsweise erst im September in einem Beitrag zu neuen Studienerkenntnissen zur Corona-Impfung: "Die Schutzwirkung durch eine frühere Erkrankung war stärker als durch eine Impfung". Nun muß man Herrn Pistorius zugestehen, daß er selbst angemerkt hat, daß die Einschätzung zur Notwendigkeit der Duldungspflicht auf der Analyse des Sanitätsdienstes der Bundeswehr beruht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30 November 2023: >>**Arroganz der Macht: Pistorius (SPD) verweigert klare Antworten zum Impfzwang!**

Ob de facto-Impfzwang ("Duldungspflicht") für Soldaten oder Mali-Einsatz: Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mußte sich diese Woche im Deutschen Bundestag klaren Fragen der AfD stellen. Seine unverschämten "Antworten" zeigten die ganze Arroganz der Macht.

Allen Ernstes behauptete Pistorius dann noch, die Corona-Impfung schütze vor der Weitergabe von Infektionen. Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD, stellte ihn zur Rede. Stephan Brandner, einer der parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion hakte beim Mali-Einsatz nach.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27582" berichtete am 3. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Ärzte rufen ihre Kollegen zum sofortigen Impfstopp auf!**

In einem offenen Brief rufen unabhängige Arztkollegen und Wissenschaftler alle Ärzte zu

einem sofortigen Impfstopp der Corona-Impfung auf! Sie bezeugen beweislasterig, daß die Bevölkerung in großer Gefahr schwebt und bitten ihre Kollegen eindringlich darum, diesem Gebaren ein Ende zu machen, indem sie diese Stoffe weder verabreichen noch akzeptieren!

Der "Ärztliche Berufsverband Hippokratischer Eid" gab im August 2023 ein Anschreiben an alle ärztlichen Kollegen heraus: "Aufruf an die ärztlichen Kollegen zum Beenden der SARS-CoV2-Impfungen - ein offener Brief"

Darin ersuchen die Verfasser ihre Kollegen dringend, "den unterschiedlichen wissenschaftlichen Meinungen Gehör zu schenken und von öffentlichen Behörden und Politikern exakte Erhebungen, Untersuchungen und Prüfungen durch interessenunabhängige Forschung zu fordern."

In diesem Anschreiben wird die sonst übliche Bezeichnung mRNA als "modRNA" bezeichnet. Zur Erklärung: Auf natürlichem Weg werden beständig im Zellkern DNA-Abschnitte in mRNA umgeschrieben. Diese Abschriften dienen als Kodierung zur Herstellung von z.B. Hormonen oder Enzymen. Korrekterweise bezeichnen die Verfasser des Anschreibens die künstlich bzw. gentechnisch hergestellte mRNA als modRNA. Die modRNA ist körperfremd und in den mRNA-Corona-Impfstoffen enthalten.

Mittels einer begründeten Dokumentation mit 11 Argumentationspunkten erörterten sie ihren Kollegen die schwerwiegende Problematik und Folgen von modRNA-Impfstoffen und bitten sie gleichzeitig eindringlich, unbedingt das Impfen zu unterlassen.

In Punkt 1 wird erklärt, daß die Planung, modRNA-Impfstoffe einzusetzen, weit in die Vergangenheit zurückreicht und dies bereits 2018 auf dem Berliner World Health Summit von Kanzlerin Angela Merkel verkündet und von Bill Gates über die Zusammenarbeit mit der deutschen Firma Curevac vorwärtsgetrieben wurde. Die Covid-19-Pandemie war in dieser politischen Planung lediglich ein passender Glücksfall, um die bestehenden Regularien zu umgehen, so die unabhängigen Kollegen des Berufsverbandes.

In Punkt 2 wird die Tatsache aufgegriffen, daß es der Bundesregierung schon durch ein bestimmtes Forschungsprojekt bekannt war, daß die modRNA-Technologie nicht sicher genug sei, da sie wesentliche pharmazeutische Grundbedingungen nicht erfülle. Weiter wird den Kollegen zu bedenken gegeben, daß es nicht kontrollierbar ist, "an welchem Ort des Körpers wieviel von der Enddosis einer letztlich toxisch wirkenden Substanz über welchen Zeitraum produziert wird, die in Gefäßen, Organen, Nerven und Gehirn Entzündungen und Autoimmunreaktionen auslösen können."

Unter Punkt 6 wird u.a. gefordert, daß die auffällige Zunahme der unerwarteten Todesfälle seit dem 1. Quartal 2021 konsequent untersucht werden müsse. Des Weiteren werden die Kollegen über den starken Zusammenhang zwischen dem Beginn der Impfprogramme und dem Rückgang der Fruchtbarkeit, direkt neun Monate nach Beginn dieser Programme, informiert. In dem Ärzteaufruf wird auf Untersuchungen verwiesen, daß toxische rekombinante Spikeproteine in Hoden, Eierstöcken, Endometrium und in Plazenta und Nabelschnur einer Totgeburt nachgewiesen wurden.

In Punkt 10 der Dokumentation werden die ärztlichen Kollegen alarmierend vor den inakzeptablen Nebenwirkungen gewarnt, die die "neuartigen präventiven gentechnologischen Eingriffe mit modRNA, fälschlicherweise und beschönigend "Impfungen" genannt", nach sich ziehen. Sowie weiter in Punkt 11, daß die ernstesten Nebenwirkungen und mit Impfungen assoziierten Todesfälle seit Dezember 2022 bis heute mehr als dreimal so hoch sind, als die aller anderen Impfungen zusammen.

Zu guter Letzt fordert der ärztliche Berufsverband eindringlich, daß eine Generalisierung, der modRNA-Plattform-Technologie für andere Impfstoffe verhindert werden muß! Mit ganz einfachen Worten: Es darf nicht aus jeder anderen Impfung auch eine mRNA-Impfung werden. Der Ärzteverband nimmt sogar stark an, daß die Covid-19-Pandemie dafür genutzt wurde, um

die Hemmschwellen für die Zulassung von mRNA-Technologien abzubauen und die Akzeptanz bei Ärzten und der Bevölkerung zu erhöhen.

Daß dies "vor allem ökonomische und politische Gründe haben dürfte, sollte nach dem Gesagten offenkundig sein", wird argumentiert und man gehe davon aus, "daß diese Technologie jetzt auf bereits bestehende Impfungen und Erkrankungen ausgeweitet werden soll, so daß Standard-Impfungen wie die gegen Influenza, Masern, Windpocken, Mumps etc. in Zukunft mit der neuen modRNA-Plattform durchgeführt werden sollen, um eine neue, wirtschaftlich lukrative Markterweiterung zu schaffen, bei der Deutschland durch seine hier ansässigen Firmen wieder im internationalen Markt führend sein kann."

Doch obwohl dieser offene Brief, nach Angaben einer Mitarbeiterin des ärztlichen Berufsverbandes, an nahezu alle Ärzte versandt wurde, impfen sehr viele Kollegen einfach ignorant weiter, so die entrüstete Kollegin. - Müssen ihnen denn wirklich Patienten oder gar Familienmitglieder unter den Händen wegsterben, wie ein Allgemeinmediziner es bezeugte, bevor sie auf den ernstgemeinten, herzlichen Rat ihrer erfahrenen Kollegen eingehen können?

Dieser Arzt berichtete: "Wir haben in der Ausbildung nichts darüber gelernt, wie man einen Impfschaden dokumentiert oder wo man ihn einreicht... Die Impfdosen wurden meiner Praxis ohne Beipackzettel geliefert und ohne weiteres Hinterfragen wurde geimpft." ... Bis der Mediziner selbst eine schmerzhaft Erfahrung machen mußte: Einer seiner jungen Patienten verstarb an der Masernimpfung, die er ihm zuvor verabreicht hatte. Seit diesem tragischen Vorfall impft der Arzt in seiner Praxis nicht mehr!

Auch wenn ihm damit, nach eigenen Angaben, eine wichtige Erwerbsquelle wegfällt: "Das tat mir im ersten Moment richtig weh. Für das Impfen bekam ich so viel Geld, daß ich gar nicht wußte, was ich damit anfangen soll, ..." so der Mediziner. Jetzt kann er es mit seinem Gewissen nicht länger vereinbaren, Menschenleben fragwürdigen Impfungen auszusetzen.

Da seine Praxis derzeit auch von Patienten mit Corona-Impfschäden aufgesucht wird, dokumentiert und meldet der Doktor diese Fälle und schickt diese in Kopie auch immer an den behandelnden Arzt des Patienten. Sie dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen! Allerdings fühlt er sich auf den Arm genommen, da er vom zuständigen Robert-Koch-Institut nie eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine Meldung darüber bekommt, daß der eingegangene Fall bearbeitet wird.

Das unabhängige Kollegen- und Wissenschaftlerteam schließt seinen Appell mit folgender Aussage: "Dies wird auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung gehen und ist ethisch nicht vertretbar, denn gerade für Zulassungen von Impfungen, die ja an Gesunden angewendet werden, sind nach geltenden ärztlichen Standards erhöhte Sicherheitsrichtlinien anzuwenden. Diese Tatsache ist offenbar dem Gesetzgeber verborgen geblieben und wird von der Exekutive verschwiegen. Man kann davon ausgehen, daß nur Druck von den Anwendern, also den Ärzten und den Betroffenen, also den Patienten, eine politische Kurskorrektur herbeiführen wird."

Weiter werden alle Betroffenen dazu aufgefordert: "Ärzte, in Gesundheitsberufen Tätige, Forscher, Wissenschaftler und Bürger - diesem Gebaren ein Ende zu machen, indem Sie diese Stoffe nicht mehr verabreichen, sie nicht mehr akzeptieren und die entsprechenden Gefahrenpotentiale vordringlich beforschen."

Durch die Weiterverbreitung des offenen Briefes an alle Ärzte, wird niemand mehr sagen können, nichts über die Gefahren gewußt zu haben. Das Wohlbefinden der Menschen über jeden persönlichen Vorteil, wie Reichtum, zu stellen muß Schule machen. Außerdem müssen sich die Impfarzte darüber im Klaren sein, daß ihnen dieser durchaus schon morgen wieder genommen werden kann. Die Politik kann die Ärzte unerwartet fallen lassen und sie aufgrund ständig anschwellender Flut Geschädigter in Haftung nehmen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27587" berichtete am 4. Dezember 2023 (x1.343/...): >>>Prof. Dr. Sönnichsen: "Es wurde bewußt gelogen"!

"Eine epidemische Lage von nationaler Tragweite lag zu keinem Zeitpunkt vor", meint Prof. Dr. Sönnichsen. In diesem Interview erläutert er, warum nicht nur eine medizinische, sondern auch eine juristische Aufarbeitung nötig ist.

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen,

- Wissenschaftler, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin, Hochschullehrer, Autor und Politiker bei der Partei dieBasis.

- von 2004 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für Allgemeinmedizin, Präventive und Rehabilitative Medizin der Universität Marburg

- von 2006 bis 2012 Professur und Leitung des Instituts für Allgemein-, Familien- und Präventivmedizin der Paracelsus-Universität Salzburg

- ab 2012 Professur und Leitung des Instituts für Allgemein- und Familienmedizin der Universität Witten/Herdecke.

- Oktober 2018 - März 2022 Professur und Leitung der Abteilung für Allgemein- und Familienmedizin der Medizinischen Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Patientensicherheit, Medikationssicherheit, Versorgungsforschung und Evidenzbasierte Medizin.

- von März 2019 bis Januar 2021 Vorsitzender des Deutschen Netzwerks Evidenzbasierte Medizin (DNEbM).

- veröffentlichte im März 2020 als Vorsitzender des Deutschen Netzwerks Evidenzbasierte Medizin eine kritische Stellungnahme zu den Corona-Maßnahmen mit der Frage "Wo ist die Evidenz?"

Moderatorin: Herr Sönnichsen, schön, daß Sie hier sind. Mit welchen Erwartungen sind Sie denn zu diesem heutigen Kongreß-Symposium gekommen?

Sönnichsen: Ich finde das prima, daß das stattfindet, denn die Aufarbeitung der Corona-Krise stockt ja, weil natürlich von verschiedenen Seiten dagegen gemauert wird. Ich finde es sehr erfreulich, daß die AfD diese Initiative ergriffen hat, diese Aufarbeitung in Angriff zu nehmen. Es ist ja nun schon das zweite Symposium der AfD. Es gibt ja auch in Brandenburg schon den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Das heißt, da kommt Bewegung rein. Ich bin froh, daß es diese parlamentarische Kraft gibt, die diese Bewegung voranbringt. Ich glaube, daß wir hier einfach heute einen großen Schritt weiterkommen. Natürlich auch mit den Medien, die da sind.

Moderatorin: Sie haben in Ihrem Impulsvortrag vorhin auch schon erwähnt, gerade apropos Aufklärung bzw. Aufarbeitung, daß es ja auch bei den Impfulassungen diverse Interessenkonflikte gab. Auch gerade, was in den Studien angegeben wurde oder eben auch nicht angegeben wurde. Inwiefern müßte da oder inwiefern könnte dort eine Aufarbeitung aussehen?

Sönnichsen: Ja, das ist ja eigentlich ganz interessant. Denn das ist etwas, das wir vom Deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin uns seit 25 Jahren kritisieren, daß sehr viele Arzneimittelzulassungsstudien eben sehr stark mit Interessenkonflikten behaftet sind. Und wenn man sich jetzt die Pfizer-Studie zum Beispiel anschaut für den Impfstoff, da steht ja in der Publikation im New England Journal steht drin, Pfizer war verantwortlich für das Design der Studie, die Durchführung der Studie, die Auswertung der Studie und die Publikation der Studie. Und die meisten Autoren, die auf diesem Paper draufstehen, sind Pfizer-Mitarbeiter. Ja, also was will man denn da erwarten, was bei dieser Studie rausgekommen ist?

Also das ist ein untragbarer Zustand in der Medizin, daß es praktisch keine unabhängigen Studien gibt. Und leider muß man sagen, zieht sich dieses Problem der Interessenkonflikte weiter durch. Schauen Sie sich die EMA an. Die EMA wird überwiegend von der Pharmaindustrie finanziert. Die WHO wird überwiegend von Pharmaindustrie oder Interessenkonflikt behafteten Organisationen wie Bill & Melinda Gates Stiftung, das ist ja letztendlich verlängert

der Arm der Pharmaindustrie in dem Fall, finanziert.

Das heißt, wir leben in einem vollkommen korrumpierten Medizinsystem, in dem letztendlich nur pekuniäre Interessen verfolgt werden. Und wir brauchen da einen generellen Wechsel, einen generellen Neuanfang hin wieder zu einer menschenzentrierten Medizin, die unabhängig von diesen Industrieinteressen ist.

Moderatorin: Sie haben vorhin auch, ich weiß nicht mehr genau den Wortlaut, aber so in die Richtung gesagt, diese Maßnahmen, die dann auch gefolgt sind, waren rechtswidrig. Und das wiederum wäre ja dann ein Fall für die Justiz. Also daß diese Sachen nicht nur medizinisch aufgearbeitet werden, sondern auch von Seiten der Justiz. Inwiefern sehen Sie da, auf welchen aktuellen Stand bewegen wir uns da gerade? Wie würden Sie unseren heutigen Ist-Zustand bewerten, was von Seiten Justiz gelaufen ist oder auch nicht gelaufen ist?

Sönnichsen: Na ja, das Problem ist, wir haben ja ein "Ermächtigungsgesetz", das der Bundestag verabschiedet hat. Das heißt, die Parlamentarier haben eigentlich ihre Kontrollfunktion aufgegeben und dadurch erst ermöglicht, daß die Bundesregierung, allen voran das Gesundheitsministerium und der Gesundheitsminister, Dinge erlassen konnten ohne Parlamentsbeschluß. Also das heißt Lockdown, Quarantänevorschriften, Maskenpflicht und so weiter und so fort. Bis hin natürlich auch zur ganzen Impfkampagne.

Das heißt, es wäre rechtswidrig und es ist eigentlich deswegen rechtswidrig, weil die Voraussetzungen, nämlich die epidemische Lage nationaler Tragweite, zu keinem Zeitpunkt vorlagen. Ich bin ja nur kein Jurist und letztendlich werden die versuchen, sich darauf rauszureden. Ja, es ist ja rechtmäßig gewesen, weil der Bundestag die epidemische Notlage festgestellt hat, die aber zum damaligen Zeitpunkt, nämlich am 25. März, als dieses Gesetz erlassen wurde, gar nicht vorlag.

Der Zenit der ersten Welle war ja am 16. März schon überschritten in Deutschland. Das heißt, am 25. März waren die Zahlen deutlich rückläufig. Die erste Welle war überwunden. Sie hat nicht zu einer Überlastung der Krankenhäuser geführt. Sie war sogar überwunden, bevor überhaupt der Lockdown und die gravierenden Maßnahmen ergriffen wurden. Und damit sind die natürlich de facto rechtswidrig, weil, es gab keinen Grund mehr dafür. Was die Juristen nun daraus machen, schauen wir mal. Aber eigentlich müßte man da juristisch rangehen.

Moderatorin: Nun gut, das ist alles nicht so optimal gelaufen, wie man sich das gewünscht hätte. Aber es ist ja jetzt vorbei und irgendwie ist das alles eh viel zu diffus. Da schauen wir jetzt einfach in die Zukunft und hoffen, daß so was ja auch nicht nochmal kommt. Ist das jetzt die richtige Herangehensweise, einfach zu sagen, na ja, vorbei, wir haben gelitten, aber man muß auch irgendwann mal wieder nach vorne schauen und nicht einfach alles haarspalterisch auseinandernehmen. Wie stehen Sie dazu?

Sönnichsen: Ich denke, deswegen bin ich heute hier. Ich glaube, daß man das sehr wohl machen muß. Man muß hier wirklich zurückschauen und auch nochmal sich genau anschauen, was war zu welchem Zeitpunkt bekannt. Denn am 25. März, als dieses Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, waren ja viele Dinge schon bekannt. Unsere erste Stellungnahme vom Deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin kam am 20. März, also fünf Tage vorher heraus. Wir hatten die Daten aus China. In China war die Welle vorbei.

Wir wußten aus den chinesischen Daten, die Infektionssterblichkeit liegt ungefähr bei 0,15 Prozent, also im Bereich der ganz normalen Influenza. Wir wußten von den italienischen Zahlen bereits Mitte März, es sind überwiegend alte Menschen, die hier verstorben waren, die wesentliche Vorerkrankungen hatten. Wir wußten, die Gesamtsterblichkeit in Italien wird praktisch durch die Covid-Toten nicht beeinflußt. Es war alles bekannt. Man kann also auch heute nicht sagen, wir haben es ja damals nicht gewußt. Alle Zahlen zur Pandemie waren bekannt und man hat trotzdem die Maßnahmen beschlossen.

Es ist ja auch jetzt sehr offensichtlich, warum das Ganze gemacht wurde. Es wurde gemacht,

um die Panik in der Bevölkerung hochzuhalten und die Impfbereitschaft zu erhöhen, sozusagen vorausschauend. Das Fernziel war die Impfung. Es wurden ja auch alle anderen möglichen Therapieformen abgelehnt und die Impfung als alternativlos dargestellt. Stimmt ja alles nicht. Es gab ja viele Alternativen, wie man mit dieser Krise hätte umgehen können. Die sind nur nicht wahrgenommen worden.

Man wollte diese Impfung partout durchdrücken, gegen eigentlich besseres Wissen und gegen den gesunden Menschenverstand. Es sind sehr viele Menschen dadurch zu Schaden gekommen. Da kann man jetzt nicht einfach sagen, na ja, ist halt passiert, jetzt Schlußstrich drunter, machen wir weiter. Nein, man muß es aufarbeiten, auch um zukünftig ähnlichen Mißbräuchen entgegenzuwirken. Vor allen Dingen natürlich, um zu verhindern, daß die WHO jetzt auch noch einen Pandemievertrag auf den Weg bringt, der der WHO Durchgriffsrechte in nationales Recht einräumt. Und damit werden Tür und Tor geöffnet für zukünftige Pandemien und ähnlich katastrophales Mißmanagement.

Moderatorin: Wenn Sie sagen, all diese Dinge waren bekannt. Ich glaube, da ist auch immer nochmal wichtig, die Frage zu stellen, wem waren sie bekannt? Ich hatte im Austausch mit Politikern immer wieder die Antwort bekommen, das verstehen sie ganz falsch, weil die Sachlage so und so aussieht. Da war quasi gar keine Bereitschaft auf der einen Seite, aber vielleicht auch großes Nichtwissen auf der anderen Seite, wo sich dann auch derartige Lücken aufgetan haben und es zu dieser Umsetzung von den Maßnahmen kommen konnte.

Wie schätzen Sie denn diese Lage ein, weil, Sie sind ja auch sehr viel politisch aktiv und im Austausch. Wie haben Sie das erlebt? Also ist es ein Problem, daß die Leute, auf die es ankommen, würde in der Politik nicht von diesen Publikationen wissen? Oder ist es eine fehlende Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen?

Sönnichsen: Also man kann eigentlich heutzutage zurückblicken und nur sagen, es wurde bewußt gelogen. Es wurde bewußt gelogen, anders kann man es nicht sagen. Denn im RKI zum Beispiel gibt es ja die Arbeitsgemeinschaft Influenza und die haben ja während der gesamten Corona-Zeit ordentliche Arbeit geleistet. Die geben jede Woche den Influenza-Wochenbericht heraus. Aus dem war auch Anfang 2020 jede Woche ablesbar, wie viele Patienten sind stationär behandelt mit schweren akuten respiratorischen Infekten und wie viel Prozent davon sind Corona-Patienten. Das war alles bekannt. Das war also im RKI bekannt.

Und wenn die Führung des RKIs dann etwas anderes behauptet, als was die eigenen Abteilungen an Daten zur Verfügung haben und auch publizieren, dann muß man sagen, dann ist es schlicht und ergreifend gelogen. Also es kann nicht anders sein. Und es ist natürlich bewußt gelogen worden, weil das Narrativ der Corona-Epidemie, der Corona-Pandemie, mußte sozusagen befüttert werden, um dann nachher mit der Impfung um die Ecke zu kommen, als einzigen Retter. Und das ist natürlich definitiv justiziabel. Also das würde ich sagen, das ist justiziabel. Also ich bin ja kein Jurist, aber ich denke, die Menschen, die damals bewußt gelogen haben, wider besseres Wissen, um diese Panik aufrecht zu erhalten, denen muß man an den Karren.

Moderatorin: Also wir fassen quasi zusammen, wir sind noch lange nicht aus der ganzen Geschichte raus. Ganz im Gegenteil, es ist immer noch, es betrifft uns nach wie vor mehr denn je vermutlich. Wenn jetzt eine Aufarbeitung stattfindet oder es findet ja mit diesem heutigen Wochenende, ist es ja sehr deutlich bemerkbar, daß eine große Bereitschaft auch im internationalen Expertenkreis da ist, diese Sache aufzurollen, genau nachzuschauen. Inwiefern sollten oder könnten jetzt nächste Schritte einer solchen Aufarbeitung aussehen? Was wären da Ihre Empfehlungen oder Wünsche?

Sönnichsen: Ja, also meine Wünsche wären, bitte liebe Medien, also nicht nur so vorbildliche Medien wie Ihres, sondern liebe Medien, ARD, ZDF, Süddeutsche Zeitung, FAZ, Zeit, bitte macht endlich Eure Augen auf und kehrt zu einer angemessenen, ausgewogenen Berichterstat-

tung zurück. Also man hat ja in diesen Medien in den letzten drei Jahren sozusagen nur Propaganda gelesen. Und da muß der Zug hingehen, daß wir wieder Medien bekommen, eine Medienlandschaft, in der breit diskutiert wird, in der Meinungen nicht ausgegrenzt werden, oder nicht Meinungen, sondern Fakten ausgegrenzt werden und als rechtsradikale Geschwurberei oder was diffamiert werden.

Das ist ja unglaublich, was da passiert ist. Ich meine, ich habe mich immer auf Studien und tatsächlich vorliegende Daten bezogen mit meinen Aussagen. Und was mir passiert ist, das ist ja allgemein bekannt, der Wissenschaftsbetrieb liegt ja vollkommen da nieder. Also wenn man Wissenschaft mit Ideologie verwechselt, so wie es in den letzten drei Jahren passiert ist, dann gibt es keine Wissenschaft mehr. Wissenschaft lebt vom Diskurs. Und ich war die ganzen drei Jahre und bin immer noch bereit, mit den Menschen, die hier anderes vertreten, mich an einen Tisch zu setzen und zu diskutieren. Aber die Bereitschaft ist ja gar nicht von den anderen da. Also das würde ich mir wünschen.

Ich würde mir jetzt mal wünschen, mit Herrn Drosten und Herrn Wieler an einem Tisch zu sitzen und die mal zu konfrontieren mit den Zahlen und dann mal hören, was sie dazu sagen. Herr Wieler, das sind Ihre Zahlen aus Ihrem eigenen Institut. Wie können Sie sich das erklären? Die Frage würde ich ihm gerne mal stellen. Gut, die wird ihm ja nun gestellt im Untersuchungsausschuß in Brandenburg zum Beispiel. Und mühsam nährt sich das Eichhörnchen. Langsam, Schritt für Schritt kommen wir voran. Aber die Wahrheit wird sich nicht aufhalten lassen.

Und was ich besonders skandalös finde, ist, daß immer noch mit diesen Impfstoffen Menschen geimpft und geschädigt werden. Corona, also jetzt ist Corona wirklich nur noch ein Schnupfen. Also schwere Fälle sind extrem selten geworden mit den neuen Varianten. Es besteht überhaupt keine Veranlassung mehr, irgend jemand gegen diese Erkrankung zu impfen. So lange nicht hundertprozentig geklärt ist, daß die Sicherheitsbedenken, die sich jetzt überall auftun, daß die unbegründet seien, wird nicht passieren. Meine Prognose ist, diese Impfstoffe werden spätestens nächstes Jahr vom Markt kommen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. Dezember 2023 (x1.344/...): >> **Lauterbach vertritt nicht die Interessen der Bürger, sondern der Impfstoffindustrie!**

Das erneute Werben für Impfungen gegen das Coronavirus seitens Bundesminister Karl Lauterbach wird von Dr. Christina Baum, Mitglied im AfD-Bundesvorstand und im Gesundheitsausschuß des Bundestages, als verstörend und sogar gefährlich kritisiert:

"Herrn Lauterbach muß unterstellt werden, durch eine regelrechte Besessenheit, die Realität auszublenden, wenn er behauptet, durch weitere Impfungen die Corona-Fallzahlen senken zu können, hat er doch selbst im vergangenen Jahr zugegeben, daß die Impfung nicht vor Ansteckungen schützt.

Die Europäische Arzneimittelagentur hatte zudem jüngst erst bestätigt, daß die Impfstoffe nie zum Schutz vor Übertragung zugelassen worden waren.

Nach den Ergebnissen des zweiten Corona-Symposiums im Deutschen Bundestag mit zahlreichen namhaften Wissenschaftlern unterschiedlichster Fachgebiete muß die Impfung vielmehr dringend ausgesetzt werden, bis neue Erkenntnisse über ihre Gefahren vorliegen.

Daß der Gesundheitsminister wieder die Erzählung bedient, daß Weihnachten ohne Impfung eine Gefährdung der Familie darstelle und damit die Menschen erneut mit Angst konditionieren möchte, ist mehr als niederträchtig. Es ist verachtenswert, gerade in Anbetracht der psychischen Schäden, die die Coronamaßnahmen der letzten Jahre bei den Menschen, insbesondere bei den Kindern, angerichtet haben.

Das größte Gesundheitsrisiko in diesem Land ist der Minister selbst. Wenn er dem deutschen Volk zu Weihnachten etwas Gutes tun möchte, sollte er umgehend seinen Posten räumen. Ihm

stünde dann auch der Weg frei, ganz offiziell als Lobbyist tätig zu sein. Schon heute vertritt er offensichtlich vor allem die Interessen der Impfstoffindustrie." <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27607" berichtete am 6. Dezember 2023 (x1.343/...): >>>Corona-Wahn: Vorbereitung der nächsten "Pandemie" - Interview mit Prof. Dr. Kutschera

Dieses Interview bestätigt auf's Neue, daß die Corona-Aufarbeitung längst nicht abgeschlossen ist. Der Biologe Prof. Dr. Kutschera liefert dazu weitere Fakten, die sowohl Justiz als auch Politik interessieren sollten.

Im Folgenden sehen Sie ein Kla.TV-Gespräch mit dem in Deutschland und den USA tätigen Evolutionsbiologen Prof. Dr. Ulrich Kutschera. Bekannt ist er für seine Kritik an der Gender-Ideologie sowie zur "Ehe mit Adoptionsrecht für alle".

Herr Kutschera forscht auch zum Thema "Bakterielle Krankheitserreger bei Mensch und Tier" und hat vor diesem Hintergrund die Corona-Maßnahmen fachlich kritisiert. Prof. Kutschera ist wissenschaftliches Mitglied der von Prof. Sucharit Bhakdi geleiteten Vereinigung der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V." (MWGFD).

Kla.TV: Herr Professor Kutschera, vor einigen Monaten ist Ihr Buch "Der Corona-Wahn - von der Virusangst zurück zur Klimahysterie" erschienen. Was hat Sie dazu motiviert, diesen umfassenden und durchaus sehr provokanten Aufklärungstext zu verfassen?

Prof. Kutschera: Zunächst mal vielen Dank für die freundliche Einladung. Ich möchte auch gleich mit einem dicken Lob an Kla.TV beginnen. Sie haben also ein wichtiges Verdienst, bereits 2020 sehr gute Aufklärungsfilm verbreitet zu haben. Es ist natürlich eine Ehre für mich, daß ich in dieser Tradition hier weiterhin Fakten beisteuern kann.

Ja gut, was waren die Motive? Also in allererster Linie natürlich eigene Forschung und zweitens dann meine Berufserfahrung in Stanford, Kalifornien, vor allem eben auch mit chinesischen Wissenschaftlern. Ich war 2014 ja auch mal Consulting-Professor (beratender Professor) in Peking, China.

Jetzt zur eigenen Forschung. Ich erforsche seit Jahrzehnten Süßwassertiere - da haben Sie ja ein schönes Bild - und da Schwerpunkt medizinische Blutegel und deren Verwandte. Da wieder speziell die Sexualbiologie. Das Thema wollen wir heute natürlich nicht ansprechen, aber eben auch die klassischen Blutegel. Und da möchte ich gleich mal mit einer Demonstration beginnen. Warum ist das wichtig in der heutigen Zeit?

Stellen Sie sich vor, ich würde, was ich nicht hoffe, bei einem Unfall den Finger verlieren. Den Finger näht man dann an, kann man heute machen noch in der klassischen Chirurgie, und jetzt würde es sinnvoll sein, einen medizinischen Blutegel ... das ist ein Alkoholsexemplar, ein toter Blutegel (im Bild), würde man den hier ansetzen, ja, dann würde letztlich die Zirkulation anspringen und der verlorene Finger würde viel schneller anwachsen. Das heißt, in der plastischen Chirurgie spielen medizinische Blutegel - Hirudo-Therapie (= Blutegel-Therapie) - eine große Rolle.

Jetzt kommen wir gleich zum Thema. In etwa ein bis zwei Prozent aller Fälle überträgt der Blutegel, wenn er beißt - wenn er den Patienten beißt - überträgt er Bakterien. Das heißt, wir erforschen zoonotisch (= Infektionskrankheiten, die zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können) übertragene Bakterien, haben vor allem auch im Blutegelschlund die Bakterienfauna untersucht. Das paßt natürlich wunderbar zur Coronavirus-Problematik. Da geht es ja auch um eine Wirt-Parasit-Interaktion. Schauen sie - vor 200 Jahren, wenn sie da in den Tümpel gegangen sind, die Kinder zum Beispiel, wurden immer wieder vom Blutegel attackiert. Kann auch richtig böse ausgehen.

Wir haben also einen Parasiten, wir haben einen Wirt. Dann haben wir begonnen mit molekularen Analysen, das heißt, über Gensequenzen (DNA - Sequenzierung, Untersuchung genetisch bedingter Erkrankungen) konnte ich zeigen (das habe ich damals in "Nature" publiziert),

daß sich die medizinischen Blutegel auf zwei verschiedene Arten aufteilen. Ich konnte etwa 15 verschiedene Tierarten über Gensequenzen bestimmen. Da sind wir beim Schlagwort PCR-Methode (englisch polymerase chain reaction, deutsch Polymerase-Kettenreaktion), denn ohne PCR gibt es keine Gensequenzen. Die PCR-Technik hat die Evolutionsbiologie (Teilbereich der Biowissenschaften) natürlich als Forschungsgebiet revolutioniert.

Dann habe ich natürlich auch in Stanford, Kalifornien, ganz viel zur mRNA-Forschung (englisch messenger ribonucleic acid, zu deutsch Boten-Ribonukleinsäure) beigetragen. Später dann zur Proteom-Forschung (Das Proteom umfaßt die Gesamtheit aller in einer Zelle oder Lebewesen unter definierten Bedingungen und zu einem definierten Zeitpunkt vorliegenden Proteine), da sind wir bei den Impfstoffen, da sind wir bei den Spike-Proteinen (ein aus der Virushülle herausragendes Glykoprotein). Denn Spike-Proteine werden über Proteomics, also Proteom-Technologie, untersucht.

Darüber hinaus dann später eben auch meine Forschungen zur CO-Gaswechselformung. Wenn sie also zum Beispiel genötigt werden, einen medizinischen Maulkorb umzuschlagen, dann haben wir das Problem, daß sich Kohlendioxid, das sie ausatmen, anhäuft. CO-Problematik.

Berufliche Erfahrung, vor allem eben auch: wie ticken die Leute in China? Ich habe also als Consulting-Professor Kollegen beraten, wie man Forschungsprojekte durchführt, und das alles fließt eben in dieses Buch ein. Also, um es kurz zu machen, jahrzehntelange eigene Forschungstätigkeit plus die Berufserfahrung mit chinesischen Wissenschaftlern, die ich in den USA kennengelernt habe und mit denen ich immer noch zusammenarbeite, und eben dann auch die Erfahrung in China. Da könnte man viel darüber sagen, ich habe es jetzt nur kurz umrissen.

Kla.TV: Okay. Im Vorspann steht der folgende Satz: "Dieser Text enthält schockierende Fakten zu Coronaviren, Klimawandelproblematik und dem grausamen Tod von E. T. A. Hoffmann (Brenneisen-Tortur) sowie von Clemens Arvay (Suizid) (österreichischer Sachbuchautor). Warum warnen Sie als Autor die Leser vor Ihrem eigenen Buch?"

Prof. Kutschera: Das bin ich schon ein paarmal gefragt worden, jetzt habe ich mal die Chance, das vor laufender Kamera zu beantworten. Sie müssen mal bedenken, ich verdiene mein Geld noch heute als Professor of Biology, ich habe also Projekte vor allem in Kalifornien eben angesiedelt, auch aber in Deutschland. Und meine bisher 16 Bücher habe ich natürlich aus reinem Idealismus verfaßt. Also um mal ehrlich zu sein, dieses grüne Buch "Der Corona-Wahn", um das es hier geht, das habe ich in erster Linie verfaßt als Dokumentation für die Nachwelt. Das Buch steht in allen großen Bibliotheken und wird in 30, 40 Jahren vielleicht mal von großer Relevanz sein.

Es gibt gute Bücher zum Thema, keine Frage. Meine Kollegen - zum Beispiel Professor Sucharit Bhakdi oder auch Professor Stefan Homburg - die haben natürlich tolle, zusammenfassende Werke verfaßt. Aber ich maße mir halt an, das ist quasi ein "Insider-Report". Ich bin praktisch ein Kriegsberichtersteller an der Front. Und in dem Text habe ich eben auch viele Dinge dargelegt, die halt doch aus eigener Forschungserfahrung ganz anders wirken. Also zum Beispiel, was man den Kindern angetan hat mit dem Testen, wenn man also wirklich die Details einfach kennt.

Dann natürlich wird man sich wundern, was hat es mit E. T. A. Hoffmann zu tun? Sehr, sehr viel, denn die Erstauflage kam 2022 raus, Ende 2022. Das war also das 200. Todesjahr von Hoffmann. Ich bin Mitglied der E. T. A. Hoffmann-Gesellschaft. Ich habe neben Biologie, Chemie auch Musikwissenschaft studiert, beschäftige mich mit E. T. A. Hoffmann seit Jahrzehnten nebenbei.

Clemens Arvay, der hat sich ja das Leben genommen, weil er unter anderem als Corona-Kritiker (beispielsweise) bei Wikipedia ganz massiv attackiert und niedergemacht worden ist.

Ich habe die zweite Auflage dann eben dem Clemens Arvey auch gewidmet. Da habe ich auch noch mal die Ursachen für seinen grausamen Suizid ausführlich dargelegt. Und das sind alles Berichte - der Tod von E. T. A. Hoffmann - erstmals in der gesamten Literaturgeschichte: Was war da los? Er wurde mit Brenneisen zu Tode gequält. Das ist alles hier beschrieben, alles aber mit Fakten belegt. Ich habe über 300 Quellen dargelegt, so daß man eigentlich für diesen Horror-Report, der natürlich auch humorvolle Passagen enthält, - ich würde mal sagen, da braucht man schon starke Nerven.

Ich habe ein Glossar beigefügt, wo die ganzen Begriffe erklärt sind. Und deshalb diese Vorbemerkung. Also wer das Buch kauft und liest, der braucht an einigen Stellen starke Nerven, weil ich halt einfach horrende Dinge darlege, für die Nachwelt niedergeschrieben und dokumentiert habe, die nun mal leider so sind. Und ich muß ehrlich sagen, ich kann viele Dinge auch noch heute kaum nachvollziehen: warum zum Beispiel jetzt dieser Maskenwahn, warum Leute gezwungen worden sind, medizinische Masken zu tragen, obwohl vorher schon klar war, daß unter Realweltbedingungen von Laien getragen, diese Masken viel mehr schaden als nutzen. Also in dem Sinne ist diese Vorbemerkung vorgebracht worden.

Kla.TV: Okay. Zum Buchtitel selber: "Der Corona-Wahn". Ist das nicht so ein bißchen übertrieben? Die Medien sagen uns ja immer, daß Corona Millionen von Menschen das Leben gekostet hat.

Prof. Kutschera: Als Wissenschaftler definiere ich natürlich meine Begriffe. Der Begriff 'Wahn', der wurde eben schön definiert von dem Philosophen und Psychologen Karl Jaspers. Ich habe also viele Schriften von Karl Jaspers - seine "Einführung in die Philosophie" - schon als Student gelesen und das hat mich auch immer sehr beeindruckt. Und Karl Jaspers hat in den 20er Jahren den Begriff 'Wahn' als Fehlbeurteilung der Realität definiert. Das paßt 100 % zu der gesamten Situation. Albert Einstein hat dann später mal gesagt, oder soll gesagt haben: "Wahnsinn ist, wenn man immer wieder das Gleiche tut und andere Ergebnisse erwartet."

Da möchte ich mal ein Beispiel nennen. Unsere Schulkinder wurden mit Tests gequält. Die Tests sind toxisch. Da wurde ein Biohazard-Beutel (englisch für Biogefährdung) beigelegt. Ich habe das im Buch auch wunderschön dokumentiert: 99,99 % aller Tests bei Kindern sind negativ. Die wenigen positiven Tests, die waren wahrscheinlich falsch positiv. Weil Kinder, und jetzt kommt mal was ganz, ganz Wichtiges für die Politiker hier: bei Kindern wird die Aufnahme viraler Erreger und natürlich auch von SARS-CoV-2-Viren in der Nasenschleimhaut - darüber läuft die Aufnahme im Wesentlichen - kaum vollzogen, weil die Rezeptoren bei Kindern kaum ausgebildet sind!

Kinder waren nie, wenn sie normal gesund aufgewachsen sind, irgendwie besonders gefährdet. Hinzu kommt die Kreuzimmunität (Form der Immunität, bei der der Kontakt mit einem Erreger gleichzeitig eine Immunität gegen einen anderen, heterologen Erreger bewirkt). Schauen Sie, Kinder rennen mit der Rotznase rum. Wenn sie eine normale Erkältung haben, nicht viraler Art, dann ist das zu 30 % durch Coronaviren verursacht.

Nicht SARS-CoV-2, sondern genetisch verwandte andere Coronaviren. So daß Kinder also eine Kreuzimmunität mitbringen. Bei mir war das ganz konkret so, als das Corona-Theater - der Corona-Wahn - startete, hatte ich eine richtig schöne, nicht fiebrige Erkältung. Diese Erkältung hat mir eine wunderschöne Kreuzimmunität gebracht. So daß der Begriff 'Wahn', der Begriff - da stehe ich dahinter - es ist eine Fehlbeurteilung der Realität.

Dann, wie ist es mit den Millionen Toten? Da können wir mal in eine aktuelle Ausgabe von "Science" (seit 1880 erscheinende, wissenschaftliche Zeitschrift) schauen (da werden wir nachher noch darauf zu sprechen kommen). Da finden Sie die Zahl - angeblich weltweit 7 Millionen - an oder mit Covid-19 verstorbenen Menschen. Da sage ich Ihnen eins: Es werden real vielleicht 2 Millionen sein. Das ist natürlich viel und auch schlimm. Ich würde nicht bezweifeln, daß die Coronaviren, also SARS-CoV-2-Viren als neue Spezies, virale Spezies,

schlimm wäre. Aber wenn Sie 8000 Millionen betrachten, 8 Milliarden Erdenbürger, da sind 2 Millionen Todesfälle. Soll es die gegeben haben (ich habe Zweifel) - das ist nichts.

Wir haben über 99,99 % der Erdbevölkerung, hat von der Pandemie nichts mitbekommen. Das ist was ganz, ganz, ganz Klares. Eine Pandemie ist in der Biologie eine, die ganze Population erfassende, tödliche Seuche. Es gab weder in Deutschland noch weltweit eine Übersterblichkeit. Eine Pandemie ohne Übersterblichkeit ist wie Essen ohne Nahrungsaufnahme. Wenn ich also sage, ich habe so einen Teller, da habe ich Schnitzel drauf. Dann sage ich, ich esse das jetzt.

Dann kommt jemand her und sagt, aber ich habe gar nichts gegessen. Dann sage ich: ich habe gegessen ohne Nahrungsaufnahme. Das ist wie Pandemie ohne Übersterblichkeit. Da würde jeder psychisch gesunde Mensch sagen: der Typ, der da vor dem Teller sitzt und sagt, er ißt ohne Nahrungsaufnahme, der ist wahnsinnig. Die Politiker, die permanent von einer Pandemie ohne Übersterblichkeit faseln, denen tue ich eben, Kraft meiner Fachkompetenz, einfach das Wort 'Wahn' zubilligen. Daher kommt es.

Kla.TV: Sie schreiben und begründen ja auch, daß die meisten Corona-Maßnahmen mehr geschadet als genutzt haben. Stichwort Masken, Tests, - Sie haben Masken schon angesprochen, Lockdowns usw. War das alles tatsächlich überflüssig?

Prof. Kutschera: Das Wort lautet: Nein. Passen Sie auf. Es gibt natürlich absolut sinnvolle Maßnahmen, um virale oder bakterielle Infektionen zu minimieren. Das kommt auch aus meiner eigenen Forschung. Wir haben ein teures Forschungsprojekt gehabt, wo wir eben untersucht haben: Wie kann man diese, bei 1-2 % der Patienten einsetzende Infektion, die durchaus unangenehm sein kann, verhindern? Da haben wir eine spezielle Folie entwickelt. Die ist inzwischen patentiert. Eine Folie. Man kann eine Folie darüber setzen, der Blutegel beißt da durch, dann haben wir also eine 99 %ige Reduktion der Infektion einer Bißwunde durch Blutegel!

Jetzt komme ich wieder zur Corona-Problematik. Wenn man z.B. Winterviren - also die ganzen Atemwegserkrankungen verursachenden Viren sind Winterviren. Da gibt es saisonale Zyklen, die tauchen im Winter auf, verschwinden im Sommer und tauchen wieder auf. Das ist eine Wirt-Parasit-Interaktion. Da könnte ich jetzt auch ganz viel drüber sagen. Natürlich macht es z.B. Sinn, Großveranstaltungen in geschlossenen Räumen im Winter einfach zu verbieten. Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Raum, ein Rockkonzert, da sind also 1.000 Leute drin, und ein paar haben ganz kräftig Grippe oder Schnupfen - weil sie eben das Rockkonzert wahrnehmen wollen - die husten und schnupfen da rum, - da haben Sie eine wunderschöne epidemische Lage von lokaler Tragweite. Nämlich in diesem Raum.

Also, z.B. das Untersagen grundsätzlich von Wintergroßveranstaltungen bei geschlossenen Räumen wäre eine sinnvolle Maßnahme, unabhängig von Covid-19. Es ist ebenfalls absolut sinnvoll, Räume zu lüften. Es gibt wissenschaftliche Studien - da habe ich in dem Corona-Wahn-Buch alle zitiert. Man kann zeigen, daß - wenn Klassenzimmer oder auch z.B. Straßenbahnen oder Züge - wenn man dort eine moderate Luftzufuhr, also einen moderaten Luftstrom hat, dann bringt das mehr realen Schutzeffekt als irgendwelche sinnlosen Maulkörbe, die nämlich nach kurzer Zeit - nach zwei Stunden im Innenbereich, bakteriell und durch Pilzhyphen (= Pilzfäden) kontaminiert sind. Ich habe in dem Buch auch diese Ekelmasken alle gezeigt, was da gewachsen ist, das sind horrenden Dinge: *Aspergillus Niger* (häufiger Schimmelpilz) z.B. oder auch humanpathogene Bakterien. Also lüften macht absolut Sinn.

Dann werden Sie sich wundern, selbst die PCR-Tests machen Sinn. Stellen Sie sich vor, ich hätte jetzt klassische Symptome, die auf eine Covid-Erkrankung hinweisen. Also trockener Husten, Fieber, Atemprobleme. Ein Arzt würde jetzt professionell eine Probe nehmen. Mehrfach. Dreimal. Und dann würde er die PCR-Technik so einsetzen, daß es Sinn macht - nämlich den Thermocycler (= ein Gerät, das die Temperaturzyklen einer Polymerase-Kettenreak-

tion (PCR) selbstständig durchführt) unter 24 drehen, unter 24 Vermehrungszyklen. Und das wäre positiv, dann wäre das absolut sinnvoll.

Da könnte man sagen, diese Symptome, also diese offensichtliche Erkrankung, ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit durch SARS-CoV-2-Viren hervorgerufen. Was aber gemacht wurde, war etwas völlig anderes. Man hat symptomlos Gesunde getestet, hat den Thermocycler auf 30, also CT-Wert auf 30 gestellt, und da werden nur noch virale Fragmente vermehrt.

Also in der Praxis wurden eben wirklich sinnlose, gesundheitsgefährdende Dinge wie "Maskerierung" von Kindern, Testen mit giftigem Material, zum Beispiel, da ... die Lock-downs haben überhaupt nichts gebracht. Das war schon Mitte 2020, gab es schon wissenschaftliche Studien in den USA, die "Revolver News", das muß man mal lesen, gab es schon 50 Seiten Report, die gezeigt haben, daß die Maßnahmen sinnlos sind. Um noch mal Kla.TV zu loben: Sie haben das wunderbar an die Öffentlichkeit gebracht. Dafür Gratulation.

Kla.TV: Dankeschön. Zu den sogenannten Corona-Impfungen noch mal. Sie schreiben, daß diese mRNA-Injektionen mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Und derzeit werden schon wieder für Menschen über 60 sogenannte Booster-Impfungen empfohlen. Wie paßt das?

Prof. Kutschera:

Also ich muß es einfach kurz sagen, ich komme eigentlich aus der Tümpel-Süßwasserbiologie und bin da aus Stanford, Kalifornien, vor vielen Jahren... Und damals Mitte der 80er Jahre - jeder Biologe, der was werden wollte, mußte Genforschung machen. Ohne Genforschung lief nichts. Genforschung lief damals aber auf dem Niveau der Messenger-RNA, denn die Messenger-RNA ist ein Gen-Transkript (Übertragungsvorgang von DNA in RNA). Wir haben also mRNA isoliert und haben da eben entsprechende Publikationen damals verfaßt.

2007, also wesentlich später wieder, war dann die Proteom-Technologie (Das Proteom umfaßt die Gesamtheit aller in einer Zelle oder Lebewesen unter definierten Bedingungen und zu einem definierten Zeitpunkt vorliegenden Proteine) so weit gereift, daß ich wieder nach Stanford gegangen bin. Da bin ich heute noch als Visiting-Scientist. Und da haben wir dann das Proteom untersucht. Das heißt also, die gebildeten Proteine in einer Zelle, bis zu 2.000 Proteine konnten wir mit den Standardmethoden detektieren. Ich bin wirklich Insider, wenn ich über mRNA-Technologie und über Spike-Proteine rede, denn ich habe die Techniken eigenhändig durchgeführt, ich kenne mich aus.

Jetzt zu den Booster-Reihen. Es ist so, um das kurz zusammenzufassen: Diese mRNA-Lipid-Nanopartikel-Injektionen, die als Impfung verkauft werden, das hat mit Impfung nichts zu tun, sondern es ist eine Gen-Transkript-Therapie (das ist das richtige Wort). Die Logik ist die folgende, und das muß auch mal bei Kla.TV klar gesagt werden - wenn Sie eine durchschnittliche Charge abbekommen, das kommt (hängt) ja von der Charge ab, das ist quasi ein Chargen-Lotto. Die Charge kann überhaupt nichts enthalten, die kann hochtoxisch sein (sind 5 % verunreinigt), die kann im Mittelfeld liegen.

Wenn Sie eine durchschnittliche Charge zufällig abbekommen, dann werden in der Tat innerhalb von ein paar Tagen Antikörper gegen das Spike-Protein gebildet. Und jetzt ist die Logik die folgende: Man kann im Reagenzglas, nachdem man Blutproben abgenommen hat, nicht mit Blutegeln, sondern in dem Fall anders (braucht man keinen Blutegel dazu), man kann in der Tat zeigen, daß die sogenannten Geimpften oder auch die sogenannten Geboosterten, daß da im Blutserum ein Anstieg an Antikörpern stattfindet.

Der nimmt aber dann nach vier Monaten wieder ab, geht dann ins Negative und führt dann letztlich zu einer Immunsuppression. Die Logik ist aber jetzt die: Die Firmen sagen: Ein Anstieg dieser Antikörper nach dieser mRNA-Injektion, der führt jetzt theoretisch über ein Modell, das in "Nature Medicine" (= Zeitschrift aus dem Bereich der bio-medizinischen Forschung) publiziert ist (mit Eichkurve), zu einer Schutzfunktion. Die Firmen argumentieren: Es kommt wirklich zum Anstieg der Antikörper-Levels und das führt jetzt zu einer theoretischen

Schutzfunktion.

Man kann jetzt noch einen Schritt weiter gehen, man kann sagen: Ich bin frisch geimpft mit mRNA, ich gehe in einen geschlossenen Raum, da hustet mich jemand an, der hochgradig infiziert ist mit SARS-CoV-2-Viren, der also Covid-19-Erkrankung zeigt. Und unter diesen völlig irren Bedingungen sollte es dann theoretisch zu einer Schutzfunktion kommen. Das stimmt ja auch, aber das hat mit der Realwelt nichts zu tun. Die Nebenwirkungen, die negativen Effekte überwiegen jetzt bei weitem, wir haben erstens die Lipid-Nanopartikel, die hochgradig entzündlich wirken und giftig sind.

Da haben wir zum Beispiel Polyethylenglykol drin, stellen Sie sich vor, die deutsche Frau hat Angst vor Kosmetika, weil da PEG drin ist. Das PEG läßt sich aber injizieren. Also die Lipid-Nanopartikel sind schon mal problematisch. Die mRNA wurde chemisch modifiziert, das heißt also, es ist eine Pseudouridin-mRNA, die ist ebenfalls mehr als problematisch, weil der Körper mit einem Agens (wirksame Substanz) letztlich konfrontiert wird, was evolutionär überhaupt nicht vorgesehen ist. Und drittens haben wir die Spikes. Wir haben also erstens toxische beziehungsweise entzündungsauslösende Lipid-Nanopartikel, wir haben modifizierte mRNA, die problematisch sind, und wir haben die toxischen Spike-Proteine.

Deshalb würde ich also lieber auf Vorsorge setzen, als auf ein weiteres boostern. Ich würde lieber das Immunsystem boostern, als mir einen weiteren Booster einverleiben lassen. Und das habe ich in dem Buch eben auch ausführlich begründet. In der heutigen Zeit darf ein Professor ja nicht mehr frei sprechen. Das war früher mal. Alles, was ich hier an provokativen Dingen sage, ist alles nachlesbar. Und wenn jemand mich da jetzt irgendwie verklagen will, dann möge er auf Seite so und so in dem Buch nachgucken, da hat er dann die Quelle.

Kla.TV: Gleich im ersten Kapitel von Ihrem Buch zitieren Sie ein neues Buch von Bill Gates: "How to Prevent the Next Pandemic" - "Wie die nächste Pandemie verhindert werden kann". Offiziell ist ja Corona vorbei - zumindest gibt es keine so gravierenden Maßnahmen mehr wie in den vergangenen Jahren. Kommt demnächst die Folge-Pandemie mit anderen oder schlimmeren Viren oder neuen Viren?

Prof. Kutschera: Also wann immer ich in Kalifornien tätig bin, wohne ich in Palo Alto und ich weiß, wo Bill Gates wohnt. Ich bin ja schon vorbeigelaufen, der hat Polizeischutz, neben dem Nachbarn, dem Zuckerberg, also die sind Freunde. Und wenn man eben viel Kontakt nach Kalifornien hat, bekommt man eben viele Dinge mit, die man in Deutschland weniger gut jetzt eben über die Medien erfährt.

Zum Beispiel: Bill Gates träumt davon (das hat er auch schon gesagt, das hat er auch geschrieben), daß er alle viralen Erreger auslöschen will. So ungefähr eine saubere Umwelt für die Menschen - keine viralen Krankheitserreger mehr. Jetzt sage ich Ihnen eins: Viren sind für die Biosphäre extrem wichtig. Es gibt auch gute Viren. Warum? Ein Großteil der Viren attackiert Bakterien. Das sind die sogenannten Bakteriophagen. Und diese guten Viren, die töten Bakterien. Und würden wir jetzt die Viren auslöschen oder ganz drastisch reduzieren, so wie eine CO-freie Umwelt - das ist der gleiche Wahnsinn, einfach nur Irrsinn so was - dann würden sich natürlich die Bakterien überformieren.

Bakterien werden von Viren in Schach gehalten. Wir brauchen Viren. Und Menschen sind schon immer in einer mit Viren und Bakterien kontaminierten Umwelt groß geworden. Viren gehören zum Leben, ohne Viren gäbe es riesige Probleme. Das soll natürlich nicht heißen, daß ich selber gerne virale Erkrankungen, wie zum Beispiel Erkältungen oder Grippe oder gar SARS-CoV-2-Viren, das heißt also Covid-19, abbekomme. Natürlich müssen sich Menschen schützen. Das haben wir aber gerade schon gesagt, wie man das macht.

Jetzt zur nächsten Pandemie. In dem Buch sagt er es: Die nächste Pandemie kommt! Die Affenpocken wurden von der WHO ausgerufen. Das war ein Rohrkrepierer. Das ging hoch und dann war Schluß. Jetzt haben wir im Moment in China das Problem mit ganz massiven vira-

len Infektionen bei Kindern. Kann ich Sie beruhigen, ich habe da auch Insider-Informationen. Die Biologen, die diese Virus-Cocktails untersucht haben, haben nichts Besonderes gefunden. Es scheint eine Standard-Erkältungswelle zu sein.

Das hat wieder damit zu tun, daß besonders in China die Kinder überhaupt keinen Sport mehr treiben. Viele sind inzwischen übergewichtig, die hocken nur noch am Handy - süchtig. Dann geht eben das Immunsystem in die Knie. Wenn dann im Winter ganz normal und ganz natürlich die Winterviren kommen, dann sind die Wirtsorganismen nicht in der Lage, mit dieser Infektion, dieser realen Infektion, fertig zu werden.

Es wird wirklich eine neue Pandemie irgendwann ausgelobt. Mit dem Pandemievertrag möchte die WHO quasi einen Gutschein, daß sie sagen können: "Hallo - wir haben jetzt einen Pandemievertrag. Jetzt kommt die nächste Pandemie." Die letzte Pandemie war ja auch keine, weil es keine Übersterblichkeit gab. Also um es nochmal zu sagen: Pandemie ohne Übersterblichkeit ist wie mit dem Handy telefonieren mit leerem Akku.

Wenn jemand ein Handy hat und der Akku ist leer und er redet und redet, dann wird man sagen, "was ist denn hier los?" Dann sagt er: "Ich mache gerade ein Gespräch mit leerem Akku." Da wird man sagen: "Es ist eine Fehlbeurteilung der Realität, der ist wahnsinnig." Deshalb heißt das Buch auch "Der Corona-Wahn". Also die nächste Pandemie werden die mit Sicherheit ausloben. Irgendwann kommt die.

Kla.TV: Sie hatten neulich von einem Artikel in der neuesten Ausgabe von "Nature Science" gesprochen, daß da schon die nächste Pandemie angekündigt wird.

Prof. Kutschera: Ja, das können Sie lesen: "Preparing for the next pandemic" in 'Science -' wird jetzt schon von der nächsten Pandemie gesprochen. Da sind auch die 7 Millionen angeblichen Covid-Toten bei 8 Milliarden Menschen. Das ist völlig irre. Daß die Leute, die für "Science" schreiben, keinen Taschenrechner benutzen können, keinen Dreisatz rechnen können, das ist absolut erbärmlich so was.

Ich bin froh, daß wir hier das mal diskutieren können. Selbst wenn 7 Millionen gestorben wären, hätten immer noch über 99,9 % überlebt. Das ist bei einer Pandemie nicht so - per Definition nicht. Also man wird sich, mal ganz im Ernst - ich neige dazu, mit kalifornischem Humor hier Witze zu reißen, Sie entschuldigen - man wird mit Sicherheit irgend etwas aus dem Hut zaubern. Deshalb muß der Pandemie-Vertrag verhindert werden, um es kurz zu machen.

Also vielleicht ein Satz, ein Nachsatz. Die Krankheit X, ich habe ja im Vorwort für das Buch das beschrieben, am 16. Februar 2020 war eine FAZ-Schlagzeile. Die Krankheit X hat einen Namen. 2018 wurde auf einem WHO-Meeting eine durch Coronaviren verursachte Krankheit X aus dem Hut gezaubert. Dann kam etwas Reales. Die SARS-CoV-2-Viren gibt es ja wirklich. Dann haben sie das als Krankheit X definiert. Und ich sage Ihnen eins, die Krankheit Y wird irgendwann aus dem Hut gezaubert werden. Nur dann müssen wir uns wirklich davor verwahren, vor diesem Irrsinn. Das darf nicht noch mal passieren.

Kla.TV: Sie bewerten die ganzen Corona-Maßnahmen kritisch negativ. Und auch die Impfungen kommen nicht so richtig gut bei Ihnen weg. Wie können wir uns denn Ihrer Meinung nach vor Corona bzw. diesen Viren und grippalen Erkrankungen schützen?

Prof. Kutschera: Stellen Sie sich vor, Gattung Homo, 2,5 Millionen Jahre alt. Homo erectus (ausgestorbene Art der Menschenaffen der Gattung Homo). Und jetzt vor etwa 250.000 Jahren ist der anatomisch moderne Mensch entstanden. Während dieser ganzen Jahrtausende und Jahrtausenden waren wir immer als potentielle Wirtsorganismen nicht nur meinen Lieblingen, den Blutegeln, ausgesetzt (die haben die Menschen auch attackiert). Sondern eben auch - wenn Sie Blutegel beißen - bakteriellen Infektionen und natürlich auch durch Viren ausgelöste ernste Atemwegserkrankungen und anderen Dingen. So daß wir also im Grunde sagen können: warum denn nicht ganz einfach das Immunsystem des Wirtsorganismus boostern?

Deshalb habe ich in dem Buch am Ende ein Prinzip der biologischen Vireninfektionsabwehr

zusammenfassend dargestellt. Ich habe das "Bio-Vir-Up" genannt, man braucht für alles einen schönen Namen. Um das kurz zu machen: Viren dringen über die Nasenschleimhaut natürlich ein. Kalte Nase ist ganz gefährlich. Kälte, Frieren ist gefährlich. Da können die Viren eindringen. Und wenn wir jetzt durch genügend Schlaf, Sport, gesunden Lebenswandel, vor allem durch Vitamin D, uns das Immunsystem aktiv erhalten, dann sind wir viel, viel weniger empfindlich. Das ist noch mal klar zu sagen.

Warum rede ich jetzt von der Evolution? Wir stammen ja aus Afrika. Wir sind abgebleichte, ehemals dunkelpigmentierte afrikanische Abkömmlinge. Wir haben hier in Mitteleuropa viel zu wenig Sonne. Wir leiden chronisch unter Vitamin D-Mangel. Wir haben hier in Deutschland seit Wochen kaum Sonnenschein.

Wo kommt Vitamin D vor? Eigelb, Pilze, Fisch. Das war es schon. Ich würde also dringend raten: Eigelb, Pilze, Fisch, auch vielleicht Vitamin D-Präparate, aber dann eine kleine Pille pro Woche, nicht zu viel. Zu viel ist immer schlecht. Dann gibt es auch antivirale Nasensprays für Menschen, die Angst vor Viren haben. Da gibt es eine Firma, die stellt das her. Das sind stickoxidhaltige antivirale Nasensprays. Wenn Sie das nehmen und alle paar Tage Ihren Nasenraum damit behandeln, dann bleiben Sie mit größter Wahrscheinlichkeit gesund.

Ich würde sagen: boostern Sie Ihr Immunsystem! Und verzichten Sie auf diese potentiell toxischen mRNA-Präparate! Dann werden Sie besser durch die schwierige Zeit jetzt im Winter kommen, als wenn Sie sich diese chemischen Keulen antun. Ich bin kein Mediziner, ich bin Evolutionsbiologe. Ich kann aber alle meine Aussagen begründen. In dem Buch "Der Corona-Wahn" finden Sie zu jedem Satz, den ich hier ausgesprochen habe, eine Quelle.

Kla.TV: Vielen Dank. Prof. Kutschera, ich danke für dieses Gespräch und wünsche Ihnen alles Gute.

Prof. Kutschera: Ebenfalls danke.

Ulrich Kutschera (2023): Der Corona-Wahn - Von der Virus-Angst zurück zur Klima-Hysterie, 2. Auflage, Tredition-Verlag<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Dezember 2023: >>**Beileid für Deutschland - wegen Lauterbach**

Von Karel Meissner

Stanford-Professor Dr. Jay Bhattacharya bedauert die Deutschen, daß sie unter einem solchen Gesundheitsminister vegetieren müssen. ...

Nur wenige Politiker haben derart viele Existenzvernichtungen in psychischer, physischer und ökonomischer Hinsicht auf dem Kerbholz wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Eifrige Unterstützung fand er im unteren Spektrum der geistigen Entwicklung: Bei Propagandajournalisten, Linksgrün-Aktivisten ("Wir wollen Karl") und Hofwirrologen.

Wirkliche Kapazitäten wie Professor Sucharit Bhakdi oder Dr. Wolfgang Wodarg nahmen Lauterbachs "Fachwissen" nicht eine Sekunde ernst. Zu ihnen zählt auch der Stanford-Professor Dr. Jay Bhattacharya, Epidemiologe und Gesundheitsökonom. Für solche Hochkaräter ist der Aufstieg eines solchen Dilettanten in höchste Ämter schlicht grotesk.

Bereits im November, als Umfragen ein sinkendes Vertrauen der Bürger in die Wissenschaft aufzeigten, kommentierte der Stanford-Professor auf X:

"Wissenschaftler haben in der Covid-Ära die Pseudowissenschaft gefördert, einschließlich Schulschließungen und Maskierung von Kleinkindern. Wissenschaftler förderten Zensur und autoritäre Macht. Wissenschaftler sind wahrscheinlich die Ursache für die Pandemie selbst. Der Zusammenbruch des Vertrauens ist wohlverdient."

Nur, Karl Lauterbach ist weiterhin im Amt, fordert ungebrochen zur Injektion vor mRNA-Brühe auf und schlägt Alarm bei jeder neuen Corona-Variante. Kritiker und Skeptiker? Kanzelt er weiterhin mit beispielloser Arroganz ab: So bezeichnete er im RBB-Interview den Stanford-Professor John Ioannidis ohne argumentative Stütze als ahnungslos.

Ioannidis, Professor für Medizin, Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, hatte bereits 2020 festgestellt "Eine allgemeine Mortalitätsrate von 0,05 Prozent (bei Corona, Anm.) ist niedriger als die einer Grippewelle." Daraufhin verteidigte Professor Bhattacharya den Kollegen gegen Lauterbachs Schmähung und zeigte auf X die Fehler in der Polemik des Bundesgesundheitsministers auf:

"Prof. John Ioannidis ist nicht 'erschöpft' und gehört zu den am häufigsten publizierten/zitierten Wissenschaftlern zum Thema Covid ... Lauterbach scheint keine Ahnung zu haben, welchen Schaden seine Lockdown-Politik den Armen, den Kindern und der Arbeiterklasse zugefügt hat."

Und schließlich:

"Deutschland hat schlechtere Covid-Ergebnisse als das benachbarte Schweden. Es tut mir für das deutsche Volk sehr leid, daß während der Pandemie jemand so Unqualifizierter Gesundheitsminister war."

Und wer weiß, wie lange noch ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27634" berichtete am 9. Dezember 2023 (x1.343/...): >>Medizin-Nobelpreis 2023 als Marketingkampagne

Größte Menschheitsverbrechen werden heutzutage mit dem Nobelpreis belohnt. Den nachfolgenden Fakten-Check können die sogenannten Faktenchecker des Mainstreams nicht widerlegen. Welchen Zweck die Nobelpreis-Verleihung eigentlich verfolgt, das erfahren wir von einem der Sprecher des Nobelpreis-Komitees.

Wußten Sie, daß Moderna Mitsponsor des diesjährigen Nobelpreises war? Wußten Sie, daß die preisgekrönte Katalin Karikó von 2013 bis 2022 Vizepräsidentin bei BioNTech war und der preisgekrönte Drew Weissman als Arbeitsgruppenleiter bei Anthony Fauci arbeitete?

Die Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V., kurz MWGFD, hat das Ziel, dem gesundheitlichen und sozialen Wohl der Bevölkerung zu dienen.

Zur Vergabe des diesjährigen Medizin-Nobelpreises am 10. Dezember 2023 an Katalin Karikó und Drew Weissman für ihre Forschung im Bereich der mRNA-Technologie hat die Gesellschaft einen Fakten-Check auf Basis der Begründung des Nobelpreis-Komitees herausgegeben. Kla.TV veröffentlicht im Folgenden einige Auszüge aus dem zugehörigen Artikel der Autoren: "Größte Menschheitsverbrechen werden heutzutage mit dem Nobelpreis belohnt. ... Welchen Zweck die Nobelpreis-Verleihung eigentlich verfolgt, das erfahren wir von einem der Sprecher des Nobelpreis-Komitees.

Es ist nichts mehr als eine Marketingkampagne. So sagte Prof. Olle Kämpe, ein Sprecher des Nobelpreis-Komitees: "Aber ich denke, daß die Verleihung eines Nobelpreises für diesen Covid-19-Impfstoff zögernde Menschen dazu bringen könnte, den Impfstoff zu nehmen und sicher zu sein, daß er sehr wirksam und sicher ist."

Der bereits vom RKI selbst als wirkungslos bezeichnete "Impfstoff" (siehe RKI-Mail vom 23.3.2022) wird hier noch einmal durch eine Nobelpreisverleihung gehypt (groß herausgebracht, hochgejubelt). ... Da eine kritische Auseinandersetzung mit der Entscheidung des Nobelpreis-Komitees des Karolinska-Instituts seitens des "Correctivs" und der sog. "Faktenchecker" mitnichten zu erwarten war, ... haben Prof. Dr. Klaus Steger, Molekularbiologe, Universität Gießen, und Dr. Christof Schalhorn, Experte für Medizinprodukte, ... einen zweiseitigen Fakten-Check auf Basis der Begründung des Nobelpreis-Komitees aus den eingeblendeten drei Quellen durchgeführt:

I. Presseerklärung:www.nobelprize.org/prizes/medicine/2023/press-release/

II. Weiterführende Informationen: www.nobelprize.org/prizes/medicine/2023/advanced-information/

III. Presseankündigung:

Das Fazit der Wissenschaftler lautet:

"Mit der Verleihung des Medizin-Nobelpreises 2023 wurde das Vertrauen in unabhängige Wissenschaft massiv und langfristig beschädigt. Das Nobelpreis-Komitee ignorierte nicht nur wissenschaftliche Fakten, sondern zeigte mit seinen nicht begründbaren Behauptungen ein fehlendes Verständnis von evidenzbasierter Medizin.

Dabei machte die Aussage, die injizierte mRNA verbleibe nur für kurze Zeit im Körper, die Nobelpreis-Verleihung schließlich zur Farce. Ist es doch gerade die Leistung der nun ausgezeichneten Wissenschaftler, der mRNA durch die Umwandlung in modRNA zu ihrer Langlebigkeit verholfen zu haben - mit allen bekannten Risiken.

Ein weiterer Skandal ist, daß Preisträger und Impfstoffhersteller massive Interessenskonflikte haben, die nicht offengelegt wurden. So pflegt Moderna seit 2014 eine Kooperation mit dem Karolinska-Institut und war Mitsponsor des diesjährigen Nobelpreises. Katalin Karikó war von 2013 bis 2022 Vizepräsidentin bei BioNTech und Drew Weissman arbeitete als Arbeitsgruppenleiter bei Anthony Fauci, dem früheren Chef des National Institutes of Health (NIH). Als zur "Impfung" umdeklarierte Gentherapie für gesunde Menschen stellt die RNA-Technologie eine große Gefahr dar. Das muß allen beteiligten Personen bekannt gewesen sein." ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 11. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>**Wie die Corona-Impfung als Auslöser für Sportler-Herztode verschwiegen wird**

Der Tod des 25-jährigen Profifußballers Agyemang Diawusie hat in den Medien eine Debatte über die Ursachen der gehäuften Herzmuskelentzündungen unter jungen Sportlern ausgelöst. Unglaublich: Die Corona-Impfung wird als naheliegender möglicher Auslöser der Myokarditiden nicht einmal erwähnt.

Larissa Fußer

"Der 25-jährige Agyemang Diawusie war ... an einem plötzlichen Herztod, mutmaßlich ausgelöst durch einen viralen Infekt mit Verdacht auf Herzmuskelentzündung, gestorben", teilte der Fußballverein SSV Jahn Regensburg Ende November mit. Der Verein reagierte damit auf den plötzlichen Tod des jungen Fußballprofis. Nun rollen verschiedene Medien den Fall erneut auf. "Es ist die dritthäufigste Todesursache bei Sportlern unter 35 Jahren: die Herzmuskelentzündung", schreibt beispielsweise ntv und geht auf die Hintergründe des Todes von Diawusie ein.

Ausführlich kommt dazu der Sportmediziner Hans-Georg Predel zu Wort, der das Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin an der Deutschen Sporthochschule Köln leitet. Der Mediziner erklärt die Hintergründe einer Herzmuskelentzündung: "Meistens sind es Viren, die über die Atemwege in den Körper gelangen und hin zum Herzmuskel verschleppt werden." Der Herzmuskel sei "sehr stark durchblutet", damit das Herz arbeiten könne, dies sei aber auch eine Schwachstelle.

"Der Hauptfeind sind die banalen Infekte", erläutert der Sportarzt weiter und hält junge Sportler dazu an, auch bei leichten Erkältungen nicht zu hart zu trainieren. Menschen, die "an ihre Belastungsgrenzen gehen und auch viel reisen" seien laut Predel besonders gefährdet für unerkannte Herzmuskelentzündungen.

Kein Hinweis auf die Corona-Impfung

Der Sportmediziner äußerte diese Einordnung gegenüber der Nachrichtenagentur Sport-Informationen-Dienst (SID). Entsprechend wurden die Zitate von einigen Medien aufgegriffen. Die Artikel enthalten zusätzlich den direkten oder impliziten Hinweis darauf, daß der plötzliche Herztod infolge einer Myokarditis zuletzt gehäuft bei jungen Sportlern aufgetreten ist, sowie die statistische Einordnung, daß es sich bei der Herzmuskelentzündung um die dritthäufigste Todesursache unter jungen Sportlern handelt.

Diese Information ist an sich nicht neu und findet sich beispielsweise bereit seit Juli 2021 auf

einer Informationsseite der Universität Leipzig zum plötzlichen Herztod bei Sportlern. Dennoch ist sie in diesem Zusammenhang relevant.

Trotz der ausführlichen fachlichen Einordnung fehlt in den zahlreichen Artikeln zu dem Thema ein ganz entscheidender Punkt: Der Hinweis darauf, daß auch die Corona-Impfung Herzmuskelentzündungen auslösen kann und daher als Ursache für die vielen plötzlichen Tode von jungen Sportlern nicht ausgeschlossen werden sollte.

Das Coronavirus als Ursache

In den verschiedenen Artikeln werden als Beispiele für weitere Sportler mit Herzmuskelentzündungen die Fußballspieler Alphonso Davies und Bas Dost angeführt. Davies hatte im Januar 2022 nach einer Corona-Infektion eine Herzmuskelentzündung entwickelt, die jedoch rechtzeitig entdeckt wurde und therapiert werden konnte. Dost war infolge einer Herzmuskelentzündung erst im Oktober auf dem Rasen kollabiert und mußte reanimiert werden. Danach konnte er die Erkrankung ausheilen lassen.

Es ist skurril: Während geradezu demonstrativ der mögliche Zusammenhang einer Herzmuskelentzündung mit einem viralen Infekt, wie zum Beispiel Corona, dargelegt wird, bleibt die Corona-Impfung als mögliche Ursache der Erkrankung einfach unerwähnt. Dabei ist die Herzmuskelentzündung gerade unter jungen Männern inzwischen eine anerkannte Nebenwirkung der Impfstoffe von Biontech und Moderna. Es scheint zudem kaum plausibel, daß sich die Häufung von Herzmuskelentzündungen und plötzlichen Herztoden unter jungen Sportlern allein durch virale Infekte erklären lassen sollen. Erkältungen haben sich die Sportler schließlich schon immer eingefangen - geimpft wurden sie wiederum erst ab 2021.

So erfreulich es ist, daß sich die Medien überhaupt dem Thema der alarmierend häufigen Herztode von jungen Sportlern annehmen - der Ausschluß der Corona-Impfung in der Diskussion um mögliche Ursachen zeigt, daß viele Journalisten und Ärzte bis heute offenbar nicht gewillt sind, dem erschreckenden Leiden der jungen Sportler ernsthaft und gewissenhaft auf den Grund zu gehen. Genau dies wäre aber vonnöten, um künftige Tode zu verhindern.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 13. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>Statistisches Bundesamt: Dramatische Übersterblichkeit setzt sich auch 2023 fort

Am Dienstag hat das Statistische Bundesamt eine neue Statistik zu Todesfällen in Deutschland veröffentlicht. Die Daten zeigen, daß auch 2023 eine Übersterblichkeit zu beobachten ist.

Larissa Fußer

Die außergewöhnlich hohe Sterblichkeit in der deutschen Bevölkerung setzt sich auch in aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes fort. Wie aus einer Pressemitteilung der Behörde von Dienstag hervorgeht, liegen die Sterbezahlen im November 2023 12 Prozent über den Zahlen aus dem Vorpandemiejahr 2019. Insgesamt sind im November 88 017 Personen verstorben. Nach Januar und März, in denen jeweils über 95 000 Menschen starben, steht der November damit an dritter Stelle der Monate mit den häufigsten Todeszahlen in 2023.

Auf den Monat bezogen starben im November zwar weniger Personen als 2022 und 2021, jedoch mehr als in den Jahren 2019 und 2020. Die Differenz zum relativen Mittelwert der Sterbezahlen aus den Jahren 2019-2022 für den November beträgt 508, das heißt, es sind im November 508 Personen mehr gestorben, als im Schnitt in den letzten Jahren in diesem Monat.

Interessant ist, daß die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes suggeriert, daß die Sterbezahlen keinen Grund zur Sorge darstellen. Schon im Titel hält die Behörde fest: "Sterbefallzahlen im November 2023 mit +1 % im Bereich des mittleren Wertes der Vorjahre". Daß dies jedoch kein Grund zur Entwarnung ist, liegt auf der Hand. Immerhin besteht die Übersterblichkeit seit 2021. Ein Mittelwert, der zwei Jahre extremer Übersterblichkeit mit einschließt, kann also kaum beruhigend sein, weil er nicht bedeutet, daß die Übersterblichkeit überstanden ist.

Tatsächlich deuten die Sterbezahlen des Statistischen Bundesamtes darauf hin, daß der Übersterblichkeitstrend der Pandemiejahre nach wie vor besteht, aber langsam abflaut. Das belegt auch die europaweite Übersterblichkeitsstatistik des EuroMOMO-Netzwerks. Darin sind für Deutschland im Jahr 2023 ... 99.287 unerwartete Todesfälle angegeben (Stand 48. Kalenderwoche). Zum Vergleich: 2022 erreichte die Übersterblichkeit des Netzwerkes für Deutschland einen Höchstwert von 372.360 unerwarteten Todesfällen. In 2021 waren es 354.352 Fälle.

Die Ursachen der Übersterblichkeit sind bis heute Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Während einige Wissenschaftler vor allem übermäßige Atemwegsinfekte in den Pandemie Jahren für die erhöhten Sterbezahlen verantwortlich machen, vermuten andere die Impfkampagne als möglichen Verursacher. Sie verweisen dabei auf die auffällige Parallele des Beginns der Impfkampagne in 2021 zum Beginn der Übersterblichkeit im selben Jahr (Apollo News berichtete).<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtete am 13. Dezember 2023 (x1.347/...): >>**Wie das Statistische Bundesamt die Zahlen zur Übersterblichkeit verfälscht hat**

Während das dem Innenministerium nachgeordnete Amt in der Anfangszeit der Corona-Krise eine auffällige Übersterblichkeit erkannte und die Öffentlichkeit warnte, sah man dort nach der Impfkampagne keine Auffälligkeiten mehr. Ein Blick in die Rohdaten zeigt jedoch das Gegenteil: Ein historisch niedriges Sterbegeschehen 2020 sowie deutlich erhöhte Werte in den beiden folgenden Jahren. Brisant sind zudem die hohen Sterbefallzahlen jüngerer und mittlerer Altersgruppen seit 2021 - wozu die Behörde bis heute schweigt. Multipolar hat nachgerechnet und beim Bundesamt nachgefragt.

MARCEL BARZ

Von einer Übersterblichkeit wird gesprochen, wenn in einem Zeitraum mehr Menschen versterben als erwartet. Es wird ein Vorhersagewert (Anzahl der erwarteten Verstorbenen) mit dem Realwert (tatsächlich Verstorbene) verglichen. Ist die Differenz beider Werte positiv, so spricht man von Übersterblichkeit. Der Realwert ist stets unstrittig, weil er in Deutschland verlässlich erfaßt wird und tagesgenau zur Verfügung steht. Anders verhält es sich mit dem Vorhersagewert, der aus historischen Sterbedaten berechnet wird, wofür mehrere Methoden existieren.

Die Auswahl der Methode hat maßgeblichen Einfluß auf den Vorhersagewert und damit auf die Übersterblichkeit. Abweichungen ergeben sich je nachdem, ob die Veränderung der Bevölkerungsgröße, die Verschiebungen der Alterspyramide sowie der Trend zu höherer Lebenserwartung berücksichtigt werden. Die Methodenauswahl sollte daher gut begründet sein.

Die Methode des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt führte aus Anlaß der Corona-Krise im April 2020 eine Sonderauswertung zur kurzfristigen Beurteilung des Sterbegeschehens ein. Zentrales Element waren die Übersterblichkeitswerte für einzelne Kalenderwochen und Monate. Man entschied damals, den Vorhersagewert aus den absoluten Sterbefallzahlen der vier Vorjahre zu ermitteln. Anfangs wurde das arithmetische Mittel verwendet, ab Juli 2021 der Median.

Das war ungewöhnlich, da üblicherweise im Statistischen Bundesamt sogenannte Sterbetafeln zur Anwendung kommen, um das Sterbegeschehen zu beurteilen. Wie und auf wessen Veranlassung diese Entscheidung zu Stande kam, will das Bundesamt auf Multipolar-Anfrage jedoch nicht mitteilen: "Zum Schutz der Beschäftigten unseres Hauses nennen wir auf der Grundlage unserer bisherigen Erfahrungen keine Namen."

Das Amt wurde während der Coronazeit und bis Ende 2022 von Georg Thiel geleitet (siehe Beitragsbild), der laut Aussagen von Mitarbeitern in der Behörde "ein Klima der Angst, Überforderung und Vetternwirtschaft" geschaffen haben soll.

Im Folgenden werden die gravierenden Auswirkungen der Methodenauswahl genauer betrachtet.

Verfälschung der Übersterblichkeitswerte

Eine Mittelung der Sterbefallzahlen der Vorjahre kann als Vorhersagewert sinnvoll sein, wenn Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsstruktur und Lebenserwartung in einem Land unverändert blieben. Das ist in Deutschland nicht der Fall. Infolge der Alterung der Gesellschaft sterben von Jahr zu Jahr mehr Menschen. Jeder Vergleich mit absoluten Sterbezahlen der Vergangenheit führt daher zum Trugschluß, es seien mehr Menschen gestorben als erwartet.

Mit anderen Worten: Das Statistische Bundesamt erkennt auch bei einem vollkommen normalen Sterbe geschehen allein aufgrund der Median- oder Mittelwert-Methode eine irrtümliche Übersterblichkeit. Grafik 1 macht diese Verfälschung deutlich. Während die hellblaue Linie einen alarmierenden Trend stetig steigender Sterbezahlen in Deutschland zeigt, ergibt sich bei Berücksichtigung der Altersstruktur die dunkelblaue Linie und damit das exakt entgegengesetzte Bild.

Den Verantwortlichen im Bundesamt ist der verzerrende Effekt durch eine alternde Bevölkerung bekannt, wie unter anderem einem Fachartikel aus dem Jahr 2020 zu entnehmen ist. Mit dem Wechsel von der Mittelwert- zur Median-Methode hat man einen zusätzlichen Fehlereffekt kreiert, was die Überschätzung der Übersterblichkeit weiter steigert - denn die statistische Verteilung der Sterbefallzahlen ist nicht symmetrisch.

Die Ausreißer nach oben sind stets größer als nach unten. In der Median-Wertung werden sie aber gleich behandelt, nämlich gestrichen. Streicht man aus den Sterbefallzahlen ständig den Minimal- und Maximalwert der vier Vorjahre heraus, wie es bei der Median-Methode geschieht, schätzt man den Vorhersagewert bei der gegebenen statistischen Verteilung meist zu niedrig. ...

Öffentliche Kommunikation abseits der Wirklichkeit

Die geschilderten Tatsachen stehen in deutlichem Widerspruch zur öffentlichen Kommunikation des Statistischen Bundesamtes in der Anfangszeit der Corona-Krise. Die dramatischen Pressemitteilungen des Bundesamtes paßten zwar zu den "Bildern aus Bergamo", spiegelten aber nicht die tatsächlichen Sterbedaten wieder. Hinzu kommt die psychologische Wirkung des Wortes "Übersterblichkeit", bei dem die Vorstellung von "unerwarteten Leichenbergen" mitschwingt. Die öffentliche Kommunikation des Statistischen Bundesamtes hatte keine Basis in den Rohdaten.

Für die untersuchte Altersgruppe 80-85 Jahre wurde gezeigt, daß die wöchentlichen Sterberaten im Jahr 2020 (mit Ausnahme des Dezembers) unauffällig waren. Insbesondere der April 2020 zeigte keine nennenswerte Auffälligkeit. Das gleiche Bild zeigt sich auch in den anderen Altersgruppen. Seit dem Jahr 2021 zeigen die Sterberaten allerdings eine Trendumkehr mit wieder ansteigenden Werten.

Besorgniserregend ist insbesondere die Beteiligung relativ jüngerer und mittlerer Altersjahrgänge. Zu erkennen sind hier einzigartige Muster, die - anders als in den Vorjahren - auch während der Monate mit warmen oder gemäßigten Temperaturen sichtbar waren. Tausende Menschen sind an einer Ursache verstorben, die offensichtlich erst ab den Jahren 2021 und 2022 vorhanden war.

Umgang der Behörde mit Kritik

Mehrere wissenschaftliche Arbeiten, so eine Methodenkritik von Jonas Schöley, eine Debatte von Bernd Kowall und anderen, eine Studie von Christof Kuhbandner und Matthias Reitzner sowie ein Fachartikel von Bernhard Gill thematisieren den Methodenfehler des Bundesamtes. Auch die Münchner Statistiker Kauermann und De Nicola machen in ihren Arbeiten auf den Fehler des Bundesamtes aufmerksam. Während andere Wissenschaftler für ähnliche Ergebnisse von den Verantwortlichen im Bundesamt jedoch scharf kritisiert wurden, verlieh das Bundesamt Kauermann und De Nicola kurioserweise seinen Corona-Sonderpreis.

Änderungsbedarf bei der verwendeten Methode sieht die Behörde trotz der deutlichen Kritik

bislang nicht, wie aus einer Anfrage des Autors hervorgeht. Die Verantwortlichen im Statistischen Bundesamt rechtfertigen die Anwendung der Median-Methode und die gewählte Kommunikationsstrategie unbeirrt mit fragwürdigen Gegenargumenten.

Fazit

Sterberaten sind als objektive Meßgröße für die öffentliche Kommunikation und zur Einordnung des Sterbe geschehens in Deutschland besser geeignet als absolute Sterbefallzahlen oder mit willkürlichen Methoden errechnete Übersterblichkeiten. Die tatsächlichen Sterberaten müssen allerdings bislang umständlich aus anderen Tabellen rekonstruiert werden, da das Statistische Bundesamt diese Daten bis heute zurückhält.

Durch das Betonen fehlerhaft berechneter Übersterblichkeitswerte und das gleichzeitige Verschweigen der Entwicklung der tatsächlichen Sterberaten konnte in der öffentlichen Wahrnehmung ein falsches Bild vom Sterbe geschehen in der Corona-Krise entstehen. Das Ausmaß an politischen Fehlentscheidungen, unsinnigem Aktionismus und unnötig geschürter Angst als Folge dieser Falschinformation ist immens.

Besorgniserregend ist zudem das auffällig erhöhte Sterben in einigen relativ jüngeren Altersgruppen. Dieses Alarmsignal kann leicht übersehen oder vertuscht werden, wenn die Altersjahrgänge nicht getrennt betrachtet und ausgewiesen werden - wie es etwa auch in der aktuellen Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den jüngsten Sterbefallzahlen vermieden wird. Es erscheint wenig glaubwürdig, daß das Amt dieses deutliche Signal in den eigenen Daten übersehen hat.

Über den Autor: Marcel Barz, Jahrgang 1975, war Offizier der Bundeswehr und studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Universität der Bundeswehr München sowie Wirtschaftsinformatik an der Technischen Hochschule Wildau. Er war Gründer und Geschäftsführer einer Softwarefirma, die sich auf Datenanalyse und Softwareentwicklung spezialisiert hatte. Barz veröffentlichte im August 2021 den Videovortrag "Die Pandemie in den Rohdaten", der insgesamt über eine Million Mal gesehen wurde.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27664" berichtete am 13. Dezember 2023 (x1.343/...): >>>**Groß-Demo in Karlsruhe: Menschenrechte ALLER Menschen statt kollektiver Entrechtung**

Mit dem Einreichen der 592 Strafanzeigen wurde ein Aufschlag gemacht, der das Potential hat, mit dem überbordenden Staats-Unrecht abzurechnen. Die Bevölkerung holt sich ihre Demokratie zurück.

Mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne. Und ich möchte, daß ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt. Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben. Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten. Das ist unsere Botschaft und laßt die uns nach draußen tragen. Vielen Dank.

Heute, Sonntag, 10. Dezember 2023, am 75. Tag der Menschenrechte, findet hier in Karlsruhe ein zeitgeschichtliches Ereignis nie dagewesener und ganz besonderer Art statt.

Im Zuge einer Großdemonstration mit Kundgebungen und Umzug werden 599 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht.

Dieses richtet sich gegen die Verantwortlichen, die sich für die gesetzliche Einführung einer Impfpflicht im Gesundheitsberufen und bei Angehörigen der Bundeswehr eingesetzt haben.

Denn die Inkaufnahme von Impfschäden und Impftoten stellt einen Verstoß gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und gegen den § 7 des Völkerstrafgesetzbuches dar.

Es wird laut dem Veranstalter keine Versöhnung geben, so lange die Täter der widerrechtli-

chen Corona-Maßnahmen straffrei bleiben.

Für die Kundgebungen haben sich hochrangige, kompetente Referenten angesagt, die mit ihren Beiträgen die Tragweite der Verbrechen und den unbedingten Handlungsbedarf untermauern.

Tobias Pörsel - Deutscher Rechtsanwalt

Als Jurist möchte man sagen, liebe Staatsanwaltschaft, das reicht mindestens für einen Anfangsverdacht. Und auch ich möchte mich an dieser Stelle schon bedanken, nämlich bei den Ärztinnen und Ärzten, die damals und heute den Mut hatten zu sagen, Herr Lauterbach hat gelogen. Und Herr Lauterbach hat nicht nur gelogen, er hat wissentlich gelogen. Es gab und gibt Nebenwirkungen. Es gibt Impfschäden und das wird niemand mehr ernsthaft bestreiten können.

Und wer es doch tut, will sich vor seiner Verantwortung drücken. Und in einem funktionierenden Rechtsstaat müßte hier eigentlich aufgeklärt und gehandelt werden. Und es gibt hier jemanden, den wahrscheinlich kaum jemand kennt, der treibt sich manchmal in Bussen durch die Gegend.

Wer das hier indiziert hat, am besten stellt er sich selber vor, er ist manchmal ein bißchen schüchtern. Ich darf mal ganz kurz Ralf Ludwig zu mir bitten.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Ja, hallo. Vielen Dank, daß ihr alle hier seid, daß ihr diese Sache unterstützt. Ich habe 2021 im Frühjahr in Stuttgart gesagt, daß wir dieses Zentrum gründen werden und daß wir aufarbeiten werden und daß wir nicht aufhören werden, bis diejenigen, die für die Corona-Maßnahmen verantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden. Und das werden wir heute mit den Strafanzeigen beginnen. Wir haben heute viele tolle Kolleginnen und Kollegen auf der Bühne, viele Juristen, die seit vielen Jahren eure Interessen vertreten, die seit vielen Jahren von Gericht zu Gericht fahren und versuchen, halbwegs die Rechtsstaatlichkeit zu retten und zu sichern.

Ich bedanke mich sehr bei diesen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier auf der Bühne stehen.

Viele stehen auch hier vor der Bühne und haben wirklich unglaublich gute Arbeit geleistet.

Also wir haben ganz, ganz viele tolle Leute und ich denke immer in einem Staat, in dem eine große Anzahl an Rechtsanwälten aufsteht und sagt, was hier gerade passiert ist nicht in Ordnung, da kann auch etwas nicht in Ordnung sein. Ich selber möchte mich heute ein bißchen zurückhalten, weil ich finde in den Mittelpunkt gehören heute die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz für eure, für unsere Rechte kämpfen. Und mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne.

Und ich möchte, daß ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt. Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben. Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten. Das ist unsere Botschaft und laßt die uns nach draußen tragen. Vielen Dank.

Thomas Seitz - Bundestags-Abgeordneter

Wir hatten keine Krise wegen Corona, sondern die Krise war die Folge der Corona-Maßnahmen.

Auslöser der echten Krise war kein Virus, sondern die Politik. Es war eine Zeit des rechtlichen Ausnahmezustands, obwohl das Grundgesetz einen zivilen Notstand wegen Naturkatastrophen oder Seuchen überhaupt nicht kennt. Während Legislative und Exekutive sich gegen-

seitig in exzessiven Grundrechtseingriffen überboten haben, haben die Gerichte fast durchgängig in ihrer Funktion als Wächter der Freiheit und der Grundrechte versagt.

Die Justiz hat also nahezu alle rechtlichen Zumutungen früher oder später kritiklos abgesegnet, obwohl es in Deutschland überhaupt keine Übersterblichkeit gab. Jedenfalls nicht bis zum Beginn der Impfkampagne mit einem Impfstoff, der kein Impfstoff war, sondern eine experimentelle Gen-Therapie. Mein liebster Satz aus dieser Zeit im Plenum des Deutschen Bundestages lautet, die Spaziergänger verteidigen den Rechtsstaat und ihre Kriminalisierung ist unrecht.

Dr. Michael Brunner - Österreichischer Rechtsanwalt

Ab März 2020 wurde alles umgestoßen, was bisher einen demokratischen Rechtsstaat ausgezeichnet hat und was Stand der medizinischen Wissenschaft war. Wer dagegen auftrat, wurde diffamiert, beschimpft und verfolgt. Ärzte verloren ihre Berechtigung zur ärztlichen Berufsausübung, wurden von der Universität entlassen und von den Disziplinarbehörden der Ärztekammern in Übereinstimmung mit der Regierungsgewalt und den gekauften Medien willkürlich verfolgt, um sie letztlich zum Schweigen zu bringen. Wer nicht mit dem Narrativ mitmachte und im Gleichklang mit den Mainstream marschierte, wurde im besten Fall zum Außenseiter, letztlich vom öffentlichen Leben ausgesperrt, in seiner Existenz bedroht und verleumdet. Die dadurch entstandenen Schäden sind enorm.

Alle Geschehnisse und alles Unrecht muß aufgearbeitet und die Verantwortungsträger müssen zur Haftung und Rechenschaft herangezogen werden. Die kritischen Richter und Staatsanwälte in Deutschland haben es auf den Punkt gebracht. Die staatliche Anordnung zu einer Covid-19-Impfung ist vorsätzliches Töten. Es ist mit den Grund- und Freiheitsrechten unserer Verfassung, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, unvereinbar.

Einer WHO, die von keinem Bürger dieser Welt demokratisch gewählt worden ist, ihrem Generaldirektor, damit den dahinterstehenden selbsternannten arroganten Eliten bei Annahme eines potentiellen oder aktuellen globalen Gesundheitsnotstandes unumschränkte Machtbefugnisse zu verleihen, Kontroll-, Überwachungs- und Sanktionsrechte ohne Überprüfbarkeit, ohne Verantwortlichkeit und ohne Haftung. Dieses globalistische Vorhaben, das von Big Pharma, Konzernen und selbstherrlichen Machteliten wird, muß zur Wahrung der Souveränität der Staaten und zur Wahrung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Würde eines jeden einzelnen Bürgers zu Fall gebracht werden.

Claudio Zanetti - Schweizer Politiker

Wir sind hier auf dem Platz der Menschenrechte versammelt, weil heute vor 75 Jahren die UNO-Generalversammlung den Katalog der Menschenrechte verabschiedet hat. Das sollte eigentlich ein Grund zum Feiern sein, aber leider müssen wir feststellen, 75 Jahre sind eine schöne staatliche Zeit, aber man könnte auch sagen, noch nicht einmal 100-jährig und schon werden diese Menschenrechte mit Füßen getreten. Es heißt ganz am Anfang dieses Katalogs da von der UNO, alle Menschen verfügen von Geburt an über die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten. Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, das sind die Werte, um die geht es.

Wir kommen nachher noch auf einzelne Werte, aber es geht darum, wir haben von Geburt an die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten. Und warum haben wir diese gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten? Weil wir Menschen sind. Weil wir Menschen sind, haben wir Menschenrechte. Es heißt dort weiter, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Aber erinnert ihr euch daran, wie einer im Fernsehen sagte, wer nicht spürt, ist raus aus dem gesellschaftlichen Leben.

Ungeheuerlich so etwas. Wir dürfen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, weil wir Menschen sind. Warum dürfen wir am gesellschaftlichen Leben teilnehmen? Genau. Es heißt dort

auch, niemand darf willkürlich festgenommen und in Haft gehalten werden. Aber wir stellen fest, daß die Justiz zu einer politischen Waffe geworden ist. Denken wir an Michael Ballweg, neun Monate Gefängnis und am Schluß reicht es nicht mal für eine Klage.

Dr. Christian Knoche - Deutscher Rechtsanwalt

Liebe Freunde, man darf nicht einfach den Mantel des Schweigens oder den Mantel des Vergessens über das Unrecht der letzten dreieinhalb Jahre legen. Das hätten Sie gerne, diese vergeblichen Scholz-Politiker, diese Landesfürsten der illegalen Ministerpräsidentenkonferenz. Illegal, weil im Grundgesetz nicht vorgesehen. Diese Welle der Kriminalisierung gegen die kritischen Ärzte muß aufhören. Ich fordere deshalb eine Einstellung aller Straf- und Bußgeldverfahren, auch für Deutschland. Nie wieder dürfen sich in Deutschland die Jahre 2020 bis 2023 wiederholen. Nie wieder - wehren wir uns gegen die Anfänge und Fortsetzungen.

Dafür stehen wir heute in Karlsruhe.

Christian Moser - Deutscher Rechtsanwalt

Wir haben in den zurückliegenden Jahren vieles gelernt. Wir lernten, was Angst mit Menschen macht. Wir lernten, wie Menschen aus Angst gegeneinander aufgebracht werden und unversöhnlich gegeneinander stehen. Wir lernten, wie eine Politik der Angst sich gegen das eigene Volk richtete. Und wir lernten, wie Angst selbst die Justiz in ihren Bann zog.

Die Opfer dieser Politik der Angst waren nicht bloß diejenigen, die die Regierung kritisierten und dafür von dieser Regierung beschimpft, von der Polizei mißhandelt und von der Justiz kriminalisiert wurden, sondern vor allem diejenigen Menschen, die im Angesicht der Angst ihren Willen zur Selbstbehauptung preisgaben. Wir standen dagegen auf mit der Wahrheit, nicht mit unserer Wahrheit gegen die Wahrheit der anderen, sondern mit einem Heer von Wissenschaftlern aus aller Welt, gegen eine Handvoll Experten, deren Meinung nicht hinterfragt werden durfte.

Beate Bahner - Deutsche Rechtsanwältin

Wir haben uns hier in Karlsruhe versammelt, in der sogenannten Residenz des Rechts. Und ich habe meiner Rede die Überschrift gegeben, wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieses ethische und rechtliche Prinzip ist als Grundprinzip zeitlos. Die Menschenwürde ist als zentraler Wert der deutschen Verfassung und auf Grund der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes, bei Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz, auf ewig absolut unantastbar.

Die Achtung der Menschenwürde verbietet es dem Staat, den Menschen zum bloßen Objekt des staatlichen Handelns zu machen. Doch wann behandelt der Staat den Menschen als bloßes Objekt? Wenn er ihm das eigene Denken, das selbstbestimmte Handeln und die freie Entscheidung abspricht. Wenn der Staat das Vertrauen seiner Bürger mißbraucht und seine Maßnahmen mit irreführenden oder gar bewußt falschen Annahmen begründet, dann wird Recht zu Unrecht auf Basis der skrupellosen Behauptung von Pandemien durch die WHO, wird damit internationales Recht nicht nur zu internationalem Unrecht, sondern nach meiner großen Sorge sogar zu internationalem Pandemieterror.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Wir wollen Aufklärung. Wir wollen, daß dieses Unrecht der letzten drei Jahre nicht einfach so ungeschehen bleibt, daß vor allen Dingen die Verantwortlichen wirklich zur Verantwortung gezogen werden. Vielen Dank dafür, daß ihr alle heute hier seid und jetzt klicke ich auf Nachricht senden.

Dr. Christina Baum - Bundestagsabgeordnete (AfD)

Liebe Mitstreiter, liebe Freunde, es ist wunderbar hier oben zu stehen und euch alle zu sehen. Ihr seid diejenigen, die mitgeholfen haben, daß diese allgemeine Impfpflicht verhindert wurde, wenn wir auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht damals nicht verhindern konnten. Ich danke euch, daß ihr auf der Straße wart und ich danke euch, daß ihr auch heute wieder hier

seid.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Wir haben jetzt mit diesen Strafanzeigen den Aufschlag gemacht. Jetzt dreht sich das Ganze. Wir werden die Menschen, die das getan haben, zur Verantwortung ziehen und ich glaube, der Hubert Aiwanger hat es gesagt, wir holen uns unsere Demokratie zurück. Vielen lieben Dank, daß ihr da wart.

Ausschnitte aus der Pressekonferenz, welche im Anschluß an die Demonstration stattfand:

Beate Bahner - Deutsche Rechtsanwältin

Wir haben den Zwang zur Kooperation der Staaten und wir haben vor allem die Immunität der WHO, des Generalsekretärs, der sozusagen wirklich allein Herrscher sein wird. Wir haben keinerlei Kontrollmöglichkeit, keinerlei rechtliche Überprüfungsmöglichkeit und am Ende die strafrechtliche Immunität. All das muß uns alle sehr besorgen.

Dr. Michael Brunner - Österreichischer Rechtsanwalt

Wir werden einen permanenten Krisenmodus haben. Es wird eine pandemische Situation, pandemische Situation kommt aus dem Deutschen Bundestag, ist dann eine noch weichere Formulierung für eine Pandemie als die Pandemie selbst in den IHR beziehungsweise im Vertrag, wo hier auch nur mit unbestimmten Gesetzesbegriffen gearbeitet wird. Natürlich, ein solches System ist mit den Menschenrechten nicht vereinbar, verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, gegen den UN-Vertrag, gegen den UN-Sozialpakt, gegen den EU-Vertrag, gegen die Menschenrechte allgemein, vor allem auch gegen die Würde des Menschen. Daher vertrete ich die Ansicht, genauso wie auch Frau Kollegin Beate Bahner, ein solches Regelwerk kann niemals eine Normengeltung erlangen, weil es die Untergrabung jeglicher Menschenwürde ist.

Claudio Zanetti - Schweizer Politiker

Es sagt sich so einfach, ein Satz, die Würde des Menschen ist unantastbar. Aber dieser Satz steht nicht umsonst an der ersten Stelle des Grundgesetzes, auf das alle so stolz sind. In Deutschland heißt es ja immer, der verläßt den Boden des Grundgesetzes und so weiter, um jemanden abzustrafen. Aber wenn eine Regierung sagt, ja wir opfern jetzt 10, um 1000 zu retten, dann ist es die Regierung, die den Boden des Grundgesetzes verloren hat. Und darauf müssen wir sie behaften.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Und wir dürfen nicht unterscheiden zwischen wertem und unwertem Leben. Das ist der Bogen zu dieser Strafanzeige. Das ist das, was der Kollege Claudio Zanetti gesagt hat. Der Staat darf keinen Menschen töten. Über das Leben keine Abwägung. Das ist die rote Linie.

Der Staat hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden, daß es wertenes und unwertes Leben gibt.

Der Staat kann nicht sagen, 0,02 Prozent nehmen wir hin.

Wir nehmen das nicht hin.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Dezember 2023:

>>mRNA-Propagandist 33jährig gestorben

Von *Karel Meissner*

Der Tod eines kanadischen mRNA-Propagandisten sorgte für Häme auf X. Ein Zeichen, wie sehr die Wut über die Maßnahmen noch brodelte - und nach Aufarbeitung schreit. ...

Ist eine Diktatur beendet, folgt fast immer

1) das große Kreidefressen der Täter und das Verharmlosen ihrer Herrschaft.

2) Man lenkt die Bevölkerung durch neue Aufreger vom Vergangenen ab.

3) Ein Teil der Diktatur-Unterstützer bleibt an der Macht und deckt ehemalige Mitstreiter. Investigative Aufarbeitung wird somit sabotiert. Außerdem kalkulieren die Machthaber: "Das doofe Volk wird den Schrecken bald vergessen." In kurzer Zeit werde man sich, frei nach Jens Spahn, "viel verziehen" haben. In Wahrheit wird die Wut lediglich versteckt.

Nein, Ablenkungs-Narrative wie Rußland-Ukraine-Konflikt Klima-Apokalypse ersetzen keine Aufarbeitung der Corona-Diktatur. So leicht lassen sich Entrechtung, Psychoterror und Verbalgewalt nicht verdrängen. Die Wut wandert in die sozialen Netzwerke. Dort reißt die politisch intendierte Spaltung bei jeder Gelegenheit wieder auf. So wie kürzlich in Kanada:

Der Journalist Ian Vandaelle (Financial Post) gehörte zu den Brutalo-Propagandisten der Jahre 2020-22. Ein Mainstream-Sadist, der die Bürger nicht nur mit Lockstoff, sondern auch mit Ausgrenzung zur Nadel treiben wollte. So schrieb er auf X (damals noch Twitter): "Ich für meinen Teil befürworte, daß wir Zuckerbrot und Peitsche mitbringen."

Ohne mRNA-Brühe sollte nichts mehr laufen: "Möchten Sie in eine Bar gehen, um das Spiel zu sehen? Impfpaß."

Folglich befürwortete Vandaelle Italiens Restaurantsperre für Ungespritzte und forderte im August 2021 ein Arbeitsverbot für ungeimpfte Polizisten: "Impfen Sie sich oder kündigen Sie."

Denn: "Sie haben einen Eid geschworen, die Bürger zu schützen? Sie werden geimpft. Es ist beschämend, daß wir das sagen müssen."

Vorige Tage dann die Meldung seiner Lebensgefährtin Stephanie Hughes. Sie erklärte auf X, daß Vandaelle seit dem 18. November im Krankenhaus, gestorben sei. Im Alter von 33 Jahren. Todesursache? Keine Angabe.

Dieses plötzliche Sterben junger Personen ist inzwischen ja keine Seltenheit mehr. Auch überrascht es nicht, daß die öffentliche Reaktionen sich nicht auf Kondolationen beschränkten: "Ein Totalitärer weniger" (X-User)

Oder "Bu hu. Da bin ich aber traurig." (X-User)

Die Therapeutin Miriam Belknap schrieb in ihrem Newsletter: "Ian Vandaelle unterstützte den medizinischen Faschismus, die Tyrannei und einige der schlimmsten Mißbräuche unseres Lebens und war stolz darauf: Seine Beiträge zeigen seine fanatische Unterstützung für Impfpässe und die Entlassung von Impfverweigerern."

Solche Wut ist ein Zeichen. Die Maßnahmen-Diktatur schreit nach Aufarbeitung. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 14. Dezember 2023: >>>**Studien: Geimpfte haben höheres Risiko für Blutkrankheiten, Ohrenschmerzen, grünen Star und Warzen**

Südkoreanische Forscher fanden heraus, daß Menschen, die gegen COVID-19 geimpft wurden, ein höheres Risiko für verschiedene Erkrankungen haben können. So sollen Blut- und Ohrenkrankheiten, aber auch Augenleiden und Haarausfall bei Geimpften häufiger auftreten.

Neueste Forschungsergebnisse deuten offenbar darauf hin, daß Menschen, die gegen COVID-19 geimpft wurden, möglicherweise einem erhöhten Risiko für verschiedene Gesundheitsprobleme ausgesetzt sind - darunter eine verminderte Produktion von Blutzellen, Erkrankungen der Ohren und Entzündungen des Bewegungsapparates.

Wissenschaftler aus Südkorea analysierten dazu umfangreiche Daten des Koreanischen Nationalen Gesundheitsversicherungsdienstes. Die Ergebnisse lassen Medienberichten zufolge vermuten, daß die Impfung das Risiko für viele Gesundheitsprobleme signifikant erhöht.

In einer der untersuchten Studien wurde festgestellt, daß die Inzidenzraten von 13 allerdings nicht tödlichen, immunbezogenen Nebenwirkungen unter den Geimpften deutlich ausgeprägter waren. Dazu sollen Menstruationsstörungen, Blutergüsse, Tinnitus, Innenohrerkrankungen, Mittelohrerkrankungen und andere Ohrerkrankungen gehören.

Dr. Eun Mi Chun von der Medizinischen Fakultät der Ewha Womans University und ihre Mitautoren kamen demnach zu dem Schluß, daß die Impfung das Risiko für nicht tödliche Nebenwirkungen erheblich erhöhe.

Glaukom und Haarausfall

Die Forscher hatten umfangreiche Aufzeichnungen von Patienten ab 20 Jahren ausgewertet.

Als "geimpft" galten Personen, die ihre zweite Impfdosis erhalten oder eine vollständige Grundimmunisierung vor dem 30. September 2021 abgeschlossen hatten. Die geimpfte Gruppe umfaßte 1,4 Millionen Menschen.

Drei Monate nach der Impfung wies die geimpfte Gruppe laut Medienberichten bei vielen Erkrankungen eine erhöhte kumulative Inzidenz pro 10.000 Personen auf. Zu den festgestellten Problemen gehörten auch Glaukom (grüner Star) oder Sehverlust, Warzen, Herpes Zoster und Alopecia (akut einsetzender Haarausfall).<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 15. Dezember 2023 (x1.348/...): >>**Staat hat mit Teil-Impfpflicht Tote in Kauf genommen und somit grundsätzlich getötet - Zu den Strafanzeigen**

Von *Herbert Ludwig*

Am 10. Dezember wurden von einer Initiative von Kritikern der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe 592 Strafanzeigen gegen öffentlich Verantwortliche wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht. Ca. 6.000 Menschen nahmen daran teil. Die Strafanzeigen betreffen 568 Mitglieder des Bundestages, 15 Mitglieder des Bundesrates, den Bundespräsidenten und acht Richter des Bundesverfassungsgerichts. In der anschließenden Pressekonferenz hat der Hauptinitiator, Rechtsanwalt Ralf Ludwig, für die sich auf das Völkerstrafgesetzbuch stützenden Strafanzeigen eine ausführliche Begründung entwickelt, wovon wir wegen der großen Bedeutung der Sache das Wesentliche nachfolgend darstellen.

Von den totalitären Corona-Maßnahmen des Staates, mit denen die unabänderlichen demokratischen Grundrechte zum großen Teil ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt wurden, ragt besonders die einrichtungsbezogene Impfpflicht hervor, die vom 16. März bis 31. Dezember 2022 für den Gesundheits- und Pflegebereich galt. Beschäftigte in diesen Einrichtungen mußten nachweisen, daß sie geimpft oder genesen waren oder aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden konnten. Wer dem nicht nachkam, erhielt Bußgelder, Betretungsverbote oder wurde schließlich gekündigt.

Beim Beschluß dieses Gesetzes war den Bundestag-Abgeordneten bekannt, daß schon Menschen an der "mRNA-Impfung" gestorben waren und daß weitere daran sterben würden. Und das Paul-Ehrlich-Institut geht am 31. März 2023, so RA Ralf Ludwig auf der Demo, auch von 127 Menschen aus, die durch die Impfung gestorben sind, obwohl die Zahlen in der Realität noch viel höher seien. Doch "127 Menschen sind 127 Menschen zu viel, weil ein Staat keine unschuldigen Menschen töten und eine Pflicht einführen darf, bei der er weiß, daß am Ende auch nur ein einziger Mensch schwer geschädigt oder sterben kann", habe RA Ralf Ludwig betont (epochtimes.de).

Um diese die Menschenwürde verachtende Grenzüberschreitung der Verantwortlichen des Staates geht es.

Grundsätzliches

Auf der Pressekonferenz führte nach einigen Vorrednern der Schweizer Rechtsanwalt Claudio Zanetti die Sache auf einfache Grundsätze zurück, die eine Überleitung zu Rechtsanwalt Ralf Ludwig bildeten.

RA Claudio Zanetti: "Wenn eine Regierung sagt: Wir opfern jetzt 10, um 1.000 zu retten, dann ist es die Regierung, die den Boden des Grundgesetzes verloren hat. Und darauf müssen wir sie behaften. Es ist eine ganz einfache Geschichte. Es wurde heute hier sehr viel Gescheites gesagt von Regeln und WHO und viele juristische Überlegungen, aber es geht um sehr Einfaches, Grundsätzliches. Darf die Regierung tun, was sie getan hat?"

Wir haben dazu übrigens auch eine Rechtsprechung. Wir haben heute auch von Frau Bahner gehört, daß es da ganz viele kluge Urteile gibt vom Verfassungsgericht, wo die Richter noch den Mut hatten zu denken und vernünftige Entscheidungen zu fällen.

Z.B. hatten es die Richter dem Bundestag verboten, ein Flugzeug abzuschießen, das von Terroristen entführt wurde und das, sagen wir, auf ein Fußballstadion mit vielen Leuten dort zu steuert. Im Einzelfall, wenn ein Kommandant dann den Abschluß befiehlt, ist das ein anderes Problem. Aber wenn der Staat grundsätzlich sagt: Jawohl in einem solchen Fall gilt das Leben der Leute im Flugzeug weniger als das der Leute im Stadion, geht das nicht.

Und das Verfassungsgericht hat das (so) entschieden. Und wir sollten jetzt einfach auf dieser Basis bleiben: Nein, ihr dürft das nicht, ihr dürft nicht mit Menschenleben spielen. Und auch wenn wir jetzt weiterdenken an die WHO, müssen wir uns immer die Frage stellen: Ja sind jetzt diese Menschenrechte ein kategorischer Imperativ, an den sich alle rechtsanwendenden Behörden und auch die rechtssetzenden Behörden halten müssen, oder ist das einfach eine Knet- und Spielmasse der Mächtigen? Um das geht es.

Wenn ein Bundeskanzler sagt, es gibt keine roten Linien mehr, dann haben wir genau wie Frau Bahner gesagt hat, im Grunde einen Putsch. Denn die Menschenrechte sind nichts anderes als rote Linien. Und wir müssen die Regierenden, die Mächtigen dazu zwingen, Stellung zu nehmen. Nehmen sie diese roten Linien ernst, oder fangen sie an zu relativieren. Insbesondere die Würde des Menschen ist viel zu ernst, viel zu wichtig, als daß wir sie den Regierenden überlassen können."

Die Begründung von Rechtsanwalt Ralf Ludwig

Vorbemerkung (hl): Ralf Ludwig hat frei gesprochen, oft viele Einschreibungen gemacht und die Sätze in der Fülle der Gedanken oft grammatisch nicht ganz zu Ende geführt. Ich werde seine wesentlichen Ausführungen daher teilweise nicht wortwörtlich wiedergeben, wie ich sie transkribiert habe, sondern für die fließende Lesbarkeit etwas umgeformt, ohne daß sie dadurch ihre Authentizität verlieren. Ich behalte deshalb auch den Indikativ bei und verwende nicht den referierenden Konjunktiv. Wortwörtliche Passagen sind kursiv gekennzeichnet:

RA Ralf Ludwig einleitend zur allgemeinen Situation und Stimmung:

Ich habe heute 592 Strafanzeigen beim Generalbundesanwalt am Bundesgerichtshof eingereicht. Davon sind 568 Bundestagsabgeordnete. 570 haben am 10. Dezember 2021 für die "einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht", wie es ja bezeichnet wird, gestimmt, 2 sind verstorben. Es (das Gesetz) wird immer bezeichnet als "einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht"; tatsächlich haben diejenigen, die das Gesetz eingebracht haben, im Entwurf von einer Impfpflicht gesprochen. Sie wußten, was sie da taten: Es war keine "einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht", sondern de facto war es eine Impfpflicht, was auch das Bundesverfassungsgericht nicht bestritten hat.

Am gleichen Tag, am 10. Dezember 2021, - das Gesetz ist am 6. Dezember 2021 in den Bundestag eingebracht worden - hat die Abgeordnete Frau Dr. Christina Baum eine mutige Rede gehalten. Diese mußte sie von der Tribüne des Bundestages halten, auf die sie verbannt war, weil sie keine Maske getragen hat. Das darf man auch nicht vergessen: ein Abgeordneter mit einem freien Mandat wurde - diese Plenarprotokolle sind historische Dokumente - sie wurde mehrfach aufgefordert, die Maske über die Nase zu ziehen. - Jeder, der auf einer Demo war, kennt das: "Ziehen Sie die Maske über die Nase!"

Die Grünen waren nicht so nett, die haben sie geduzt. Die Zwischenrufe der Grünen sind auch dokumentiert und die der anderen Parlamentarier, wie diese Frau Baum und andere beschimpft worden sind, weil sie die Maske nicht richtig trugen. Das sind alles historische Dokumente. -

Wenn wir uns heute historische Dokumente von vor 34, 40, 50 Jahren angucken, wie da miteinander umgegangen wurde, wenn wir uns das angucken, sagen wir: Das ist unvorstellbar.

Das Schöne ist, das ist alles stenographiert, und diese Dokumente werden sich in 30 Jahren andere Menschen angucken, Historiker vielleicht und sagen: Das können wir uns gar nicht vorstellen, daß das in der Bundesrepublik Deutschland los war, alleine diese Stimmung im

Bundestag.

Am 6. Dezember ist dieses Gesetz eingebracht, am 10. Dezember ist es in dritter Lesung beschlossen worden. D.h. über eine Frage der verpflichtenden Aufnahme einer Substanz in den Körper hat der Deutsche Bundestag sich 3 Tage genommen, 3 Tage! Wo will man da sich wirklich informiert haben?! Ein Politiker hat die Pflicht, nicht zu fragen, schützt das, was ich tue?, sondern er hat die Pflicht zu fragen, schädigt das, was ich tue? Und dann muß man sich informieren.

Es ist ja so, wir brauchen doch darüber nicht streiten: Es war ein bedingt zugelassener Impfstoff in der damaligen Zeit, es gab eine Diskussion. Und die haben die Politiker natürlich wahrgenommen, weil es ja immer wieder Anfragen gab, ob die Querdenker denn Verfassungsfeinde wären. Das heißt, die Politiker haben sich ja mit dem beschäftigt, was wir gesagt haben. Die wußten, was draußen gesprochen wurde. Die hatten natürlich auch von den Demonstrationen mitbekommen. Gerade in dem Corona-Untersuchungsausschuß (in Brandenburg) kriegt man das jetzt mit.

Die haben natürlich auch das PEI und das RKI gefragt. Wenn man den Lothar Wieler beim Untersuchungsausschuß gesehen hat, der da sagt: 'Wir vom RKI haben nur Empfehlungen gemacht. Das ganze waren die Politiker, wir waren das gar nicht.'

Jetzt geht's nämlich los, jetzt geht das "Schwarze Peter-Spiel" los, wer war eigentlich verantwortlich. Ja, verantwortlich waren die Politiker, die haben ihre Hand gehoben, die haben namentlich abgestimmt. ...

Am selben 10. Dezember hat der Bundesrat über die einrichtungsbezogene Impfpflicht gesprochen, und da haben zwei Personen geredet: Herr Dulig aus Sachsen als Innenminister - ich weiß nicht - und stellvertretender Ministerpräsident, und Herr Volker Bouffier, damals noch hessischer Ministerpräsident. Es ging also um die einrichtungsbezogene Impfpflicht, also darum, 6,5 Millionen Menschen, die in und um das Gesundheitswesen arbeiten, zu verpflichten ..., eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen.

Und nach diesem Bundesrats-Plenarprotokoll geht der Herr Dulig an das Rednerpult und redet darüber, daß ein Tag vorher ein Mob zu der Frau Köpping, ich glaube, das ist die Sozialministerin, gezogen sein soll und vor ihrem Haus protestiert hat. D.h. die Diskussion im Bundesrat ging nicht um die Frage, zwingen wir hier einem großen Teil unserer Bevölkerung etwas auf, was diese Menschen möglicherweise schädigt, sondern man hat sich als Politiker darüber empört, daß Menschen einen Protestzug vor das Wohnhaus dieser Politikerin gemacht haben.

Es ist eine Entscheidung über das Leben, über die Gesundheit anderer Menschen, und man diskutiert gar nicht über die Frage, was man hier eigentlich macht. Und man fragt nicht, mein Gott, ist das möglicherweise ein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, auf das Leben, ein Verstoß gegen die Würde des Menschen?

Nein, man diskutiert über die Frage, daß es jetzt ganz schlimm war, und man müsse jetzt endlich dagegen halten, sonst würde die AfD noch stärker werden. - Das ist die Denkweise der Politiker.

Im Hauptausschuß, der immer vorher tagt und wo man diskutiert über mögliche Veränderungen, wurden sogenannte Experten gehört. Diese Experten sind verschiedene Verbände: Verband der Virologie, Verband der Hausärzte, Verband der Apotheker. Vom Verband der Hausärzte war die einzige Kritik an diesem Gesetz, daß danach auch die Apotheker impfen durften, und man sagte: 'Es kann doch nicht sein, daß die auch impfen dürfen. Das darf doch nur ein Hausarzt machen!' - Das war die Diskussion. Ansonsten wurde darüber geredet, daß nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wurde.

Die Linke hat sich im Wesentlichen dieses Gesetzes enthalten mit der Begründung, ja wir müssen erst mal dafür sorgen, daß die Pflegekräfte, die sich so aufgeopfert haben, Geld bekommen. D. h. sie haben sich eigentlich nicht der Impfpflicht verweigert, sondern dem, daß

neben der Impfpflicht das Pflegepersonal nicht auch noch sozial abgesichert würde, ein typisch linkes Thema. Also wenn man sich das mal durchguckt: Es wurden die typischen politischen Debatten geführt.

Das Verbrechen

Keiner hat sich um die Menschen gekümmert, die diesen Stoff erhalten sollten, der eine bedingte Zulassung hat, von dem man nicht wußte, wie er wirkt. Was jedoch inzwischen nicht stimmte, weil im PEI- Sicherheitsbericht vom 26. Oktober 2021, also direkt vor der Abstimmung, schon von Todesfall-Verdachts-Meldungen die Rede war. Da wurde schon gesagt, wir haben eine Todesfall-Verdachts-Meldung auf 50.000 Impfungen. Es war also bekannt, auch das war klar, aber man hat darüber nicht gesprochen. Es gab genau zwei Wortmeldungen zu diesem Thema. Und das war eine FDP-Abgeordnete, die dann noch sagte:

'Wir müssen diese Impfpflicht machen, weil wir ja wissen: In 99,98 % der Fälle gibt es keine schweren Nebenwirkungen.'

Das stimmt möglicherweise.

Aber in 0,02 % der Fälle gibt es schwere Nebenwirkungen. ... Und derjenige, der schwere Impfnebenwirkung hat, für den ist es nicht selten, für den ist es ein ganzes Leben. Und derjenige der daran stirbt, der ist nicht eine statistische Größe, das ist ein echter Mensch. Und wir dürfen nicht unterscheiden zwischen wertem und unwertem Leben. -

Das ist der Bogen zu dieser Strafanzeige, das ist, was der Kollege Claudius Zanetti gesagt hat. Der Staat darf keinen Menschen töten. Wir sagen immer, er darf keinen unschuldigen Menschen töten, aber hier in Europa darf er auch keinen Menschen töten. Wir in Europa dürfen noch nicht mal schuldige Menschen töten. Denn bei uns ist die Todesstrafe abgeschafft. Und der einzige Fall, wo man einen schuldigen Menschen töten darf, ist im Rahmen einer Todesstrafe. Die gibt es bei uns nicht. Unsere Gesellschaft in Europa hat sich darauf verständigt: Der Staat darf keinen Menschen töten, insbesondere keinen unschuldigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: Diese Impfpflicht ist ein zielgerichteter mittelbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Also es hat noch nicht einmal gesagt: Nein, nein, das ist ja kein Eingriff, das ist letztlich nur freiwillig, die Leute können ja auch ihren Job bleiben lassen.

Nein, das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gesagt: 'Das ist schon relativ hart, was diejenigen, die im Gesundheitsbereich sind, da trifft, wenn sie diese Impfung nicht akzeptieren.' Und es hat auch gesagt: 'Wir wissen, daß es sogar auch Menschen geben kann, die sterben können. Aber wir müssen eine Abwägung machen.' -

Es gibt über das Leben keine Abwägung! Das ist die rote Linie. Der Staat hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden, daß es wertenes und unwertes Leben gibt. Der Staat kann nicht sagen: 0,02 % nehmen wir hin. - Wir nehmen das nicht hin!

Eine Kollegin von mir hat im Cicero jetzt gerade einen wunderbaren Aufsatz geschrieben. Sie hat da gesagt: Es gibt zwei Dinge, die wir uns merken müssen. Das eine: eine Pandemie, selbst wenn es eine wirkliche Pandemie ist, ist ein Unglück, das andere ist menschengemacht und ein Unrecht. Und wir müssen immer zwischen Unglück und Unrecht unterscheiden. Ein Unglück können wir nicht verhindern; wir können alles dafür machen, es abzumildern.

Wenn es eine Pandemie gibt, dann können wir Krankenhäuser bauen, dann können wir Ärzte besorgen, dann können wir Pflegeschlüssel verändern, dann können wir Pflegekräfte ranschaffen, dann können wir Überstunden besser bezahlen, dann können wir auch Medikamente entwickeln, auch Medikamente meinetwegen bedingt zulassen, dann können wir auch möglicherweise über Hürden gehen, über die wir sonst nicht gehen würden, aber es muß immer freiwillig sein.

Die letzte Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen, ist, daß wir Menschen dazu zwingen, ein Mittel in ihren Körper aufnehmen zu müssen, das sie möglicherweise tötet, und wenn es

nur ein einziger Fall ist.

Und das Völkerstrafgesetzbuch redet genau von einem Menschen, es steht nämlich dort drin in § 7: "Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet", - es reicht einer aus, "einen Menschen", da steht nicht drin 100 oder viele Menschen, es steht nicht die Mehrzahl drin. § 7:

"Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff gegen eine Zivilbevölkerung

1. einen Menschen tötet, ... wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. ...

8. einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden ... zufügt, ... wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft."

Das steht da so drin im Völkerstrafgesetzbuch, was ja aus dem "Römischen Statut des Internationalen Gerichtshofs" abgeleitet ist. Es ist klar, daß es nur um den Angriff geht. Und wenn dieser Angriff dazu führt, daß auch nur ein Mensch stirbt oder ein Mensch schwer in seiner Gesundheit verletzt wird, dann ist das ein Verbrechen wider die Menschlichkeit.

Und wenn dann jetzt viele Leute kommen und sagen: Ja, was ist denn ein Angriff? - Wir haben das mit vielen Juristen durchdiskutiert. Der Internationale Strafgerichtshof hat zum Thema Ruanda gesagt:

Ein Angriff ist es auch dann, wenn Menschen wie in Apartheid oder apartheidsähnlich unterdrückt werden, wenn so viel gesellschaftlicher Druck auf sie ausgeübt wird, daß sie z.B. Teile ihrer Grundrechte verlieren.

Als wir diese 2G- und 3G-Regelungen hatten, ging doch immer die Diskussion: Ist das eigentlich Apartheid oder wie Apartheid? Es sind Teile der Gesellschaft ausgegrenzt worden.

Ich durfte, weil ich keinen Impfnachweis hatte, während des Weihnachtsmarkts in Frankfurt nicht zum Karstadt zum Pinkeln gehen. Ich durfte nicht rein auf die Toilette, weil man mir gesagt hat, ich hätte keinen Nachweis, daß ich geimpft bin.

Das ist eine Ausgrenzung, und nach den Kriterien des Internationalen Strafgerichtshofs ist es, wenn das staatlich geregelt ist, ein Angriff auf die Zivilbevölkerung.

Wir haben das ganz, ganz nüchtern durchsubsumiert, wir sind Juristen, das ist völlig unemotional. Und wir haben das Ganze nun dem Generalbundesanwalt zur Prüfung vorgelegt. Es haben viele Anwälte, Richter und Staatsanwälte daran mitgearbeitet an dieser Strafanzeige.

Wir haben auch zu dem Thema Indemnität Stellung genommen. Indemnität heißt, ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht verurteilt werden, auch nicht strafverfolgt werden.

Das kann aber nicht so gelten. Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Verbots-Verfahren dazu auch eine Äußerung gemacht. Es hat gesagt - wir Juristen nennen das so - man müsse immer die Normen des Grundgesetzes in praktischer Konkordanz gegeneinander auslegen. Und Art. 46 Abs. 1 GG sagt: Ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Das kann nicht meinen, daß ein Abgeordneter auch dann nicht verfolgt werden darf, wenn er gegen Art. 1 Abs. 1 des GG verstößt. So wird das immer ausgelegt in "praktischer Konkordanz", denn das würde ja heißen, daß die Abgeordneten beschließen könnten: Wir töten jetzt Menschen, wir suchen uns irgendwelche Menschen aus. Wir sagen z.B.: Die größte Gefahr für dieses Land sind die Journalisten, nur als Beispiel, und machen dann ein Gesetz, das besagt, wir machen das und das mit Journalisten.

Das ist natürlich bloß ein blödes Beispiel. Sie lachen, weil Ihnen völlig klar ist, daß ein Parlament ein solches Gesetz niemals beschließen dürfte. Wenn es das aber täte und dann sich darauf berufen würde, für unser Abstimmungsverhalten dürfen wir ja wohl nicht verurteilt oder strafrechtlich verfolgt werden, ist das Blödsinn. Dann gäbe es keine rote Linie.

Und diese Indemnität gibt es übrigens auf der Ebene des Internationalen Strafgerichtshofes nicht.

Der Generalbundesanwalt ist jetzt der erste Schritt. Wenn er nicht ermittelt, z.B. weil es tatsächlich ernsthafte juristische Stimmen gibt, daß die Indemnität absolut gelte, dass, egal was die Parlamentarier entscheiden, sie dafür nicht strafrechtlich verfolgt werden dürften, dann mag das auf deutscher Ebene gelten. Dann muß der Generalbundesanwalt morgen sagen: Ich darf hier wegen Indemnität nicht ermitteln, jedenfalls nicht gegen die Parlamentarier.

Und dann werden wir die Strafanzeigen sofort nach Den Haag weiterreichen. Denn dann haben wir den Beleg für diesen Weg - Art. 17 des Römischen Statuts des Internationalen Gerichtshofs verlangt das. Dann haben wir den Beleg dafür, daß Deutschland nicht willens oder in der Lage für eine Strafverfolgung ist.

Ich will noch kurz, weil das vielleicht nicht alle mitbekommen haben, auch zum Abschluß sagen: Das sind diejenigen, gegen die die Strafanzeigen heute eingegangen sind: 568 Bundestagsabgeordnete, 15 Mitglieder des Bundesrates, die an diesem Tag abgestimmt haben, ein Bundespräsident, der das Gesetz ausgefertigt hat, und 8 Richter vom 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts, die dieses Gesetz nicht gestoppt haben, obwohl sie es hätten stoppen müssen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Dezember 2023:

>>**Lauterbach: Impfung schützt NICHT vor Ansteckung**

Von *Karel Meissner*

Lauterbach schreibt auf X: "Hoffentlich gelingt uns bald (!) eine Impfung, die vor Ansteckung schützt. Sonst bleibt Covid eine Art Lotterie für längere Symptome." Bisher ist das also NICHT gelungen ...

Lauterbach sucht Covid-Impfung, die vor Ansteckung schützt!

Manchmal überkommt selbst die krassesten Politiker ein Anfall von Wahrheitsliebe.

Die Schweizer Virologin und Professorin Isabella Eckerle klagte auf X: "Jedes Jahr also jetzt zweimal Covid-19 und wochenlangen Husten danach ... auch wenn SARS-CoV2 jetzt endemisch ist und nicht mehr verschwinden wird, ist das trotzdem keine erfreuliche Aussicht."

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gab sofort seinen Tee dazu: "Das ist leider wahr. Hoffentlich gelingt uns bald eine Impfung, die vor Ansteckung schützt. Sonst bleibt Covid eine Art Lotterie für längere Symptome. Auch läuft viel zu wenig Forschung für Long-Covid bisher."

Mit anderen Worten: Die bisherige mRNA-Brühe schützt NICHT vor Ansteckung!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27703" berichtete am 16. Dezember 2023

(x1.343/...): >>**Corona-Symposium - Ohne Ende: Straftatbestände**

Am 11. und 12. November 2023 veranstaltete die AfD das 2. Corona-Symposium im deutschen Bundestag. Im Gegensatz zu den staatstreuen Mainstreammedien war Kla-TV für Sie dabei und präsentiert Ihnen die prägnantesten Aussagen hochkarätiger Redner, die massive Straftatbestände dokumentieren.

2020 brach durch die Corona-Plandemie ein neues Zeitalter an. Seitdem wurde die Welt Zeuge von unglaublichen Staatsverbrechen. Weil diese bis heute nicht aufgearbeitet sind, organisierte die Bundestagsfraktion der AfD am 11. und 12. November 2023 das 2. Corona-Symposium. Aus über 11 Stunden Filmmaterial hat Kla-TV die prägnantesten Aussagen von Wissenschaftlern, Rechtsanwälten und Polizisten zusammengeschnitten, welche massive Straftatbestände dokumentieren.

1. Falsche Inzidenzen und Auslastungslüge

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dunkle Jahre hinter uns. Zunächst das Wichtigste in fünf Stichpunkten:

Erstens sank die Klinik Belegung in Deutschland bundesweit im Jahre 2020 auf ein historisches Allzeittief, sagt das Bundesgesundheitsministerium.

Zweitens gab es 2020 und 2021 nicht mehr schwere Atemwegserkrankungen als sonst. Corona kam, die Influenza verschwand zeitweise, sagen die Sentinel-Daten des RKI.

Drittens starben im Jahr 2020, altersstandardisiert, nicht mehr Menschen als sonst auch. Erst seit 2021 nimmt die Sterblichkeit zu, sagen Daten des Statistischen Bundesamts.

Viertens waren Menschen, die mit oder an Corona verstarben, im Mittel 83 Jahre alt und die übrigen Verstorbenen im Mittel 82 Jahre alt, sagen RKI und Statistisches Bundesamt. Fünftens und letztens schnitt das masken- und lockdownfreie Schweden besser ab als Deutschland, sagt die WHO. An den Maßnahmen lag das alles also nicht.

Dr. Gerd Reuther, Universitätsdozent Wien

Und schauen wir uns jetzt hier die offiziellen Inzidenzen bei Corona an. Da sehen wir, daß selbst in diesen Lügenkarten, die dunkelrot sind, immer noch viel Wahrheit drin ist. Denn der eiserne Vorhang hat Corona überlebt. Da ist das Virus nicht drüber gekommen. Oder genauer gesagt, es scheint ein Intelligenzgefälle von Ost nach West zu geben.

Wie kann das sein, daß ein Virus nur in bestimmten Regionen wütet? Kann es natürlich nicht sein. Gewütet hat die Medizin. Das waren nämlich die Kliniken, die nach WHO-Protokoll behandelt haben. Die haben frühzeitig beatmet, haben Hydroxychloroquin, ein Malariamittel, in tödlicher Dosierung ausgegeben.

Man hat die umgebracht im März, wenn man nach WHO-Protokoll gearbeitet hat.

Tom Lausen, Programmierer und Datenanalyst

Die Überlastung des Gesundheitssystems ist quasi in jedem Beschluß, in jedem Eilbeschluß, in jedem Urteil immer wieder aufgetaucht. Also wenn Sie Überlastung des Gesundheitssystems in den Rechtsdatenbanken angucken, dann werden Sie feststellen, das ist das Zauberwort, die Zauberformel überhaupt. Damit hat es funktioniert.

Ja, wir hatten tatsächlich in 2020 217.000 Fälle weniger als 2019 auf den Intensivstationen in Deutschland. Und da sind schon die Covid-Patienten mit eingerechnet. Und wir hatten 2021 370.000 Fälle weniger auf deutschen Intensivstationen. Also ganz ehrlich, auch hier findet nichts statt.

Das RKI hat selbst gesagt, für den Zeitraum, in dem die Kapazitäten von Gesundheitsämtern abgefragt wurden, gab es keine bundesweite Überlastung.

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin

Ja, dazu kommt, daß natürlich die Mehrheit der Corona-Toten gar nicht an, sondern mit Covid verstorben sind. Da gibt es eine wunderbare Stadt in Deutschland, das ist die Stadt Halle an der Saale. Die haben nämlich in ihrer Statistik von vornherein differenziert und da kommt am Ende raus, nur 40 Prozent der Corona-Toten sind tatsächlich an Corona gestorben. Es gab also zu keinem Zeitpunkt eine epidemische Lage nationaler Tragweite und damit sind alle Maßnahmen rechtswidrig.

2. Gezielte Irreführung durch PCR-Test- Mißbrauch

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Zusammenfassend, klinisch in Bezug auf echte Krankheiten und Todesfälle gab es nichts Besonderes. Es war alles normal. Das sind Fakten und das ist der wichtigste Punkt. Die Vorstellung einer Pandemie ergab sich ausschließlich aus neuartigen, anlaßlosen Massentests, deren Ergebnisse enorm schwankten und dem Publikum vorgaukelten, es gäbe mehr Kranke und Tote als sonst. Was nicht stimmte.

Zweitens, im Februar 2020 rieten Lehrbücher und WHO-Richtlinien von Maßnahmen wie Lockdowns und Schulschließungen ab. Das RKI verkündete damals, Masken würden nichts bringen und Corona sei meist mild, was auch stimmte. Dies betonte auch Herr Drosten in Interviews. Derselbe Herr Drosten erklärte dem heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Talkshow, man würde die Pandemie ohne den PCR-Test gar nicht bemerken, was ebenfalls stimmt.

Prof. Paul Cullen, Facharzt für Innere und Laboratoriumsmedizin

Aber was haben wir hier gemacht? Jeder, der einen positiven PCR-Test hatte, war COVID. Und wenn er keine Symptome hatte, was war er dann? Ein asymptomatischer Fall. Und das gibt es ja nirgendwo.

Aber Sie haben an diesen Tricks, es ist nicht so, daß der Test, ich will Ihnen etwas verraten, der PCR-Test nicht besonders gut oder nicht besonders schlecht ist. Viele Tests in unseren Laboratorien sind nicht besser und nicht schlechter. Aber es ist die Art und Weise, wie man sie eingesetzt hat, um gezielt sozusagen, die Zahlen in die Höhe zu treiben.

Dr. Marco Schmitz, Arzt für Integrative Medizin

Und daß diese Tests überhaupt nicht zugelassen sind, steht auf jedem PCR-Testkit. Also ich habe in der Studienzeit auch in Immunlabors gearbeitet mit der PCR. Und sie können das einfach nicht. Also die können nur unterstützend rangezogen werden. Also, daß man behauptet, die PCR wäre der neue Goldstandard, zeugt entweder von absoluter Uninformiertheit oder einfach von gezielter Irreführung der Bevölkerung.

3. Nötigung zum Maskentragen

Dr. Ronald Weigl, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Kinder mußten stundenlang im Schulunterricht Maske tragen. Das ist aus meiner Sicht eindeutig der Straftatbestand der Nötigung und Körperverletzung.

Es ist eindeutig belegt durch zahlreiche große Publikationen in renommierten Fachzeitschriften, darunter auch einige Metaanalysen, die also die Ergebnisse mehrerer Studien zusammenfassen und eben alle zu dem Schluß kommen, daß das Maskentragen in diesem Kontext nicht nur nichts bringt, sondern auch erhebliche Gesundheitsrisiken beinhaltet.

Warum ist das Maskentragen so gesundheitsschädlich? Der Atemwegswiderstand wird um mehr als das Doppelte erhöht. Maskentragen verhindert die Sauerstoffzufuhr. Die Masken sind nach kürzester Zeit kontaminiert mit zahlreichen Bakterien, Viren, Pilzen, die wiederum Infektionen auslösen können.

Die größte Gefahr geht aber aus, aus der erhöhten Kohlendioxidrückatmung beim Maskentragen mit der Gefahr der Kohlendioxidvergiftung, Hyperkapnie genannt, und mit der damit einhergehenden respiratorischen Azidose, also der Übersäuerung des Blutes mit vielen weiteren dadurch auftretenden Stoffwechselstörungen, die unter anderem zu Kopfschmerzen, Übelkeit, Erbrechen, Konzentrationsstörungen, Schwindel und Kreislaufbeschwerden, alles Beschwerden, die uns natürlich die Maskenträger genannt haben, bis hin zum Kreislauf-Kollaps und Tod führen können und natürlich sehr häufig auch bleibende neurologische und psychologische Schäden hinterlassen.

4. Vorsätzliche Schädigung durch Lockdown-Maßnahmen

Dr. Walter Weber, Facharzt für Innere Medizin

Meine Damen und Herren, die rote Linie war für mich überschritten, als ein Lockdown erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo die berühmten Inzidenzziffern bereits runtergingen. Wir haben die Zahlen ja gesehen und dann tauchte auf, daß eine Maskenpflicht kommen sollte. Ich dachte, was, wie und habe bei der WHO nachgeschaut und habe dort gefunden, zehn randomisierte Studien zeigten, daß die Masken bei Infektionskrankheiten nichts bringen. Da war ich ganz beruhigt und zu meiner Verblüffung mußte ich dann feststellen, daß am 29.04. eine Maskenpflicht in Deutschland ausgerufen wurde. Mein erster Gedanke dabei war, das ist eine demütigende Unterwerfungsgeste.

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Wenn der Test positiv war, hat man die Kinder eine Woche auf dem Zimmer eingesperrt. Das Essen vor die Tür gestellt. Toilettengang nur, wenn der Gang frei war. Und wenn Kommunikation notwendig war, dann natürlich die offene Tür, aber beide mit Masken. Man könnte das auch Isolationsfolter nennen.

Dr. Christina Baum, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuß

Bei einer Anhörung der Kinderkommission, ich habe das schon erwähnt, hier im Bundestag, sprach Professor Klund ganz deutlich von einer schweren Form der Kindeswohlgefährdung. Und das war schon im September 2020. Wir Abgeordneten, ich war damals ja im Landtag von Baden-Württemberg, wir bekamen besorgte Mails von Eltern, Erziehern, Lehrern. In einer Mail, die werde ich nie vergessen, schrieb eine Mutter, meine Tochter möchte morgens nicht mehr aufwachen, die Schule sei die Hölle. Das war im November 2020, als wir diese Mails bekommen haben, alle Abgeordneten. Und deshalb wiederhole ich mich, sie haben es alle gewußt und deshalb müssen sie alle zur Verantwortung gezogen werden.

5. Körperverletzung durch experimentelle Impfung und Impfwang

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin

Die Effektivität und Sicherheit der Impfstoffe waren zur Zeit der großen Impfkampagnen weitgehend unbekannt. Und heute wissen wir, die Impfstoffe sind weder effektiv noch sicher. Vielen Dank.

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Warum hat die Politik die Verabreichung eines experimentellen Impfstoffs nicht nur erlaubt, sondern die Menschen durch 2G, 3G und sektorale Impfpflichten faktisch gezwungen, den Stoff zu nehmen? Warum gab es Notzulassungen ohne Not? Warum haben unzählige Impfschäden keine Konsequenzen?

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin

Es gab nämlich keine Daten zur Wirkdauer, keine Daten zur sterilen Immunität, keine ausreichenden Sicherheitsdaten, keine Daten zur Langzeitsicherheit und keine Daten zur Effektivität und Sicherheit bei Kindern, Schwangeren und Immundeprimierten, die ja auch alle geimpft werden sollten. Unfaßbar. Und jetzt ist ja kürzlich der Pfizer-Vertrag, der geschwärzt schon vorhanden war, aber jetzt ist er in seiner Vollständigkeit geleakt worden. Und da steht eindeutig ... Die Mitgliedsstaaten räumen ein, daß die Langzeitwirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und daß es Nebenwirkungen geben kann, die derzeit nicht bekannt sind.

Das war alles vollkommen klar und das ist von einem deutschen Politiker unterschrieben worden. Und der gehört vor Gericht gestellt.

Dr. Klaus Retzlaff, Physiker, Unternehmer

Ja, dann haben wir auch Beobachtungen gemacht mit dem Dunkelfeldmikroskop und wir haben gesehen, daß eben dort erstmal in dem Impfstoff auch sehr viele kleine Kristalle zu sehen waren, sogenannte Polyethylen-Glykol-Cholestesterol-Kristalle. Und diese Cholesterolkristalle, die waren recht groß.

Also die waren zum Teil größer als ein Erythrozyt, ein Blutplättchen und das bedeutet daß die eine Größe haben, daß man daraus den Schluß ziehen kann das die Chargen selber in ihrer Verarbeitung gar nicht den "good manufacturing practice" (=gute Herstellungspraktiken) entsprochen haben ... Das heißt, man hat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht so gefiltert, wie das für Medizinprodukte notwendig ist.

Sie sehen, daß man solche Cholesterolkristalle ... regelmäßig bei allen Geimpften wiedergefunden hat im Blut.

Und daraus haben wir den Schluß gezogen, daß also vermutlich regelmäßig Leberschäden als Impffolge ... bei allen Geimpften auftreten. Denn bei allen Proben, die wir untersucht haben, haben wir diese Kristalle in recht hoher Anzahl gefunden, neben anderen metallische Verunreinigungen, Partikel, die toxischer Natur sind, zum Teil sogar radioaktiv wie Caesium.

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Tom Lausen hat ein Video gepostet vom 14. Januar 2021. Das ist eine Pressekonferenz vom Paul-Ehrlich-Institut, in der die zuständige Mitarbeiterin für Verdachtstodesfälle, Frau Keller-

Stanislavski, 14 Tage nach Beginn der Impfkampagne schon vor neun Verdachtstodesfällen spricht und indem sie es sagt, gerade das zehnte reinkommt. Daß man da nicht schon die Zulassung gestoppt hat, ist ein Skandal erster Güte, ich nenne es ein Verbrechen.

Kerstin Braun, Intensivpflegekraft

Ja, also die Cheyenne ist am 16.11. verstorben, nach der zweiten Impfung, kausal.

Also mir tut es leid, daß ich unterschrieben habe. Ich würde das nie mehr wieder tun. Aber es blieb uns eigentlich auch nichts Anderes übrig unter dem Druck.

Dr. Christina Baum, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuß

Also ich bin jetzt kein Jurist, aber das ist in meinen Augen also Nötigung sowieso, wenn nicht sogar Erpressung, was da passiert ist mit den Menschen.

Prof. Sucharid Bhakdi, Mikrobiologe

Meine Damen und Herren, wer mRNA-Impfstoffe als sicher und wirksam lobpreist, wer behauptet, die Impfung würde nur seltenst ernsthafte Nebenwirkungen erzeugen, ist entweder unglaublich ignorant oder unendlich böse. ... (evtl. Applaus kürzen) Und er macht sich strafbar. So wie alle, die diese Impfung aktiv oder passiv betreiben und befürworten. Denn es ist heute wissenschaftlich erwiesen, daß die Impfung nur Negatives bewirken kann und dies in lebensbedrohlichem Ausmaß.

Und dieser Plasmid-Derivat-Impfstoff ist nie zugelassen worden. Nie. Und wurde verabreicht an Millionen Menschen. Also wenn das nicht ein, das größte Verbrechen an der Menschheit ist, dann weiß ich nicht.

6. Rechtsbeugung (Versagen des Rechtsstaates)

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Wie hat die Politik auf diese klinische Normallage reagiert? Sie schloß Kitas, Schulen, Geschäfte, Kirchen und Betriebe monatelang, ließ Alte isolieren und einsam sterben, zerstörte Existenzen. Die Polizei verbot das Buchlesen auf einer Parkbank, machte Jagd auf Jugendliche im Freien und auf Kinder im Schnee, prügelte friedliche Demonstranten nieder. Die Politik grenzte jeden aus, der nach dem Sinn der Maßnahmen fragte.

Gewöhnlich wird die Macht der Regierung begrenzt durch Gerichte, Medien und Wissenschaft. Diesmal haben sie alle versagt. Gerichte prüften die Verhältnismäßigkeit nicht und glaubten nur zwei Zeugen bis heute, nämlich dem RKI und PEI. Auf diese Weise konnte sich die Regierung die Notwendigkeit von Lockdowns und Impfpflichten selbst bescheinigen, weil RKI und PEI weisungsgebundene Behörden sind.

Björn-Lars Oberndorf, Kriminologe, Vorsitzender der Polizisten für Aufklärung

Wir haben die letzten dreieinhalb Jahre eine ganz, ganz massive Kriminalisierung von Bürgern und Bürgerinnen aus der Mitte der Gesellschaft, die keinerlei Vorstrafen haben, die keinerlei Eintragungen haben in polizeilichen Abfragesystemen. Interessanterweise sind sehr, sehr viele davon Mediziner.

Wir haben seit März 2020 eine ganz massive Zunahme von Vollstreckung Durchsuchungsbeschlüssen, zufällig zum Nachteil der außerparlamentarischen Opposition, beziehungsweise zum Nachteil bestimmter politischer Parteien.

Wegen Gründen, wo ich damals eigentlich noch aktiver Polizeibeamter war, nie einen Durchsuchungsbeschuß für bekommen hätte, Thema Richtervorbehalt.

Bei all diesen Vollstreckungen und Durchsuchungsmaßnahmen steht der Anfangsverdacht im Raume, ... daß es nicht um Beweismittel geht für ein Strafverfahren, sondern um die gezielte Einschüchterung der Opposition, um die gezielte Einschüchterung von bestimmten Parteien, die im Bundestag und allen Landtagen vertreten ist, um die Demoralisierung der Bevölkerung und um das Einschüchtern dieser Personen.

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Laut Lehrbuch muß die Regierung zu Beginn einer wirklich gefährlichen Pandemie die Be-

völkerung beruhigen, um Folgeschäden zu vermeiden. Warum ließ die Politik stattdessen ein Schockpapier schreiben, das etwa Kindern Angst machte, ihre Großeltern durch Ersticken zu töten?

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Also die Protagonisten kündigen uns Pandemien an mit Viren, die quasi künstlich sie selbst geschaffen haben, um wieder neue Impfstoffe, die es wahrscheinlich längst schon gibt, diese zwei Viren, zu verkaufen. Also das meine ich mit organisierter Kriminalität.

Jörg Schneider, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuß

...die Zahl der verkauften Impfdosen. Und da muß man doch mal fragen. Also diese ganzen Pharmafirmen, die leben doch eigentlich in der Marktwirtschaft. Die leben vom Wettbewerb. Denen muß doch klar sein, wenn sie was Tolles entwickeln und vielleicht auch als Einzige, weil es ganz schwierig ist und alle haben einen Bedarf, dann verkauft sich das Zeug von selbst. Warum mußten also so hohe Abnahmemengen in diesen Verträgen garantiert werden? Also ich sehe hier eine Menge Manipulationsmöglichkeiten, was diese Preise und damit auch die Gewinne der Pharmafirmen betrifft.

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Jetzt kommt noch eine zweite Dimension dazu, die nur möglich ist, wenn große Monopole, große Netzwerke viel Macht haben, daß man jetzt sogar Krankheiten erfinden kann, um dann mit bestenfalls nutzlosen Medikamenten, aber im Sinne der Covid-Impfung auch sehr gefährlichen Medikamenten viel Geld zu verdienen. Das ist dann organisierte Kriminalität.

Der Leiter des Paul-Ehrlich-Instituts, Herr Professor Cichutek und andere gehören wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt.

Ist Herr Cichutek ein böser Mensch? Nein.

Es ist nur so ... der Regelbruch in der medizinischen Wissenschaft ist der Normalfall geworden.

Und warum muß jetzt Professor Cichutek vor Gericht? Nicht, weil er ein schlechter Mensch ist. Nicht aus Rache. Nicht aus Rechthaberei. Sondern weil wir verstehen müssen, daß dieser anhaltende Regelbruch Menschen töten kann.

Herr Cichutek hat sich an diesen Regelbruch gewöhnt.

Dr. Hingerl, Rechtsanwalt

Und jetzt komm ich zu unserem Herrn Harbarth, der mit 48 Jahren Präsident des Bundesverfassungsgerichts geworden ist.

Vier Monate, nachdem die ersten Maßnahmen im März 2020 begannen, stellt sich er in die Öffentlichkeit hin und gibt einiges zum Besten, was ihm als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes nie und nimmer zusteht. Wissen Sie, was er sagt, meine Damen und Herren, am 22. Juni 20? "Die Grundrechtsausübung geschieht in Corona-Zeiten ... teilweise in einer anderen Weise als vor der Pandemie."

Und dann setzt er noch eins drauf. "Die Grundrechte gelten, aber sie gelten anders als vor der Pandemie."

Meine Damen und Herren, er hat damit die Büchse der Pandora geöffnet. Alles Übel mit diesen Maßnahmen, wo wir heute wissen, daß sie verfassungswidrig sind. Alle diese Übel sind aus dieser Büchse gekrochen, nachdem er sie damit eröffnet hat. Und es wäre ja kein Wunder, daß der Herr Scholz dann sagt, als Politiker, als Steilvorlage hier, wenn jetzt alles anders gilt, sagte Herr Scholz, ja, nach der Pandemie gibt es keine roten Linien mehr. Rote Linien, meine Damen und Herren, sind die Grundrechte. Sehen Sie, was der Herr Harbarth hier ausgelöst hat? Ein Verstoß gegen das Gewaltenteilungsprinzip.

Fazit

Dr. Gerd Reuther, Facharzt für Radiologie, Medizinhistoriker

Die Quintessenz der Seuchengeschichte ist, Pandemien kommen nicht einfach so aus Asien,

aus Wuhan oder sonst wo angereist. Die kommen dann, wenn sie gebraucht werden. Aber ich kann Ihnen auch eine positive Botschaft mitgeben aus dem Ganzen. Solche Pandemien gehen auch wieder, nämlich dann, wenn sie nicht mehr geglaubt werden ... Denn Pandemie ist nichts anderes als ein Krieg mit anderen Mitteln des Staates und der Reichen gegen die Bevölkerung. Und beim Krieg wissen sie ja, was man macht. Man geht am besten nicht hin. Und man sollte auch bei einer Pandemie möglichst nicht hingehen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27657" berichtete am 17. Dezember 2023 (x1.343/...): >>Dr. Gunter Frank zur Corona-Aufarbeitung: "Chefredakteure der großen Medien haben Blut an ihren Händen"

AUF1 interviewte Dr. Gunter Frank, Arzt und Bestsellerautor, über das Staatsverbrechen der Corona-Pandemie, durch das Millionen Menschen geschädigt worden sind. Gemäß Dr. Gunter Frank wurde der Regelbruch in der Medizin zum Standard. Die Bevölkerung wurde bewußt in Panik versetzt, damit sie sich an die Maßnahmen hält und die Impfung akzeptiert. Alles zielte schließlich darauf ab, die Zulassung der neuartigen Arzneimittel durchzusetzen, welche unter normalen Umständen niemals hätte durchgebracht werden können. Dr. Gunter Frank ruft zur Aufarbeitung der Verbrechen durch den Rechtsstaat und die großen Medien auf!

AUF1 sprach mit Dr. Gunter Frank, Arzt und Bestsellerautor, über die Verantwortlichen an den Corona-Verbrechen und ruft zu deren Aufarbeitung auf. Dr. Frank berichtet darüber, wie der Rechtsstaat und die großen Medien in dieser Zeit komplett versagt haben. Hören Sie nun das sehr aufschlußreiche Interview.

Dr. Gunter Frank über "Staatsverbrechen" Corona: "Regelbruch in Medizin ist heute Standard"

Moderator: Der deutsche Arzt Dr. Gunter Frank ist Allgemeinmediziner in Heidelberg und Dozent an der Business School St. Gallen. Er ist Autor zahlreicher Bücher, wie des Corona Bestsellers "Das Staatsverbrechen" oder "Der Staatsvirus". Daneben publiziert er auf dem Blog "Die Achse des Guten".

Ich bin jetzt mit Herrn Dr. Frank verbunden, um mich mit ihm über aktuelle Medizin und Geninjektionen zu unterhalten. Herr Dr. Frank, seien Sie mir herzlich begrüßt. Bevor wir uns detailliert mit dem Staatsverbrechen befassen, wollen wir zunächst die Überschriften setzen.

Da Sie von einem Verbrechen sprechen, das unbedingt aufgeklärt werden sollte, lassen Sie uns doch der Einfachheit halber im Gerichtsjargon sprechen.

Wie lautet konkret die Anklage?

Dr. Gunter Frank: Die Anklage lautet, daß der Staat ein Verbrechen exekutiert hat, durch das Millionen Menschen geschädigt worden sind; wahrscheinlich 100.000 oder 200.000 in Deutschland gesundheitlich schwer geschädigt worden sind und wahrscheinlich eine Zahl von etwa 20-30 oder vielleicht 40.000 Menschen umgebracht worden sind, und zwar aufgrund von Maßnahmen, deren Grundlage von Anfang an grundgesetzwidrig war, deren Kritiker man vorsätzlich ausgeschlossen hat, und die unbedingt auch zu vermeiden gewesen wären.

Moderator: Wer sind denn die Beklagten, Herr Dr. Frank?

Dr. Gunter Frank: Die Beklagten sind für mich in allererster Linie diejenigen, die den Institutionen vorstehen, die uns eigentlich vor solchen Verbrechen, solchen Pharmaverbrechen, schützen sollten. Sie haben Regeln gebrochen in einem Ausmaß, wie es nicht akzeptabel ist, und für die sie dann auch persönlich zur Haftung gezogen werden müssen, also persönlich auch die Schuldfrage sich stellt. Ich sehe hier in erster Linie die Verantwortlichen des Paul-Ehrlich-Instituts, des Robert-Koch-Instituts und deren Dienstherren im Gesundheitsministerium.

Moderator: Versetzen Sie sich doch bitte mal in die Rolle eines Staatsanwalts. Wie lautet Ihr Eingangsplädoyer?

Dr. Gunter Frank: Das Eingangsplädoyer lautet - Hach, ich sehe mich jetzt grad im Gerichtssaal, tatsächlich! - Gut. Die Juristen würden mir jetzt natürlich sagen: "Ah, so geht das ja nicht". Aber ich sage jetzt einfach mal so: Der Regelbruch in der Medizin, in der Wissenschaft, ist heute zum Standard geworden. Man fälscht Studien, man begünstigt Menschen, die fachlich nicht geeignet sind. Man begibt sich als Gesundheitspolitiker in gesetzgebende Ausschüsse und verheimlicht die Mitgliedschaft in einer Lobby, Pharma-Mitgliedschaft, bzw. Pharma-Inhaberschaft.

Also, dieser Standard - da gibt es viele Bücher darüber - ist heute der normale Zustand geworden. Und ich vergleiche das jetzt mal mit einem Menschen, der abends nach Hause fährt, und weil es kürzer ist, die Einbahnstraße nimmt. Und das geht immer gut, vielleicht wird er auch mal angehalten, kriegt einen Strafzettel. Er gewöhnt sich daran, an diesen Regelbruch, er fährt immer schneller. Und irgendwann fährt er einen Menschen tot. Und dann ist das keine Ordnungswidrigkeit mehr oder dergleichen, sondern dann ist es fahrlässige Tötung.

Und genauso sehe ich das auch bei den Herrschaften und Damen im Paul-Ehrlich-Institut oder auch im RKI. Sie haben einen Regelbruch nach dem andern begangen, auch schon in der Vergangenheit bei anderen Medikamentenzulassungen und Fragestellungen. Aber jetzt sind halt durch dieses Handeln Millionen geschädigt worden und Zehntausende umgebracht worden. Und da kann man nicht sagen: "Jo, war halt ein Fehler gewesen, machen wir nächstes Mal besser."

Nein, sie werden es nächstes Mal nicht besser machen, weil die nächsten Angriffe dieser Art sind ja schon in Vorbereitung - können wir nachher vielleicht noch kurz darüber sprechen - und deswegen muß ein Rechtsstaat diese Verbrechen auch ahnden. Er muß sie zur Anklage bringen. Wenn das nicht geschieht, haben wir keinen Rechtsstaat. Wenn das nicht geschieht, ist es erlaubt, daß der Staat durch pures Amtsversagen, durch vorsätzliches Amtsversagen, Bürger umbringen darf. Das ist die Situation und die ist, finde ich, unerträglich.

Moderator: Der uns bekannte Peter Hahne hat gesagt, er möchte Handschellen klicken hören. Wie lautet denn Ihre Strafforderung für die Hauptverantwortlichen?

Dr. Gunter Frank: Wir haben ja leider in Deutschland die Situation, daß wir keine unabhängige Staatsanwaltschaft haben. Deswegen kann man im Moment nicht davon ausgehen, daß Staatsanwälte aktiv werden, weil sie müßten ja gegen die ermitteln, die ja dann den Justizminister anrufen könnten und sagen: "Du, stopp den mal!"

So ist das ... Wir sind in diesen Bereichen in Deutschland auf dem Niveau eines Bananenstaates, um es mal klipp und klar zu sagen. Und wenn jetzt jemand sagt: "Da übertreibt er aber", dann darf ich erinnern, daß der EuGH, der Europäische Gerichtshof, Deutschland untersagt, internationale Haftbefehle auszustellen, weil sie sagen, die Staatsanwaltschaft ist politisch steuerbar und dann besteht die Gefahr, daß das eben politische Haftbescheide sind - sagt der Europäische Gerichtshof.

Also bitte nicht nach Polen zeigen, daß dort der Rechtsstaat nicht in Ordnung ist - wir in Deutschland haben ein Riesenproblem! Aber was ich natürlich wünschen würde: Es sind so viele offensichtliche Tatsachen vorhanden, daß der Staat diese Panik vorsätzlich betrieben hat - die Coronapanik - daß der Staat eine Zulassung akzeptiert hat eines wirklich kriminellen Impfstoffes. Weder hat der seine Nützlichkeit belegt, auch mit einem riesengroßen Schadenspotential.

Es war alles bekannt und der Staat hat diese Zulassung vorsätzlich ermöglicht. Und die Schäden sind so riesengroß, und der Lockdown ist noch mal ein eigenes Verbrechensfeld, daß man jetzt nicht sagen kann, der Staat darf das alles. Nein, er darf das nicht, er muß sich an Regeln halten! Und wenn diese Regeln gebrochen werden, dann ist das eben auch juristisch relevant, weil wir sonst nicht in einem Rechtsstaat sind, sonst wir dem Staat ausgeliefert sind.

Und deswegen müssen die Leute, die diese Regeln gebrochen haben - wissentlich oder nicht

wissentlich, oder weil sie überfordert waren, oder weil sie sich einfach gewöhnt haben an den Regelbruch - müssen diese Verbrechen angeklagt werden. Es ist meiner Meinung nach mindestens fahrlässige Tötung, wenn nicht noch deutlich mehr.

Moderator: Sie haben Tatsachen angesprochen, Herr Dr. Frank. So, lassen Sie uns mit der Beweisaufnahme beginnen. Was konnten Sie in Ihrem Buch "Das Staatsverbrechen" an Fakten zusammentragen?

Dr. Gunter Frank: Es geht los mit der Ausrufung einer Pandemie nationaler Tragweite und der Versicherung, daß die Krankenhäuser und das Gesundheitssystem überlastet wird, wenn man der Pandemie nicht mit schärfsten Maßnahmen begegnet.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Maßnahmen durchgewunken, hat aber übersehen, daß es einen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gibt im Grundgesetz. Und ich kann ja verstehen, daß man sagt: "Okay, alle sagen, da kommt was Schlimmes. Ich bin als Bundesverfassungsrichter eben kein Arzt, ich laß jetzt mal die Regierung machen. Aber ich setze ihr eine Frist, an der sie beweisen muß, daß diese nationale Tragweite tatsächlich vorliegt."

Und sie lag zu keinem Zeitpunkt vor, und sie drohte zu keinem Zeitpunkt. Wir hatten eine durchgängige Unterbelegung der Krankenhäuser von 16 %, einen historischen Tiefstand der Krankenhausbelegungen - auch auf Intensiv - und davon war der Covid-Anteil offiziell 2 %. Da kann keiner auch nur im Ansatz behaupten, daß diese Krankheit das Gesundheitssystem an den Rand der Überlastung gebracht hat.

Warum wurde diese Panik weiterbetrieben? Weil hier Anreizsysteme gesetzt wurden für die Krankenhäuser, an diesem Leerstand zu verdienen. Deswegen haben die Krankenhäuser die Bevölkerung falsch informiert über die Belegungssituation. Sie haben eine schlechte Personalpolitik der letzten 20 Jahre, wo Pflegekräfte überlastet werden, benutzt, um uns vorzumachen, daß die Überlastung durch die Covid-Infektion entstanden ist. Das stimmt überhaupt nicht, das war vorher längst immer schon so da. Man hat es noch verstärkt durch unsinnige Hygienemaßnahmen. Man hat gesunde Kollegen weggetestet. Also, das ist ein komplettes Versagen in der Information der Bevölkerung, inwieweit das Gesundheitssystem durch dieses Virus tatsächlich belastet worden ist.

Das andere sind die Ländervergleiche. Man kann eindeutig sehen, daß Länder - jetzt kommt dadurch der Herr Wieler und sagt im Brandenburger Untersuchungsausschuß: "Ja, das war der Lockdown gewesen, der hat verhindert, daß die Krankenhäuser überbelegt wurden." Er darf ja nicht lügen vor einem Untersuchungsausschuß. Das ist ja eine Straftat. Und da er der Leiter der größten Seuchenbehörde ist, muß er das anders wissen. Die Länder, die keine Maßnahmen hatten oder nur milde, hatten in keiner Form irgendeinen anderen Infektionsverlauf. Und wenn wir uns alle noch an diese Grafik erinnern, 2020, "flatten the curve", wo es darum ging, die Spitze der Infektionswelle zu verflachen, um die Kapazität der Krankenhäuser zu schonen.

Das bedeutet aber, daß danach irgendein Bauch, irgendeine Welle von Covid-19 Patienten hätte kommen müssen. Die gab es aber nie, es gab die übliche Winterinfektion, und die Zahlen sind einfach total normal. Es gab nichts Außergewöhnliches, auch die Sterblichkeit war nicht außergewöhnlich. Die Sterblichkeit stieg in Deutschland erst an mit dem Beginn der Covid-19 Impfkampagne. Das sind alles harte Zahlen, die sind nicht widerlegbar, das sind die Abrechnungszahlen der Krankenhäuser, das sind die Todeszahlen.

Die Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren in keiner Weise sich an dieser Wirklichkeit orientiert, sondern sie hat völlige Phantasiedinge benutzt, um die Bevölkerung in Panik zu versetzen und gefügig zu machen, sich an diese Maßnahmen zu halten und vor allen Dingen die Impfung zu akzeptieren.

Und darum ging es eigentlich wirklich, es ging bei allem diesem Leidensdruck, bei all diesen Maßnahmen, all dieser Zumutung der Bevölkerung, dieses Aufhetzen auch der Bevölkerung, nur darum, daß letztendlich ein Ladenhüter der Pharmaindustrie, speziell der Biowaffenfor-

schung, dann zur Zulassung gebracht werden konnte, der unter normalen Umständen niemals den Hauch einer Chance gehabt hätte, zugelassen zu werden.

Moderator: Nachdem Ihr Buch erschienen ist, wurden ja jetzt die Verträge, die Pfizer mit den Regierungen, mit den Ländern geschlossen hat, geleakt. Das dürfte ihrer Beweisführung ja zugutekommen. Was sagen Sie generell zu diesen Veröffentlichungen, beziehungsweise zum Inhalt dieser Verträge?

Dr. Gunter Frank: Also, das ist ein absoluter Skandal. Entweder sind wir eine offene Gesellschaft, oder wir sind sie nicht. Und diese Verträge haben natürlich - müssen öffentlich gemacht werden, und dieses Mauern zeigt ja, daß man offensichtlich Angst hat, daß die Verträge bekannt werden und das zu Recht. Da steht nämlich drin, daß der Hersteller sagt, er weiß die Langzeitfolgen dieses Impfstoffs nicht, und er weiß auch nicht, ob er effizient ist, und er weiß auch nicht, welche Nebenwirkungen noch dazukommen werden. Das ist Russisch Roulette, wenn eine Regierung einen solchen Vertrag abschließt.

Man weiß ja gar nicht wo man anfangen soll. Ich versuch mich auf den Hauptpfad zu beschränken. Wenn ich das weiß als Regierung, und wenn ich auch weiß, daß dieser Impfstoff ja nur bedingt zugelassen worden ist, dann besteht eine sehr, sehr große Pflicht zu einer sorgfältigen, sogenannten surveillance, also Überwachung. Und das Paul-Ehrlich-Institut in Deutschland hat ein absolutes - ich kann mich kaum halten, ich müßte vor Gericht dann wahrscheinlich mich etwas zügeln in der Sprache - es hat ein absolutes Totalversagen hingelegt.

Das Paul-Ehrlich-Institut ist ein reines Versagensinstitut bei der Überwachung von Impfnebenwirkungen. Es war komplett überfordert. War das gewollt, ist das einfach nur Unfähigkeit, das muß man dann eruieren. Aber es hat in keiner Weise noch nicht den Mindeststandard erfüllt, seiner Pflicht nachzukommen, diese Impfnebenwirkungen dann zu erfassen und dann entsprechend auch die Alarmzeichen zu geben. Die Alarmzeichen waren nicht rot, die waren dunkelrot, die waren dunkel- dunkel- dunkelrot! Es war unfassbar, was da alles an Alarmzeichen da waren, das heißt, die Übersterblichkeit 2021, die vielen, vielen Meldungen, die an sich schon da waren und das 20 - 50-fache von den normalen Grippemeldungen sind, Dunkelziffer ganz davon abgesehen.

Der Krankenkassenchef Schöpfbeck, der gesagt hat: "Unsere Diagnosen gehen hoch", er wurde dann entlassen. Es gibt so viele Beispiele, wo der Staat versagt hat, seine Bürger vor diesem gefährlichen Arzneimittel zu schützen. Und das kann ich nicht hinnehmen als ein Normales, ja ein Fehler, sondern da ist schon wirklich eine Naivität dabei, die kann ich fast nur mit Vorsatz erklären. Also das ist ein Riesenverbrechen.

Das Problem ist durchaus auch, daß auch die deutsche Justiz an diesem Verbrechen zumindest so beteiligt war, daß sie es nicht verhindert hat, was ihre Pflicht gewesen wäre, weil sie die ganzen Beweisanträge, weil sie das alles nicht zugelassen hat. Also das ist ein ganz dickes Bretter bohren, weil man letztendlich auch die Strukturen anklagen müßte, die darüber auch entscheiden, ob eine Anklage stattfindet, und darin letztendlich auch das Urteil sprechen.

Moderator: Dr. Frank, im Bundestag bezeichneten Sie die mRNA-Injektionen als Contergan-Skandal mit dem Faktor zehn. Künftig sollen diese auch gegen viele weitere Erkrankungen verimpft werden. Was halten Sie denn davon?

Dr. Gunter Frank: Das ist eben natürlich das grundsätzliche Ziel gewesen dieser gesamten Coronakampagne. Die ganze Geschichte zielte auf die Zulassung dieser neuartigen Arzneimittel. Man kann das vielleicht auch ganz allgemein so erklären: Ich bin ja Hausarzt, und wenn ich mal schaue, was für Medikamente ich verwende, dann sind es im Prinzip die gleichen wie vor 40 Jahren schon. Also die richtigen Innovationen in der modernen Medizin sind selten geworden: Ein bißchen im Bereich von Rheuma, ein bißchen im Bereich von Chemotherapien, aber viel mehr ist da nicht.

Und das ist für die Pharmaindustrie schlecht. Die braucht neue Arzneigruppenmittel mit neuen

Patenten, die man dann zu Geld machen kann. Die Investoren verlangen danach. Und das genau ist hier passiert. Man hat eine neue Wirkgruppe durchgedrückt, man hat auf diesem Wege gewollt die Arzneimittelsicherheit zerstört und jetzt wird halt nachgeschoben. Jetzt werden diese ganzen Mittel nachgeschoben, um sie zu Geld zu machen. Auch das ist ein Grund, warum wir die Verantwortlichen vor Gericht bringen müssen, weil die werden grad so weitermachen. Und es ist ja eine Frechheit, man kann sie nicht als Frechheit bezeichnen, es ist ja monströs.

Wenn jetzt zum Beispiel Jeremy Farrar oder Christian Drosten oder halt der größte Scharlatan der Medizingeschichte in Deutschland, Karl Lauterbach, in Berlin dann Tagungen abhalten und schon die nächsten Pandemien ankündigen, und zwar mit den Viren H5N1 und MERS. Und das sind genau die Viren, wo wir viele Belege haben, daß die künstlich ebenfalls im Labor erschaffen worden sind. Ja, H5N1 ist das Vogelgrippevirus, das hat Ron Fouchier 2011 so verändert, daß es eben auf Menschen übertragbar wird. Damals gab es einen Riesenaufschrei, mündete sogar in ein US-Moratorium unter Obama, der dann die Finanzierung dieser Forschung einstellte.

Aber diese Viren gibt es und MERS war Teil des Forschungsantrags von Peter Daszak 2018. Der wollte mit der Leiterin von dem Wuhaner Virenlabor Frau Zhengli ein Virus erschaffen, was exakt SARS-CoV2 entspricht. Also SARS-Virus mit dem Einbau einer künstlichen Furin-Spaltstelle (ein Moderna-Patent von 2016). Und in diesem Forschungsantrag war auch das gleiche mit MERS-Viren vorgesehen. Dieser Forschungsantrag wurde abgelehnt vom Pentagon. Trotzdem gibt es SARS-CoV2, und deswegen gibt es mit Sicherheit auch MERS mit Furin-Spaltstelle in den Kühltruhen von Wuhan.

Und genau diese zwei Viren, kündigen nun Farrar, Drosten an, das werden die künftigen Pandemien sein. Ja, sind wir denn wahnsinnig? Das ist doch organisierte Kriminalität. Die schaffen kühn manipulierte Viren, haben wahrscheinlich schon die Impfstoffe darauf entwickelt, um daraus ein Geschäftsmodell zu machen. Und dabei werden die Sicherheitssysteme zerstört, und die Menschen sterben. Also wir haben hier ein Riesenverbrechen, und wir müssen das aufklären, sonst, die machen einfach so weiter.

Moderator: Sie haben internationale Namen ins Gespräch gebracht, nachdem diese Corona-Maßnahmen weltweit ausgesprochen wurden. Müssen wir den Kreis der Beklagten in diesem Fall nicht erweitern? Handelt es sich nicht sogar um ein internationales Verbrechen?

Dr. Gunter Frank: Es ist ein internationales Verbrechen, aber jeder Nationalstaat muß erstmal seine Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, weil das ist erstmal, was funktionieren muß. Ich sehe aber noch eine ganz andere Qualität dieses Verbrechens, weil man hat erstmalig in eine Riesenkampagne der Pharmaindustrie den sogenannten Gruppenmoralismus integriert. Man hat quasi bewußt in die Kampagne eingefügt, daß die Kritiker dieser Kampagne Unmenschen sind, und man sie zerstören darf.

Das wurde wissenschaftlich legitimiert durch eine Studie an der Yale University 2020. Es wurde begonnen 2020, als ein seriöser Impfstoff noch in weiter Ferne war, und man hat quasi die Probanden, man hat ihnen Botschaften gegeben, sie sollten dann beurteilen, inwieweit sie sich dann zur Covid-19 Impfung motivieren lassen. Die effektivsten Botschaften waren gewesen: Impfverweigerer sind asozial, Impfkritiker bringen unsere Großeltern um, usw. Das heißt, man hat gezielt die Kritiker entmenschlicht und hat diese Kraft, die in der Geschichte der Menschheit schon immer zu Pogromen, Hexenjagd und Völkermord geführt hat, in diese Kampagne integriert.

Und wir können glücklich sein, ja, wirklich glücklich sein, daß nicht irgendwo auch Impfkritiker gesteinigt worden sind oder noch Schlimmeres. Die haben bewußt diese Kräfte in diese Kampagne integriert, und deswegen spreche ich von einem systemischen, einem systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung. Und das entspricht dem Völkerrecht, Paragraph sie-

ben glaube ich. Das ist ein Angriff - ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und damit ist das eigentlich ein Fall für den internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Ich greif jetzt sehr weit aus, und ich habe jetzt auch nicht die Phantasie, daß Frau Merkel oder Herr Scholz dort einmal Angeklagte sind, aber meinem Rechtsempfinden nach, hat die Covid-Impfkampagne genau diese Dimension. Sie war ein systematischer Angriff auf die Zivilbevölkerung, exekutiert vom Staat, und das entspricht einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Moderator: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die selbsternannten Philanthropen, wie Bill Gates oder die NGOs, wie das World Economic Forum?

Dr. Gunter Frank: Die spielen natürlich eine sehr große Rolle, aber sie sind nicht meine ersten Personen, die ich vor Gericht sehen will. Weil reiche Spinner, wenn ich mal so sagen darf, wird es immer geben, die glauben, sie müssen die Welt retten und genau das Gegenteil eigentlich erreichen wollen. Nein, wir sind eine rechtsstaatliche Demokratie, wir haben Institutionen, die uns vor solchen Auswüchsen der Menschenliebe, sage ich mal, retten sollen, bewahren sollen.

Und sie haben versagt. Also ein Bill Gates, für sich gesehen, ist für mich überhaupt kein Problem. Mein Problem ist, wenn ein Staat die Phantasien solcher Menschen dann umsetzt. Wie kann es sein, daß Herr Bill Gates - ich glaube es war in der Tagesschau oder Tagesthemen gewesen - minutenlange Redezeit bekommt, um für eine Impfung zu werben, die es offiziell damals noch gar nicht gab. Mit wirren Argumenten ist er jetzt der Experte für Gesundheitsfragen für die Bundesrepublik Deutschland. Da würde ich auch zuerst mal sehen: "Wer ist denn da der Programmverantwortliche?" Also, das sind für mich die Leute, wo untersucht werden muß, inwieweit sie Straftaten begangen haben. Die Bill Gates dieser Welt wird es immer geben.

Moderator: Ja, das wäre meine nächste Frage gewesen, Herr Dr. Frank. Hat nicht auch die Mainstreampresse, oder die Ws formulieren, die Systemmedien, ein Verbrechen begangen, indem sie die Verbrechen gedeckt haben.

Dr. Gunter Frank: Auch hier kann man das nur erklären durch die Gewöhnung an den Regelbruch. Wir haben seit über - würde ich fast sagen - zwanzig, dreißig Jahren eine Durchmoralisierung der Gesellschaft. Wichtige Zukunftsthemen werden nur noch unter dem Gesichtspunkt einer Hypermoral diskutiert und nicht anhand von Sachwissen. Wer den Max Weber kennt, der viel über Politik geschrieben hat vor 100 Jahren - es geht bei guter Politik immer um Verantwortungsethik und nicht Gesinnungsethik. Und die Gesinnungsethik hat sich bei uns durchgesetzt, d.h.: Sie machen heute Karriere, als Chefredakteur oder sogar auch in den Universitäten, wenn Sie moralisch argumentieren, aber nicht sachlich.

Und das Problem ist einfach, daß die sachlichen Argumente oft dieser vorgesetzten Moral widersprechen. Und das führt dazu, daß alles, was Kompetenz ist, für Sie dann eine Bedrohung wird. Sie müssen sie wegbeißen. Auf diese Weise haben wir flächendeckend Inkompetenz-Netzwerke in unserer Gesellschaft etabliert, ob wir jetzt in die Chefredaktionen schauen, oder ob wir jetzt auch in die Universitäten schauen oder auf anderen Gebieten, die quasi sich gewöhnt haben daran, daß sie Fakten negieren, einseitig berichten, um dieser Moral zu huldigen. Und diesmal ging es halt so richtig schief, diesmal haben sie durch ihre Fehlinformationen Menschen verleitet, gefährliche Arzneimittel zu nehmen, die sie bei ordentlicher Information niemals genommen hätten.

Deswegen trifft natürlich auch die Medien eine große Schuld, denn sie haben sich in diesen systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung einbinden lassen. Und das muß man den Herrschaften vorwerfen! Also, die haben fürchterlich versagt, um das mal richtig dramatisch zu sagen! Ja, die Chefredakteure der großen Zeitungen, der Fernsehsender, haben - tut mir leid - Blut an ihren Händen.

Moderator: Nun sollen in gesundheitspolitischen Fragen ja auch alle Entscheidungen, die

komplette Macht der WHO übertragen werden. Wie beurteilen Sie denn dieses Vorhaben?

Dr. Gunter Frank: Ja, also diese Moralisten-Netzwerke können ja nicht aufhören. Die machen immer weiter. Das Problem ist, daß - und das geht jetzt über meine Kompetenz hinaus, das muß man jetzt Leute fragen, die sich mit Wirtschaftsfragen gut auskennen, da darf ich Norbert Häring nennen und sein Buch "Endspiel des Kapitalismus" - das Fatale ist, daß diese Inkompetenz offensichtlich im Interesse der großen Geldmengen liegt.

Das ist ein bißchen kompliziert zu verstehen, das versuche ich jetzt auch gar nicht zu erklären, aber es scheint so zu sein, und so daß offensichtlich hier inzwischen sich Kräfte zusammengefunden haben, die an künstlichen Katastrophen, ja, wie der aufgeblasene, menschengemachte Klimawandel, daß das Klima sich ändert ist normal, aber der Mensch muß ja schuld sein, oder z.B. eben an diesen künstlichen Pandemien, Geld verdient wird.

Und dazu brauche ich eine inkompetente Funktionselite. Und die wird inzwischen dermaßen "gepampert", daß derjenige, der Verstand hat und kompetent ist, keine Chance mehr hat, eine Führungsposition zu ergattern. Also das Ganze, auch mit der WHO, das bläst sich jetzt dermaßen auf. Ich meine, das wird natürlich auch von selbst implodieren, weil diese Herrschaften natürlich nur Zerstörung hinterlassen. Aber vielleicht muß es ja nicht so ganz so schlimm kommen und wir wachen mal vorher auf und wählen diese Herrschaften ab.

Moderator: Wann beginnt denn jetzt Ihrer Meinung nach die große Aufklärung inklusive der großen Abrechnung?

Dr. Gunter Frank: Ich will es mal ganz, ganz klein runterbrechen. Ich habe ja gestern - ich habe ja gerade ein bißchen Ferien, also hab keine Patienten - war ich gestern einkaufen, hab mir mal richtig Zeit gegönnt, wie man sie gar nicht hat, zu Fuß hier in den Stadthallen Neuenheim einzukaufen. Und da traf ich eine Passantin. Wir kamen erst ins Gespräch über ein anderes Thema und dann auf Corona. Und das war eine absolut intelligente Frau, die unterrichtet, die hat eine Psychotherapie Ausbildung und macht sich viele Gedanken, und im Gespräch sagte sie dann, sie kann sich das nicht vorstellen, daß eine Regierung so vorsätzlich ihre Bürger gefährdet. Oder ein anderes Beispiel: Ich war bei BILD TV gewesen, mit einem SPD-Abgeordneten, ich glaube er heißt Alt.

Ich habe von diesem Menschen einen absolut authentischen Eindruck gehabt. Also es war ein Mann, der war auch vorher Bundeswehroffizier gewesen. Der ist dann in die Politik gegangen. Der wirkte auf mich ehrlich und authentisch, und er hat auch gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht gestimmt. Also, es spricht alles für ihn. Er kam nach der Sendung auf mich zu, sagt: "Herr Frank, glauben Sie wirklich, daß die Pharmaindustrie sehenden Auges Menschenleben gefährdet?" - Das ist unser Problem! Die Menschen können sich das Ausmaß dieses Verbrechens nicht vorstellen. Und deswegen wählen sie die Kräfte, die das dulden oder sogar exekutieren. Und wir müssen aufklären, aufklären, aufklären! - bis die Passantin, mit der ich gesprochen hab, sich das vorstellen kann. Und dann wird sich was ändern, vorher nicht.

Moderator: Herr Dr. Frank, ich beende meine Interviews gerne mit positiven Aussichten. Ich möchte das auch gerne in diesem Gespräch tun. Mit Ihrer Lebenserfahrung, die Sie heute haben, mit dem was Ihnen das Leben gelernt hat - Was bedeutet heute Glück für Sie?

Dr. Gunter Frank: Glück! Die Grundlage des Glücks ist schon auch Gesundheit, ist Menschen, die einem gut tun wollen, mit denen man sich austauschen kann. Glück ist mit Sicherheit verbunden, mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung, und ich kann nur sagen, diesbezüglich bin ich ein glücklicher Mensch.

Moderator: Jetzt haben Sie vorhin Ihre Emotionalität selbst angesprochen und es ist auch kein Wunder, angesichts des Themas, mit dem Sie sich auseinanderzusetzen haben. Mit welcher Methode bringen Sie sich wieder in Stimmung, wenn Sie tatsächlich mal schlecht drauf sind?

Dr. Gunter Frank: Das ist wirklich eine gute Frage, weil ich sitze hier gerade in einem Zimmer, wo ich auch meine Bücher geschrieben habe, und diese Wände hier, die haben von mir

schon viel gehört. Also ich habe die schon auch angeschrien.

Und ich habe schon auch mal Phantasien, die wirklich nicht schön sind, angesichts des Unsinns und dieser Brutalität, der wir da ausgesetzt sind. Insofern ist es wichtig - ich spreche auch mit vielen Patienten darüber - dass, wenn wir merken, daß es zu sehr in uns reinkriecht, daß wir dann Stopp machen, Pause machen, mal Internet ausschalten, mal uns mit schönen Dingen befassen, schön kochen. Wer Musik macht, Musik machen, ins Theater gehen, daß man Pause macht! Und wenn man dann aufgetankt hat und sich wieder in seinem Gleichgewicht befindet, dann sich wieder diesem Wahnsinn aussetzt, um dagegen anzukämpfen. Also keiner sollte Märtyrer werden, wir brauchen keine Märtyrer.

Wir brauchen einfach Menschen, die gut gelaunt und mit Energie gegen den Wahnsinn angehen. Und wir werden uns auch durchsetzen. Wissen Sie auch warum? Weil, die anderen müssen immer mehr Kraft aufwenden, um die Wirklichkeit abzuwehren. Und das ist das Einfallsstor für Neurosen, für Zwangsstörungen, und gute Laune ist wirklich nur richtig da, wo man in der Wirklichkeit lebt.

Und das ist auch das, was ich sehe, die Mitstreiter, die ich jetzt kennenlernen durfte in den letzten drei Jahren, wenn wir uns treffen, wenn wir Zoom-Konferenzen haben, die Laune ist hervorragend, weil wir wissen, daß wir uns um die Wirklichkeit bemühen und insofern alles mit der richtigen Dosis - das wußte ja schon Paracelsus - betreiben. Und, Märtyrer wollen wir nicht haben. Wir wollen, auch wenn das Ding mal zusammenkracht, nicht verbittert sein, sondern gutgelaunt uns dann wieder dem Aufbau widmen.

Moderator: Letzte kurze Frage zum Abschluß dieses Gesprächs. Wenn Sie den Menschen nur eine einzige Sache wünschen dürften, egal ob Fähigkeit oder Fertigkeit, was wäre das?

Dr. Gunter Frank: Ui, jetzt muß ich aber nachdenken! - Also ich denke, die Grundlage des Menschseins ist das Gefühl der Selbstbestimmung, der Freiheit, sein Leben so zu gestalten, wie man sich das selber vorstellt - mit Rücksicht auf andere natürlich - und ich denke, ohne diese Freiheit der Selbstbestimmung könnten wir kein menschenwürdiges Leben führen.

Moderator: Genau, dafür sind wir angetreten, Sie, Herr Dr. Frank, und wir von AUF1. Haben Sie vielen herzlichen Dank für dieses sehr informative, aufschlußreiche Gespräch. Und Ihnen alles Gute!

Dr. Gunter Frank: Danke Herr Eglinski. Hat mir sehr viel Freude gemacht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 18. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>**MDR entfernt kritische Dokumentation über Corona-Impfung**

Das Thema "Corona" ist im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein sensibles Thema, Kritik an der Impfung und am Vorgehen der Regierung während der Pandemie wird ungern gesehen. Eine Dokumentation des MDR über DNA-Verunreinigung der mRNA-Impfstoffe wurde nun nach Veröffentlichungen aus der ARD-Mediathek entfernt.

Henry Albrecht

Ein Beitrag der MDR-Sendung "Umschau", mit dem Titel, "Corona-Impfstoff in der Kritik - Was ist dran?", sorgt in den sozialen Medien für Aufsehen. Ursprünglich ausgestrahlt am 12. Dezember 2023, wurde der Beitrag inzwischen vom Sender entfernt. Inhaltlich beschäftigte sich der Beitrag mit den Erkenntnissen der Magdeburger Professorin Brigitte König.

Laut ihren Aussagen hatte sie fünf Chargen des Corona-Impfstoffs von Pfizer/Biontech untersucht und in allen Proben Fremd-DNA entdeckt. Diese Fremd-DNA sollte laut dem Beitrag nicht in dieser Menge im Impfstoff vorhanden sein. "Ein besorgniserregendes Ergebnis", äußerte König, die die Analyse in ihrem Privatlabor durchführte. Die festgestellten Werte liegen deutlich über dem Grenzwert. Die Einhaltung dieses Grenzwerts ist entscheidend, da andernfalls die Gefahr besteht, daß die Fremd-DNA in die Zellen des Menschen eindringt.

Daß nur der MDR ein Recherche-Team entsandte, um sich mit dem DNA-Thema auseinanderzusetzen, dürfte andere Ursachen haben. Zum einen stammt der umfassendste deutsche

Nachweis zur DNA-Kontamination aus dem MDR-Sendegebiet, genauer gesagt aus dem Magdeburger Labor von Prof. Brigitte König. Zum anderen war das Ziel der Recherche wohl eher darauf ausgerichtet, eine potentielle neue Verschwörungstheorie von Impfgegnern aufzudecken.

Doch der Bericht bewirkte das Gegenteil, statt angebliche Verschwörungstheorien aufzuklären, bestätigte man diese. Im Bericht wurde erklärt, daß die Präsenz von Fremd-DNA in den mRNA-Impfstoffen die Möglichkeit eines nachvollziehbaren theoretischen Risikos für potentielle genetische Schäden an langlebigen Stammzellen birgt.

Dieser Umstand paßt jedoch nicht in das Narrativ einer vollkommen harmlosen Impfung, daher wurde der Bericht offline genommen. Auf X teilte der MDR mit, daß es "zahlreiche Fragen und Hinweise" zu der Dokumentation gegeben habe, die nun redaktionell geprüft werden. Dies sorgte für viel Unmut, in den Kommentaren.

Dem Sender wird von Nutzern Zensur vorgeworfen. Weitere Nutzer warfen dem Sender vor, nachweislich falsche Berichte zur Corona-Pandemie nicht gelöscht zu haben, während man kritische Berichterstattung offenbar sofort löscht. Es bleibt abzuwarten, ob der MDR die Dokumentation erneut veröffentlichen wird.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Dezember 2023: >>**Verunreinigungen in der mRNA-Gülle? Düsseldorfer Anwalt kämpft für 2.700 Impfgeschädigte**

Der deutsche Impfstoffhersteller Biontech, der gemeinsam mit dem US-Pharmakonzern Pfizer unter dem Namen "Comirnaty" den ersten Corona-Impfstoff auf den Markt gebracht hatte, gerät juristisch stark unter Druck.

Der Düsseldorfer Anwalt Marco Rogert, der nach eigenen Angaben mittlerweile fast 2.700 Impfgeschädigte vertritt, erhebt schwerwiegende Vorwürfe.

Rogert beschreibt den Fall in seiner Klageschrift so: Biontech habe bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) einen Antrag auf Genehmigung für zwei Herstellungsverfahren gestellt. Das eine trage den internen Namen "Process 1". Hierfür habe der Hersteller einen bestimmten Impfstoff eingereicht, der mittels sogenannter Polymerase-Kettenreaktion (PCR) vervielfältigt wurde.

Ganz anders stehe es um das Vakzin, das letztlich die breite Bevölkerung erhalten habe. Dieses wurde laut Klageschrift in einem anderen Verfahren mittels e.coli-Bakterien erzeugt. Das Vakzin habe "teils erhebliche Verunreinigungen mit DNA-Molekülen" enthalten. Dieses Herstellungsverfahren habe Biontech "Process 2" genannt. "Der damit hergestellte Impfstoff weist also erhebliche Unterschiede auf", stellt der Anwalt der Impfpfänger fest. Millionen Menschen wurden damit gespritzt.

Natürlich alles nur "Verschwörungstheorie"

Rogert steht mit seiner Behauptung nicht allein. In einer Vorabveröffentlichung einer kanadischen Studie von Ende Oktober kommen mehrere Wissenschaftler mit Blick auf dem nach "Process 2" produzierten Impfstoff ebenfalls zu kritischen Ergebnissen. Die Forscher schreiben: Ihre Daten belegten das Vorhandensein von Milliarden DNA-Molekülen pro Dosis in den so hergestellten Impfstoffen. Sie überschritten die von der "Weltgesundheitsorganisation festgelegten Richtlinien für DNA-Reste um ein Vielfaches. ... "Unsere Ergebnisse erweitern die bestehenden Bedenken über die Sicherheit von Impfstoffen."

Davor hatte sich bereits die französische Statistikerin Christine Cotton ähnlich geäußert. Auch sie hatte auf die unterschiedlichen Herstellungsverfahren verwiesen, worauf ein Netzwerk namens "Health Feedback" hektisch und heftig reagierte. Diese "Faktenchecker" agieren im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation WHO und sollen "Verschwörungstheorien" im Medizinbereich "aufklären".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 19. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>**Verunreinigte Impfstoffe?**

Jetzt auch bei Moderna: US-Arzneimittelbehörde stellt gravierende Produktionsmängel fest

Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat bei Moderna gravierende Qualitätsmängel festgestellt. Insgesamt seien acht Chargen an Impfstoffen mit verunreinigten Geräten produziert worden.

Jonas Aston

Vom 11. bis zum 21. September führte die U.S. Food and Drug Administration (FDA) eine Inspektion in der Produktionsanlage von Moderna in Norwood, Massachusetts, durch. Es handelt sich dabei um die Hauptproduktionsstätte des Unternehmens. Dort werden die Impfstoffe gegen Corona produziert. Außerdem soll in der Anlage aktuell ein Krebsheilmittel auf mRNA-Basis entwickelt werden. Bei der Inspektion der FDA wurden allerdings erhebliche Qualitätskontrollmängel festgestellt.

In ihrem Bericht stellte die FDA fest, daß Moderna in der betreffenden Anlage nicht über angemessene Vorkehrungen verfügte, um sicherzustellen, daß abgelaufene Materialien nicht für die Herstellung von Impfstoffen verwendet wurden. Bei der Inspektion wurden insgesamt 2.000 abgelaufene Materialien gefunden, die von anderen nicht getrennt wurden. Zweifelsfrei festgestellt werden konnte, daß abgelaufene Materialien immer wieder in der Herstellung verwendet wurden. Auch hätte das Unternehmen nicht sicherstellen können, daß Verunreinigungen in der Luft nicht in die Arzneimittel gelangen.

Es könnten verunreinigte Impfstoffe in Umlauf gebracht worden

Insbesondere Geräte, "die zur Herstellung von Arzneimittelsubstanzen für den COVID-19-Impfstoff verwendet werden" hätten Verunreinigungen aufgezeigt, erklärt die FDA gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Insgesamt seien acht Chargen des Moderna-Impfstoffes mit Geräten hergestellt worden, die schon nicht den unternehmensintern vorgeschriebenen Qualitätsstandards entsprachen.

Die Mängel der Inspektion wurden im sogenannten FDA-Formular 483 zusammengefaßt. In dieses Formular werden "Beobachtungen" eingetragen, die die FDA-Inspektoren als "anständig" betrachtet. Bei der hier zu Grunde liegenden Inspektion handelte es sich um eine reine Routine-Untersuchung.

Ob die Impfstoffe dennoch in Umlauf gebracht wurden, sei unklar wie Steven Lynn, ein ehemaliger Leiter des Büros für Herstellung und Produktqualität der FDA gegenüber Reuters erklärt. Rückrufe oder sonstige Sicherheitswarnungen wurden jedenfalls nicht herausgegeben. Erst kürzlich wurde bei Impfstoffen des Arzneimittelherstellers Pfizer Verunreinigungen festgestellt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Dezember 2023:

>>**Baerbock präsentiert Onkel Bills Hütte**

Von S. Hofer

In Ruanda errichtete Biontech eine weitere mRNA-Fabrik, damit Bill Gates Impfpläne globale Umsetzung erfahren. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock übernahm die Präsentation. Zweimal europäische Außenpolitik: Anfang Dezember unterzeichnete der britische Innenminister James Cleverly eine Neufassung des Migrationsabkommens. Danach kann England eingereiste Migranten - unabhängig von ihrer Herkunft - nach Ruanda abschieben. Von dort können sie anschließend ihren Asylantrag stellen.

Solche Deals sind für Annalena Baerbock freilich tabu. Wenn die grüne Bundesaußenministerin nach Ruanda fliegt, dann wegen einer Präsentation des Mainzer Pharmaunternehmens Biontech. Das errichtet in der Hauptstadt Kigali nämlich eine Produktionsfiliale. Richtig gelesen: In neokolonialen Stil will man westliche mRNA-Brühe vermehrt in afrikanische Venen spritzen. Getreu dem Motto: Keiner darf entrinnen.

Bislang zeigten afrikanische Länder wenig Interesse an besagtem Pharma-Trash. Vor allem dort, wo Ebola gewütet hatte, wußte man: Corona ist keine zweite Pest. Jetzt sorgt die Biontech-Produktionsstätte dafür, daß Bill Gates globale Impfgenda dennoch ihre Umsetzung erfährt. Zur Präsentation von Onkel Bills Hütte erklärte Baerbock: "Der Weg zu einer fairen internationalen Gesundheitsarchitektur ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Team-Marathon."

Folglich unterstütze "Team Europa das Ziel einer eigenen afrikanischen Impfstoffproduktion - vom Konzept bis zur Kanüle". Afrikaner können das Gift zunehmend selber herstellen. Ein generationsübergreifendes Projekt: Bislang werde lediglich eine von 100 Impfdosen, die man in Afrika verspritze, dort auch hergestellt, verriet Baerbock. Aber keine Sorge: 2040 sollten es bereits 60 sein! Und das verdankten die Afrikaner dem EU-Projekt Global Gateway, das bis 2027 ganze 1,2 Milliarden Euro locker mache. Mit deutscher Beteiligung von 550 Millionen Euro.

Okay, die neue mRNA-Fabrik in Afrika sei "noch nicht der Zieleinlauf - aber ein echter Meilenstein und Hoffnung für Millionen". - He? Zieleinlauf?! Wo hinein soll der Einlauf denn gehen?!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27740" berichtete am 22. Dezember 2023 (x1.343/...): >>>Die niemals endenden Gefahren von RNA-Impfstoffen – Ein Brandbrief von Sucharit Bhakdi und Team –

Kla.TV veröffentlicht den drängenden Brandbrief von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi in mehreren Sprachen und seinen Aufruf, ihn weltweit zu verbreiten. Gerade Ärzte und Politiker, aber auch Journalisten und die Bevölkerung schlechthin - kurzum all jene, die blind dieser "Impf-Agenda" folgten - sollen vor dem neuartigen Konzept von "RNA-Impfstoffen" gewarnt und wachgerüttelt werden.

Dieser Mahnbrief erklärt wissenschaftlich präzise, aber für den Laien verständlich, warum die "Impfstoffe" umgehend aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Im Rahmen des Teams "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." (MWGFD) hat Prof. Dr. Sucharid Bhakdi einen sog. BRANDBRIEF veröffentlicht:

Ein verhängnisvolles Problem, was dem Immunsystem gigantischen Schaden zufügt. Prof. Bhakdi sieht durch jede weitere Verabreichung von mRNA-Impfungen eine extreme Gefahr für Leib und Leben. Er ruft die Menschen dazu auf, ihr Schicksal selbst an die Hand zu nehmen und diesen Brief - der mittlerweile in 17 Sprachen zur Verfügung steht - weltweit zu verbreiten. Seine Warnung mit wissenschaftlichen Fakten belegt, aber für jeden verständlich erklärt, müssen alle Menschen erhalten, insbesondere diejenigen, die den Ärzten, Medien und Politikern blind vertrauten und sich impfen ließen und die Gefahr weiterer Impfungen nicht kennen. Ihre Weiterverbreitung kann Leben retten. Der Brandbrief endet mit dem Aufruf:

"Alle Menschen weltweit müssen sofort aufstehen und alle RNA-Injektionen stoppen".

Das neuartige Konzept von RNA-Impfstoffen

Chromosomen sind die Bücher des Lebens. Ihre DNA enthält die lebenswichtigen Rezepte, nach denen Proteine hergestellt werden. Bei Bedarf wird das Buch geöffnet und eine Kopie des gewünschten Rezepts angefertigt. Bei der Kopie handelt es sich um mRNA, die die Produktion des Proteins steuert. Ist die Anleitung abgelesen, wird das Rezept nicht mehr benötigt und entfernt.

mRNA-Impfstoffe sind solche kurzlebigen Kopien von Chromosomenrezepten, die die Produktion ausgewählter Antigene, z.B. des SARS-CoV-2-Spike-Proteins, steuern. Mit jeder Injektion werden mehr als eine Milliarde Kopien (RNA-Moleküle) verabreicht. Die Massenproduktion von mRNA erfordert die massenhafte Verfügbarkeit der DNA-Rezepte. Wie wird dies erreicht?

Die Lösung stellt einen Grundpfeiler der Gentechnologie dar. Die Billionen und Trillionen

von Bauanweisungen stammen von Bakterien. Die Rezepte sind in winzigen, bakteriellen Chromosomen enthalten, die als Plasmide bezeichnet werden. Die Teilungszeit der Bakterien beträgt etwa 20 Minuten - die Anzahl der Zellen verachtfacht sich pro Stunde. In nur wenigen Tagen können daher buchstäblich unzählige Bakterien mit den Plasmiden gewonnen werden. Plasmide sind leicht zu manipulieren.

Fremde Rezepte, d.h. Gene, die die Bauanweisung für virale Proteine enthalten, können ganz einfach eingefügt werden. Nach der massenhaften Vermehrung in den Bakterien werden sie geerntet und als Vorlagen für die Produktion der mRNA-Kopien verwendet. Die mRNA-Moleküle werden dann in winzige Fettkügelchen, sogenannte Lipid-Nanopartikel (LNP), verpackt. Die wesentlichen Bestandteile sind künstlich hergestellt und potentiell hochgiftig. Ihre Verwendung beim Menschen war vor 2020 verboten.

Mit der Notfallzulassung der COVID-RNA-Impfstoffe wurde gegen diese Regel verstoßen. Das Verpackungsmaterial wird benötigt, um die RNA vor der Zerstörung zu schützen und ihre Aufnahme in die Körperzellen zu erleichtern. Sie gelangen über den Blutkreislauf zu allen Organen des Körpers. Dort wirken die Kügelchen wie trojanische Pferde. Sie werden von den Zellen aufgenommen und ihre Fracht wird freigesetzt. Es folgt die Produktion des Genprodukts, die zur Auslösung einer Immunantwort führt. Bei der Immunantwort kommt es zur Bildung spezifischer Antikörper, die vor zukünftigen Infektionen schützen sollen.

Das verhängnisvolle Problem

Das Immunsystem erkennt und zerstört Körperzellen, die fremde Proteine produzieren. Das passiert regelmäßig, wenn unsere Zellen von Viren befallen werden. Diese Fähigkeit, Körperfremdes zu erkennen, ist uns mit der Geburt gegeben. Sie schützt uns das ganze Leben lang, weil virusinfizierte Zellen so wirksam entfernt werden. Dieser angeborene Schutz durch das Immunsystem kann nicht unterdrückt werden. Wird also mRNA, die die Bauanleitung für ein beliebiges körperfremdes Protein enthält, in eine Zelle eingebracht, so wird diese Zelle vom Immunsystem angegriffen werden.

Dies ist das verhängnisvolle Problem, das dem gesamten Konzept unterliegt. Die Menge der verpackten mRNA, die mit jeder Injektion verabreicht wird, ist gigantisch. Im ganzen Körper werden Myriaden von Immunangriffen ausbrechen, die erst zum Stillstand kommen, wenn die Produktion des fremden Proteins beendet ist. Wie lange wird das dauern? Nur ein paar Tage, wie die Impfstoffhersteller und die Zulassungsbehörden gerne behaupten?

Die ultimative Katastrophe

Im Jahre 2022 wurde eine alarmierende Entdeckung gemacht, die mit dieser Behauptung unvereinbar ist. Sogar noch Wochen nach den Injektionen wurden bei Geimpften Spike-Proteine, die mit Hilfe der RNA-Anleitung hergestellt wurden, entdeckt. Und dieser Verbleib war mit schweren Multiorganentzündungen und oftmals tödlichen Erkrankungen verbunden. Welchen Grund konnte es für die langanhaltende Produktion eines eher kurzlebigen mRNA-Bauplans für Proteine und für die langlebigen Entzündungen geben?

Eine mögliche und äußerst erschreckende Antwort lieferte die jüngste Entdeckung von McKernan und Kollegen. Nach der Produktion von mRNA müssen die Plasmid-DNA-Vorlagen entfernt werden, bevor der Verpackungsprozeß gestartet wird. Sonst landen die Plasmide ebenfalls in den Fettkügelchen. McKernan berichtete, daß dieser entscheidende Schritt der Entfernung der Plasmid-DNA nicht gewissenhaft durchgeführt worden war. Es wurden große Mengen an Plasmid-DNA in verpackter Form gefunden.

Die Verpackung garantierte, wie bei der mRNA, die erfolgreiche Lieferung in unsere Körperzellen. Der Unterschied ist, daß DNA sehr viel stabiler ist als mRNA und über längere Zeiträume als Rezept für die Produktion dienen kann. Die zelluläre Aufnahme eines funktionellen fremden Chromosoms bedeutet nicht weniger als eine genetische Veränderung. Es ist anzunehmen, daß Menschen, denen diese verpackten bakteriellen Plasmide mit der Impfung ge-

spritzt wurden, dieses Schicksal erleiden.

Die Expression jeglichen körperfremden Gens wird einen Immunangriff auf die produzierenden Zellen auslösen. Die fortgesetzte Produktion eines fremden Proteins bedeutet den Tod der Zelle. Dies wird im gesamten Körper geschehen. Es bilden sich Blutgerinnsel, da die Gefäße verletzt werden, und das Gewebe stirbt wegen Sauerstoffmangels ab. Das Herz ist ein Organ, das tote Zellen nicht ersetzen kann.

Wer hat nicht schon von den mysteriösen plötzlichen Fällen von Herztod gehört, die weltweit auftreten? Sie sind nur die Spitze eines Eisbergs. Durch Impfungen ausgelöste Herzkrankheiten stehen auf der Tagesordnung von Jung und Alt. Das zweite Organ, das seine toten Zellen nicht ersetzen kann, ist das Gehirn. Je nachdem, wo der Impfschaden auftritt, kann es zu neurologischen und psychischen Veränderungen kommen. Krankheiten, die gegen den eigenen Körper gerichtet sind (Autoimmunerkrankungen) und einzeln eher selten auftreten, können sich durch die mRNA-Injektion nun gehäuft und gleichzeitig in verschiedenen Organen entwickeln.

Dieses außergewöhnliche Zusammentreffen von Schäden wird durch den tragischen Fall eines 14-jährigen Kindes aufschlußreich illustriert, das an einer Multiorganentzündung starb, wie sie noch nie gesehen wurde. Hinzu kommt, daß die Impfung in der Lage ist, sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Fortpflanzung massiv negativ zu beeinflussen. Die Impfstoffe reichern sich in den Fortpflanzungsorganen an, was die Fruchtbarkeit unmittelbar beeinträchtigt. Die Aufnahme von im Blut zirkulierender RNA und DNA in Zellen der Plazenta kann zu Totgeburten führen. Eine Schädigung der Plazenta kann es den körperfremden Genen außerdem ermöglichen, in den Kreislauf des Ungeborenen zu gelangen.

Die Stammzellen im Blut der Nabelschnur sind nach einer Impfung reduziert und beeinträchtigt und es gibt berechtigten Grund für die Annahme, daß die körperfremden Gene das Ungeborene im Mutterleib erreichen. Außerdem wurde die Verpackung der Impfstoffe in der Muttermilch nachgewiesen. Die Durchlässigkeit des Darms ist in den ersten Wochen nach der Geburt hoch, und es besteht die Befürchtung, daß das Stillen die direkte Übertragung der Impfstoffe auf das Neugeborene ermöglicht.

Das würde dazu führen, daß bereits beim Neugeborenen die Selbstmordmechanismen in den Zellen aktiviert werden. Im Labor ist es möglich, eingeschmuggelte fremde DNA in das Buch des Lebens einzufügen. Wenn dies in geimpften Menschen geschehen sollte, sind die möglichen Folgen unendlich. Eine Störung des fein abgestimmten Netzwerks, das die Zellteilung und Entwicklung steuert, könnte zu Krebs führen. Mutationen in Spermien und befruchteten Eizellen könnten veränderte Eigenschaften vererbbar machen und zur Entstehung von Wesen führen, die vom evolutionären Weg der menschlichen Rasse abgewichen sind.

Schlußfolgerung

Es muß damit gerechnet werden, daß es durch den Angriff des Immunsystems auf die Zellen, die die Virus-Proteine herstellen, zu einer weit verbreiteten und anhaltenden Schädigung von Geweben und Blutgefäßen kommt. Dieser Angriff erfolgt, weil das Virus-Protein körperfremd ist. Und da jeder weitere neue mRNA-Impfstoff die Herstellung eines körperfremden Eiweißes steuern wird, muß damit gerechnet werden, daß Schäden in ähnlichem Ausmaß immer wieder angerichtet werden.

Diese alptraumhaften Szenarien verschlimmern sich mit jeder Auffrischungsimpfung. Außerdem muß damit gerechnet werden, daß die Verunreinigung von Impfstoffchargen mit Plasmid-DNA nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel sein wird, da es kein kosteneffizientes Verfahren gibt, um massenhaft hergestellte RNA zuverlässig von Plasmiden zu trennen.

Daher ist ein lang anhaltender Autoimmunangriff auf die Zellen bei der Verimpfung von Plasmid-DNA unvermeidlich. Durch das Einbringen eines fremden Bauplans in unseren Körper könnte jedes individuelle Buch des Lebens unwiederbringlich verändert werden. Wenn es

zum Einbau der Bauanleitung in unser menschliches Chromosom kommt, können unzählige zelluläre Funktionen dauerhaft gestört werden.

Es können bösartige Erkrankungen auftreten und die Lebenserwartung könnte drastisch sinken. Endlose Krankheiten und Leiden könnten zum Schicksal der Betroffenen werden. Es entsteht ein Horrorszenario, das zahllose Menschen betreffen könnte, die wir lieben und in unser Herz geschlossen haben. Es liegt an uns, dieses zu verhindern!

Alle Menschen weltweit müssen sofort aufstehen und alle RNA-Injektionen stoppen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. Dezember 2023:

>>**Uni-Klinik löscht Namen von Biontech-Kritikerin**

Eine Professorin für Mikrobiologie und Infektionsimmunologie vom Universitätsklinikum Leipzig findet Fremd-DNA in Biontech-Pfizer-Impfbrühe. Die Uni-Klinik löscht daraufhin ihren Namen.

Brigitte König, Professorin für Medizinische Mikrobiologie und Infektionsimmunologie, (Universitätsklinikum Leipzig) hatte bei Stichproben der Corona-Impfbrühe "Comirnaty" von Biontech und Pfizer herausgefunden:

Fünf Chargen waren in einem Maße mit Fremd-DNA verpestet, daß die zulässigen Grenzwerte manchmal um das 400fache überschritten haben. Natürlich publiziert König diesen Gruselfund. Und wie reagiert das Universitätsklinikum Leipzig? Es läßt ihren Namen von der Webseite verschwinden!

Mit anderen Worten: Man distanziert sich, schämt sich für sie. Klar, denn solche Forschungsergebnisse versauen das Pharmageschäft und mindern das Vertrauen der Bevölkerung in die Hofwirrologie.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27814" berichtete am 1. Januar 2024

(x1.350/...): >>**Groß-Demo 10.12.23 in Karlsruhe - ausführliche Fassung**

Der Staat darf keinen unschuldigen Menschen töten, weder im Konflikt- noch im Krisenfall. Das Volk holt sich seine Demokratie, Recht und Freiheit zurück, so der Tenor bei den Kundgebungen und der Demo am 10.12.2023.

... Sonntag, 10. Dezember 2023, am 75. Tag der Menschenrechte, findet hier in Karlsruhe ein zeitgeschichtliches Ereignis nie da gewesener und ganz besonderer Art statt: Im Zuge einer Groß-Demonstration mit Kundgebungen und Umzug werden 599 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht. Dieses richtet sich gegen die Verantwortlichen die sich für die gesetzliche Einführung einer Impfpflicht in Gesundheitsberufen und bei Angehörigen der Bundeswehr eingesetzt haben. Denn die Inkaufnahme von Impfschäden und Impftoten stellt einen Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und gegen den § 7 des Völkerstrafgesetzbuchs dar.

Es wird laut dem Veranstalter keine Versöhnung geben, solange die Täter der widerrechtlichen Corona-Maßnahmen straffrei bleiben. Für die Kundgebungen haben sich hochrangige kompetente Referenten angesagt, die mit ihren Beiträgen die Tragweite der Verbrechen und den unbedingten Handlungsbedarf untermauern.

Kundgebung:

Wir freuen uns, daß ihr mit uns gemeinsam heute zu Ehren und zum Gedenken von allen Opfern aus dreieinhalb Jahren Corona-Unrechtsregime hierher nach Karlsruhe in die Stadt des Rechts gekommen seid. Dankeschön! Und wenn ihr glaubt, wir sind wenige, dann muß ich euch sagen, oder darf ich euch sagen, es waren immer die wenigen, die den Unterschied gemacht haben. Und deswegen danke an all die Menschen, die heute mit uns gemeinsam das Recht und die Gerechtigkeit feiern und Ausdruck, Wirkung und Würde zurückgeben. Danke Karlsruhe, danke im Namen vom ZAAVV (= Ziele: Aufarbeitung, Aufklärung, juristische Verfolgung sowie Verhinderung), von allen Organisationen und Unterstützern, die heute aufgerufen haben für diesen wunderbaren Tag des Rechts.

Als Erstes möchte ich, möchten wir uns ganz klar von jeder Form des Linksextremismus, des Rechtsextremismus, des Antisemitismus oder anderen ideologischen extremistischen Vorstellungen und Verfolgungen distanzieren. Das Besondere bei dieser Veranstaltung ist, daß ihr nicht nur Reden von Anwälten und Anwältinnen hören werdet, Organe der Rechtspflege, sondern heute steht etwas Besonderes im Vordergrund, nämlich Handeln. Die Politik weigert sich bis heute, eine Aufklärung der Corona-Politik vorzunehmen.

Daher werden wir heute an die 600 Strafanzeigen live und in Farbe, hier stellen, mit eurer Unterstützung. Um was geht es? Schaut bitte einmal auf die Leinwand. Grün und FDP enthaben eines Gesetzes zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie auf Drucksache 20.188 und 20.250 liegt folgendes Ergebnis der Schlußabstimmung vor. Abgegebene Stimmkarten bei 689. Mit Ja haben gestimmt 571. Mit Nein haben gestimmt 80. Und enthalten haben sich 38. Der Gesetzentwurf ist hiermit angenommen.

"Diese Bundesregierung hat sich viel vorgenommen, aber das oberste Ziel ist für uns der Schutz der Bevölkerung und dieser Gesundheitsdienste. Wir werden daher alles tun, um diese Krise so schnell wie möglich zu beenden. Also ehrlicherweise an die Adresse der Ungeimpften sagen, das, was ich jetzt sage, wird nicht jedem gefallen. Aber es ist leider so, bei der Inzidenz, die wir derzeit haben, ist die einzige Alternative zur Schließung von Restaurants und kulturellen Einrichtungen. Müssen wir aber auch das Impftempo aufnehmen.

Wir müssen konsequent Erst-, Zweit- und Booster-Impfungen beschleunigen. 1,1 Millionen Impfungen vornehmen können. Das ist ein Rekordwert. Es wird in keinem anderen europäischen Land derzeit so schnell die Booster-Impfung vorgenommen und auch die Erstimpfung wie in Deutschland. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich für alle Arbeitenden, für die Ärztinnen und Ärzte, für diejenigen, die die Impfzentren aufbauen, für diejenigen, die das alles organisieren. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Das ist die Arbeit, die zum Schluß uns erfolgreich über diese Welle fliegt.

Auf der anderen Seite müssen wir auch vermitteln, was ja auch so ist, die Impfungen sind, halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei. Das muß immer wieder gesagt werden. Im Kern ist die Gruppe, die jetzt gefährdet ist, von den 50- bis 80-Jährigen, die sind alle ungeimpft, die sind alle ungeschützt und die werden sterben. Und ich bin einfach froh, daß die neue Ampelregierung sich auf den Weg macht, eine allgemeine Impfpflicht wohl einzuführen. Und ich erwarte, daß die Vorbereitungen jetzt schon beginnen."

Als Jurist möchte man sagen, liebe Staatsanwaltschaft, das reicht mindestens für einen Anfangsverdacht. Und auch ich möchte mich an dieser Stelle schon bedanken, nämlich bei den Ärztinnen und Ärzten, die damals und heute den Mut hatten zu sagen, Herr Lauterbach hat gelogen. Und Herr Lauterbach hat nicht nur gelogen, er hat wissentlich gelogen. Es gab und gibt Nebenwirkungen. Es gibt Impfschäden und das wird niemand mehr ernsthaft bestreiten können. Und wer es doch tut, wird sich vor seiner Verantwortung drücken.

Und in einem funktionierenden Rechtsstaat müßte hier eigentlich aufgeklärt und gehandelt werden. Und es gibt hier jemanden, den wahrscheinlich kaum jemand kennt, der treibt sich manchmal in Bussen durch die Gegend. Der das hier initiiert hat. Am besten stellt er sich selber vor, er ist manchmal ein bißchen schüchtern. Darf ich mal ganz kurz Ralf Ludwig zu mir bitten.

Ja hallo, vielen Dank, vielen Dank, daß ihr alle hier seid, daß ihr diese Sache unterstützt. Ich habe 2021 im Frühjahr in Stuttgart gesagt, daß wir dieses Zentrum gründen werden und daß wir aufarbeiten werden und daß wir nicht aufhören werden, bis diejenigen, die für die Corona-Maßnahmen verantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden. Und das werden wir heute mit den Strafanzeigen beginnen. Wir haben heute viele tolle Kolleginnen und Kollegen auf der Bühne, viele Juristen, die seit vielen Jahren eure Interessen vertreten, die seit vielen

Jahren von Gericht zu Gericht fahren und versuchen, halbwegs die Rechtsstaatlichkeit zu retten und zu sichern.

Ich bedanke mich sehr bei diesen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier auf der Bühne stehen. Viele stehen auch hier vor der Bühne und haben wirklich unglaublich gute Arbeit geleistet. Also wir haben ganz, ganz viele tolle Leute. Und ich denke, über einen Staat, in dem eine große Anzahl an Rechtsanwälten aufsteht und sagt, was hier gerade passiert, ist nicht in Ordnung, da kann auch etwas nicht in Ordnung sein. Ich selber möchte mich heute ein bißchen zurückhalten, weil ich finde, in den Mittelpunkt gehören heute die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz für eure, für unsere Rechte kämpfen.

Und mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne. Und ich möchte, daß ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt. Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben.

Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten. Das ist unsere Botschaft und laßt die uns nach draußen tragen. Vielen Dank. Wenden wir uns dem Ernst des Lebens zu. Ich hoffe, daß einige Juristinnen und Juristen, vielleicht auch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hier sind. Wenn das der Fall sein sollte, meine dringende Bitte, fangt an, euren Job zu machen. Und als Organe der Rechtspflege sind wir gerne bereit, dies zu unterstützen. Und wir haben gerade in diesem Video mitbekommen, es ging um die Impfpflicht. Für viele im Pflegebereich, im Krankenhaus, hatte es fatale Folgen.

Und es gibt Menschen, die haben den Mut gehabt, auch im Bundestag dagegen zu stimmen. Ich darf jetzt als erstes Thomas Seitz begrüßen. Thomas Seitz ist Bundestagsabgeordneter und einer der Mutigen, die gegen eine Impfpflicht gestimmt haben. Von einer Partei, deren Name nicht genannt werden darf. Hallo, Thomas Seitz. Ja, liebe Freunde der Freiheit und unserer Grundrechte. Danke dafür, daß ich heute zur juristischen wie parlamentarischen Aufarbeitung der Corona-Krise zu euch reden darf.

Zuerst aber eine Klarstellung. Wir hatten keine Krise wegen Corona. Sondern die Krise war die Folge der Corona-Maßnahmen. Auslöser der echten Krise war kein Virus, sondern die Politik. Es war eine Zeit des rechtlichen Ausnahmezustands, obwohl das Grundgesetz einen zivilen Notstand wegen Naturkatastrophen oder Seuchen überhaupt nicht kennt.

Es war eine Zeit, in der der vermeintliche Schutz der Gesundheit kategorisch über alle anderen Grundrechte gestellt wurde. Es war die Zeit der Corona-Diktatur. Während Legislative und Exekutive sich gegenseitig in exzessiven Grundrechtseingriffen überboten haben, haben die Gerichte fast durchgängig in ihrer Funktion als Wächter der Freiheit und der Grundrechte versagt. Besonders deutlich wurde dies im Kontext der Versammlungsfreiheit, wenn beispielsweise Abstandsregeln nur dann galten, und auch erbarmungslos wurden, wenn gegen und nicht für die Regierung demonstriert wurde.

Die Justiz hat also nahezu alle rechtlichen Zumutungen früher oder später kritiklos abgesegnet, obwohl es in Deutschland überhaupt keine Übersterblichkeit gab. Jedenfalls nicht bis zum Beginn der Impfkampagne. Mit einem Impfstoff, der kein Impfstoff war, sondern eine experimentelle Gentherapie.

Die bisherige, parlamentarische Aufarbeitung verlief dabei genauso unbefriedigend, wie die juristische. Schon 2020 hatten wir einen ersten Untersuchungsausschuß Corona beantragt, der abgelehnt wurde, weil die AfD nur über weniger als 25 Prozent der Sitze verfügte und das Minderheitenrecht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erst ab diesem Quorum

greift. Vielleicht hätte der öffentliche Druck eines frühen Untersuchungsausschusses viele der nachfolgenden Zumutungen verhindern können.

Und man muß mit Programm und Politik der Alternative für Deutschland nicht einverstanden sein. Aber niemand kann leugnen, daß wir während des Corona-Regimes die einzige Stimme der Freiheit im Deutschen Bundestag waren. Und auch die einzigen, die nicht nur konsequent für die Freiheit argumentiert, sondern anschließend auch so abgestimmt haben.

Weil ich selbst ungeimpft und nicht bereit war, mich einem faschistoiden Prinzip beugend meine virologische Unschuld zu beweisen, durfte ich wie viele andere Abgeordnete ab Januar 2022 nur noch auf der Besuchertribüne des Bundestages an den Plenarsitzungen teilnehmen. Aber auch als Ausgestoßener kann man Klartext reden. Mein liebster Satz aus dieser Zeit im Plenum des Deutschen Bundestages lautet: "Die Spaziergänger verteidigen den Rechtsstaat und ihre Kriminalisierung ist Unrecht." Und ebenso werden wir alles daran setzen, daß auch die juristische Aufarbeitung endlich vorwärtskommt. Deshalb hoffe ich sehr, daß die heute eingereichten Strafanzeigen Erfolg haben werden.

Es ist mir eine große Ehre und eine große Freude, heute hier in Karlsruhe am 10. Dezember dieses Jahres 2023 zu euch sprechen zu dürfen. Ab März 2020 wurde alles umgestoßen, was bisher einen demokratischen Rechtsstaat ausgezeichnet hat und was Stand der medizinischen Wissenschaft war. Wer dagegen auftrat, wurde diffamiert, beschimpft und verfolgt. Ärzte verloren ihre Berechtigung zur ärztlichen Berufsausübung, wurden von der Universität entlassen und von den Disziplinarbehörden der Ärztekammern in Übereinstimmung mit der Regierungsgewalt und den gekauften Medien willkürlich verfolgt, um sie letztlich zum Schweigen zu bringen.

Wer nicht mit dem Narrativ mitmachte und im Gleichklang mit dem Mainstream marschierte, wurde im besten Fall zum Außenseiter, letztlich vom öffentlichen Leben ausgesperrt, in seiner Existenz bedroht und verleumdet. Die dadurch entstandenen Schäden sind enorm. Alle Geschehnisse und alles Unrecht muß aufgearbeitet und die Verantwortungsträger müssen zur Haftung und Rechenschaft herangezogen werden. Denn wir dürfen niemals vergessen, niemals vergessen, was geschehen ist.

Das sind wir uns selbst, unseren Kindern und den Opfern dieser Gesundheitsdiktatur schuldig. Österreich wurde insgesamt von fünf sinnlosen Lockdowns heimgesucht. Gesunde Menschen wurden ihrer Freiheit beraubt. Für die Sicherung seiner Existenz war es erforderlich, daß der arbeitende Mensch am Arbeitsplatz sich einer 3G-Regel, die sinnlos war, unterzog. Nämlich getestet, genesen oder geimpft, sprich genbehandelt.

Alte, kranke und hilfsbedürftige, pflegebedürftige Personen wurden kaltblütig von ihren Familien, Freunden und Bekannten zwangsisoliert. Menschen wurden genötigt, ihre Gesundheit durch das sinnlose Tragen von Masken zu gefährden und zu schädigen. Ihre äußere Erscheinung wie Sklaven zu verunstalten.

Die freie Meinung, einst hochgeschätzt als Maßstab des Diskurses, der Weiterentwicklung, wurde untersagt und zensuriert. Den Höhepunkt der Verachtung der Würde des Menschen, seiner Grund- und Freiheitsrechte, bildete der direkte oder indirekte Zwang, sich wiederholt einer experimentellen und gefährlichen Covid-19-Injektion zu unterziehen, die außer schädlichen Wirkungen nichts brachte und nichts bringt.

In Österreich gipfelte der Angriff auf das Leben und die Gesundheit eines jeden Bürgers in der Erlassung eines Impfpflichtgesetzes. Die kritischen Richter und Staatsanwälte in Deutschland haben es auf den Punkt gebracht. Die staatliche Anordnung zu einer Covid-19-Impfung ist vorsätzliches Töten. Die Kollateralschäden sind unbeschreiblich.

Psychisch geschädigte Kinder und Jugendliche, eine nie dagewesene Anzahl an Insolvenzen, physische und psychische Existenzvernichtung von Personen, die Spaltung der Gesellschaft, gesundheitliche oder tödliche Auswirkungen wegen medizinisch notwendiger, jedoch nicht

oder nicht zeitgerecht durchgeführten Behandlungen von Personen, eine unüberschaubare Zahl an Impfgeschädigten und an Impftoten.

Wer in der Demokratie schläft, der wacht in der Diktatur auf. Daher dürfen wir niemals vergessen. Das Narrativ wird im orchestrierten Gleichklang durch Regierungen und Erfüllungshelfern wie den mit Steuergeld gesponserten Medien fortgesetzt. Von der Klimahysterie über die existentielle Vernichtung des Mittelstandes aus hehren Zielen bis hin zur Schaffung einer neoabsolutistischen Weltregierung in Gestalt der WHO, durch die nicht mit den Verfassungen zivilisierter Staaten vereinbarungskonformen Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften und den Abschluß eines Pandemievertrages.

Es ist mit den Grund- und Freiheitsrechten unserer Verfassung, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, unvereinbar, einer WHO, die von keinem Bürger dieser Welt demokratisch gewählt worden ist, ihrem Generaldirektor, damit den dahinterstehenden selbsternannten arroganten Eliten bei Annahme eines potentiellen oder aktuellen globalen Gesundheitsnotstandes unumschränkte Machtbefugnisse zu verleihen. Kontroll-, Überwachungs- und Sanktionsrechte ohne Überprüfungsmöglichkeit, ohne Verantwortlichkeit und ohne Haftung.

Dieses globalistische Vorhaben, das von Big Pharma, Konzernen und selbstherrlichen Machteliten betrieben wird, muß zur Wahrung der Souveränität der Staaten und zur Wahrung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Würde eines jeden einzelnen Bürgers zu Fall gebracht werden. Wir sind daher heute am 75. Jahrestag der Menschenrechte hier in Karlsruhe zusammengekommen, um ein Postulat der Aufarbeitung, Verantwortlichkeit und Haftbarmachung zu setzen. Die positive Veränderung, die der größte medizinische und rechtliche Skandal seit 1945 hervorgerufen hat, hat längst begonnen.

Wir sind viele, als daß diese Chance zu einer wirklichen politischen und rechtlichen Wende gestoppt oder verwirkt werden könnte. Wir sind viele und wir werden immer mehr. Daher zum Schluß. Wir dürfen niemals vergessen, was geschehen ist. Wir sind jetzt dazu berufen, und wir sind dazu verpflichtet, die Zukunft positiv zu verändern und diesen Weg zu gehen. Das ist unser großes Ziel. Ich danke euch.

Hallo Karlsruhe! Hallo, ihr Verteidiger der Menschenrechte! Ein ganz besonderer Gruß geht an die Freiheitstrieckler. Die sind extra aus der Schweiz hierhergekommen, um in der Tradition der Ahnen die bösen Geister zu vertreiben. Zeigen sie mal, was sie können, da hinten! Wir sind hier auf dem Platz der Menschenrechte versammelt, weil heute vor 75 Jahren die UNO-Generalversammlung den Katalog der Menschenrechte verabschiedet hat. Das sollte eigentlich ein Grund zum Feiern sein.

Aber leider müssen wir feststellen, 75 Jahre sind eine schöne stattliche Zeit, aber man könnte auch sagen, noch nicht einmal 100-jährig und schon werden diese Menschenrechte mit Füßen getreten. Es heißt ganz am Anfang dieses Katalogs von der UNO, alle Menschen verfügen von Geburt an über die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten. Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, das sind die Werte, um die geht es. Wir kommen nachher noch auf einzelne Werte, aber es geht darum, wir haben von Geburt an die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten.

Und warum haben wir diese gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten? Weil wir Menschen sind. Weil wir Menschen sind, haben wir Menschenrechte. Es heißt dort weiter, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Aber erinnert ihr euch daran, wie einer im Fernsehen sagte, wer nicht spurt, ist raus aus dem gesellschaftlichen Leben. Ungeheuerlich so etwas. Wir dürfen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, weil wir Menschen sind. Warum dürfen wir am gesellschaftlichen Leben teilnehmen? Weil wir Menschen sind.

Genau. Es heißt dort auch, niemand darf willkürlich festgenommen und in Haft gehalten werden. Aber wir stellen fest, daß die Justiz zu einer politischen Waffe geworden ist. Denken

wir an Michael Ballweg, neun Monate Gefängnis und am Schluß reicht es nicht mal für eine Klage. Warum darf uns niemand willkürlich festnehmen und einsperren? Weil wir Menschen sind. Warum darf uns niemand willkürlich einsperren? Weil wir Menschen sind. Es heißt dort auch, niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Wohnung, seine Familie und seinen Schriftverkehr, Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Wie ist das mit diesem Denunziantentum? Erinnert ihr euch an die Einschränkungen der Besuchsrechte in Spitälern, ja selbst in euren Wohnungen und Häusern - haben sie uns gesagt, wie viele Leute wir einladen dürfen. Wir mußten uns ausweisen, wenn wir ein Restaurant besuchen wollten. Warum sind solche Beschränkungen und Einschränkungen nicht zulässig? Weil wir Menschen sind! Genau, geht ja. Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, die ist gewährleistet. Aber selbst dort haben sie uns angegriffen. Selbst Gottesdienste wurden Beschränkungen auferlegt, kleine Kreise und so weiter. Warum ist die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleistet? Weil wir Menschen sind!

Dann kommt noch ein weiteres wichtiges Menschenrecht dazu, das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit und Meinungsäußerung. Im deutschen Grundgesetz ist es sogar noch viel einfacher formuliert. Zensur findet nicht statt. Das ist so einfach, damit es sogar Politiker verstehen sollten. Aber was ist mit Julian Assange? Dort drüben ist der Wagen und andere Leute, die gecancelt werden, die ausgegrenzt werden. Warum haben wir eine Meinungsäußerungsfreiheit? Warum müssen wir auch Dinge sagen können, die den Regierenden gegen den Strich gehen? Weil wir Menschen sind! Genau.

Und warum dürfen wir uns hier auf diesem Platz versammeln, ohne irgendwelche Einschränkungen? Weil wir Menschen sind! Ganz genau. Und von diesem Recht machen wir Gebrauch. In unserer Schweizer Bundesverfassung findet sich der schöne Satz: "Daß frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht."

Vielleicht eine der wichtigsten Botschaften ist, wir als Menschen sind keine Objekte. Wir sind keine Verhandlungsmasse, die sich von rechts oder nach links schieben läßt. Auch darum geht es bei diesen Strafanzeigen heute. Und jeder von euch kann diese Strafanzeige unterstützen. Dort drüben auf der anderen Seite ist ein Bus. Und hier werden auch solche Karten verteilt, die ich hier hochhalte. Darauf steht, ich erstatte Anzeige wegen Verdachts auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Jeder, der das unterstützen möchte, kann auch hinten beim Bus seine Unterschrift darunter setzen. Wichtig ist dabei, Name und Adresse ebenfalls einzufügen, damit sie vollständig ist. Das kann auch gleich noch beim Aufzug passieren. Einfach schon mal als Ankündigung. ...

So, wollen wir noch eine Aktion alle zusammen machen? Seid ihr alle da? Karlsruhe. Wir machen das ja fast bei jeder Großveranstaltung, bei jedem großen Aufruf. Tobias, ich brauch' dich bitte ganz kurz. Also, alle Hände mal hoch. Alle Hände mal hoch. Ich hoffe, daß es hält. Also, ich ruf' Frieden. Ihr ruft Freiheit. Frieden - Freiheit. Danke! Bitte!

So. Alle wieder wach? Hallo Karlsruhe. Wunderbar. Eben habe ich davon gesprochen, daß es Ärztinnen und Ärzte gibt, die den Mut hatten, ihrem Eid gemäß dem Nürnberger Kodex folgend ihre Arbeit gemacht haben. Bis heute laufen diverse, viele Strafverfahren gegen sogenannte kritische Ärzte. Eine Bemerkung, weil ich gesehen habe, der SWR ist hier. Lieber SWR, ich freue mich sehr. Und es wäre wunderbar, wenn sich nicht alles auf eine Person konzentriert in der Berichterstattung, die auch hier neben der Bühne stand, sondern daß ernst genommen wird, was Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen hier sagen.

Wir sagen das nicht einfach aus Jux und Tollerei. Da steckt Substanz hinter und wir können

das beweisen. Und um dem vorzubeugen, mir persönlich ist es vollkommen egal, ob ihr mich als rechts, rechtsradikal, links, linksradikal bezeichnet. Ich bin ein Mensch. Ich habe Werte und ich habe Menschenrechte. Und darauf poche ich. Und eine mutige Ärztin ist heute zu uns gekommen, die mal kurz berichten will aus der Praxis, was das mit Menschen macht, was hier eigentlich passiert. Ich darf ganz herzlich begrüßen Perin Dinekli.

Ja, mein Name ist Perin Dinekli. Ich bin Allgemeinärztin mit Schwerpunkt klassische Homöopathie in Offenburg. Und ich bin seit Anfang der Krise auf der Straße. Ich singe auch, habe Protestlieder gemacht und war auf vielen Demos und habe aufgeklärt. Und im September 2020 hatte ich eine Razzia, so wie die meisten kritischen Ärzte in meiner Praxis.

Und acht Wochen später hatte ich einen Strafbefehl über 150 Tagessätze, also fünf Monate Gefängnis oder eben 22.500 Euro für das Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse, wider besseren Wissens zwecks, Täuschungen in Rechtsangelegenheiten, sprich Maskenbefreiungsatteste. Genau.

Und die Praxis ist, die gängige Praxis, daß wir alle verurteilt werden wegen jedem einzelnen Attest, das wir ohne körperliche Untersuchung ausgestellt haben. Wobei uns im Sommer 2020 den Ärzten gesagt wurde, die Pandemie sei ja so gefährlich, daß der direkte Patientenkontakt zu vermeiden sei und selbst Krankmeldungen nur nach telefonischer Rücksprache ausgestellt werden.

Und das haben wir natürlich auch, in dieser heißen Zeit, mit Maskenbefreiungsattesten gemacht, selbstverständlich. Zumal viele Menschen, also die meisten Ärzte, haben sich zu der Zeit schon geweigert, grundsätzlich Maskenbefreiungsatteste auszustellen. Selbst bei ihren eigenen Patienten mit Asthma oder schweren Herzkrankheiten. Und diese Patienten sind natürlich aus ganz Deutschland zu uns sehr wenigen Ärzten im Vergleich zu den vielen, die angepaßt waren, gekommen, die sich geäußert haben. Und haben verzweifelt um Maskenbefreiungsatteste für sich oder ihre Kinder gebeten.

Und selbstverständlich haben wir die ausgestellt, da ja jeder Mensch unter einer Maske, wenn er sie stundenlang trägt, einen Sauerstoffmangel hat. Das ist eigentlich, dafür braucht man gar nicht studiert zu haben oder irgendwie wissenschaftlich sozusagen sich auszukennen. Und gleichzeitig eine Hyperkapnie, also ein zu viel an Kohlendioxid. Und er hat sozusagen eine mehr oder weniger schwere CO₂-Vergiftung. Und das macht diverse Symptome wie Atemnot, Panikattacken, Kopfschmerzen, Schwindel, irgendwelche Gefühle aus dem Körper rauszutreten, wie auch immer.

Das sind alles Symptome, die wir sowieso nicht mit einer körperlichen Untersuchung verifizieren könnten. Nichtsdestotrotz werden wir alle verurteilt wegen Attesten ohne körperliche Untersuchung. Und die Richter sagen alle zu Beginn der Verhandlung, ich hatte jetzt gerade meine Verhandlung, vier Prozeßtage, hier ist es nicht Gegenstand der Verhandlung, ob die Masken schädlich sind oder nützen.

Ich wurde Anfang 21 schon aufgefordert, nach meinem Strafbefehl, meine Approbation, doch freiwillig abzugeben, da ja der Verdacht bestünde, daß ich unwürdig und unzuverlässig in meiner Persönlichkeit und charakterlich für den Arztberuf nicht geeignet sei. Das habe ich natürlich nicht gemacht. Dann wurde ein Berufsrechtsverfahren eingeleitet.

Und dann hat man mir noch mal ein Ultimatum gestellt und gesagt, ich soll doch eine eidesstattliche Erklärung unterschreiben, daß ich keine Maskenbefreiungsatteste mehr ausstellen werde, damit sie mir nicht die Approbation bis zum Ende des Strafverfahrens, was ich jahrelang hinziehen kann, stillegen. Das habe ich nicht gemacht. Ich habe dafür ein Lied geschrieben und einen Brief an die Approbationsbehörde. Einen langen Brief, der Ähnliches sagt wie in diesem Lied.

Ärztliche Berufsordnung. Ärztinnen und Ärzte üben ihren Beruf nach ihrem Gewissen, den ethischen Grundsätzen, der ärztlichen Ethik und ihrem besten Wissen und Gewissen aus. Sie

dürfen dabei keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit dieser Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung sie nicht verantworten können. Ich werde meine medizinischen Fähigkeiten nicht anwenden, um Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten zu verletzen.

Zu uns gekommen ist ein weiterer Rechtsanwalt, ebenfalls bei den Anwälten für Aufklärung. Einer von der Front. Edgar Simon, herzlich willkommen. Danke. Meine lieben Leute, vielen Dank, daß ihr mir schon Applaus zollt, bevor ich was gesagt habe. Aber ich werde jetzt ein bißchen was sagen. Und zwar möchte ich euch ganz kurz einen kleinen Hintergrund schildern, als das alles losging.

Mein Thema sind heute die Kinder, die ich hier in fünf Minuten abhandeln möchte, obwohl es darüber stundenlang was zu erzählen gäbe. Es geht damit los, daß ich etwas zitieren möchte aus einem FDA-Symposium vom 26.10.2021. Dort gab es, um euch mal die Skrupellosigkeit dieser Menschen, die das hier alles vom Zaun gebrochen haben, vor Augen zu führen, eine Besprechung, ob man den Impfstoff auf Kinder im Alter zwischen fünf und elf Jahren loslassen soll.

Und ich zitiere hier den Dr. Eric Rubin. Das ist der Chefredakteur des New England Journal of Medicine, das im Übrigen auch die Pfizer-Studien veröffentlicht hat. Der hat in diesem Symposium Folgendes gesagt. Wir werden nie erfahren, wie sicher dieser Impfstoff ist, wenn wir nicht anfangen, ihn zu verabreichen. Das ist einfach der Lauf der Dinge.

Es geht noch weiter, meine lieben Freunde, und es wird völlig skrupellos, wenn ich das weiterlese. Auf diese Weise haben wir auch von seltenen Komplikationen bei anderen Impfstoffen wie dem Rotavirus-Impfstoff erfahren. Und ich denke, wir sollten für die Zulassung stimmen. In diesen Worten liegt eine Menschenverachtung, die ihresgleichen sucht. Und solche Leute stecken hinter dem, was hier passiert ist.

Und ich kann euch noch was anderes erzählen. Ich bin nämlich viel in Gerichten unterwegs und schütze dort die Kinder, deren Eltern, manchmal auch die Kinder selber, von Bußgeldern betroffen sind. Ich spreche kurz einen Fall an, den ich selbst erlebt habe. Ich war dort Verteidiger für einen Jugendlichen, der 14 Jahre alt ist, und dessen Mutter. Und es ging um die Frage, soll der junge Mann Maske tragen in der Schule oder nicht? Und der Richter sagte, wieso denn? Das machen alle anderen doch auch, und das ist doch völlig ungefährlich. Daraufhin habe ich dem Richter, einem bayerischen Richter in einem Amtsgericht, möchte ich da hinzufügen, gesagt, lieber Herr Vorsitzender, es ist so, daß die Masken nichts wirken und außerdem auch noch gefährlich sind.

Und jetzt kommt der Satz, der diese Skrupellosigkeit in die deutschen Gerichte hineinträgt. Dieser Richter sagte wortwörtlich, wie soll ich wissen, ob die Masken gefährlich sind, bevor nicht zwei Kinder tot vor mir liegen. Das sind die Worte eines deutschen Richters aus Bayern, möchte ich dazu sagen. Ich war zutiefst entsetzt, ich war sprachlos, ich konnte nicht mal mehr einen Befangenheitsantrag stellen, weil ich moralisch dermaßen am Boden war, daß ich gar nicht wußte, wie ich darauf reagieren soll.

Aber das steht in diametralem Gegensatz zu dem, was dieser Richter mal geschworen hat. Denn hier gibt es einen Aspekt, den diese Richter mittlerweile vollkommen vernachlässigen. Und das ist ihr Gewissen. Sie haben nämlich nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen. Nicht nur nach Wissen, was in den Vorschriften steht, sondern auch danach, was ihnen ihr Gewissen sagt. Und wenn ein solcher Richter vor mir sitzt und einen solchen Satz sagt, dann weiß ich, daß er entweder kein Gewissen mehr hat oder aber, daß man ihn in irgendeiner Weise dazu gebracht hat, solche Sachen zu sagen. Unvorstellbar, was hier passiert.

Ich bin auch ein Rechtsanwalt, der die Soldaten verteidigt. Und dort gibt es ja die wunderbare Duldungspflicht. Es gibt einen Aspekt in dieser Duldungspflicht, der bisher von keinem Gericht beachtet worden ist. Und zwar die Tatsache, daß es zwei Pflichtenkreise für Soldaten

gibt. Ich schwenke mal zu den Soldaten über, weil die mir auch am Herzen liegen. Der eine Pflichtenkreis ist das Verhältnis des Soldaten zu seinem Vorgesetzten. Wenn der ihm befiehlt, geh zum Impfen, dann mag das so sein, daß der Soldat zum Impfen gehen muß.

Aber muß er sich auch impfen lassen, wenn er der Duldungspflicht gehorcht? Denn die Duldungspflicht bedeutet, daß er sich gegen seinen Willen, und so steht es auch im Gesetz, dieser Impfung aussetzen muß. Und jetzt kommt der Pflichtenkreis des Arztes. Wenn der Soldat im Sanibereich auftaucht und sagt, ich genüge meiner Duldungspflicht, um mich impfen zu lassen, dann darf der Arzt eigentlich nicht impfen. Denn er weiß, daß die Duldungspflicht gegen den Willen des Soldaten erfolgt. Ansonsten wäre es ja freiwillig. Und das ist ein Widerspruch, den bisher kein Gericht angefaßt hat.

Und das liegt einfach daran, daß sie sich sklavisch an die Vorschriften halten. Sie gehorchen einfach nur noch dem, was im Gesetz steht. Sie haben nach meiner Auffassung kein Gewissen mehr. Denn das ist das Einzige, was uns davor rettet, daß wir hier in diesem Staat nicht als Menschen komplett untergehen. Denn was für ein Menschenbild ist das denn, wenn dort ein Soldat steht und sagt, ich habe Angst um mein Leben? Nicht, weil ich in einen Kugelhagel muß, sondern weil man mir was injiziert, was selbst nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts irreversible Schäden auslösen kann. Denn eine solche Impfung ist irreversibel.

Ich möchte aber jetzt die Gelegenheit nutzen, weil alle Anwälte, die hier sind, auf die Bühne zu bitten, diejenigen, die vor Gericht sich leider täglich Schlappen einhandeln, häufig rechtliches Gehör nicht bekommen und trotzdem nicht aufgeben. Vielleicht mögt ihr einfach hochkommen. Die sind echt. Das sind keine Fake-Anwälte, die sind wirklich echt. Der Tobias hier ist übrigens auch Rechtsanwalt.

Den Dank möchten wir an die Menschen zurückgeben, die am 10. Dezember bei eisigen Temperaturen nach Karlsruhe gekommen sind, Gesicht zeigen und uns hier in unserer Arbeit unterstützen. An euch ein herzliches Dankeschön. Ich nehme mir gerade raus, drei kurze Geschichten zu erzählen. Von einer Büroangestellten, die sich nicht hat impfen lassen wollen, der nahegelegt wurde, doch in eine psychiatrische Anstalt zu gehen, die gebeten wurde, ihre Sachen zu packen und ins Homeoffice zu verschwinden. Sämtliche Kollegen haben schweigend daneben gestanden. Niemand hat widersprochen.

Ich möchte an diejenigen erinnern, die noch zur Schule gegangen sind. Eine Schülerin, 17 Jahre alt, hat zwei Jahre Unterricht in einem Plexiglaskasten bekommen. Im Klassenraum. Sie hat sämtliche sozialen Kontakte verloren und baut sich gerade ihr Leben neu auf. 17 Jahre alt. Und dann bitte ich allemal, sich ein siebenjähriges Mädchen vorzustellen. Sieben Jahre alt. Dieses Mädchen trug eine Maske. Entwickelte unter dieser Maske Hautausschlag, blutig, bekam ein Maskenattest. Und die Lehrerin erkannte es nicht an. Das Kind wurde nach Hause geschickt. Und gleichaltrige Mitschülerinnen und Mitschüler verfolgten sie nach Hause und schrien ihr, Mörderin hinterher. Wenn das nicht unglaublich ist.

Ich habe diese Geschichte auf Twitter veröffentlicht. Und was mich noch viel mehr erschöpft hat und berührt hat, waren die Kommentare. Das würde alles nicht stimmen. Geschichten aus dem Paulaner Garten. Ich versichere anwaltlich, das ist wahr. Und ich möchte an dieser Stelle, daß wir vielleicht eine Minute innehalten und den Menschen gedenken, die bis heute unter den Folgen dieser Politik, dieser Maßnahmen leiden.

Liebe Freunde, liebe Kollegen, hallo Karlsruhe! Viele von euch sind heute bereits das vierte Mal hier. Das ist gut so. Es gab sie ja schon dreimal diese Protestveranstaltungen damals der Anwälte für Aufklärung vor dem Bundesverfassungsgericht im Dezember 20, am 17. Juni 21 und im März 22. Eure Teilnahme heute zeigt den Verantwortlichen der Corona-Maßnahmen der letzten dreieinhalb Jahre, daß wir nicht aufgeben, daß wir nicht lockerlassen, daß wir nicht aufhören, das staatliche Unrecht, aber auch die Fehlurteile der Justiz Tag für Tag zu benennen und aufzuklären.

Und deshalb ist es gut so, ist es wichtig, daß wir heute viele sind und genau das einfordern. Am 19. Dezember 2020 waren wir ca. 50 Rechtsanwälte und vielleicht 150 oder 200 Teilnehmer. Zwei Jahre später waren es schon 2000. Und heute ist es eine Vielzahl davon. Und das ist gut so. Danke an euch alle, die ihr heute aus nah und fern hierhergekommen seid. Danke, Karlsruhe!

Liebe Freunde, man darf nicht einfach den Mantel des Schweigens oder den Mantel des Vergessens über das Unrecht der letzten dreieinhalb Jahre legen. Das hätten sie gerne, diese vergeßlichen Scholz-Politiker, diese Landesfürsten der illegalen Ministerpräsidentenkonferenz. Illegal, weil im Grundgesetz nicht weil im Grundgesetz nicht vorgesehen.

Es bleibt erbärmlich, was die Politik in diesen Tagen uns zu bieten hat. Und wer geglaubt hat, die Justiz hätte getreu nach dem Gewaltenteilungsprinzip da korrigierend eingegriffen, der sah sich sehr schnell bitter enttäuscht und rasch eines Besseren belehrt. Nicht ohne Grund, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir schon im Dezember 2020 und auch in den Jahren danach immer wieder gefordert, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, seinen Hut nehmen möge und zurücktreten möge.

Allein im Jahr 2020 gingen beim höchsten deutschen Gericht in Karlsruhe 239 Verfassungsbeschwerden ein und weitere 72 isolierte Eilanträge gegen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Die Karlsruher Richter gaben in diesem Jahr genau drei Anträgen statt. Was für eine vernichtende, was für eine niederschmetternde Quote. Das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit, vor allem in das Bundesverfassungsgericht, ist noch nie zuvor in dieser Art und Weise erschüttert worden. Ganz besonders schlimm am 10. Februar 2022, als das Bundesverfassungsgericht, der erste Senat, einen Eilantrag zur vorläufigen Aussetzung der Impfpflicht im Gesundheitswesen ablehnte.

Zwei Monate später dann der nächste Rechtsbruch vom Bundesverfassungsgericht: die Verlängerung der Impfpflicht für Angehörige des Gesundheitswesens. In jedem Fall hat das Bundesverfassungsgericht damit unzulässige, unzählige berufliche Existenzen im deutschen Gesundheitssektor vernichtet, unzählige Existenzsorgen herbeigeführt, Menschen in die Verzweiflung getrieben, unzählige Menschen in die zum Teil tödliche Impfung getrieben und selbst für den Gesundheitsnotstand in Deutschland gesorgt. Das ist unzulässig in Deutschland, Herr Harbarth! Die Zeit der historischen Aufarbeitung wird kommen.

In Deutschland werden bis heute kritische Ärzte angeklagt und zu hohen Haftstrafen verurteilt, nur weil sie ihre Patienten schützen, weil sie unter Hinweis auf ihren ärztlichen, hippokratischen Eid Maskenbefreiungssatteste zum freien Atmen ausstellen. Diese Welle der Kriminalisierung gegen die kritischen Ärzte muß aufhören! Ich fordere deshalb eine Einstellung aller Straf- und Bußgeldverfahren, auch für Deutschland. Nie wieder dürfen sich in Deutschland die Jahre 2020 bis 2023 wiederholen. Nie wieder! Wehren wir uns gegen die Anfänge und Fortsetzungen! Dafür stehen wir heute in Karlsruhe.

So ist das in diesem ordnungsverliebten Land. Jetzt freue ich mich, daß Chris Moser uns wieder Einblicke in den deutschen Rechtsstaat geben wird. Hallo Chris.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren vieles gelernt. Wir lernten, was Angst mit Menschen macht. Wir lernten, wie Menschen aus Angst gegeneinander aufgebracht werden und unversöhnlich gegeneinander stehen. Wir lernten, wie eine Politik der Angst sich gegen das eigene Volk richtete. Und wir lernten, wie Angst selbst die Justiz in ihren Bann zog. Die Opfer dieser Politik der Angst waren nicht bloß diejenigen, die die Regierung kritisierten und dafür von dieser Regierung beschimpft, von der Polizei mißhandelt und von der Justiz kriminalisiert wurden, sondern vor allem diejenigen Menschen, die im Angesicht der Angst ihren Willen zur Selbstbehauptung preisgaben.

Wir standen dagegen auf mit der Wahrheit, nicht mit unserer Wahrheit gegen die Wahrheit der anderen, sondern mit einem Heer von Wissenschaftlern aus aller Welt gegen eine Hand-

voll Experten, deren Meinung nicht hinterfragt werden durfte. Wir lernten aber, daß die Wahrheit nichts hilft, wenn sie nicht zu ihrem Recht kommt. Tausende und abertausende Bürger rannten gegen die Mauern an, die die Politik der Angst vor dem Recht hochgezogen hatte. Die Gerichte blieben taub vor dem grundlegenden Rechte aller. Wir müssen aber standhaft bleiben, weil es ohne Einigkeit kein Recht, ohne Recht keine Freiheit und ohne Freiheit kein Leben gibt.

Darum müssen diejenigen, die die Grundrechte außer Kraft setzten, zur Verantwortung gezogen werden. Nun wird mancher von euch sagen, das bringt doch nichts, das wird ja eingestellt. Vielleicht. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Jede Entscheidung zur Einstellung muß von einem Staatsanwalt verfügt werden. Und jede Entscheidung, ein solches Verfahren einzustellen, lastet auf dem Gewissen dieses Staatsanwaltes.

Selbst dann, wenn er sich dessen nicht bewußt ist. Wir werden weiterkämpfen und vor der Geschichte Zeugnis ablegen, daß das Recht noch lebt. Das Recht lebt so lange, wie ein Träger des Rechtes noch lebt. Wir alle sind die Träger des Rechtes dieses Landes. Und wir werden nicht ruhen, als bis dieses Recht wieder zu seiner Geltung kommt. Das Recht lebt in uns. Wenn wir nur standhaft bleiben, dann wird das Recht dereinst auch um uns wieder leben. Danke.

Die Rechtsanwälte haben eine sehr wichtige Rolle, weil sie nämlich im Gerichtssaal mit Liebe, Hingabe und Weisheit die Herzen der Richter erreichen können. Das ist unsere Aufgabe, die Herzen der Richter zu erreichen. Das ist unsere Aufgabe. Es wird nur über die Liebe zu den Menschen gelingen, sie zu überzeugen. Wenn wir nur Schriftstücke einreichen, wird es uns nicht gelingen. Wir müssen die Herzen, die verhärtet sind bei den Richtern, müssen wir erreichen. Und das können wir nur durch stetigen Vortrag.

Und daß wir natürlich die Prozeßordnungen dazu ausnutzen, in den Dialog zu kommen und den Dialog mit den Richtern einzufordern. Das ist unsere Aufgabe. Und dafür stehen wir. Der Dialog ist uns nicht möglich in den öffentlich-rechtlichen Medien. Da werden wir nicht zu Gehör kommen. Der Gerichtssaal ist die einzige Stätte in dieser Zeit, in den Dialog zu kommen. Deswegen verrammeln sie die Türen, wie in Mannheim zum Beispiel: Daß sie die Personalausweise fotokopieren, einscannen, um Hindernisse zu schaffen, daß die Öffentlichkeit das alles mitbekommt. Die Handys werden abgenommen.

Es wird alles dafür gemacht, daß der Gerichtssaal nicht zum Tribunal wird. Aber er wird zum Tribunal werden, wenn wir standhaft sind dort. Und wenn wir angegriffen werden, wenn die Ärzte angegriffen werden, die Soldaten, die Leute, die Maskenatteste bekommen haben, dann sind wir in einer sehr guten Position, weil nämlich wir in das Gericht hineinkommen und die Staatsanwälte und die Richter müssen darüber verhandeln. Und wir können alle unsere Argumente ausbreiten, auch wenn sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen.

Aber wir halten dagegen. Wir haben vier Jahre, vier Jahre dieses System ertragen, vier Jahre! Es ist uns leider nicht gelungen, Institute zu schaffen, die ihre Institute, die gar nichts gebracht haben, wie das Robert-Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut - sie ermitteln überhaupt nichts. Sie liefern keine Daten. Das haben wir zu machen. Wir haben diese Institutionen als Bürger ins Leben zu rufen. Dafür haben wir Spenden einzusammeln.

Und das wird die Zukunft bringen: Daß wir nämlich eigenständige Institute haben, die zum Beispiel Rattenversuche machen, die das alles aufdecken können, die die Pathologie unterstützt. Das ist mein Wunsch an euch. Unterstützt diese Leute, die wissenschaftlich arbeiten, die uns voranbringen, so daß wir auch Beweismittel im Gerichtsverfahren haben. Danke, daß ihr so zahlreich in Karlsruhe da seid. Wir werden siegen. Die Wahrheit siegt immer!

Von allen Anwältinnen und Anwälten waren die letzten drei Jahre extrem anstrengend, frustrierend, nervig. Und jetzt hören wir eine Anwältin, die dann erst richtig anfängt, wenn

alle frustriert sind. Wenn alle denken, es geht nicht mehr, dann kommt eine Frau mit einer unglaublichen Fachkompetenz als Fachanwältin für Medizinrecht, Bestseller-Autorin, wahn-sinnig viel Energie, energisch, klar und vor allem immer menschlich. Und vor allem immer dem Menschen zugewandt mit unglaublichem Einsatz für all ihre Mandate. Einen herzlichen Applaus bitte für Beate Bahner.

Wir haben uns hier in Karlsruhe versammelt in der sogenannten Residenz des Rechts. Und ich habe meiner Rede die Überschrift gegeben, wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Wann wird Recht zu Unrecht? Wann müssen wir Bürger Widerstand leisten, um dem Recht wieder zur Geltung zu verhelfen? Wie es uns das Grundgesetz selbst in Artikel 20 Absatz 4 aufgibt. Recht wird dann zu Unrecht, wenn ein Gesetz, eine Verordnung oder ein Gerichtsurteil entweder fundamental gegen allgemeine Prinzipien der Gerechtigkeit verstößt oder die Menschenwürde zutiefst verletzt. Das darf in einem Rechtsstaat eigentlich schon nicht passieren.

Denn sowohl die Gesetzgebung als auch die Exekutive sind an Recht und Gesetz gebunden. Zumindest die Gerichte müssen dann ein solches Unrecht feststellen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Wie schmerzlich vermissen wir Bürger und Juristen seit Ausrufung von Corona eine solche klare und kompromißlose Rechtsprechung. Eine Rechtsprechung, die das Recht insbesondere auch dann zwingend zu Unrecht erklärt, wenn es die Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde, zutiefst verletzt. Denn eines der weiteren fundamentalen Prinzipien des Rechts ist die Achtung der Menschenwürde. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Dieses ethische und rechtliche Prinzip ist als Grundprinzip zeitlos. Die Menschenwürde ist als zentraler Wert der deutschen Verfassung und aufgrund der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes, Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz, auf ewig absolut unantastbar! Die Achtung der Menschenwürde verbietet es dem Staat, den Menschen zum bloßen Objekt des staatlichen Handelns zu machen. Doch wann behandelt der Staat den Menschen als bloßes Objekt?

Wenn er ihm das eigene Denken, das selbstbestimmte Handeln und die freie Entscheidung abspricht, wenn er ihm beispielsweise nicht mehr gestattet, sich ungehindert, aus allgemein zugänglichen Quellen, zu informieren. Wenn der Staat umgekehrt seine Bürger jedoch nicht, nicht umfassend oder gar falsch informiert und die Bürger daher eine Fehlentscheidung treffen, die sich gravierend auf ihr Leben und ihre Existenz auswirkt.

Oder wenn der Staat seine Bürger sogar zwingt, medizinische Behandlungen zu dulden, die weder wirksam noch sicher sind. Dann spricht der Staat dem Menschen seinen Wert und seine Würde ab. Denn dann verhindert der Staat bewußt, daß der Mensch seine wesentlichen Lebensentscheidungen auf Basis seiner eigenen Überlegungen und seines eigenen Verstandes trifft. Damit verletzt der Staat nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des Menschen als eines der wesentlichen Ausprägungen der Menschenwürde. Er verletzt auch das vom Bürger in den Staat gesetzte Vertrauen. Daß der Staat sich nämlich schützend vor ihn stellt und nicht etwa selbst dessen Grundrechte verletzt.

Wenn der Staat dieses Vertrauen verletzt oder gar mißbraucht, dann wird Recht zu Unrecht. Auch dieses Unrecht ist dann nicht bindend, nicht wirksam, nicht gültig. Selbst wenn es, wie bei Corona, jahrelang angewendet und befolgt wird. Denn jeder Rechtsstaat basiert neben dem Rechtsprinzip der Gerechtigkeit fundamental auch auf dem Prinzip des gegenseitigen Vertrauens.

Einerseits muß der Staat auf die Redlichkeit und Integrität seiner Bürger vertrauen dürfen. Andererseits müssen auch die Bürger bedingungslos darauf vertrauen dürfen, daß der Staat seinerseits redlich handelt und seine Bürger vor Menschenrechtsverletzungen schützt. Und daß in einer Aussage oder Handlung des Staates keine Täuschung oder Unwahrheit liegt, so daß der Bürger sein eigenes Handeln schadlos danach ausrichten kann.

Das bedeutet, daß staatliches Handeln auf Basis zutreffender Tatsachen und wissenschaftlich fundierter Informationen zu erfolgen hat und nicht etwa auf dubiosen und einseitigen Spekulationen, Hochrechnungen, Schätzungen und Modellierungen zu Lasten der Bürger. Vertrauen ist damit sowohl die Grundlage als auch der wesentliche dauerhafte Klebstoff für alle Beziehungen jedweder Art. Vertrauen ist also weit mehr als nur ein privates Vergnügen oder ein privates Risiko. Und auch weit mehr als ein psychologisches oder soziologisches Phänomen.

Vertrauen ist eine absolut zwingende und konstituierende Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft und einen funktionierenden Rechtsstaat. Wenn der Staat das Vertrauen seiner Bürger mißbraucht und seine Maßnahmen mit irreführenden oder gar bewußt falschen Annahmen begründet, dann wird Recht zu Unrecht. Und jetzt ein paar Beispiele, die für mich aus Recht Unrecht gemacht haben. Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat Millionen Kinder, Jugendliche und bestimmte Berufsgruppen plötzlich zu einer Masernimpfung zwingt, obwohl es laut RKI jährlich etwa 10 Masernerkrankungen gibt, diese typische Kinderkrankheit also ausgerottet ist und im Übrigen nie tödlich und fast nie schwer verläuft.

Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat ein Erkältungsvirus zu einem Killer-Virus erklärt und drakonische Maßnahmen ergreift, obwohl das RKI selbst von Anfang an bestätigt, daß an Corona erkrankte Menschen zu 99 % Erkältungssymptome haben. Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat den Menschen millionenfach, allein aufgrund seines Menschseins oder seines Kontakts zu anderen Menschen, zur potentiellen tödlichen Gefahr erklärt und ihn für mehrere Wochen einfach in Quarantäne absondert.

Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat, aufgrund der Behauptung eines pandemischen Ausnahmezustands, die Impfstoffhersteller von allen Sicherheitsmaßnahmen des Arzneimittelrechts befreit und dies den Bürgern vollständig verschweigt.

Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat Millionen Menschen verpflichtet, sich mit Covid-Impfstoffen impfen zu lassen, deren Zulassung nachweislich betrügerisch erschlichen wurde und deren Sicherheit nie geprüft wurde. Durch all solche Handlungen, Maßnahmen und Behauptungen wird Recht zu Unrecht, haben die hierfür verantwortlichen Politiker, Abgeordneten und Richter unseren Rechtsstaat in einen Unrechtsstaat verwandelt. Zur Wiedergutmachung dieses schweren staatlichen Unrechts und dieses beispiellosen Vertrauensmißbrauchs stelle ich folgende Forderungen.

Ich fordere eine schonungslose Aufarbeitung der Rechtmäßigkeit und Auswirkungen der Corona-Maßnahmen durch unabhängige Untersuchungsausschüsse und eine Rechenschaft über die Pandemiekosten von 440 Milliarden Euro.

Ich fordere eine unerbittliche Sanktionierung in jedem Fall von Lug, Betrug und Korruption rund um die Corona-Maßnahmen und die Impfungen und vorab die Schaffung von unabhängigen Staatsanwaltschaften.

Ich fordere die Abschaffung aller Institutionen, die die Täuschung und Irreführung der Bürger nicht verhindert und möglicherweise sogar mitgetragen haben. Das sind insbesondere: das Robert-Koch-Institut, die STIKO und das Paul-Ehrlich-Institut sowie die EMA als Europäische Zulassungsbehörde für die Covid-Impfstoffe.

Ich fordere die Aufhebung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht und die Aufhebung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Duldungspflicht der Covid-Impfung durch die Soldaten.

Und ich fordere die sofortige Beendigung der Covid-Impfungen in der Bundeswehr.

Ich fordere die Aufhebung aller Strafurteile und Bußgeldbescheide mit Corona-Bezug und eine angemessene Entschädigung aller Betroffenen sowie die Aufhebung aller sonstigen belastenden Corona-Maßnahmen, etwa Disziplinarmaßnahmen und ähnliche, gegen die verfolgten Lehrer, Polizisten, Pfarrer, Soldaten und Ärzte.

Ich fordere eine vollständige Beweislastumkehr bei allen Covid-Impfschäden zu Lasten der Impfstoffhersteller, nachdem deren Impfstoffe bis heute als sicher und wirksam garantiert werden, d.h. die Hersteller müssen nachweisen, daß ein Gesundheitsschaden nicht auf der Impfung beruht und nicht etwa umgekehrt. Ich fordere die Feststellung der Nichtigkeit aller EU-Verträge mit den Impfstoffherstellern über die Covid-Impfstoffe, weil diese milliarden-schweren Verträge massiv gegen fundamentale Rechtsprinzipien verstoßen.

Und ich fordere von den Impfstoffherstellern, die Einrichtung eines Entschädigungsfonds in Höhe von mindestens 60 Milliarden Euro für die hunderttausende Menschen, die wegen der zahlreichen Verstöße der Hersteller gegen das Arzneimittelrecht teilweise schwerste Impfschäden erlitten haben.

Ich fordere all dies auch, um ein solches Ausmaß des Unrechts künftig ein für alle Mal zu unterbinden. Denn Corona war keinesfalls ein einmaliger Ausnahmezustand. Ganz im Gegenteil. Corona war nur der Anfang eines skrupellosen Mißbrauchs des Pandemiebegriffs und eines scheinheiligen Schutzes der Gesundheit durch den Staat und die WHO. Die WHO plant schon im kommenden Mai 2024 in Genf die Verabschiedung zweier sehr einschneidender Rechtsvorhaben. Und zwar den ungeheuerlichen diktatorischen Pandemievertrag einerseits und die totalitäre Verschärfung der bereits existierenden internationalen Gesundheitsvorschriften andererseits.

Auf Basis der skrupellosen Behauptung von Pandemien durch die WHO wird damit internationales Recht nicht nur zu internationalem Unrecht, sondern, nach meiner großen Sorge, sogar zu internationalem Pandemie-Terror. Es sei denn, wir Bürger aller Nationen leisten hiergegen in den nächsten Monaten entschiedenen Widerstand. Ich selbst schreibe aktuell ein Buch zu diesem Thema. Auch dieses Buch wird Anfang nächsten Jahres hilfreich sein für unseren gemeinsamen Widerstand.

Ich schließe meine Rede in Erinnerung an einen großen Mann, der in jungen Jahren ebenfalls als Anwalt tätig war und der sodann wegen seines jahrzehntelangen friedlichen, aber unerbittlichen Widerstands zu einem beeindruckenden Vorbild des zwanzigsten Jahrhunderts wurde.

Mahatma Gandhi sagte: "Jeder einzelne Mensch, jede einzelne Stimme in einer Gesellschaft ist wichtig. Keiner und keine ist überflüssig oder unwichtig. Wir alle bilden gemeinsam einen Klang. Ja, wir alle bilden gemeinsam einen Klang. Es ist unser gemeinsamer Klang der Wahrheit und der Redlichkeit und damit unser gemeinsamer großer Klang des Rechts und der Freiheit." Danke euch allen dafür.

Vielen Dank, Beate Bahner. Genug der Worte!

Liebe Freunde, wir bitten euch alle jetzt, bei diesem wichtigen historischen Moment kurz innezuhalten und auch mitzumachen. Wir werden jetzt gleich die deutsche Nationalhymne singen und bitten euch alle mitzumachen, bevor es dann zu dem wirklichen historischen Moment kommt. Und darum bitten wir euch.

Deutsche Nationalhymne (3. Strophe)

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

Danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand!

Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand:

Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland!

Wir haben es gerade gehört, Einigkeit und Recht und Freiheit und nicht Uneinigkeit und Unrecht und Unfreiheit. Es war jetzt ein Jahr, wo die Bewegung sich sortiert hat, wo viele Initiativen ein Stück weit auch gegeneinander gearbeitet haben. Ich glaube, viele haben jetzt auch verstanden, es geht nur gemeinsam und deshalb finde ich es so toll, heute so viele unterschiedliche Initiativen auch hier zu sehen.

Ja, 2024 wird die große Herausforderung, uns wieder zu vernetzen, uns weiter zu vernetzen, uns zu vereinen und auch die Demonstrationen wieder ein Stück weit jetzt nicht mehr

dezentral zu machen, sondern zentraler. Ich selber habe immer gesagt, es muß von unten herauswachsen. Ich habe gesehen, es wächst von unten heraus und das finde ich toll. Und da auch einen großen Dank an DEUTSCHLAND STEHT AUF, die jetzt die Demo-Organisationen übernommen haben und das sehr professionell und super machen.

Ihr wißt, mein großes Thema ist das Thema 'Digitale Freiheit'. Wir erleben eine Zensur, die wirklich noch schlimmer wird. Wir haben dieses Problem, daß die Bankkonten gesperrt werden von Organisationen. Das heißt, wir müssen auch da neue Wege gehen und dieses Thema 'Digitale Freiheit' ist für mich 2024 das Kernthema. Natürlich auch die Unterstützung vom ZAAVV, aber auch die Unterstützung von den Demonstrationen.

Und da möchte ich gerne, daß ihr euch auch mental drauf vorbereitet. Wir werden uns verändern müssen, auch digital. Das heißt, wir werden uns vielleicht von Telegram verabschieden und sichere Plattformen auswählen müssen. Wir werden uns von Google und Apple verabschieden müssen, können denen winken und können sagen, ihr könnt uns nicht mehr überwachen.

Also, wir Juristen haben das geprüft. Es waren mehrere Juristen, es waren Staatsanwälte dabei, es waren Richter dabei, es waren Rechtsanwälte dabei. Und wir reichen heute ein: eine Strafanzeige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist heute nur der Anfang. Denn ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung, einen Menschen tötet, es reicht ein (!) Mensch, weil immer wieder gesagt wird, auch die Medien haben mich vorhin interviewt und haben gesagt, ja, aber es sind doch nur so wenige, die davon betroffen sind.

Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet und ein Gesetz ist natürlich systematisch und daß es ein Angriff ist, hat das Bundesverfassungsgericht selber gesagt.

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, diese einrichtungsbezogene Impfpflicht, ist ein zielgerichteter, mittelbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Sie haben dann gemeinsam mit dem Bundesverwaltungsgericht gesagt, es wäre kein Angriff in das Recht auf Leben, weil: Man habe ja nicht vorgehabt, Menschen zu töten. Da sagte mein guter Freund und Jurist, der Kollege Claudio Zanetti, sagte: " Ralf, ich komme mit dem Auto von Zürich nach Karlsruhe und mein Ziel ist es ja, nach Karlsruhe zu fahren, das heißt, ich verpeste ja die Umwelt nicht, weil das habe ich ja nicht vor."

Und genau diese Argumentation hat eben das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht gebracht. Also: Es ist ein zielgerichteter, ein ausgedehnter Angriff, ein systematischer und ausgedehnter, weil es sind ja auch viele, viele hunderttausend Menschen betroffen gewesen, deswegen auch ein ausgedehnter Angriff auf eine Zivilbevölkerung. Und daß Menschen daran gestorben sind, das haben das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut bestätigt.

Das Paul-Ehrlich-Institut, und wir gehen davon aus, daß die Zahlen viel zu gering sind, aber das Paul-Ehrlich-Institut ist am 31.03.2023 von 127 Menschen ausgegangen, die konsistent nach den Regeln der WHO durch die Impfung verstorben sind. 127 Menschen sind 127 Menschen zu viel, weil ein Staat darf keinen unschuldigen Menschen töten und ein Staat darf nicht eine Pflicht machen, bei der er weiß, daß am Ende auch nur ein einziger Mensch schwer an seiner Gesundheit geschädigt sein kann oder sterben kann. Das sind die Worte des Völkerstrafgesetzbuches und genau deswegen machen wir diese Strafanzeige.

Und wenn der Generalbundesanwalt hier nicht ermittelt - Artikel 17 des internationalen römischen Statutes sagt, die Voraussetzung, daß wir nach Den Haag gehen können ist, daß wir zunächst eine Strafanzeige im Mitgliedsstaat, in diesem Fall Deutschland, einreichen. Und wenn der Generalbundesanwalt nicht ermittelt, weil er nicht willens oder in der Lage ist, dann geht die ganze Sache mit Unterstützung, mit internationaler Unterstützung nach Den Haag.

Kollegen aus anderen Ländern werden das Gleiche in ihren Ländern machen.

Der Kollege Michael Brunner hat das gesagt. In Österreich gab es eine allgemeine Impfpflicht. Sie wurde zwar nicht umgesetzt, aber sie wurde zu Gesetz gemacht. Und auch der Versuch eines Verbrechens, lieber Michael, ist strafbar. Und Michael hat gesagt, er wird uns, das ZAAVV, unterstützen. Und er wird in Österreich auch solche Strafanzeigen einreichen. Das Gleiche wird in Italien passieren. Das Gleiche wird in Frankreich passieren.

Überall da, wo man Menschen gezwungen hat, sich zu impfen, werden wir Strafanzeigen einreichen. Und ich werde jetzt hier ganz banal auf den Knopf 'Nachricht senden' klicken. Und wenn ich auf 'Nachricht senden' klicke und das überreicht worden ist, dann ist es beim Generalbundesanwalt. Und der Olli sagte gerade, wir haben 1.000 Postkarten gedruckt. Alle Postkarten sind wieder in den Briefkästen angekommen. Es werden auch noch 1.000 Strafanzeigen von euch übergeben.

Vielen Dank, daß ihr euch daran beteiligt und daß ihr dem Generalbundesanwalt zeigt, die Bevölkerung ist auch dahinter. Wir wollen Aufklärung. Wir wollen, daß dieses Unrecht der letzten drei Jahre nicht einfach so ungeschehen bleibt, daß vor allen Dingen die Verantwortlichen wirklich zur Verantwortung gezogen werden. Vielen Dank dafür, daß ihr alle heute hier seid. Und jetzt klicke ich auf 'Nachricht senden'. Vielen Dank nach draußen. Vielen Dank, Deutschland, daß ihr dabei mitgemacht habt.

Wir wollen das ganz nüchtern angehen. Wir sind Juristen. Wir gehen nach den Regeln des Gesetzes und des Rechts. Und diejenigen, die das Recht brechen, die werden merken, daß die Bevölkerung ein sehr, sehr gutes Gefühl dafür hat, was Recht und was Unrecht ist. Und eine Bevölkerung, die Beate hat es vorhin, glaube ich, gesagt, eine Regierung, die so mit ihrer Bevölkerung umgeht, die verliert das Vertrauen. Und das Wichtigste in einem Staat, in dem wir als Menschen zusammenleben, ist das Vertrauen. Und wir werden dieses Vertrauen wieder zurückholen.

Vielen lieben Dank, daß ihr alle da wart. Aus verschiedenen Parteien haben Bundestagsabgeordnete dagegen gestimmt. Von der Linkspartei eine einzige Person, Frau Sarah Wagenknecht. Von der FDP zwei Personen. Von der CDU, du wirst es, glaube ich, selbst erzählen, genau von der CDU fünf Personen. Und von den Grünen kein einziger. Und ich übergebe jetzt an meinen lieben Freund Clarsen Ratz. Und Clarsen wird jetzt eine Ehrung vornehmen, für die Bundestagsabgeordneten, die damals den Mut hatten, dagegen zu stimmen.

Liebe Mitstreiter, liebe Freunde, es ist wunderbar, hier oben zu stehen und euch alle zu sehen. Ihr seid diejenigen, die mitgeholfen haben, daß diese allgemeine Impfpflicht verhindert wurde, wenn wir auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht damals nicht verhindern konnten. Ich danke euch, daß ihr auf der Straße wart. Und ich danke euch, daß ihr auch heute wieder hier seid. Wenn wir, wie ich schon sagte, auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht leider nicht abwenden konnten. Aber, daß wir diese allgemeine Impfpflicht verhindern konnten, das ist unser gemeinsames Werk. Das ist unser aller Erfolg.

Mit eurer Hilfe auf den Straßen bei den Demonstrationen und mit unserem Widerstand im Parlament haben wir das geschafft. Ich bin voller Zuversicht, daß wir bald einer neuen Zeit entgegen gehen werden. Und ihr seid diejenigen, die sie gestalten werden. Denn ihr seid stark und mutig. Eine Zeit, in der nicht mehr Egoismus und Materialismus im Mittelpunkt stehen, sondern wieder unsere alten Werte gelebt werden. Eine Zeit, in der wir tief verwurzelt sind mit unserer Heimat und in der Empathie und Menschlichkeit die heutige Kälte ersetzen werden.

Sind Sie der Meinung, daß Ihre Interessen von ehrlichen, anständigen, zuverlässigen, intelligenten, kompetenten, gemeinwohlorientierten und von den etablierten Parteien und der organisierten Kriminalität unabhängigen Abgeordneten wahrgenommen werden? Gut, falls nicht, möchte ich an dieser Stelle auf Artikel 20 Grundgesetz verweisen, der sagt, daß in

Deutschland das Volk der Souverän ist. Das heißt, wenn in Deutschland etwas nicht stimmt, tragen wir als Bürger die Verantwortung und nicht die da oben.

Wir haben jetzt mit diesen Strafanzeigen den Aufschlag gemacht. Jetzt dreht sich das Ganze. Wir werden die Menschen, die das getan haben, zur Verantwortung ziehen. Und ich glaube, der Hubert Aiwanger, der hat's gesagt: "Wir holen uns unsere Demokratie zurück!" Vielen Dank, daß ihr da seid.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27823" berichtete am 2. Januar 2024 (x1.350/...): >>ZAAVV Medienkonferenz: Die individuellen Menschenrechte sind und bleiben unverhandelbar!

Individuelle Menschenrechte sollen durch "kollektive Rechte" ausgehebelt werden. Mit Hilfe durch WHO- und WEF-definierter "kollektiver Rechte" soll eine globale Totalentmündigung und -versklavung installiert werden.

Moderatorin: Ja, schönen guten Abend, meine Damen und Herren von der Presse. Ganz besonders Sie begrüße ich heute Abend hier zu unserer Presseerklärung an diesem doppelten historischen Tag: einmal der 75. Jahrestag der Menschenrechte und die Einreichung der Anzeige heute, über die wir auch später noch etwas erfahren werden. Aber wir beginnen erst mal mit Rechtsanwalt Dr. Michael Brunner und Frau Rechtsanwältin Beate Bahner zum Thema WHO-Vertrag. Und da möchte ich bitte das Wort erteilen.

Dr. Michael Brunner: Ich darf Ihnen auch einen wunderschönen guten Abend wünschen zum WHO-Pandemievertrag. Wir müssen zwei Regelwerke unterscheiden. Erstens einmal die Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften und den Abschluß eines Pandemievertrages. Beide Vertragswerke sollen im Mai nächsten Jahres im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung durch diese beschlossen werden. Für die Änderung der internationalen Gesundheitsvorschriften bedarf es der einfachen Mehrheit in der Weltgesundheitsversammlung, und dann treten diese in den einzelnen Mitgliedstaaten in Kraft, wenn nicht der Mitgliedstaat innerhalb von zehn Monaten ein Widerspruchsrecht erklärt.

Für den Abschluß des Pandemievertrages bedarf es einer Zweidrittelmehrheit in der Weltgesundheitsversammlung und dann der Ratifikation im jeweiligen Mitgliedsstaat nach dem nationalen Recht. Diese Regelungen sind, wenn sie entsprechend abgeschlossen werden, verbindlich, entgegen den oftmaligen, in den Systemmedien vertretenen Meinungen, sie wären unverbindlich. Das stimmt nicht. Das Wort "nicht verbindlich" wurde ausdrücklich aus den IHR, den internationalen Gesundheitsvorschriften, herausgestrichen.

Ebenso sieht Artikel 13a, Absatz 1 der IHR vor, daß der WHO die zentrale Rolle in Gesundheitsfragen zukommt, und die WHO von den einzelnen Mitgliedstaaten anzuerkennen ist, parallel dazu auch der Artikel 44 der IHR. Nun, was ist der wesentliche Inhalt? Die unumschränkte Macht der einzelnen Staaten wird in Gesundheitsfragen im Fall eines pandemischen Notstandes an den WHO-Generaldirektor übertragen, der Machtbefugnis erhält, so wie es eigentlich sich nur jeder Diktator oder absolut regierende Fürst erträumen kann.

Er erhält Kontrollrechte, erhält Sanktionsrechte, Befehlsrechte, ohne jegliche Verantwortlichkeit, ohne Haftung und ohne Rechenschaftspflicht. Er kann einen Gesundheitsnotstand ausrufen, entweder zur Vorbeugung eines solchen, oder auch eine Zwischenwarnung erteilen, oder selbstverständlich während einer Pandemie und auch nach der Pandemie, nämlich zur Verhinderung des nächsten Gesundheitsnotstandes. Das heißt, vor der Pandemie ist nach der Pandemie. Und es bedarf, wie gesagt, keiner Rechtfertigung, und es gibt auch dafür keine Regelungen, wie eine pandemische Situation oder ein globaler Gesundheitsnotstand definiert ist.

Und dann gilt es, dieselben Maßnahmen wieder umzusetzen, wie wir sie aus der Corona-Zeit erkennen. Das beginnt bereits mit Einreiseverboten, mit Einfuhrbeschränkungen, mit bei-

spielsweise Maskentragungen, bis hin zu einem Impfwang. Das, was wir in der Corona-Zeit erlebt haben, war eine Kindergeburtstagsparty, im Vergleich zu dem, was uns erwartet, wenn diese Regelwerke abgeschlossen werden. Und jetzt darf ich das Wort an Frau Beate Bahner weitergeben.

Frau Beate Bahner: Ja, vielen Dank, lieber Kollege. Sie haben sich schon ganz lange, beziehungsweise ein Jahr mindestens, mit diesen zwei Regelwerken auseinandergesetzt, und die machen tatsächlich keinen Spaß. Nicht nur, daß sie letztendlich verwirrend sind, auch sich übereinander, sozusagen sich überkreuzen. Man weiß nicht, warum eigentlich zwei Regelwerke erforderlich sind.

Aber wenn das passiert, Sie haben vollkommen recht, da würde sich wirklich jeder Diktator freuen. Aber natürlich freuen sich insbesondere die Pharma- und MedizinproduktHersteller. Denn es ist letztendlich eine Handelsbörse für all diejenigen Pharmahersteller, die allerdings dann auch im Club sind, ebenso wie die Labore, die Referenzlabore, die ausdrücklich genannt sind.

Also hier wird aufgebaut eine große Pandemieindustrie für diejenigen, die allerdings dann auch im Club sind. Das werden sicher nicht die kleinen Pharma- und MedizinproduktHersteller sein. Es gibt eine Vielzahl von Gründen gegen diese beiden Vorhaben. Diese Ausrufung einer Pandemie, das heißt übrigens PHEIC, PHEIC: Public Health Emergency of International Concern.

Es ist nicht das Fake, so wie wir das Fake kennen, aber es spricht sich genauso aus. Und ich muß tatsächlich sagen, es ist nicht weit voneinander weg. Es wird aufgrund eines One-Health-Ansatzes, ist zu befürchten, daß ab einer Sommerhitze von 30 Grad im Juli ein Klima- und Gesundheitsnotstand, ein PHEIC ausgerufen wird, mit all diesen Maßnahmen, die der Kollege genannt hat.

Also, was spricht dagegen? Willkür und Mißbrauchsmöglichkeit durch PHEIC: Die Abschaffung, und das haben wir jetzt schon erlebt, des internationalen und nationalen Arzneimittelrechts und damit jedweder Patienten- und Produktsicherheit, die Mißachtung der Würde, der Menschenrechte und Grundrechte. Dann, und das ist ein ganz wichtiger Punkt, auch die Legalisierung des Verkehrs und des Handels mit hochgefährlichen Krankheitserregern.

Die Verteilung und Zuteilung von Produkten und Impfstoffen durch ein WHO-Pandemie-Kartell, so muß man es bezeichnen. Dann eben Zwangsbehandlungen, Zwangsimpfungen, die dann, und da müssen wir, das stellen wir jetzt schon fest, die WHO testet es ja immer mal wieder: Mal ruft sie die Affenpocken aus, mal ist RSV dann plötzlich meldepflichtig, mal spricht man ...

Das geht immer zufällig einher mit der Entwicklung oder Zulassung eines neuen Impfstoffes, just gegen genau diese Krankheit. Dann die totale Überwachung wird und ist ganz klar auch Bestandteil dieser beiden Rechtsvorhaben, dieser Datenaustausch, der Datentransfer, der natürlich dann zu einer Totalüberwachung durch diese globalen Gesundheitszertifikate, wir kennen sie als Impfbzertifikate, dann führen wird.

Das führt natürlich zum Verlust der staatlichen Souveränität. Es führt auch zu unkalkulierbaren Kosten für die einzelnen Staaten, die sich nämlich verpflichten müssen, vor und nach und zwischen und während und für die nächste und übernächste Pandemie immer entsprechende Impfstoffe und Medizinprodukte vorrätig zu haben. Immer die Lager gefüllt mit Dingen, die wir im Zweifel nicht brauchen, so war es ja schon bei der Schweinegrippe und jetzt auch bei Corona. Teil des Planes ist, diese Rechtspläne sind darüber hinaus die Verfolgung und Zensur und Verfolgung abweichender Meinungen.

Wir lernen tolle neue Begriffe: Infodemie, ein Zuviel an Informationen, darf heutzutage nicht mehr sein. Wir haben den Zwang zur Kooperation der Staaten, und wir haben vor allem die Immunität der WHO, des Generalsekretärs, der sozusagen wirklich allein Herrscher sein wird.

Wir haben keinerlei Kontrollmöglichkeit, keinerlei rechtliche Überprüfungsmöglichkeit und am Ende die strafrechtliche Immunität. All das muß uns alle sehr besorgen.

Danke für Ihr Ohr.

Moderatorin: Danke, danke schön. Wir wollten nach jedem Blog erst mal Fragen der Presse beantworten, bevor wir dann zum nächsten Thema übergehen. Das heißt, wenn Sie jetzt schon Fragen haben, dann würde ich damit die Fragerunde eröffnen. Ich sehe im Moment keine. Dann haben wir vielleicht noch, haben ihr beiden noch vielleicht was zur Vertiefung dazu zu sagen?

Dr. Michael Brunner: Diese Regelwerke werden begründet mit den Prämissen, daß SARS-CoV-2 ein völlig neuartiges Virus gewesen wäre, eine globale Pandemie verursacht habe. Die Staaten wären darauf nicht vorbereitet gewesen, die Gesundheitssysteme hätten desaströs versagt. Daher bedarf es jetzt einer globalen Medizinwirtschaft im Falle einer Pandemie. Und wie ich gesagt habe, wir werden einen permanenten Krisenmodus haben. Es wird eine pandemische Situation.

Pandemische Situation kommt aus dem Deutschen Bundestag, ist dann eine noch weichere Formulierung für eine Pandemie als die Pandemie selbst in den IHR bzw. im Vertrag, wo hier auch nur mit unbestimmten Gesetzesbegriffen gearbeitet wird. Natürlich ein solches System ist mit den Menschenrechten nicht vereinbar, verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, gegen den UN-Vertrag, gegen den UN-Sozialpakt, gegen den EU-Vertrag, gegen die Menschenrechte allgemein, vor allem auch gegen die Würde des Menschen.

Daher vertrete ich die Ansicht, genauso wie auch Frau Kollegin Beate Bahner, ein solches Regelwerk kann niemals eine Normengeltung erlangen, weil es die Untergrabung jeglicher Menschenwürde ist. Und natürlich, es darf keine Information an den Bürger kommen, die dieses Vorhaben gefährden dürfte. Daher wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Der Bürger erfährt nichts, wird eines Tages vor vollendete Tatsachen gestellt. Und wenn diese Werke abgeschlossen sind, dann ist eine andere Meinung zu verfolgen bereits. Es darf keine Fake News geben, es wird eine umfassende Zensur geben. Wir werden in einem Polizeistaat leben, den wir uns nicht einmal mehr erdenken können.

Moderatorin: Vielleicht ganz kurz noch ergänzend, oder zuerst die Frage?

Ja, ich denke, wir lassen Fragen zu, dann haben Sie die Möglichkeit, dann zu ergänzen.

Regina Schwarz, freie Journalistin: Ich habe die Frage, wie das aussieht, wenn einzelne Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation sich verweigern, oder da nicht mitmachen, oder das innerhalb der zehn Monate Frist hinkriegen, daß sie eben bei den internationalen Gesundheitsregeln und bei dem Pandemievertrag nicht mitmachen wollen.

Wenn sie das formal so hinkriegen, und die anderen kriegen das nicht hin, ist es dann so, daß dann da so ein Flickenteppich entsteht von Staaten, die mitmachen oder nicht mitmachen? Oder werden die anderen dann da mit reingezwungen, wenn die Mehrheit der Staaten sagt, wir wollen das aber, und es ist uns egal, wie ihr das in eurem Staat regelt. Und damit auch verbunden schon die Frage, gibt es schon Staaten, wo bekannt ist, daß die auf keinen Fall mitmachen und was passiert mit denen?

Dr. Michael Brunner: Also was mit denen passieren wird, das kann man heute nicht vorhersehen. Nur ich denke an die Corona-Zeit, es gab damals kein verbindliches Gesundheitswerk, aber trotzdem sind alle Staaten im Gleichschritt mitmarschiert. Wenn es dann zum Abschluß dieser Verträge kommt, wird eine Regierung allenfalls sagen: "Ich kann ja nichts dafür, liebe Bevölkerung, ich bin ja gezwungen durch den WHO-Vertrag, ich muß jetzt die Exekutive gegen euch einsetzen, weil sonst werde ich vertragsbrüchig."

In den Regelwerken ist selbst vorgesehen, daß ein Staat einer Empfehlung, wenn er diesen Werken beigetreten ist, nicht entspricht, er binnen 48 Stunden eine Rechtfertigung abgeben muß, warum er den Empfehlungen, die verbindlich sind, nicht entspricht. Und wenn er dann

noch immer nicht entspricht, dann werden alle anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis gesetzt, daß dieser Staat nicht den Vorgaben der WHO entspricht. Und dann kommt es zu Sanktionsrechten.

Ich denke hier beispielsweise an finanzielle Einschränkungen, die mit Sicherheit kommen. Und das wird wahrscheinlich auch, wenn die Mehrheit der Staaten hier zustimmt, auch indirekt die Staaten betreffen, die nicht zugestimmt haben. Der Bedarf ist einer breiten Mehrheit der Nichtzustimmung und für den Fall, daß dann doch eine Mehrheit zustimmt, ist die Bevölkerung aufgerufen, hier nicht mitzumachen.

Moderatorin: Wir hatten hier vorne noch eine Frage.

Kurz eine Frage und zwar bin ich nicht ganz sicher, ob ich da richtig informiert wurde, Horst Matten von Klagemauer.TV, daß sich diese Pandemie-Rechte nicht nur auf Viren konzentrieren, sondern eben, daß es auch darum geht, zum Beispiel, wenn festgestellt wird, es gibt vermehrt Herzkrankheiten und so weiter, daß man dann halt eben, daß die WHO sich auch das Recht rausnimmt, daß zum Wohle der Gesundheit, der Allgemeinheit, zum Beispiel, es dann Empfehlungen oder Vorschriften geben könnte, wie man sich zu ernähren hat, wie man sich nicht zu ernähren hat und so weiter. Also wieder Einschränkungen auch in die persönlichen, privaten Rechte. Ist das richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Frau Beate Bahner: Ja, so ist es, weil man einführt diesen Grundsatz der One Health, eine Gesundheit. Wir alle sind eine Gesundheit. Der Frosch in Bayern ist Teil meiner Gesundheit, ebenso wie die Hitze in einem afrikanischen Land, ebenso wie vielleicht eine kleine, wie auch immer ein Krankheitsausbruch in einem anderen Land. Ich erinnere mich immer an die Pest, das hat mich immer sehr erschreckt als junge Frau. Die brach ja immer mal wieder aus, so Indien, Madagaskar, wenn ich mich richtig erinnere.

All das wird künftig in der Tat dazu führen, One Health, also alle Bereiche, die in irgendeiner Form Einfluß nehmen können, das ist das Klima, das sind die Viren, das ist schon in den beiden Vorhaben und auch in der EU. Es gibt ja schon ein Rechtsvorhaben, das in der EU sehr weit unsere Rechte schon jetzt genau, das ist diese Verordnung gegen grenzüberschreitende Gefahren, die enthält schon sehr viel all dieser Zwangsmaßnahmen, oder dieser geplanten Möglichkeiten.

Das ist beispielsweise wie in dem Pandemievertrag: Die Resistenz gegen antimikrobielle Substanzen, das ist dieser typische Krankenhauskeim, der ist da schon implementiert. Ich gehe davon aus, daß die Pharmaindustrie irgendwelche neuen Antibiotika in der Pipeline hat, denn warum sollten sonst jetzt hier diese antimikrobiellen Substanzen, genauso wie beispielsweise die Grippe, die ist auch schon im Pandemievertrag, die Grippe-Pandemie ist schon drin, die kennen wir ja jetzt nun lang genug, aber ich gehe davon aus, daß sie auch da entsprechende Impfstoffe haben in der Pipeline.

Und was damit wirklich zusammenhängt, das ist dieses Schaffen eines Pandemiezustandes als Dauerzustand. Warum? Weil dann schon in diesem Pandemievertrag letztendlich eine Art Notstandsgesetzgebung vorgesehen ist, beispielsweise für die Entwicklung von Arzneimitteln, Medizinprodukten, Impfstoffe. Impfstoffe brauchten bislang circa zehn Jahre zur Entwicklung, wenn sie dann überhaupt erfolgreich zugelassen wurden. Die sollen jetzt in 100 bis 130 Tagen zugelassen werden. Aber das hilft nur, wenn wir eine Pandemie haben.

Also brauchen wir zuerst eine Pandemie, dann haben wir den Knopf gedrückt für den Ausnahmezustand, dann haben wir den Knopf gedrückt für die Notstandsgesetzgebung. Nämlich hier Bevorraten, Auffüllen, Abnehmen von Impfstoffen, und ganz schnell unter sozusagen außer Kraftsetzung sämtlicher arzneimittelrechtlicher Sicherheitsvorschriften, ganz schnell. Das hat man schon bei Corona so gemacht. Das ist jetzt nicht neu, da hat man es schon erfolgreich getestet, und es hat funktioniert.

Und die Pandemie soll ein Dauerausnahmezustand werden, um letztendlich durch diesen

angeblichen Ausnahmezustand, durch die angebliche PHEIC, durch die Pandemie, Public Health Emergency of International Concern, letztendlich hier einen illegalen Zustand, der nichts mehr mit dem, was in den Nationalstaaten bislang auch im Interesse der Bürger und der Patienten geregelt wurde, außer Kraft zu setzen.

Moderatorin: Ja, danke schön. Guck mal, da ist noch jemand.

Ja, Oliver Signus von der Epoch Times: Ich habe zwei Fragen. Die WHO hat 195 Mitglieder, glaube im Moment. Mir ist nur bekannt, daß es eine einzige Regierung gibt, die sich ganz klar dagegen gestellt hat. Das war vor ungefähr zwei Wochen der slowakische Präsident. Ansonsten gibt es immer wieder mal Initiativen oder Oppositionsparteien, die sich dagegen stellen. Ist Ihnen noch eine zweite Nation bekannt, die ganz klar sich distanziert von diesem Regelwerk? Ich nenne es mal so.

Dr. Michael Brunner: In den USA regt sich Widerstand durch die Republikaner und soweit mir bekannt ist, auch in Lettland. Der Widerstand wird meines Erachtens größer. Gesundheitsminister Lauterbach hat ja bereits kundgetan, daß die Verträge an der Kippe stehen. Ich gehe davon aus, daß der WHO-Pandemievertrag nicht abgeschlossen werden wird, weil die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden wird, oder die nationalen Gesetzesvorschriften dieses Regelwerk nicht gestanden umzusetzen.

Beispielsweise in Österreich bräuchte man zwingend eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, im Nationalrat und eine Volksabstimmung, sieht Artikel 44, Absatz 3 BVG vor. Der Gesundheitsminister Rauch hat bereits bekannt gegeben, daß er keine Volksabstimmung in Österreich durchführen werde. Das wird aber, wenn das tatsächlich der Fall ist, eine Mangelhaftigkeit im Gesetzwerdungsverfahren sein, die vom Verfassungsgerichtshof zu prüfen ist und in anderen Fällen bereits zum Erfolg einer Aufhebung geführt hat.

Ich glaube, auch deswegen hat man zwei Regelwerke hier in Aussicht genommen, weil bereits die WHO davon vorgeht, den Pandemievertrag werden wir nur sehr schwer umsetzen können, beziehungsweise nicht mit allen Staaten. Aber die internationalen Gesundheitsvorschriften, die treten ja mit einfacher Mehrheit durch die Weltgesundheitsversammlung in Kraft, und dann muß der einzelne Staat aktiv werden und binnen zehn Monaten von der Opting-out-Möglichkeit Gebrauch machen. Also, wenn wir das eine nicht schaffen, dann schaffen wir das andere sicher, nur es ist beides abzulehnen und es ist beides menschenrechtswidrig.

Oliver Signus von der Epoch Times: Zweite Frage war: Ich habe kürzlich mit einem Arzt gesprochen, der sagte mir, daß die Pharmaindustrie seiner Schätzung nach derzeit an der Entwicklung von circa 500 Impfstoffen arbeitet. Ist das eine Zahl, die Sie bestätigen könnten? Haben Sie so was gehört, Frau Bahner vielleicht?

Frau Beate Bahner: Ich kann es überhaupt nicht bestätigen, ich habe leider keine heißen Kontakte zur Pharmaindustrie. Ich habe ja früher auch als Referentin immer wieder Vorträge für die Pharmaindustrie gehalten, das ist schon Jahre her vor Corona. Ich kann es mir aber vorstellen, denn das ist natürlich sozusagen ein Rausch für die Pharmaindustrie. Ich kann mir vorstellen, daß viel wirklich in der Pipeline ist, und dafür braucht es die Angst, die Panikmache, die Paranoia.

Diese Verträge atmen für mich durchaus eben auch diese Panik, diese wahnhafte Panik vor Pandemien, zumindest eine behauptete, weil ohne die Angst, die gemacht wird vor Krankheiten, wird sich ein gesunder Mensch nicht immer und immer wieder und auch regelmäßig und alle sechs Monate und jedes Jahr impfen lassen. Es braucht also einen Dauerpanikzustand, das ist geplant, und ich gehe davon aus, daß das sehr eng einhergeht mit tatsächlich ganz vielen Arzneimitteln, Medikamenten, Antibiotika und Impfstoffen, die man erst so an den Mann bringt.

Moderatorin: Ja, Dankeschön. Dann würden wir vielleicht zum nächsten Block übergehen, und dann bitte ich Frau Ärztin Monika Jiang von der Initiative "Wir Fordern".

Dr. Monika Jiang: Zuerst mal nach diesem WHO-Drama, erstmal einen gesegneten zweiten Advent. Auch daß wir das im Auge behalten, immer ein gesundes Gleichgewicht. Ich sitze jetzt hier für Andrea Trescher, eine deutsche Journalistin, die in Österreich wirkt, und die diese Initiative "wir-fordern.eu" aufgestellt hat Anfang diesen Jahres, weil als Initiative aus der Zivilgesellschaft. Weil es einfach sehr wichtig ist, dass, diese WHO-Geschichte kocht ja jetzt erst so richtig auf, aber das war vor einem Jahr auch schon so.

Ich verlese ihren Text, also aus der Sicht von Andrea Trescher. Wie kam es zu dieser Initiative "wir-fordern.eu"? Im Januar dieses Jahres wurde ich von einem Bekannten aus dem medizinischen Bereich kontaktiert. Man müsse doch endlich etwas für die Opfer der Corona-Maßnahmen tun. Viele Ärzte würden darunter leiden, daß sie sich für ihre Patienten eingesetzt und Maskenbefreiungsatteste ausgestellt hätten. Dafür stünden sie jetzt vor Gericht, wie zum Beispiel ich morgen konkret in Mannheim, unter massivem juristischem Druck. Und auch andere hätten Probleme: wirtschaftlicher Existenzverlust, Mobbing.

Vieles war 2020 bis 2022 passiert, von dem niemand geglaubt hätte, daß es nach den Erfahrungen aus der deutschen Vergangenheit jemals wieder Realität werden würde. Der Idee, einer betroffenen Ärztin eine Petition zwecks Amnestie der Opfer auf einer der gängigen Plattformen zu machen, widersprach ich aus zwei Gründen sofort.

Punkt 1: Der Begriff Petition, lateinisch Petitio, Bittschrift, Gesuch, Eingabe, war nicht das Wort der Wahl und auch nicht der Zeit, denn es ist viel zu schwach. Wenn, dann müssen wir fordern, daß das Unrecht endlich beendet wird. Also Forderung statt Bitte. Deswegen heißt die Initiative auch wir-fordern.eu. Denn Konsequenzen müssen sein. Um nach drei Jahren überzogener Corona-Maßnahmen wieder zu gesellschaftlichem Frieden zu finden, braucht es die vollständige Rehabilitation der Opfer, statt eines gesellschaftlichen Schutzes der Täter. Verzeihen ist nur denkbar, wenn die Opfer Gerechtigkeit erfahren haben, und die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Darum muß man mit klaren Forderungen deutlich machen, was notwendig ist, um dem Wahnsinn der Corona-Jahre wirklich ein Ende zu setzen.

Punkt 2: Für mich war es indiskutabel, eine der gängigen Petitionsplattformen zu verwenden. Bei diesen handelt es sich mehrheitlich um Datenkraken, die von den Herrschenden zur Steuerung der Menschen mißbraucht wurden bzw. werden. Change.org wurde vom Forum Young Global Leaders gegründet. Compact-Kampagnen haben sich in der Vergangenheit immer wieder als systemtragend erwiesen. Und schon vor Jahren, bald einem Jahrzehnt, wurde vor avaa.org gewarnt, die damals vom Philanthropen in Gänsefüßchen, wir kennen ihn inzwischen, George Soros, und seiner Open Society Foundation finanziert wurde. Nur mit einer eigenen Plattform kann man einen Mißbrauch der Daten ausschließen.

Und so entstand in Zusammenarbeit mit einem langjährigen Freund, Wolfgang Süß, die Webseite "wir-fordern.eu". Wofür steht "wir-fordern.eu"? "Wir-fordern.eu" steht für eine vollständige Rehabilitation der Opfer statt eines gesellschaftlichen Schutzes der Täter. Alle, die vor den Gefahren der Corona-Maßnahmen gewarnt haben und dafür massivster persönlicher Bedrohung ausgesetzt waren und sind, müssen umfassend rehabilitiert werden. Dies betrifft insbesondere Menschen im Gesundheitswesen wie Ärzte, Pflegepersonal, Mitarbeiter und Wissenschaftler, Polizisten und Soldaten, Journalisten und Medienschaffende, Menschen im Bildungswesen sowie alle anderen Betroffenen, wie Inhaber von Maskenbefreiungs- oder Impfunfähigkeitsattesten, Patienten, Künstler, Eltern, Kinder und viele andere.

Die Forderungen:

Erstens: Umfassende Aufarbeitung und klare rechtliche Konsequenzen für Verursacher der Schäden durch Heranziehung von deren Privatvermögen.

Zweitens: Rücknahme aller Gesetze und Verordnungen aus dieser Zeit, sowie Einführung von Kontrollmechanismen, um die systematische Aushöhlung der Grundrechte unter dem Vorwand des Katastrophenfalls zukünftig sicher zu verhindern.

Drittens: Sofortige Beendigung und Einstellung jeglicher straf- und bußgeldrechtlichen Verfolgung von Maßnahmenvergehen, gleich welcher Art.

Viertens: Nichtigklärung entsprechender Strafbefehle, Strafurteile und Bußgeldbescheide.

Fünftens: Rückerstattung aller bereits wegen Corona-Maßnahmen gezahlten Bußgelder und Geldstrafen.

Sechstens: Öffentliche Anerkennung des Mutes aller, die aus innerer Überzeugung heraus Bedrohung und staatliche Repressalien in Kauf genommen haben.

Siebtens: Eine offizielle, unabhängige, staatlich finanzierte Untersuchungskommission, die klärt, wie es zu diesen Fehlentwicklungen kommen konnte (die es bis heute nicht gibt). Wie ging es weiter? Anfangs, im Frühling dieses Jahres, verbreitete sich die Seite rasant. Die ersten 20.000 Unterschriften kamen in wenigen Wochen zusammen. Alternativmedien wie TKP, Report24 oder Manova, soziale Medien, insbesondere die verschiedenen telegram-Kanäle halfen mit.

Aber je wärmer es wurde, je mehr Lockdown, Maskenpflicht und Impfdruck in Vergessenheit gerieten, desto deutlicher sank das Interesse der Menschen an Aufarbeitung. Dann tröpfelte gelegentlich noch eine Unterschrift rein. Zu wenig, um das eigentliche Ziel von einer Million zu erreichen. Die Unterschriftenliste war für Deutschland, Österreich und die Schweiz angelegt. Nur die Schweizer waren ja seinerzeit immer etwas glimpflicher durchgekommen. Aber unsere Privatinitiative hat leider keine Sponsoren, die eine wirkliche Verbreitung finanziell ermöglichen würden.

Der Mangel an eigener Betroffenheit einerseits, aber auch die vielen anderen Probleme, Energiekrisen, Kriege oder die drohenden Grundrechtseinschränkungen, die mit dem kommenden WHO-Pandemievertrag und den IHR International Health Regulations auf uns zukommen, andererseits, nehmen sehr viel Zeit, Energie und Kraft in Anspruch. Zum Thema WHO haben wir übrigens die Webseite "www.mehr-wissen.info" ins Leben gerufen und inzwischen in 24 Sprachen übersetzt.

Das Positive, die Forderung nach Amnestie der Opfer, sowie die Anzeigen gegen die Täter der Corona-Maßnahmen sind zwei Seiten der gleichen Medaille, der Wiederaufarbeitung dessen, was zwischen 2020 und heute passiert. Das ZARF hat die Unterschriftenaktion von Anfang an auch aktiv unterstützt. Wir freuen uns, daß jetzt die über 24.000 Unterschriften, genau Stand von vor fünf Minuten, 24.294 Unterschriften, gemeinsam mit den Strafanzeigen übergeben wurden.

Wie Ralf Ludwig mir sagte, erreichen sie dank des ZARF nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch den Bundespräsidenten und die 16 Ministerpräsidenten. Damit versendet die Aktion nicht ohne Wirkung, sie hat wichtige Impulse gesetzt, sondern sie dient als ein weiterer Impuls, als Aufforderung, endlich ihrer Rolle gerecht zu werden und das Unrecht der vergangenen dreieinhalb Jahre aufzuarbeiten, die Opfer zu entschädigen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderatorin: Dankeschön. Fragen dazu? Dann gehen wir zum nächsten Block über oder wollen wir noch mal etwas hinzufügen? Wenn es keine Fragen gibt, möchten Sie noch etwas hinzufügen?

Dr. Monika Jiang: Also was eben am Anfang, diese Unterschriftenliste wurde ja dieses Jahr im Januar, Februar entworfen, entwickelt und auf den Weg geschickt und es ist wirklich "gut Ding braucht Weile". Jetzt ist der Druck wieder größer mit der WHO-Geschichte, die einfach mehr präsent ins öffentliche Bewußtsein dringt, zu Recht, das ist ganz dringend. Und es ist einfach wichtig, daß jeder aus der Zivilgesellschaft und alle, die wach sind, mitmachen, die Journalisten, das heißt Sie in der ersten Reihe, jeder, der irgendwie betroffen ist, weil wir alle betroffen sein werden.

Moderatorin: Dankeschön. Ich gucke nur, ich frage noch mal, gibt es Fragen dazu? Wenn das

nicht der Fall ist, dann würde ich jetzt Lars Hünich bitten, Mitglied des Landtages Brandenburg und Obmann des einzigen Parlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses, von diesem zu berichten.

Herr Lars Hünich: Ja, Dankeschön, einen wunderschönen guten Abend auch von meiner Seite. Zwei Sachen vorweg: Wenn Sie gegen eine zentralistische EU sind, was ganz viele sind, dann sind Sie, wenn Sie die WHO kriegen, hundertmal schlimmer bedient. Deswegen tausend Dank für die Arbeit, weil das ist wichtig aufzuklären. Und Nummer zwei zu Ihnen: Ich glaube, daß es extrem wichtig sein wird, daß die Opfer dieser Corona-Pandemie, aber auch der Impfung vor allen Dingen, die brauchen eine Lobby-Organisation. Es gibt ganz viele Opferverbände, was fehlt, ist ein Opferverband für die Impfgeschädigten. Das ist also ganz toll.

So, jetzt zu meiner Sache. Ich habe drei Punkte zu unserer Arbeit im bisherigen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Genauer gesagt reden wir über den Untersuchungsausschuß 7/1, Corona 1 und 7/3, Corona 2. Ich habe dazu drei Punkte, nämlich der erste Punkt ist der Ursprungsgedanke und das Ziel der Untersuchungsausschüsse. Danach habe ich ein Beispiel aus der praktischen Auswirkung unserer Arbeit, und als letztes werde ich nochmal zusammenfassen aus den Zeugenbefragungen.

Zuvor bedanke ich mich bei allen, und das ist wichtig, allen kritischen Rechtsanwälten, Medizinerinnen und Montagsspaziergängern, die unermüdlich für die Aufklärung unterwegs sind. Wir drei Brandenburger Abgeordneten, Dr. Christoph Berndt, Dr. Daniela Oeynhausen und ich verdanken viele gute Fragen und vor allen Dingen Quellen, die wir im Ausschuß einbringen können, die wir aber auch verwerten können und vor allen Dingen Wissen weiterbringen können. Dafür tausend Dank.

Zum ersten Punkt: Der Ursprungsgedanke eines Untersuchungsausschuß geht da hinein zurück, daß es im Brandenburger Landtag eine Hauptausschußanhörung gab, in dem drei Rechtsstaatswissenschaftler quasi erklärt haben, daß die Art und Weise, wie die Eindämmungsverordnungen, und das kennen wir alle noch, da ging dann ein Minister quasi an die Presse und hat die Eindämmungsverordnung vorgelesen, daß diese Art und Weise der Einbringung der Eindämmungsverordnungen verfassungsfeindlich wären. Daraufhin haben wir gesagt: "Okay, wir müssen da also etwas tun und müssen also etwas untersuchen." Wir haben die Ausschüsse mit folgender Arbeitshypothese eingesetzt:

Erstens: Die Rechtsgutachten besagten, daß die beschlossenen Maßnahmen, also die Eindämmungsverordnungen, wie ich gerade sagte, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Zweitens: Die handelnden Politiker handeln ohne verwertbare Datengrundlage. Und drittens: Der Staat hat bei der Vorbereitung zur Bewältigung einer Krise versagt. Das ist zumindest das, mit welcher Arbeitsthese wir hineingegangen sind. Wie kamen wir 2020 schon zu diesem Schluß?

Es gibt in einem Rechtsstaat ein grundlegendes Prinzip für staatliches Handeln. Alles muß der Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen werden. Jedes Gesetz, jede Verordnung, jeder Brief, den ein Ministerium verschickt. Ich wiederhole: Der Grundsatz gilt für alle staatlichen Handlungen. Außerdem muß ein legitimer Zweck haben. Legitime Zwecke sind grundsätzlich nur öffentliche Interessen. Nur Mittel, die mit diesem Zweck dienen und gleichzeitig erstens geeignet sind, um das Ziel zu erreichen, zweitens erforderlich sind, weil es das öffentliche Interesse wirklich gibt, und drittens angemessen sind, weil der Staat dabei kein Leben gegen ein anderes aufwiegt und auch Einzelne nicht wissentlich schaden darf.

2020 war das öffentliche Interesse, und vielleicht erinnern wir uns zurück, das öffentliche Interesse war, das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Damit wurden alle Maßnahmen begründet. Das Verrückte ist bis heute: Wir überprüften im Ausschuß also, auf welcher Datengrundlage die Regierung zu dem Schluß kam, die Landesregierung Brandenburg, zu dem Schluß kam, daß die beschlossenen Maßnahmen ein geeignetes, erforderliches

und angemessenes Mittel waren, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Ausschuß, das ist auch wichtig, dient nicht zur Klärung medizinischer Fragen. Ich bin ja kein Mediziner. Ich gehe sogar ganz ungern zum Arzt. Untersuchungsausschußgegenstand ist die Arbeit der Landesregierung Brandenburg bis Ende 2022. Also wir untersuchen eine rein politische Frage. Jetzt zu den Ergebnissen: Es gibt drei direkte, praktische und grundsätzliche rechtliche Ergebnisse. Ein Beispiel für ein direktes, praktisches Ergebnis ist die Vernehmung des Präsidenten der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, der übrigens der Präsident ist von einer Vereinigung, die allein in Brandenburg 16.000 Ärzte irgendwie vertritt.

Sie waren übrigens derjenige, der dafür zuständig war für die Frage, Frau Bahner, würde ich mal sagen. Wir haben ja viele Fragen, auch alleine, weil wir ihr Buch gelesen haben. Vor der Vernehmung, und das ist entscheidend wichtig, hatte die KVBB, also die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg, die Empfehlung für Ärzte auf der Webseite des KV Bund, also der Kassenärztlichen Vereinigung Bund, verlinkt. Das heißt, alle Kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland haben auf diese Frage quasi, und zwar ging es um eine Grundsatzfrage, daß ein Arzt gefragt hat, muß ich ein persönliches Aufklärungsgespräch haben.

Und darauf hat die Kassenärztliche Vereinigung Bund gesagt, und ich zitiere: "Aufklärungsgespräch kann entfallen." Es reichen, angeblich laut deren Aussage, damals gab es da diese Vordrucke, die man ausfüllen konnte, die sind übrigens auch in die Schulen versandt worden. Wir haben den Präsidenten im Ausschuß gefragt, ob er § 630e, Absatz 2, Nummer 1 BGB nicht kennen würde. Der schreibt nämlich vor, daß immer, ich wiederhole, immer eine mündliche Aufklärung stattfinden muß.

Das Fazit war, kurz nach der Vernehmung war die Empfehlung natürlich von der Webseite verschwunden. Das was wir zum jetzigen Zeitpunkt prüfen, ist die Frage nach Haftung und nach Klagen. Ein Inverkehrbringer eines Lebensmittels, von welchem ich Durchfall bekomme, ist dafür haftbar zu machen. Das gleiche ist aus unserer Sicht bei einer Impfung, bei der ich nicht aufkläre, ich aber einen Schaden erhalte, ist der Inverkehrbringer, also der Arzt, aus unserer Sicht, haftbar zu machen.

Nicht wir können klagen, das müssen dann andere tun, aber das wird gerade geprüft. Auch wenn meine Zeit knapp ist, ich möchte trotzdem noch ein plastisches Beispiel nennen, und zwar für das Versagen einer Datengrundlage. Ich glaube wir brauchen nicht viel erzählen, was eine Datengrundlage ist. Die Landesregierung Brandenburg hat uns zu jedem Themenkomplex einen Regierungsbericht übersandt.

Und in dem Regierungsbericht zum Thema Impfnebenwirkungen sagt die Regierung des Landes Brandenburg, es gibt in ganz Brandenburg 154 Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen und 11 Verdachtstodesfälle in Brandenburg im Zeitraum der Impfung. Bei einer Vernehmung der Frau Dr. Keller-Stanislawski, und zwar der Dame, die im PEI (Paul-Ehrlich-Institut) dafür zuständig ist, und zwar auf die Impfsicherheit zu achten, die sagte ihre Zahlen, und die haben sie sogar noch händisch rausgesucht, denn das 2023, ihre Zahlen sind 5860 Verdachtsmeldungen und 88 Todesverdachtsmeldungen.

Alleine hier sieht man ein riesiges klaffendes Datenleck und vor allen Dingen ein Datenloch. Ich glaube sogar, daß die Landesregierung Tatsachen nicht mehr weiß, weil sie diese Daten gar nicht einholt. Zum Schluß, auch wenn meine Zeit knapp ist, ich weiß, ich bin ja Politiker, ich darf ja reden. Was sind einige Erkenntnisse und die will ich Ihnen nicht vorenthalten. Erstens: Die Durchführung eines Lockdown wurde von den europäischen Staatschefs bereits vor dem 12.03.2020 beschlossen.

Der erste deutsche Lockdown-Beschluß war am 12.03.2020. Auf dieser Ministerpräsidentenkonferenz am 12.03.2020 hat man auch die Schulschließungen schon beschlossen. Inwieweit, wie verrückt das ist, können Sie daran sehen, wenn Sie heute nochmal googeln, Herrn Spahn seine Twitter-Meldung vom 14.03.2020, in dem er alle für verrückt erklärt, die das denken,

daß es das kommt. Also ich will damit sagen, es ist nicht nur abgesehen davon, daß sie keine Daten haben, sie lügen.

Zweitens: Alle weiteren Maßnahmen wurden in der sogenannten AG Infektionsschutz bundesweit koordiniert und mit teilweise unbekanntem Teilnehmern und bisher nicht öffentlich zugänglichen Akten beschlossen. Wir warten bis heute auf Teile dieser Akten, die uns verwehrt werden und das in einem Untersuchungsausschuß.

Drittens: Der zweite Lockdown, der sogenannte Lockdown-Light, der am 2.11.2020 verkündete und bis Ende Mai 2021 stetig verschärft wurde, war weder erforderlich, noch war er angemessen, ebenso wenig wie die Impfung. Sie war weder angemessen noch verhältnismäßig. Das Einzige, was sie war, ihre Bewerbung diente ausschließlich der Gesichtswahrung der Politik. Diese Angemessenheit wieder davor zu legen, was wir vor uns gerade gesagt haben.

Viertens: Die Maßnahmen wurden weder methodisch noch wissenschaftlich begleitet. Es fehlen sämtliche demokratisch kontrollierten Daten-, Melde- und Kommunikationswege. Die Verhältnismäßigkeit kann und konnte gar nicht in Deutschland geprüft werden. Deshalb basiert die gesamte Verhältnismäßigkeitsprüfung auf gezählten positiven Corona-Tests und internationalen Studien, deren Wissenschaftlichkeit durchaus angezweifelt werden muß.

Zusammenfassend: Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr der Überlastung des Gesundheitssystems kam. Es gab jederzeit freie Kapazitäten. Allein im Land Brandenburg, ich habe das heute schon erzählt, im Land Brandenburg, vielleicht erinnern sich einige wenige, wir hatten dieses Corona-Sonderkrankenhaus: 500 Betten mit Beatmungsbetten, 500 Beatmungsbetten. Nicht einen einzigen Tag war dieses Krankenhaus am Netz.

25 Millionen und die Betten sind dann ins Ahrtal gegangen. Abgesehen davon, daß es wichtig ist, daß das Ahrtal überhaupt welche Hilfe bekommen hat, aber wir sehen daran, an diesem Krankenhaus, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Überlastung gab. Das heißt, das Ziel der Maßnahmen war zu keinem Zeitpunkt ein berechtigtes öffentliches Interesse. Damit waren auch die Mittel zur Erreichung der Ziele nicht legitim. Unsere Erkenntnisse, und das ist wichtig einzuordnen, unsere Erkenntnisse bestätigt auch das IFSG-Gutachten vom 30.06.2022 nach § 5 Absatz 9, IFSG.

Es sagt ganz deutlich: "Die Corona-Maßnahmen waren nicht erforderlich, nicht angemessen und nicht verhältnismäßig." Und daher unterstütze ich heute vollumfänglich die Anzeige, die heute gestellt wurde bei der Bundesanwaltschaft. So darf in einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft mit den Bürgern nicht umgegangen werden, und aus unserer Sicht ist das Unrecht.

Moderatorin: Ja, danke schön, Lars. Wir kommen dann zu den Fragen. ...

Elijah Tee: Hallo, guten Abend. Verzeihung, Elijah Tee von ET Video & Content. Herr Hünich, Sie haben von den Ergebnissen erzählt, die ja mannigfaltig sind. Sie haben auch sehr viele Leute vorgeladen. Und was viele Leute vielleicht nicht wissen, vielen Dank für alles, was Sie bereits geleistet haben. Ihr Untersuchungsausschuß geht ja noch eine ganze Weile weiter. Können Sie etwas sagen, das ist ein bißchen provokant gefragt, aber können Sie etwas sagen zu den Konsequenzen Ihrer Arbeit?

Die Ergebnisse und die Konsequenzen sind für mich zwei unterschiedliche Dinge. Weil, Sie ja interessante Leute vorgeladen haben. Herr Wieler war da, Frau Ernst war da, der Aufpasser von Herrn Wieler und so weiter und so fort. Können Sie nach inzwischen, ich glaube inzwischen bald drei Monaten Ihres Untersuchungsausschusses, in irgendeiner Form erkennen, daß es auch vielleicht personelle Konsequenzen gegeben hat in irgendeiner Form, oder in irgendeiner Form geartete Konsequenzen überhaupt, die sich jetzt schon abzeichnen?

Lars Hünich: Also, danke für die Frage. Aber, Nummer eins, der Untersuchungsausschuß ist

seit September 2020 im Gang, und seitdem tagen wir auch. Wir sind nur die letzten drei, vier Monate in der Öffentlichkeit, weil es tatsächlich lange gebraucht hat. Sie haben das so schön gesagt, manchmal braucht es eben Zeit, bis wir überhaupt auch in den alternativen Medien erschienen sind. Aber zu den Konsequenzen, das ist natürlich ein riesen Thema.

Wir haben zum Beispiel eine Anzeige gemacht gegen Herrn Lauterbach, wir haben eine Anzeige gemacht gegen Herrn Woidke. Beides ist eingestellt worden von einer Staatsanwaltschaft, die natürlich politisch in irgendeiner Art und Weise natürlich weisungsgebunden ist. Aber okay, ich glaube, daß wir keine Konsequenzen im jetzigen Augenblick haben. Aber ich glaube, daß dieser Untersuchungsausschuß, und das sage ich immer wieder, ein kleines Reiskorn sein kann, im Anfang der Aufklärung. Und alle, die ich kenne draußen, die kritisch sind, sind alle bereit, zu verzeihen.

Aber ich glaube, wir werden erst dann verzeihen, wenn auch die, die daran schuld sind, etwas eingestanden haben, daß sie Mist gebaut haben. Und das geht nur mit einer vernünftigen Aufklärung. Aber die Konsequenzen, die Sie fragen, sind schwierig. Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt keine Konsequenzen, aber ich glaube, daß die Anzeige heute etwas sein kann. Aber wir sind auch noch nicht ganz fertig. Es gibt aus unserer Sicht einige Klagen, die vorbereitet werden müssen. Die können aber nicht wir führen. Da muß unter Umständen hinten raus was kommen.

Elijah Tee: Eine Nachfrage, was Sie gerade erwähnen und weil Sie dankenswerterweise hier sind, Herr Hünich: Hatten Sie in irgendeiner Form Kenntnis von der Initiative des ZAAVV? Haben Sie sich in irgendeiner Form untereinander ... abgesprochen? Haben Sie vielleicht vor, vielleicht wenigstens in der Zukunft Bezug darauf zu nehmen, daß es jetzt diese Anzeige gegeben hat, in Ihrer zukünftigen Tätigkeit im Untersuchungsausschuß? Also gab es, einfach gesagt, gab es in irgendeiner Form Absprachen oder wenigstens Kenntnis von anderen Initiativen, in diesem Fall vom ZAAVV, die Ihnen vielleicht in irgendeiner Form hätten helfen können oder vielleicht tatsächlich helfen bei Ihrer Arbeit?

Lars Hünich: Also grundsätzlich sind wir mit ganz vielen Leuten zusammen und sind natürlich da auch in der Situation, daß wir Sachen abfragen. Vor allen Dingen auch mit Herrn Ludwig. Und zwar geht es natürlich da um die Frage, weniger um das ZAW, sondern es geht mehr um die Frage, welche Fragen sind denn zu stellen, auch im Untersuchungsausschuß. Also das ist ja eine Rechtsberatung, die uns unter Umständen ziemlich weiterhilft. Aber, und ich hatte davon Kenntnis erhalten, daß es, wie gesagt, diese Anzeige heute geben soll, und ich habe das unterstützt und zwar sehr unterstützt aus der Situation heraus.

Die Menschen, die da draußen sind, die wollen sehen, daß etwas getan wird. Und ich habe selber heute dem SWR, da gab es eine Frage, warum machen wir so was? Und ich halte das für urdemokratisch.

Das, was heute gemacht wurde, ist eigentlich die Demokratie pur: Menschen sind auf die Straße gegangen und haben ihr Demonstrationsrecht in Anspruch genommen und haben dann gesagt: Wir sind mit einigen Sachen nicht einverstanden, weil wir glauben, daß sie strafbewährt sind. Und dann hat man ihnen also eine Strafanzeige gestellt, gegen diese 568 Leute. Und in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem wir ja eigentlich leben, müßte jetzt der Rechtsstaat funktionieren und müßte jetzt Ermittlungen aufnehmen.

Deswegen unterstütze ich das so, weil es wichtig ist, daß ein Rechtsstaat sich bekennen muß zu dem Rechtsstaat. Kann ja sein, daß der Rechtsstaat danach sagt: "Also lieber Herr Ludwig, haben Sie ganz toll gemacht, aber es ist alles Quatsch, was Sie da gemacht haben." Aber das müßte der Rechtsstaat dann mal erklären und warum. Also er muß sich damit auseinandersetzen. Und deswegen unterstütze ich das zu 100%. Das ist eine, aus meiner Sicht, urdemokratische ... Geschichte, die heute läuft. Und deswegen ist sie in jeder Art und Weise zu unterstützen.

Herr Bühler: Hallo. Grundsätzlich bin ich ein Skeptiker, aber ich danke trotzdem für die Arbeit, die gemacht wird, weil wir jede Arbeit brauchen, egal von wem. Wenn es Fachleute sind, Anwälte, Juristen, die sich dafür einsetzen, finde ich das gut. Sie haben das Wort Rechtsstaat in den Mund genommen. Welchen Rechtsstaat? Der ist doch schon so lange ausgehebelt: aus Erfahrung, aus der Vergangenheit, und ganz besonders die letzten sieben Jahre oder die letzten drei Jahre zwecks Corona, sehen wir doch. Da oben hackt keine Krähe anderen ein Auge aus.

Sie besitzen die Immunität, Identität, haben wir vorhin mit Herrn Ludwig gesprochen. Solange wir die nicht aufheben können, wie auch immer, wer das machen soll, sind auch die Politdarsteller da oben unantastbar. Sie besitzen die Frechheit, öffentlich zu lügen, zu betrügen. Wir wissen es, wir sehen es seit über drei Jahren. Warum ist in diesen drei Jahren nicht mehr passiert seitens der Politik? Ganz klar, man gibt sich Mühe seitens der Juristerei. Warum ist in diesen drei Jahren, wo alles so offensichtlich ist, noch nicht mehr passiert? Warum ist kein einziger von denen zur Rechenschaft gezogen bis jetzt? Die treten ja nicht mal freiwillig zurück.

Moderatorin: Danke, danke. Sonst sind es zu viele Fragen. Lieber eine nach der anderen.

Lars Hünich: Ich würde jetzt mal antworten. Also, Nummer eins: Ja, ich glaube, daß unser Rechtsstaat Probleme hat. Fakt. Ich glaube aber, und das haben die letzten drei Jahre gezeigt, daß es, wenn ich mir die Demokratiebewegung draußen anschau, und ich meine die wirkliche Demokratiebewegung, nämlich die Spaziergänger, dann sehen wir, daß diese Spaziergänger mehr geschafft und erreicht haben, als die sich hätten vorstellen können. Diese Impfpflicht sollte ja für alle gelten, nicht nur für die Einrichtungsbezogenen.

Es ist eine Frechheit, daß sie überhaupt für die Einrichtungsbezogenen gilt, aber sie hätte für mehr gelten sollen. Und ich kann daraus berichten aus dem Bundestag, von meinen Kollegen aus dem Bundestag, die sagen, daß sich die anderen Parteien durchaus schon damit beschäftigt haben, weil die gesehen haben, jeden Montag: oh, wieder 2.300 Städte, oh, wieder 2.400 Städte, oh, doch, zweieinhalbtausend Städte. Alleine das hat zum Umdenken geführt, daß man es nicht so hart macht, wie man es macht. Ich glaube, daß die Aufhebung der Maßnahmen ... dann auch dazu geführt, ... die Demonstrationen auch dazu geführt haben, daß die Maßnahmen so schnell, dann so schnell aufgehoben wurden. Das zeigt also, es gibt ein gewisses Bewußtsein. Es zeigt, daß so ein bißchen ein paar Sachen noch funktionieren. Wir sehen das zum Beispiel an Herrn Detmer, der aus meiner Sicht sehr gut entschieden hat.

Wir sehen natürlich, daß der Rechtsstaat dann komplett zuschlägt, weil man ihm natürlich dann wieder was wegnimmt. Aber das macht aus meiner Sicht das ZAAVV absolut richtig, deswegen gehen wir ja jetzt diesen rechtsstaatlichen Weg, um unter Umständen auch zu zeigen: Der Rechtsstaat A funktioniert, oder B, er funktioniert nicht. Also ich glaube, daß wir diese rechtsstaatlichen Sachen machen müssen. Zur zweiten Frage, warum gibt es noch nicht mehr? Ich glaube, es gibt ganz viele Initiativen, es gibt ganz viele Leute, die ganz viel machen, aber es kommt eben nicht in die Öffentlichkeit. Das ist unser eigentliches Problem. Deswegen bin ich so froh, daß ich hier sein darf. Alles, was wir tun, muß in die Öffentlichkeit und zwar zur Aufklärung. Das ist das eigentliche Problem.

Moderatorin: Danke. Gibt es noch weitere Fragen?

Beate Bahner, Anwältin: Also als Anwältin kann ich schon sagen, es gibt ganz, ganz viele Verfahren vor Gericht, und vor allem gab es im 2020 und 2021 ganz viele Verfahren gegen diese ... also Normenkontrollklagen und ähnliches gegen diese ganzen Corona-Verordnungen. Aber die waren fast alle, die waren fast alle erfolglos. Einen habe ich gewonnen, da ging es um Alkoholtrinken im Freien. Das ging dann hoffentlich auch dem Gericht zu weit. Das war erfolgreich. Alle anderen, oder fast alle anderen Normenkontrollklagen waren erfolglos.

Was Sie, Herr Hünich, gesagt haben, daß bereits vor dem 12. März europaweit ein Lockdown

beschlossen wurde, bestätigt meine Annahme, die ich dann in einem Eilantrag Anfang April so formuliert habe: Für mich ist es ein Staatsstreich gewesen unter großem Mißbrauch des Infektionsschutzgesetzes, weil das Robert-Koch-Institut selbst am 12. oder 16. März, auf die drei Tage kommt es nicht an, genau zwölf Corona-Tote in einer Excel-Tabelle des RKI vermerkt hat. Zwölf sind in diesen zweieinhalb Monaten verstorben, angeblich an Corona, glaube ich auch, während in diesem Zeitraum in Deutschland 200.000 Menschen aus anderen Gründen, wie jedes Jahr, verstorben sind.

Das zeigt den Mißbrauch, es bestätigt auch, warum sie keinerlei Unterlagen bekommen. Es ging niemals um eine wirkliche Krankheit. Wir würden hier alle nicht sitzen und kämpfen, wenn es wirklich eine schlimme Pandemie gegeben hätte, und wenn wir alle letztendlich hätten erfahren müssen, daß Medikamente oder Masken oder was auch immer helfen. Wir kämpfen hier gegen den Mißbrauch unseres Vertrauens, gegen die falschen Behauptungen und gegen den Mißbrauch des Infektionsschutzgesetzes.

Das basiert aber auf diesen internationalen Gesundheitsvorschriften, IGV, auf Englisch International Health Regulations. Die gibt es schon seit 2005, und die sollen jetzt noch totalitär verschärft werden. Die gibt es aber schon, und da sind diese ganzen Maßnahmen, wie wir sie dann im Infektionsschutzgesetz in Deutschland implementiert sahen, die sind hier alle schon drin als Empfehlung. Jetzt wurde es implementiert als sozusagen Gesetzesgrundlage auf Basis der Verordnungen.

Und nochmal zurück: Was hier in Sachen WHO geplant ist, ist letztendlich den Knopf dran an das, was wir hier an Unrecht und Staatsschädigung, das ist dann der globale Staatsstreich, der meines Erachtens in 2020 ziemlich erfolgreich geprobt wurde. Meine Ansicht dazu.

Moderatorin: Dankeschön, gibt es noch weitere Fragen? Wenn das nicht der Fall ist ...

Lars Hünich: Nur ganz kurz, weil es vorhin hieß, von wegen, was macht man nicht, weil Frau Bahner das gerade sagte. Wir haben auch eine Organklage gemacht, da ging es um das Demonstrationsrecht. Und zwar 2020 durften nur 100 Leute irgendwie demonstrieren. Daraufhin haben wir geklagt, dann haben wir gewonnen. Also, ich will damit sagen, da passieren ganz viele sehr interessante Sachen, und es passieren ganz viele Sachen im Kleinen. Also, auch hier muß man ja danken den ganzen Anwälten, deswegen meinte ich die ganzen kritischen Anwälte.

Moderatorin: Danke. Dann kommen wir zum vierten Block. Bitte dann Claudio Zanetti und den Rechtsanwalt Ralf Ludwig vom ZAAVV uns zur eigentlichen Anzeige was zu sagen.

Claudio Zanetti: Guten Abend, geschätzte Damen und Herren. Wenn ich jetzt dann gleich in den Zug stiegen werde und nach Zürich fahren werde, dann werde ich das mit einem Gefühl der Dankbarkeit und der Befriedigung tun. Dankbar, weil ich einen großartigen Tag erlebt habe und Befriedigung, weil ich überzeugt bin, wir haben das Richtige getan.

Und gerade auch dieser Blick in die nächste Geländekammer WHO zeigt, wie wichtig es ist, aufgrund klarer Grundsätze zu politisieren. Ralf Ludwig hat nämlich festgestellt, und in seiner Klageschrift auch sehr gut nachvollziehbar dargelegt, daß die Regierenden mit uns Dinge getan haben, die sie nicht hätten tun dürfen. Sie haben mit der Würde des Menschen gespielt. Und es sagt sich so einfach, ein Satz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Aber dieser Satz steht nicht umsonst an der ersten Stelle des Grundgesetzes, auf das alle so stolz sind, in Deutschland heißt es ja immer: Der verläßt den Boden des Grundgesetzes usw., um jemanden abzustrafen. Aber wenn eine Regierung sagt, ja wir opfern jetzt 10 um 1.000 zu retten, dann ist es die Regierung, die den Boden des Grundgesetzes verloren hat. Und darauf müssen wir sie behaften. Das ist eigentlich eine ganz einfache Geschichte. Es wurde heute hier sehr viel Gescheites gesagt von Regeln und WHO und viele juristische Überlegungen. Aber es geht um sehr, sehr Einfaches, Grundsätzliches.

Darf die Regierung tun, was sie getan hat? Wir haben auch dazu übrigens eine Recht-

sprechung. Wir haben heute auch von Frau Bahner gehört, daß es da ganz viele kluge Urteile gibt vom Verfassungsgericht, wo die Richter noch den Mut hatten, zu denken und vernünftige Entscheidungen zu fällen. Zum Beispiel haben die Richter es dem Bundestag verboten, ein Flugzeug abzuschießen, das von Terroristen entführt wurde und das auf ein, sagen wir, ein Fußballstadion mit vielen Leuten dort zusteuert.

Das mag im Einzelfall, wenn ein Kommandant dann den Abschluß befiehlt, ist das ein anderes Problem. Aber wenn der Staat grundsätzlich sagt, jawohl, in einem solchen Fall gilt das Leben der Leute im Flugzeug weniger als das im Stadion, geht das nicht. Und das Verfassungsgericht hat das entschieden. Und wir sollten jetzt einfach auf dieser Basis bleiben: Nein, ihr dürft nicht mit Menschenleben spielen. Und auch wenn wir jetzt weiter denken an die WHO, müssen wir uns immer die Frage stellen: Ja, sind jetzt diese Menschenrechte ein kategorischer Imperativ, an den sich alle rechtsanwendenden Behörden und auch die rechtssetzenden Behörden halten müssen?

Oder ist das einfach eine Knet- und Spielmasse der Mächtigen? Um das geht es. Wenn ein Bundeskanzler sagt, es gibt keine roten Linien mehr, dann haben wir genau wieder, wie Sie gesagt haben, im Grunde einen Putsch. Denn unser Grundgesetz, also hier Grundgesetz, bei uns ist es eine Verfassung, oder man kann auch Menschenrechtskonvention, oder was immer nehmen, oder Katalog der Menschenrechte, das ist nichts anderes als rote Linien. Und wir müssen die Regierenden und die Mächtigen dazu zwingen, Stellung zu nehmen: Nehmen sie diese roten Linien ernst oder fangen sie an, zu relativieren? Insbesondere die Würde des Menschen ist viel zu ernst, viel zu wichtig, als daß wir sie den Regierenden überlassen können. Dankeschön.

Rechtsanwalt Ralf Ludwig: Ich habe heute 592 Strafanzeigen beim Generalbundesanwalt am Bundesgerichtshof eingereicht, das sind 568 Bundestagsabgeordnete, 570 haben am 10. Dezember 2021 für die einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht, wie es ja bezeichnet wird. Es wird immer bezeichnet als einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht. Tatsächlich haben diejenigen, die das Gesetz eingebracht haben, im Entwurf von einer Impfpflicht gesprochen. Sie wußten, was sie da taten. Es war keine einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht, sondern de facto war es eine Impfpflicht, was auch das Bundesverfassungsgericht nicht bestritten hat. 568 Abgeordnete des Bundestages, zwei davon, also 570 waren es, zwei davon sind inzwischen verstorben, und deswegen sind es noch 568.

Es haben am gleichen Tag, das Gesetz ist am 6. Dezember 2021 in den Bundestag eingebracht worden, die Abgeordnete Frau Dr. Christina Baum, die übrigens eine mutige Rede gehalten hat am 10. Dezember, die sie halten mußte, nachdem sie von der Tribüne, auf die sie verbannt war, weil sie keine Maske getragen hat, das darf man auch nicht vergessen, ein Abgeordneter mit einem freien Mandat wurde, auch das, diese Plenarprotokolle sind historische Dokumente. Sie wurde mehrfach aufgefordert, die Maske doch über die Nase zu ziehen, jeder, der auf einer Demo war, kennt das: Ziehen Sie die Maske über die Nase!

Die von den Grünen waren nicht so nett, die haben geduzt. Die Zwischenrufe der Grünen sind auch dokumentiert und der anderen Parlamentarier, wie diese Frau Baum und auch andere beschimpft worden sind, weil sie die Maske nicht richtig tragen. Das sind alles historische Dokumente. Wenn wir uns heute historische Dokumente von vor 30, 40, 50 Jahren angucken, wie da miteinander umgegangen wurde, wenn wir uns das angucken und sagen: Das ist unvorstellbar!

Das Schöne ist, es ist alles stenographiert und diese Dokumente werden sich in 30 Jahren andere Menschen angucken, Historiker vielleicht angucken und sagen: Das können wir uns gar nicht vorstellen, daß das in der Bundesrepublik Deutschland los war, alleine diese Stimmung im Bundestag, wenn man die aufnimmt. Am 6. Dezember ist dieses Gesetz eingebracht worden, am 6. Dezember!, am 10. Dezember ist es in dritter Lesung beschlossen

worden. Das heißt, über eine Frage der verpflichtenden Aufnahme einer Substanz in den Körper hat der Deutsche Bundestag sich drei Tage genommen.

Drei Tage! Wo will man da sich wirklich informiert haben? Ein Politiker hat die Pflicht, nicht zu fragen: Schützt das, was ich tue?, sondern hat die Pflicht zu fragen: Schädigt das, was ich tue? Und dann muß er sich doch informieren. Es ist ja so, wir brauchen doch darüber nicht streiten. Es war ein bedingt zugelassener Impfstoff zu der damaligen Zeit. Es gab eine Diskussion, und die haben die Politiker natürlich wahrgenommen, diese Diskussion, weil es ja immer wieder Anfragen gab. Es gab immer wieder Anfragen, ob wir Querdenker denn Verfassungsfeinde wären.

Das heißt also, die Politiker haben sich ja mit dem beschäftigt, was wir gesagt haben. Die wußten, was draußen gesprochen wurde, die hatten natürlich auch von den Demonstrationen mitbekommen. Gerade in dem Corona-Untersuchungsausschuß kriegt man das jetzt mit. Die haben natürlich auch das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut gefragt. Wenn man den Lothar Wieler beim Untersuchungsausschuß gesehen hat, der da sagt: Wir vom RKI, wir haben nur Empfehlungen gemacht. Das Ganze waren die Politiker. Wir waren das gar nicht. Jetzt geht es nämlich los. Jetzt geht das Schwarze-Peter-Spiel los. Wer war eigentlich verantwortlich?

Und ja, verantwortlich waren die Politiker, weil die ihre Hand gehoben haben. Sie haben namentlich abgestimmt über diese einrichtungsbezogene Impfpflicht. Und am 6. Dezember ist es eingebracht worden und am 10. Dezember in dritter Lesung darüber entschieden worden. Am gleichen 10. Dezember hat der Bundesrat darüber gesprochen, und in der Bundesrats-sitzung, wo es um die einrichtungsbezogene Impfpflicht geht, haben zwei Personen geredet: Herr Dulig aus Sachsen, ich glaube Innenminister, ich weiß nicht, als stellvertretender Ministerpräsident, und Herr Volker Bouffier, damals noch hessischer Ministerpräsident.

Und die haben sich im Wesentlichen, es ging um die einrichtungsbezogene Impfpflicht, also die Pflicht, Menschen, es sind etwa sechseinhalb Millionen Menschen, die in und um, die im Gesundheitswesen arbeiten, diese zu verpflichten, sich ja impfen zu lassen. Wir wußten ja nicht, wie viele damals, erste, zweite, dritte, es war ja klar, dass, glaube ich, zum 31. Oktober die dritte Impfung erforderlich war, das heißt, sich zu verpflichten, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen. Und in diesem Bundesratsplenarprotokoll geht der Herr Dulig an das Rednerpult, und er redet darüber, daß ein Tag vorher ein Mob zu der Frau Köpping, das ist, glaube ich, die Sozialministerin, nach Hause gezogen sein soll und vor ihrem Haus protestiert hat.

Das heißt, die Diskussion im Bundesrat ging nicht um die Frage: Zwingen wir hier einem großen Teil unserer Bevölkerung etwas auf, was diese Menschen möglicherweise schädigt, sondern man hat sich als Politiker darüber empört, daß Menschen einen Protestzug vor das Wohnhaus dieser Politikerin gemacht hat. Das ist im Plenarprotokoll enthalten. Es ist eine Entscheidung über das Leben, über die Gesundheit anderer Menschen, und man diskutiert gar nicht über die Frage, was man hier eigentlich macht, und man sagt sich: Mein Gott, ist das möglicherweise ein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit?

Ist das möglicherweise ein Eingriff in das Grundrecht auf Leben? Ist es möglicherweise ein Verstoß gegen die Würde des Menschen? Nein, man diskutiert über die Frage, daß es ganz schlimm war und man müsse jetzt, und sonst würde die AfD noch stärker werden, man müsse jetzt endlich dagegenhalten. Das ist die Denkweise der Politiker. Der Hauptausschuß tagt immer vorher und diskutiert über dieses Gesetz und macht da noch mögliche Veränderungen. In dem Hauptausschuß wurden Experten, sogenannte Experten, gehört.

Diese Experten sind verschiedene Verbände, Verband der Virologie, Verband der Hausärzte, Verband der Apotheker. Der Verband der Hausärzte: Die einzige Kritik an diesem Gesetz war, daß mit diesem Gesetz auch die Apotheker impfen durften und daß man gesagt hat: Es

kann doch nicht sein, daß die auch impfen dürfen. Das darf doch nur ein Hausarzt machen. Das war die Diskussion! Ansonsten wurde darüber geredet, daß nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wurde. Die Linke hat sich im Wesentlichen dieses Gesetzes enthalten, mit der Begründung: Ja, wir müssen erstmal dafür sorgen, daß die Pflegekräfte, die sich so aufgeopfert haben, Geld bekommen.

Das heißt, das Problem, die haben sich eigentlich nicht der Impfpflicht verweigert, sondern sie haben sich verweigert, daß neben der Impfpflicht nicht das Pflegepersonal nun auch noch sozial abgesichert wird. Ein typisch linkes Thema. Also wenn man sich das mal durchguckt: Es wurden die typischen politischen Debatten geführt. Keiner hat sich um die Menschen gekümmert, denen dieser Stoff, der eine bedingte Zulassung hat, von dem man ja definitiv nicht weiß, wie er wirkt, also mindestens nicht wußte, wie er wirkt, was ja nicht stimmte, weil im Paul-Ehrlich-Institut Bericht Sicherheitsbericht vom 26. Oktober 2021, also direkt vor der Abstimmung, wurde schon von Todesfallverdachtsmeldungen geredet.

Da wurde schon gesagt, wir haben eine Todesfallverdachtsmeldung auf 50.000 Impfungen. Es war bekannt, auch das war klar, und man hat darüber nicht gesprochen. Es gab genau zwei Wortmeldungen zu diesem Thema, und das war eine FDP-Abgeordnete, die sagte dann noch: Und wir müssen diese Impfpflicht machen, weil wir wissen ja, in 99,98 % der Fälle gibt es keine schweren Nebenwirkungen. Das stimmt möglicherweise, aber in 0,02 % der Fälle gibt es schwere Nebenwirkungen und 0,02 % der Menschen, wir haben es vorhin auf der Bühne, als dieses Video eingespielt wurde, derjenige, der die schwere Impfnebenwirkung hat, für den ist es nicht selten, für den ist es ein ganzes Leben. Und derjenige, der daran stirbt, der ist nicht eine statistische Größe, das ist ein echter Mensch.

Und wir dürfen nicht unterscheiden zwischen wertem und unwertem Leben. Das ist der Bogen zu dieser Strafanzeige. Das ist das, was der Kollege Claudio Zanetti gesagt hat. Der Staat darf keinen Menschen töten. Wir sagen immer, er darf keinen unschuldigen Menschen töten, aber in Europa darf er auch keinen Menschen. Wir in Europa dürfen nicht mal schuldige Menschen töten, weil bei uns die Todesstrafe abgeschafft ist. Und der einzige Fall, wo man einen schuldigen Menschen töten darf, ist im Rahmen einer Todesstrafe. Die gibt es bei uns nicht. Unsere Gesellschaft in Europa hat sich darauf verständigt, der Staat darf keinen Menschen töten, insbesondere keinen Unschuldigen.

Und wenn der Staat es zuläßt, daß ein Impfstoff pflichtweise, das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, diese Impfpflicht ist ein zielgerichteter, mittelbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Also, das Bundesverfassungsgericht hat nicht mal gesagt: Nein, nein, das ist ja gar kein Eingriff und das ist ja letztlich nur freiwillig, und die Leute können ja auch ihren Job bleiben lassen. Nein, nein, das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gesagt: Das ist schon relativ hart, was diejenigen, die im Gesundheitsbereich sind, da trifft, wenn sie diese Impfung nicht akzeptieren.

Und sie haben auch gesagt: Ja, und wir wissen, daß es sogar auch Menschen geben kann, die sterben können. Aber wir müssen eine Abwägung machen. Es gibt über das Leben keine Abwägung. Das ist die rote Linie. Der Staat hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden, daß es wertenes und unwertes Leben gibt. Der Staat kann nicht sagen: 0,02 % nehmen wir hin. Wir nehmen das nicht hin. Und eine Kollegin von mir hat im Cicero jetzt gerade einen wunderbaren Aufsatz geschrieben, und sie hat gesagt: Es gibt zwei Begriffe, die wir uns merken müssen.

Das eine: Eine Pandemie, selbst wenn es eine Pandemie ist, ist ein Unglück. Das andere ist menschengemacht und Unrecht. Und wir müssen immer zwischen Unglück und Unrecht entscheiden. Ein Unglück können wir nicht verhindern. Wir können alles machen dafür, es abzumildern. Wenn es eine Pandemie gibt, dann können wir Krankenhäuser bauen, dann können wir Ärzte besorgen, dann können wir Pflegeschlüssel verändern, dann können wir

Pflegekräfte heranschaffen, dann können wir Überstunden besser bezahlen, dann können wir auch Medikamente entwickeln, auch Medikamente meinetwegen bedingt zulassen.

Dann können wir auch da möglicherweise über Hürden gehen, über die wir sonst nicht gehen würden. Aber es muß immer freiwillig sein. Die letzte Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen, ist, daß wir Menschen dazu zwingen, ein Mittel in ihren Körper aufnehmen zu müssen, das sie möglicherweise tötet. Und wenn es nur ein seltener Fall ist. Kein einziger Mensch! Und das sagt das Völkerstrafgesetzbuch.

Das Völkerstrafgesetzbuch redet genau von einem Menschen, es steht nämlich dort drin in § 7: Wer in einem systematischen und ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet, es reicht einer aus, einen Menschen! Da steht nicht drin 100, 10 oder viele Menschen. Es steht nicht die Mehrzahl drin. Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Wer einen Menschen schwer an seiner Gesundheit schädigt, das ist Nummer 8, wird mit fünf Jahren Gefängnis bestraft. Das steht da so drin.

Es geht nicht dem Völkerstrafgesetzbuch, was ja aus dem internationalen römischen Statut abgeleitet ist, ist klar, daß es nur um den Angriff geht und wenn dieser Angriff dazu führt, daß auch nur ein Mensch stirbt oder ein Mensch schwer in seiner Gesundheit verletzt wird, dann ist es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und wenn dann jetzt viele Leute kommen und sagen: wir haben das mit vielen Juristen durchdiskutiert, ja was ist denn ein Angriff?

Der internationale Strafgerichtshof hat zum Thema Ruanda gesagt, er hat gesagt: Ein Angriff ist es auch dann, wenn Menschen, wie in Apartheid oder apartheidsähnlich, unterdrückt werden, wenn so viel Druck auf sie ausgeübt wird, gesellschaftlicher Druck auf sie ausgeübt wird, daß sie zum Beispiel Teile ihrer Grundrechte verlieren. Und viele haben bei uns, ja als wir diese 2G-Regelungen hatten, als wir die 3G-Regelungen haben, ging es doch immer, diese Diskussion: Ist das eigentlich Apartheid, oder ist das wie Apartheid?

Es sind Teile der Gesellschaft ausgegrenzt worden. Ich durfte, weil ich keinen Impfnachweis hatte, während des Weihnachtsmarkts in Frankfurt nicht zum Karstadt zum Pinkeln gehen. Ich durfte nicht rein auf die Toilette, weil man mir gesagt hat, ich hätte keinen Nachweis, daß ich geimpft bin. Das ist eine Ausgrenzung, und nach den Kriterien des internationalen Strafgerichtshofs ist, wenn das staatlich geregelt ist, ein Angriff auf die Zivilbevölkerung. Und wir haben das ganz, ganz nüchtern, wir haben es ganz nüchtern durchsubsumiert. Wir sind Juristen, das ist völlig unemotional. Wir haben das Ganze dem Bundes-, Generalbundesanwalt jetzt zur Prüfung vorgelegt. Es haben viele Anwälte, Richter und Staatsanwälte daran mitgearbeitet an dieser Strafanzeige. Wir haben sie sauber durchsubsumiert. Wir haben auch zu dem Thema Indemnität Stellung genommen.

Indemnität heißt, ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht verurteilt werden, auch nicht strafverfolgt werden. Das kann aber nicht so gelten. Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Verbotsverfahren dazu auch eine Äußerung gemacht. Das hat gesagt, die Juristen nennen das so, man müsse immer die Normen des Grundgesetzes in praktischer Konkordanz gegeneinander auslegen.

Und der 46.1, der sagt, ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht strafrechtlich verfolgt werden, kann nicht meinen, daß ein Abgeordneter auch dann nicht verfolgt werden darf, wenn er gegen Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes verstößt. So wird das immer ausgelegt in praktischer Konkordanz. Weil das würde ja heißen, daß die Abgeordneten beschließen könnten: Wir töten jetzt Menschen, wir suchen uns irgendwelche Menschen aus, wir sagen zum Beispiel, die größte Gefahr für dieses Land sind die Journalisten. Nur als Beispiel.

Und machen dann ein Gesetz, das besagt, wir machen das und das mit Journalisten. Das ist jetzt nur so ein blödes Beispiel. Aber Sie lachen, warum? Weil Ihnen völlig klar ist, daß doch

ein Parlament ein solches Gesetz niemals würde beschließen dürfen. Wenn es das aber täte und dann sich darauf berufen würde: Ja Moment, für unser Abstimmungsverhalten dürfen wir ja wohl nicht verurteilt werden oder strafrechtlich verfolgt werden, ist Blödsinn. Genau, es gäbe keine roten Linien mehr. Und diese Indemnität gibt es übrigens auf der Ebene des internationalen Strafgerichtshofs nicht.

Der Generalbundesanwalt ist jetzt der erste Schritt, wenn der Generalbundesanwalt nicht ermittelt. Zum Beispiel, weil er sagt, es gibt tatsächlich juristische Stimmen, es gibt ernsthaft juristische Stimmen, die sagen: Nein, die Indemnität gilt absolut, egal, was die Parlamentarier entscheiden, sie dürfen dafür nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Dann mag das auf deutscher Ebene gelten, dann muß der Generalbundesanwalt morgen sagen: Ich darf hier nicht ermitteln, weil Indemnität, jedenfalls nicht gegen die Parlamentarier, und ich werde dann ... also ich darf nicht ermitteln und dann muß das Ganze sofort nach Den Haag, weil dann werden wir die Strafanzeige nach Den Haag weiterreichen, weil dann haben wir den Beleg dafür, Artikel 17 internationales römisches Statut verlangt das, dann haben wir den Beleg dafür, daß Deutschland nicht willens oder in der Lage, in dem Fall, wenn der Generalbundesanwalt sagt: Ich würde ja gern, aber ich bin nicht in der Lage, weil wir haben die Indemnität, dann ist tatsächlich Straßburg, äh, Den Haag zuständig, der internationale Strafgerichtshof.

Ich will noch kurz, weil das vielleicht nicht alle mitbekommen haben, sagen, daß auch zum Abschluß: 568 Bundestagsabgeordnete, 15 Mitglieder des Bundesrats, die an diesem Tag abgestimmt haben, Mecklenburg-Vorpommern war nicht vor Ort, ein Bundespräsident, der das Gesetz ausgefertigt hat, und acht Richter vom ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, die dieses Gesetz nicht gestoppt haben, obwohl sie es hätten stoppen müssen. Das sind diejenigen, gegen die die Strafanzeigen heute eingegangen sind. Danke.

Moderatorin: Ja, jetzt haben wir hier Fragen, erst mal von der Presse.

Frage aus dem Publikum: Gesetzt den Fall, die Klage, die Anzeige, führt zum Erfolg. Heißt das auch, daß man die ganzen Promis, Uschi Glas, Frank Zander, Carpenter, Kaiser, wie sie alle heißen, wofür die Werbung geworben haben, Eckart von Hirschhausen, gegen viel Geld, oder für viel Geld haben sie dafür geworben, könnte man die auch zur Rechenschaft ziehen? Was ist mit den ganzen Arbeitgebern, die das alles gefördert und gepusht haben, die ihre Arbeitnehmer gezwungen haben, sich impfen zu lassen, oder sie fliegen, oder auch die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, heißt das, daß man die im Nachgang auch, wenn das Erfolg hat, zur Rechenschaft ziehen kann? Weil, das wäre für mich wichtig.

Ralf Ludwig: Also, zunächst einmal sind das ja die mutmaßlichen Haupttäter in Deutschland, weil diese Impfpflicht, diese einrichtungsbezogene Impfpflicht, beschlossen worden ist. Der Mittäterbegriff oder der Beteiligten Begriff im internationalen Strafrecht ist schon sehr weit gefaßt. Also es würde dann natürlich auch geprüft werden, weil es geht ja um einen systematischen Angriff.

Wer hat sich an dieser Systematik beteiligt? Wer hat mitgemacht? Die Alena Buyx, die Ethikratsvorsitzende, hat es relativ deutlich gesagt. Sie hat gesagt: Wenn wir das jetzt ermitteln und wenn wir das zulassen, und dann hat sie eine Warnung an die Presse ausgestoßen, hat sie ihr gesagt: Ihr wißt, dann seid ihr auch mit dran. So hat sie es ja gesagt. Das heißt also, es ist natürlich, ich will erstmal was Persönliches dazu sagen. Ich persönlich, das sage ich auch immer wieder, ich bin gegen Strafen. Ich bin immer gegen Strafen. Ich finde, wir müssen das gesellschaftlich anders regeln. Das ist meine persönliche Auffassung. Ich weiß, daß viele Menschen Frust haben und viele Menschen wollen, daß Menschen bestraft werden.

Meine persönliche Auffassung muß ich auch nicht durchsetzen. Aber ich glaube, das Ganze hier ist zu groß, als daß wir nur mit Strafen arbeiten können. Was du sagst, stimmt ja. Möglicherweise sind viel, viel mehr, auch im Sinne des Strafrechts, wenn wir ganz klar nach

den Wörtern des Gesetzes gehen, oder nach den Zeilen des Gesetzes gehen, würden möglicherweise viel, viel mehr Menschen haften, und viel, viel mehr Menschen dann eben strafrechtliche Verfolgung, für die würde das drohen. Was ich mir wünsche, ist, daß diese Strafanzeige zu einer gesellschaftlichen Aufarbeitung führt.

Eigentlich brauchen wir so etwas, wie es in Südafrika gab, eine Wahrheitskommission, wo wirklich die Menschen miteinander reden, wo wir auch die Motivlagen finden. Warum haben zum Beispiel diese Bundestagsabgeordneten da mitgestimmt? Warum haben sie das getan? In welcher Situation haben sie sich befunden? In welchem Druck? Ging es um Geld? Weiß ich nicht. Ging es um Karriere? Was auch immer. Wir haben doch ein gesellschaftliches Problem und wir müssen das gesellschaftliche Problem aufarbeiten.

Aber ich finde, daß die gerichtsförmigen Prozesse, ich nenne es immer gerichtsförmiger Prozeß, sagt übrigens der Internationale Strafgerichtshof auch so, so wichtig sind. Ich finde, daß ein gerichtsförmiger Prozeß, da sind Richter, Ankläger, die Täter oder die Angeklagten haben ja auch das Recht, auf Verteidigung, haben das Recht, ihre eigenen Zeugen, Sachverständigen und so weiter vorzubringen, ist immer ein sehr gutes Verfahren, um Dinge miteinander aufzuklären.

Wenn tatsächlich jetzt oder irgendwann in Zukunft, weil Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht, ja, also es hört nicht auf, wenn irgendwann das Ganze mal ermittelt wird, dann sollte es nicht so sein, daß alle Möglichen, die man als Täter in Betracht ziehen kann, vor Gericht kommen, sondern wir müssen es gesellschaftlich aufklären.

Was tatsächlich aus meiner Sicht die richtige Konsequenz wäre, und das sieht der Internationale Strafgerichtshof oder das Internationale Strafgericht übrigens vor, daß diejenigen, die daran verdient haben, daß die Mittel zurückgeführt werden, daß die Mittel den Opfern zur Verfügung gestellt werden, daß wir einen Entschädigungsfonds haben, daß diejenigen, die Milliarden verdient haben an dieser Sache, daß die in dem Sinne als Täter klassifiziert werden, um dann als Täter in diesen Fonds einzuzahlen.

Es kann doch nicht sein, daß am Ende wir, weil wir alle sind der Staat, mit unseren Steuermitteln die Schäden wieder ausgleichen müssen, und nicht diejenigen, die daran verdient haben. Und das ist das, was das Internationale Strafrecht auch gibt.

Das Problem ist, was zum Beispiel der Kollege Rainer Fuellmich versucht hat, mit Schadensersatzklagen, die halte ich, habe ich ihm damals auch schon gesagt, das kann man so machen, aber ich hielt sie nie für zielführend, weil ich wollte immer, daß wir am Ende vor den Internationalen Strafgerichtshof gehen, weil der uns die Möglichkeit gibt, die Vermögen von den Tätern abzuschöpfen, die, die wir als Täter bezeichnen, und da kommen genau diejenigen ins Spiel.

Da muß es einen Entschädigungsfonds geben, und da kommen dann auch die Arbeitgeber, die Schulleiter, die Lehrer, all diejenigen, die mitgemacht haben, müssen auch in diesen Entschädigungsfonds einzahlen, und sie müssen es wiedergutmachen, soweit es wiedergutmachbar ist.

Moderatorin: Danke schön. Hier drüben noch eine Frage.

Frau aus dem Publikum: Ja, ganz kurz auch eine Frage aus dem Chat, übrigens aus dem Zoom: Wo sind die Strafanzeigen nachzulesen, und ob die angezeigten Personen, ob das irgendwo veröffentlicht wird?

Ralf Ludwig: Alle Strafanzeigen werden veröffentlicht.

Frau aus dem Publikum: Danke.

Ralf Ludwig: Also wir haben ja eine Presseseite, das kommt jetzt erstmal auf die Presseseite, und alle Strafanzeigen werden veröffentlicht.

Frau von Bürgerinitiative Leuchtturm ARD: Ja, hallo, ich bin jetzt heute in Vertretung für die Bürgerinitiative Leuchtturm ARD, weil wir gerade auch über Medien gesprochen haben, die Wichtigkeit der Medien. Die Frage, wie schaffen wir es, daß die öffentlich-rechtlichen Medien

endlich auch ihre Aufgabe wahrnehmen?

Ralf Ludwig: Das ist ja, das ist jetzt nicht unser Thema, das ist ja auch euer Thema von Leuchtturm ARD. Ich persönlich muß das sagen, also es ist meine persönliche Auffassung, ich finde das gar nicht schlimm, weil das Nichtinteresse der großen Medien führt ja nur dazu, daß die Menschen, die kritisch sind, sich immer mehr an die anderen Medien wenden, die halt über solche Dinge kritisch berichten. Also wir haben ja auch da eine Veränderung, und das darf man nicht vergessen. Wir haben eine politische Veränderung, man muß nur mal auf die derzeitigen Umfragen gucken.

In Ostdeutschland ist, glaube ich, in allen Bundesländern mittlerweile die AfD die stärkste Fraktion. Das heißt, der politische Wandel findet ja statt, ob man das gut findet oder nicht, du findest es gut, andere finden es vielleicht nicht so gut, aber der Punkt ist, der politische Wandel findet statt und es findet auch der Wandel mit den Medien statt. Wenn die Medien die Themen, die die Menschen interessieren, und wir haben es gesehen, also bei News zum Beispiel, das ist dieses Portal, wo der Reichelt, der ehemalige Bild-Chefredakteur ist, ist die Berichterstattung über die Strafanzeigen mit einer der am meisten gesehenen und am meisten geklickten Artikel gewesen.

Und News ist ja so ... zwischen kritischer Blase und Mainstream, und das heißt, es interessiert die Menschen, und wenn die Medien da nicht mitmachen, dann sind sie halt selbst schuld, weil die Menschen suchen sich ja trotzdem ihre Informationen. Also wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder die großen Medien letztlich sich für dieses Thema nicht interessieren, dann findet dieses Thema aber trotzdem seine Wege.

Das darf man nicht vergessen, das Thema findet seine Wege, und das bedeutet letztlich, daß die Bedeutungslosigkeit der großen Medien, und die haben wir ja, also die Zahlen sind ja überall rückläufig, die Abonnementzahlen sind rückläufig, die Werbeeinnahmen sind rückläufig, und so weiter, das ist ja möglicherweise auch nur, überhaupt nur die Möglichkeit, daß Leute wie die Bill & Melinda Gates Stiftung auf einmal Einfluß nehmen kann, weil sie nämlich die Lücken, die da sind, ausgleichen. Aber, wir müssen das eigentlich feiern, wenn die Medien nicht da sind, die großen Medien, weil das ist ein Zeichen dafür, daß sie nicht mehr lange die großen Medien sind. (Publikum klatscht)

Lars Hünich: Das ist was, was ich auch gerade sagen wollte. Das Thema beginnt aus meiner Sicht, daß die Leute, die hier sind, und die etwas darüber berichten, die haben mehr Zuschauer als teilweise, als die sogenannten öffentlich-rechtlichen Medien. Das werden wir ändern, wir werden das tun, die öffentlich-rechtlichen Medien müssen so, wie sie da jetzt sind, weg, beziehungsweise die GEZ muß weg, aber das, was ihr macht, das, was die ganzen Streamer hier machen, ist meiner Ansicht nach etwas ganz Großes.

Ralf Ludwig: Das ist nochmal eine gesonderte Diskussion, ob die weg müssen oder nicht. Wir müssen sie demokratisieren. Unsere Herangehensweise ist ja immer zu demokratisieren, aber wir sind hier eigentlich beim Thema dieser Strafanzeigen, das wäre ja eher die Frage, ob es dazu noch Fragen gibt.

Elijah Tee von ET Video & Content: Dazu hätte ich nochmal eine Frage. Lieber Ralf, liebe Frau Bahner, ich glaube, das ist in erster Linie an Sie gerichtet, von der Indemnität haben wir jetzt nun schon gesprochen, ich jetzt als juristischer Laie, gesetzt den Fall, die greift nicht, und diese Anzeigen werden trotz aller politischer Widerstände vom Bundesstaatsanwalt in irgendeiner Form verfolgt. Schützt, ich meine, wir haben ja einen Kanzler, der sehr vergeblich ist, schützt Unwissenheit dann vor Strafe in dieser Sache?

Ralf Ludwig: Unwissenheit. Nein, nein. Auch da gibt es schon Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Die Politiker haben ja eine Garantenpflicht. Sie müssen ja, wenn sie handeln, immer überprüfen, ob ihr Handeln grundrechtskonform ist.

Elijah Tee: Ja gut, aber das sehen wir ja auch gerade, daß eben zum Beispiel 60 Milliarden der

Bundesregierung fehlen, weil die nicht grundrechtskonform gehandelt haben, über zwei Jahre, daß denen gesagt worden ist, sie das wissentlich in Kauf genommen haben, und das Argument würde ja dann nicht greifen.

Ralf Ludwig: Ja gut, da hat ja immerhin das Bundesverfassungsgericht eine Grenze gezogen, an der Stelle. Dafür ist ja das Bundesverfassungsgericht auch grundsätzlich da. Wir haben verschiedene Hürden. Also hier aus meiner Sicht hat mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht das Bundesverfassungsgericht versagt. Deswegen ist die Strafanzeige ja auch gegen das Bundesverfassungsgericht gerichtet, weil sich das Bundesverfassungsgericht eigentlich im Lissabon-Urteil selbst in sein Urteil geschrieben hat, daß Staatsorgane nicht außerhalb der Regelungen des (Artikels) 79 Absatz 3 Grundgesetz handeln dürfen.

Das heißt, wir dürfen die Grundlagen unseres Staates nicht verändern. Und zu den Grundlagen unseres Staates gehört eben der Artikel 20 mit Rechtsstaatsprinzip, Sozialstaatsprinzip, Föderalismus, wir sind eine Republik und so weiter, Demokratieprinzip und dazu gehört der Artikel 1, Absatz 1 Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und wenn die Staatsorgane sich daran selbst nicht halten, da hat das Bundesverfassungsgericht damals noch geschrieben, dafür sind wir dann da als Verfassungsgericht, um das zu überprüfen.

Aber man kann sich natürlich, man sollte sich nicht vorstellen, aber man kann sich auch vorstellen, daß auch das Bundesverfassungsgericht verfassungswidrig entscheidet und hat es ja auch schon häufiger gemacht und dann später korrigiert. Und dann ist die Frage, wer ist als nächstes dran, welche Institution? Aber wir sind der Auffassung, wir sind Juristen und wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, wir stehen auf dem Boden eines Rechtsstaats und wir, ich habe das vorhin so aus der Frage so ein bißchen rausgehört, wir müssen diesen Rechtsstaat verteidigen, indem wir ihn immer nutzen, selbst wenn er nicht funktioniert. Das ist unsere Aufgabe.

Vielleicht will Beate noch was dazu sagen. Für uns ist es ganz wichtig. Dirk Sattelmanier, es war schön, daß er heute noch auf die Bühne gekommen ist. Dirk Sattelmanier hat von Anfang an immer gesagt: Unsere Aufgabe ist es, dafür diesen Rechtsstaat, der möglicherweise nicht funktioniert, zu verteidigen, mit den Mitteln, die der Rechtsstaat selber anbietet. Wir müssen sie im Zweifel ad absurdum führen. Wir müssen sie so lange reizen, bis sie irgendwann deutlich sagen, teilweise das Bundesverwaltungsgericht hat es in der Soldatenentscheidung übrigens auch schon angedeutet.

Es gibt zwei Dinge, die ich möchte, daß Sie sagen. Punkt eins, daß Sie sagen, und da geht es gerade hin: Verdammt noch mal, jetzt hört doch auf mit euren blöden individuellen Grundrechten. Wir schaffen die individuellen Grundrechte ab. Es gibt ab sofort nur noch kollektive Grundrechte. Da ist der Weg hin und es gibt die Diskussion durchaus, daß es nicht mehr mein Recht gibt, das mich schützt, sondern daß wir nur noch als Kollektiv geschützt werden. Und dann bin ich nämlich unbedeutend. Und das ist der Kampf, den wir gerade führen. Und das ist der eine Punkt.

Jetzt habe ich den zweiten Punkt gerade vergessen. Der zweite Punkt ist, warte mal, sonst gebe ich es gleich an Beate, also der Wandel von den individuellen zu den kollektiven Grundrechten. Genau, das Bundesverfassungsgericht hat dann doch tatsächlich, das habe ich vorhin auf der Bühne versucht, der Witz ist leider nicht gut angekommen, aber das Bundesverwaltungsgericht sagt tatsächlich, wir prüfen gar nicht erst, ob die Impfpflicht ein Eingriff in das Recht auf Leben ist, weil ja niemand beabsichtigt, damit jemanden zu töten. Ja, aber wir haben doch am Ende Tote.

Das Paul-Ehrlich-Institut sagt, 127 Menschen sind konsistent aufgrund der Impfung gestorben. Dann kann ich doch nicht eine Impfpflicht einführen und dann sagen: Aber das ist kein Eingriff in das Leben, weil die 127 wollte man ja gar nicht töten. Das ist ja Quatsch. Wir als Juristen, wir würden sagen: Äh, was, Moment, die Staatsanwaltschaft geht in irgendein Haus

rein, wo eine Leiche liegt, und sagt dann: Oh, die Tür ist aufgebrochen, da ist scheinbar offensichtlich kein Morddelikt, sondern hier geht es ja offensichtlich um Einbruch. Und dann ermitteln sie nur wegen des Einbruchs.

Oder du hast ja vorhin gesagt, das ist ja so eine typische grüne Argumentation: Ich fahre mit dem Auto von Zürich nach Karlsruhe und sage, ich verpeste die Umwelt ja gar nicht, weil ich es gar nicht will, also aus meinem Auspuff kann ja gar kein CO₂ kommen, weil habe ich ja nicht vor. Und so auf diese absurde Weise wird argumentiert, und das wollen wir Juristen, wir wollen sie immer mehr in die Enge treiben, und das ist, es ist total spannend, was der Generalbundesanwalt zu dieser Strafanzeige sagen wird.

Elijah Tee: Darf ich einmal noch nachsetzen, es geht genau an Sie, Frau Bahner, können Sie es bitte nochmal versuchen, ich habe es nicht verstanden. Schützt jetzt also Unwissenheit vor Strafe oder nicht?

Beate Bahner: Also zum einen schützt Unsicherheit vor Strafe nicht, ähm, Unwissenheit; und zum anderen hätten im Dezember 2021 alle Parlamentarier und alle Politiker alles wissen können rund um die Impfung. Es gab damals schon, ich weiß nicht, acht oder neun Sicherheitsberichte des Paul-Ehrlich-Instituts, es gab die roten Handbriefe, aber es gab diese Sicherheitsberichte, in denen schon tausende Verdachtsmeldungen, Todesverdachtsmeldungen und zigtausende Nebenwirkungen gemeldet waren.

Es gab auch ein Buch, ein einziges bis zum heutigen Tag, ein juristisches Fachbuch, Corona-Impfung, was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten, seit September 2021 auf dem Markt, das jetzt zufällig von mir ist, ist halt so, ja. Aber es ist ein Buch, in dem alles, alles drinsteht.

Herr Hünich, Sie haben es gelesen, es steht alles drin, es steht drin, was es bedeutet, daß es eine bedingte Zulassung ist, daß dann erst recht aufgeklärt werden muß, daß es nur eine bedingte Zulassung ist, daß auch die Studien von Pfizer, von AstraZeneca, letztendlich richtig gedeutet, von Experten, schon von Anfang an zeigen, es gibt überhaupt keine Wirksamkeit, möglicherweise eine negative, daß aus den Daten des Paul-Ehrlich-Instituts selbst, im Vergleich zu allen anderen Impfungen der letzten 20 Jahre, die Covid-Impfung ein 20 mal höheres Nebenwirkungs-, eine 20 mal höhere Nebenwirkungsmelderate hat.

Ja, all das war bekannt, es war auch dann zu kaufen als Buch, wenn es sich ein Parlamentarier dafür interessiert hätte. Die Unwissenheit war gewünscht, gewollt, die Medien haben die Literatur dazu komplett ignoriert, die Sicherheitsberichte des Paul-Ehrlich-Instituts findet man nur, wenn man 17 mal auf der Seite klickt, man muß sich sehr, sehr mühen, es ist nicht so leicht, jedenfalls auf der Homepage, also die Kenntnis wurde erschwert, aber auch bewußt, auch von den Medien, und es war alles bekannt, es war keine Unwissenheit, es war der Wille, diese Impfpflicht durchzudrücken. Danke.

Elijah Tee: Kann ich Ihnen noch eine Frage stellen?

Ralf Ludwig: Ich wollte noch einen Punkt dazu sagen, was jetzt für unsere Strafanzeige nicht so relevant ist, was wir aber auch noch mitgebracht haben und was wichtig ist, ist ja die Meldung der EMA, dieser Brief von der Europäischen Medical Agency, heißt sie glaube ich, also die Europäische Zulassungsbehörde, die jetzt auf eine Frage von Abgeordneten des Europäischen Parlaments geantwortet hat, und in dieser Antwort ja gesagt hat, Comirnaty und die anderen mRNA-Impfstoffe sind niemals dazu zugelassen worden, vor einer Übertragung einer Krankheit zu schützen, niemals dafür.

Also auch zum Zeitpunkt, als die Bundestagsabgeordneten darüber abgestimmt haben, war dieser Impfstoff niemals dafür zugelassen, niemals, zu keinem Zeitpunkt dafür zugelassen, vor einer Übertragung zu schützen. Und dann sagt aber die EMA noch einen ganz entscheidenden Satz dazu, sie sagt: Und wir haben bis heute keine Daten dafür. Das heißt, die zuständige Behörde für die Impfstoffzulassung in Europa sagt selbst, dieser Impfstoff schützt davor,

selbst schwer zu erkranken oder zu sterben. Er ist aber nicht dafür zugelassen, davor zu schützen, weswegen diese Impfpflicht überhaupt eingeführt worden ist.

Dafür ist er nicht zugelassen. Das heißt also, diese Bundestagsabgeordneten haben sogar eine Pflicht eines Off-Label-Use eines Medikaments gemacht. Und da sagt das Bundessozialgericht relativ deutlich, was man alles machen muß um einen Off-Label-Use. Normalerweise umgekehrt, normalerweise will ein schwerkranker Mensch ein Medikament haben, von dem der Arzt glaubt, daß es ihm hilft, und dann muß der Arzt entscheiden, kann ich dieses Medikament Off-Label zulassen, obwohl es eigentlich gegen diese Krankheit gar nicht hilft. Das heißt also, die Haupt ... genau, geprüft wurde. Das machen viele Hersteller auch nicht, weil dieses Prüfverfahren viel zu teuer ist.

Man weiß bei vielen Medikamenten, daß sie gegen bestimmte Krankheiten helfen. Und die Hersteller machen dann nicht nochmal dieses aufwendige Zulassungsverfahren. Also das ist jetzt auch nichts Ungewöhnliches. Aber es gibt bis heute, laut EMA, keine Daten, die dafür sprechen, daß es für Übertragung schützt. Und die Politiker haben ja dann auch selbst die eigene Verhältnismäßigkeitsabwägung, die sie machen wollten, haben sie nicht machen können, weil sie die Daten dafür nicht hatten. ...

Wir werden nächstes Jahr, haben wir drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern. Es wird in Thüringen, in Sachsen und in Brandenburg gewählt, und ich kann Ihnen jetzt schon voraussagen, daß in allen diesen drei Bundesländern es zumindest eine so große Minderheit gibt, daß in jedem dieser Bundesländer ein weiterer Corona-Untersuchungsausschuß stattfinden wird. In Hessen wird es einen Untersuchungsausschuß geben. Das heißt, auch die politische Aufarbeitung wird passieren. Wir reden hier über einen viel größeren Zeitraum, als die meisten von uns denken. Ich sagte es vorhin, Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie. Und es ist wichtig, daß wir diese Dinge jetzt dokumentieren.

Wir dokumentieren sie durch die Strafanzeigen. Wir werden auch weitere Strafanzeigen machen. Wir werden alle diese Dinge, das ist das, was ich vorhin sagte, wenn wir in das Plenarprotokoll reingucken, wie dort die Parlamentarier andere Parlamentarier behandelt haben. Alleine das zu lesen ist wichtig. Und das heißt, diese Strafanzeige ist erstmal relativ egal, was da konkret dabei rauskommt. Das ist natürlich wichtig, deswegen machen wir es ja auch. Wir wollen natürlich, daß es eine ordentliche Aufarbeitung gibt. Aber es ist ein weiterer Mosaikstein dahingehend, daß wir zeigen, historisch zeigen: Hier findet gerade ein Wandel statt, der ein welthistorischer Wandel ist, und es ist dokumentiert.

Und der Generalbundesanwalt hat eine Aufgabe und hat die Chance, hier nochmal eine Grenze zu ziehen. Und möglicherweise ist es eine Generation nach uns, die das Ganze dann wirklich aufarbeitet und dann drauf guckt und sagt, was ist eigentlich alles schief gelaufen und wie müssen wir eine Gesellschaft anders einrichten, daß so etwas nie wieder passiert. Ich habe immer gesagt, das Grundgesetz hat uns 70 Jahre vor der Diktatur der Bösen bewahrt. Es hat uns aber nicht vor der Diktatur der Guten bewahrt.

Moderatorin: Und da war noch eine weitere Frage.

Volker vom ZAF Marketing Team: Hi, hier ist Volker vom ZAF Marketing Team. Ich wollte nochmal ganz kurz erzählen, weil ich es wichtig fand, daß heute 500 Postkarten eingegangen sind von Menschen, die mitgemacht haben bei der Strafanzeige. ...

Ralf Ludwig: Das geht auch ein bißchen dahin mit der Hoffnung. Die Menschen wollen was tun, die Menschen wollen sich beteiligen. Wir haben diese Postkartenaktion, wo jeder sich an dieser Strafanzeige beteiligen kann, selber diese Strafanzeige bei seiner Staatsanwaltschaft, seinem Amtsgericht, auch seiner Polizei einreichen kann. Die leiten das dann weiter an den Generalbundesanwalt. Man kann es auch selbst dorthin schicken. Und es ist wichtig, daß es eben nicht eine Aktion nur von uns ist, sondern wir wollen auch zeigen, daß die Zivilgesellschaft ein Interesse hat an dieser Aufarbeitung.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.343	https://www.kla.tv - Dezember 2023
x1.344	https://afdkompakt.de/ - Dezember 2023
x1.345	https://apollo-news.net/ - Dezember 2023
x1.346	https://www.mmnews.de/ - Dezember 2023
x1.347	https://multipolar-magazin.de/ - Dezember 2023
x1.348	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2023
x1.349	www.preussenweb.de/ - Januar 2024
x1.350	https://www.kla.tv - Februar 2024